



Sicher. Und morgen?

Sicherheitspolitische
Jahresvorschau 2019

Direktion für Sicherheitspolitik

Sicher. Und Morgen?

Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2019

Direktion für Sicherheitspolitik

Wien 2018

Die Inhalte der einzelnen Beiträge geben die persönliche Einschätzung der Experten wieder und entsprechen nicht notwendigerweise den Positionen des Bundesministeriums für Landesverteidigung und der Institutionen, für die sie tätig sind.

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesminister für Landesverteidigung

Roßauer Lände 1, 1090 Wien

bmlv.gv.at

Projektleitung: Generalmajor Dr. Johann Frank

Redaktion: Direktion für Sicherheitspolitik; Abteilung Verteidigungspolitik

Übersetzungen: Aus dem Englischen: Sprachinstitut des Bundesheeres, Abteilung

Verteidigungspolitik sowie Übersetzungsdienst EU-18

Fotonachweis: Bundesheer, Shutterstock.com

Gestaltung: Abteilung Verteidigungspolitik, Lukas Bittner, MA

Druck: HPA/Heeresdruckzentrum,

ISBN: 978-3-902275-49-3

Wien 2018

Inhalt

Prolog	6
Geleitwort des Bundesministers für Landesverteidigung.....	8
Vorwort des Generalstabschefs.....	10
Einleitung des Leiters der Diktion für Sicherheitspolitik.....	12
01 Europa im Trend	14
Sicherheitspolitisches Trendszenario 2019.....	16
„Ein Europa, das schützt“ – Der österreichische EU-Ratsvorsitz 2018 (Johann Frank und Leyla Daskin).....	41
02 Geostrategische Rahmenbedingungen	52
Die globale strategische Lage 2019 (Mathew Burrows).....	54
Globale Sicherheitstrends 2019 (Richard Weitz).....	58
EU-Wirtschaftstrends 2019 (Sarah Fowler).....	62
Die Entwicklung der NATO 2019 (Bernhard Christandl).....	67
03 Europa und die Europäische Union	72
Welt ohne Weltordnung (Michael Stürmer).....	74
Quo vadis Europa? (Ian Kershaw).....	78
Entwicklungen in der Europäischen Union 2019 (Stefan Lehne).....	82
Europas Stellung in der Welt (Herfried Münkler).....	86
Die strategischen Interessen Europas 2019 (Alessandro Marrone und Nathalie Tocci).....	89
Der Einfluss der Großmächte auf die EU und die Zukunft des Multilateralismus 2019 (Ivan Krastev).....	93
Die EU und ihre Nachbarschaft (Michael Karnitschnig).....	99
04 Europäische Sicherheitsvorsorge	104
Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik 2019 (Sylvia Hartleif).....	106
Verteidigungspolitische Folgen des Brexit (Bastian Giegerich).....	111

Streitkräfteentwicklung in Europa (<i>Bruno Günter Hofbauer</i>).....	115
Waffentechnische Modernisierung 2019 (<i>Aude-Emmanuelle Fleurant</i>).....	120
05 Brennpunkte europäischer Sicherheit	124
Sicherheit und Migration (<i>Paul Collier</i>).....	126
Extremismus, Radikalisierung und Terrorismus in Europa 2019 (<i>Nicolas Stockhammer</i>).....	130
Das hybride Gesicht der Kriegsführung (<i>Johann Schmid</i>).....	135
Cyber-Bedrohungen und Cyber-Abwehr in Europa 2019 (<i>Julian King</i>).....	141
06 Entwicklung relevanter Räume im eurostrategischen Umfeld	146
Entwicklungsperspektiven am Westbalkan 2019 (<i>Predrag Jureković</i>).....	148
Zentraleuropäische Verteidigungskooperation 2019 (<i>Rastislav Báchora</i>).....	152
Der Nahe Osten und Nordafrika 2019 (<i>Jasmin Rupp</i>).....	156
Osteuropa und Schwarzmeerregion 2019 (<i>Alexander Dubowy</i>).....	161
Entwicklungen in Afrika 2019 (<i>Gerald Hainzl</i>).....	168
Globale Turbulenzen und Amerikas Grand Strategy in der Ära Trump (<i>Hal Brands</i>).....	172
07 Verteidigungspolitische Entwicklungstrends 2019	178
USA 2019 (<i>Jürgen Ortner und Gottfried Malovits</i>).....	180
China 2019 (<i>Christof Tatschl</i>).....	184
Großbritannien 2019 (<i>Günter Eisl</i>).....	189
Deutschland 2019 (<i>Anton Oschep</i>).....	192
Frankreich 2019 (<i>Peter Grünwald</i>).....	196
Italien 2019 (<i>Nikolaus Rottenberger</i>).....	200
Schweiz 2019 (<i>Franz Berndorfer</i>).....	204
Serbien 2019 (<i>Thomas Ahammer</i>).....	208

08 Das Österreichische Bundesheer 2019	212
---	------------

Einsätze des Österreichischen Bundesheeres 2019 (<i>Max Löwenthal-Maroić</i>).....	214
---	-----

Autoren	218
----------------------	------------

Prolog







Bundesminister
Mario Kunasek

Geleitwort des Bundesministers für Landesverteidigung

Die aktuelle sicherheitspolitische Jahresvorschau der Direktion für Sicherheitspolitik verweist erneut auf wachsende Unsicherheiten für Europa und die Staaten der Europäischen Union. Auch Österreich ist von Terrorgefahren, Cyber-Angriffen, hybriden Konfliktpotenzialen und anderen Bedrohungen der Lebensgrundlagen der Bevölkerung betroffen. Die Verwerfungen an seiner Peripherie sind ein wachsendes Sicherheitsrisiko für ganz Europa. Und Österreich ist einigen Krisenregionen näher als viele andere EU-Staaten. Das gilt vor allem für den Westbalkan, dessen nachhaltige Stabilisierung bald zwei Jahrzehnte nach dem Ende der jugoslawischen Zerfallskriege noch immer aussteht.

Insgesamt sind die für die Sicherheitsvorsorge in Österreich relevanten Entwicklungen schwer einzuschätzen. Was man einigermaßen sicher sagen kann ist, dass die anhaltende Migration nach Europa auch im Jahr 2019 die europäische Sicherheitsagenda maßgeblich mitbestimmen und die Notwendigkeit eines gemeinsamen, funktionierenden, europäischen Außengrenzschatzes erweisen wird.

In diesem Sinne hat Österreich im Rahmen des EU-Ratsvorsitzes in der zweiten Jahreshälfte 2018 den Vorschlag unterbreitet, ein Assistenzmodell zur zivil-militärischen Zusammenarbeit nach österreichischem Vorbild auf europäischer Ebene einzuführen. Grundgedanke dabei ist, dass in außergewöhnlichen Situationen auf Anforderung kompetenter ziviler Behörden auch auf militärische Fähigkeiten zurückgegriffen werden kann, und das möglichst strukturiert und gut vorbereitet. 2019 wollen wir dies im Rahmen einer Außengrenzschatzübung in Ungarn auch praktisch erproben.

Österreich engagiert sich im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union unter anderem durch die Teilnahme an vier Projekten. Gemeinsam mit Frankreich, Kroatien, Slowenien und Ungarn haben wir ein Projekt zur effektiveren Erfassung und Abwehr von chemischen, biologischen und radiologischen Kampfstoffen eingebracht. Und dabei haben wir auch die politische und konzeptionelle Führung des Projekts übernommen.

Weil der Außengrenzschatz im Rahmen der Europäischen Union nach wie vor unzureichend ist, haben wir bis zu 1000 Soldaten als Assistenzleistung

an die Polizei zur Überwachung der österreichischen Staatsgrenze abgestellt. Weitere fast 1000 Soldaten stehen in 14 Auslandsmissionen im Einsatz – vornehmlich am westlichen Balkan und im Libanon. Österreich trägt mit seinen Soldaten schon seit Jahrzehnten zur Befriedung und Stabilisierung internationaler Konflikte und Krisen bei, und das ist nicht nur ein Solidaritätsakt, sondern ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit Österreichs.

Die geringe Kalkulierbarkeit der Risikodynamik unserer Zeit erfordert die Refokussierung der österreichischen Verteidigungspolitik auf die Kernaufgabe der militärischen Landesverteidigung. Wir wollen das Österreichische Bundesheer auf die Abwehr konventioneller und nicht konventioneller Bedrohungen gleichermaßen ausrichten. Je weniger absehbar ist, was auf uns zukommt, desto allgemeiner und flexibler muss der Baukasten unserer Antworten sein.

Wir werden die Herausforderungen nur dann meistern können, wenn einerseits unser Regelbudget erhöht wird und andererseits mit Sonderinvestitionen der enorme Investitionsrückstau der vergangenen Jahre ausgeglichen wird. Auch hat sich eine neue Heeresstruktur als notwendig erwiesen. Ich habe bei meinem Amtsantritt eine überdimensioniert geplante Führungsstruktur übernommen, die wir nun personell und materiell an die Größe und Aufgaben unseres Heeres anpassen müssen. Dazu kommt eine weitgehend unumstrittene Straffung bei der Verwaltung zugunsten einer Stärkung der Truppe.

Mein Dank gilt den Autorinnen und Autoren dieser Jahresvorschau, aber auch den Expertinnen und Experten des Bundesministeriums für Landesverteidigung für die professionelle Betreuung einer Publikation, die sich gleichermaßen an Fachleute, Diplomatie, Politik, Militär, Medien und an die interessierte Öffentlichkeit richtet.

Ich bin überzeugt, dass diese Jahresvorschau 2019 einen Beitrag zur Weiterentwicklung des sicherheitspolitischen Bewusstseins in Österreich leisten wird.



General
Mag. Robert Brieger

Vorwort des Generalstabschefs

Die dynamischen, geopolitischen Veränderungen haben wesentliche Auswirkungen auf Europa und damit auch auf die Republik Österreich und das Österreichische Bundesheer mit sich gebracht. Vieles ist durch Bedrohungen unserer Lebensgrundlagen, wie durch Gefahren aus dem Cyber-Raum, durch Terrorismus und unkontrollierte Migration, in Bewegung geraten. Die sichere und gesicherte sowie freie Nutzung des Cyber-Raumes ist eine elementare Voraussetzung staatlichen und privaten Handelns in unserer globalisierten Welt. Die wachsende Digitalisierung mit ihrer fortschreitenden Vernetzung prägt in einzigartiger Weise die Chancen unserer Gegenwart und Zukunft. Sie macht Staat, Gesellschaft und Wirtschaft jedoch zugleich besonders verwundbar für Cyber-Angriffe und erfordert das unmittelbare Ergreifen von Maßnahmen der Abwehr und Verteidigung.

Auch die Herausforderung durch den international agierenden Terrorismus besteht weltweit, ist nicht auf einzelne Staaten und Regionen beschränkt und nimmt in der Tendenz zu. Unsere offene, freie und auf gegenseitigen Respekt gründende Gesellschaft ist mitunter zum Angriffsziel geworden. Diesen asymmetrischen Bedrohungen effektiv entgegenzutreten erfordert daher eine enge nationale, internationale und europäische Zusammenarbeit unter Einsatz aller diplomatischen, rechtlichen, nachrichtendienstlichen, polizeilichen und militärischen Mittel.

Auch unkontrollierte und irreguläre Migration bringt Gefährdungen sowohl für die Herkunftsregion als auch für Europa und Österreich mit sich. Aufnahmekapazität und Integrationsfähigkeit können überfordert werden, und gesellschaftliche Instabilität kann die Folge sein. Diese Unsicherheiten und hybriden Konfliktpotenziale sowie deren Auswirkungen werden in der aktuellen Jahresvorschau der Direktion für Sicherheitspolitik eindrücklich beschrieben.

Was sich als unmittelbare Folgerung aus diesen komplexen Herausforderungen mit ihren geringen Vorwarnzeiten und hohen Risikodynamiken ergibt, ist die klare Fokussierung des Österreichischen Bundesheeres auf die Kernaufgabe der militärischen Landesverteidigung. Das Bundesheer als bewaffnete Macht Österreichs muss in der Lage sein, auf konventionelle wie nicht konventionelle Bedrohungen gleichermaßen reagieren zu können.

Der Generalstab hat die Aufgabe, im Rahmen der Vorgaben des Bundesministers alle Planungen für die Bereitstellung und den Einsatz des

Bundesheeres so vorzunehmen, dass die unseren Soldaten gestellten Aufträge bestmöglich erfüllt werden können. Dies erfordert die Anpassung der Struktur unserer Streitkräfte und macht es auch notwendig, hierfür die erforderlichen Ressourcen bereit zu stellen. Da das Bundesheer in den vergangenen Jahren durch auferlegte Sparmaßnahmen Fähigkeitseinbußen erlitten hat, ist es mir ein besonderes Anliegen, seine Kernaufgabe, nämlich die militärische Landesverteidigung, wieder vermehrt in den Mittelpunkt zu stellen.

All diese Aufgaben können nur mit bestens ausgebildeten Soldatinnen und Soldaten erfüllt werden. Ein integraler Bestandteil sind dabei die Angehörigen der Miliz, die nicht nur Anerkennung für ihre Leistungen redlich verdient, sondern auch ein Anrecht auf moderne Ausrüstung haben. Derzeit befinden sich über 900 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz, über 300 weitere stehen als Reserve bereit, und etwa 1100 befinden sich im sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz oder im Katastrophenhilfsdienst. Somit haben wir weit über 2000 Soldaten für diese Aufgaben permanent im Einsatz und müssen die Durchhaltefähigkeit dafür sicherstellen. Dies stellt eine gewaltige Herausforderung dar und wäre ohne unsere Miliz nicht zu bewerkstelligen. In diesem Zusammenhang wird es auch notwendig sein, darüber nachzudenken, ob die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres durch die Wiedereinführung der verpflichtenden Milizübungen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel nicht substanziell erhöht werden kann.

Es steht außer Zweifel, dass ein neutraler und souveräner Staat wie Österreich über ein Bundesheer verfügen muss, das als bewaffnete Macht und strategische Handlungsreserve die gesetzlichen Aufgaben bestens erfüllen kann. Lassen sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass uns dies gelingt und wir die mannigfaltigen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen können.

Ich möchte mich bei den Autorinnen und Autoren dieser Jahresvorschau und bei den Bediensteten des Bundesministeriums für Landesverteidigung, die zum Erscheinen der vorliegenden Ausgabe 2019 beigetragen haben, herzlich bedanken.

Ich bin überzeugt davon, dass diese Publikation die sicherheits- und verteidigungspolitische Diskussion in- und außerhalb des Ressorts bereichern wird.



Generalmajor
Dr. Johann Frank

Einleitung des Leiters der Direktion für Sicherheitspolitik

Die Direktion für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) gibt für das Jahr 2019 zum mittlerweile fünften Mal eine Sicherheitspolitische Jahresvorschau heraus. Namhafte internationale, österreichische und ressorteigene Expertinnen und Experten analysieren darin die für das Kalenderjahr 2019 zu erwartenden Entwicklungen wichtiger Parameter der Sicherheit Europas und Österreichs. Daneben werden die Ergebnisse eines laufenden Monitorings zentraler Schlüsselfaktoren der europäischen und österreichischen Sicherheitslage in einem Trendszenario für die österreichische Verteidigungspolitik verdichtet.

Wenn die Vergangenheit ein Ort des indirekt erschließbaren Faktischen und die Zukunft ein Raum des Möglichen ist, so kann man die Gegenwart als einen Raum der Unsicherheit begreifen, in dem sich Phänomene ungeordnet zeigen. Jede Zeit wird daher von den Zeitgenossen als unsicher und gefährlich wahrgenommen. Das war in der Ära des Kalten Krieges nicht anders als in den zwei folgenden, als unipolar von den USA dominiert wahrgenommenen Jahrzehnten.

Unsere Vorschau auf das kommende Jahr und darüber hinaus will zu einem besseren Verständnis der Gegenwart und ihrer Dynamik beitragen. Autorenbeiträge, in denen Experten ihre persönlichen Überzeugungen argumentieren, scheinen dafür am besten geeignet. Dies bedingt auch, dass die Beurteilungen in einigen Punkten voneinander abweichen und die Einschätzungen nicht immer den Positionen des BMLV entsprechen.

Stärker als die Ausgaben davor fokussiert die Jahresvorschau 2019 auf die Europäische Union. Österreich hatte in der zweiten Jahreshälfte 2018 zum nunmehr dritten Mal den Vorsitz im Rat der EU inne. Das hat den sicherheitspolitischen Diskurs in Österreich und die konkrete Agenda des Verteidigungsressorts maßgeblich mitbestimmt. Und das hat uns auch dazu bewogen, der Expertise im eigenen Haus in dieser Ausgabe mehr Platz einzuräumen.

Was die europäische Integrationsdynamik sowie die Sicherheit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten – die Sicherheit Österreichs vollumfänglich eingeschlossen – betrifft, fallen die Expertenurteile trotz der bemerkenswerten Initiativen zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik insgesamt etwas pessimistischer aus als in den Jahren zuvor. Ob das den tatsächlichen Gegebenheiten oder einer realistischer gewordenen Sicht geschuldet ist, ist nicht einfach zu beantworten.

Auch wenn sich mit der neuen Dynamik der Verteidigungskooperation in der EU, wie sie etwa in der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit oder im Europäischen Verteidigungsfonds zum Ausdruck kommt, eine Wende hin zu einer koordinierten Verteidigungsanstrengung vollzieht, wird die kollektive militärische Verteidigung Europas vor allem hinsichtlich ihrer Abschreckungskomponente in der NATO organisiert bleiben. Was die Union hingegen besorgen kann und wofür sie auch die Mittel und Instrumente hat, ist der Schutz vor neuen hybriden Bedrohungen, Cybergefahren, Terrorismus oder den Folgen unkontrollierter Migration sowie das Krisenmanagement in den Kriegs- und Konfliktzonen an der europäischen Peripherie.

Vorsicht scheint bei der Beantwortung der sogenannten „großen Fragen“ geboten: ob ein „Zeitalter neuer Unsicherheiten“ anbricht, ob es eine „Rückkehr der Geopolitik“ gibt oder eine neue „Systemkonfrontation zwischen liberalem Globalismus und identitärem Nationalismus“ die internationale Lage bestimmt. Große „Erzählungen“ – wir erinnern uns an Francis Fukuyamas Ansage vom „Ende der Geschichte“ – sind eher Ausdruck der Gegenwartsempfindung als brauchbare Theorien über den Weitergang der Geschichte.

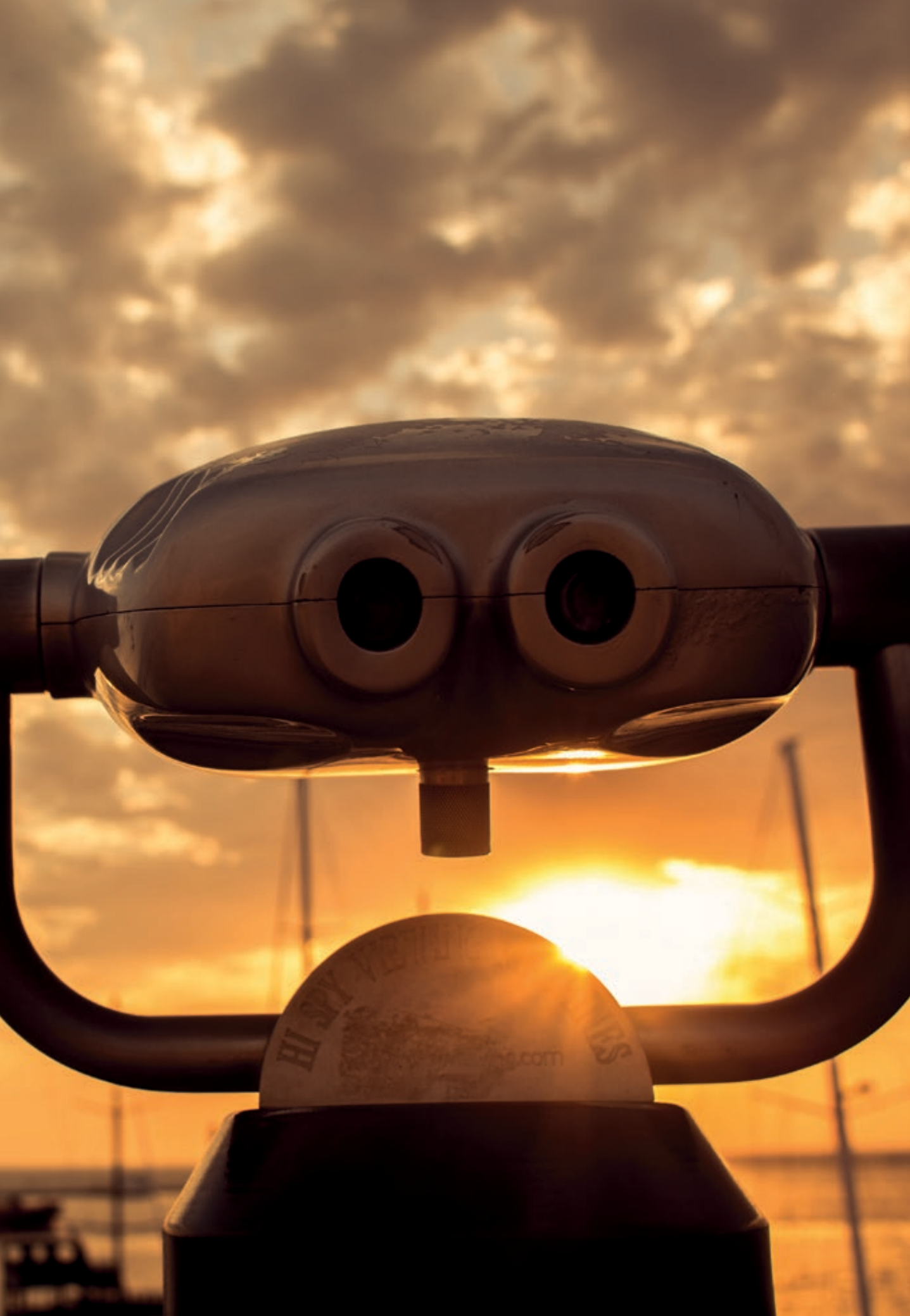
Wie jedes Jahr mussten wir inhaltliche Prioritäten setzen. Fragen, die in anderen Beiträgen mitbeurteilt werden wie jene nach den Erfordernissen der Entwicklung des Österreichischen Bundesheeres, und Themen, bei denen sich seit den letzten Ausgaben nicht viel geändert hat, wird kein eigener Beitrag gewidmet.

Wenn wir zum 100-jährigen Bestandsjubiläum der Republik Österreich nach vorne blicken, ist der Raum der Zukunft weit weniger ungewiss als er dies im Entscheidungsjahr 1918 war. Aber er ist auch nicht so bestimmbar, dass wir ableiten können, welche Streitkräfte wir wann wofür brauchen werden. In diesem Sinne ist es mehr als richtig, das Bundesheer nicht für bestimmte Aufgaben weiter zu spezialisieren, sondern durch die Rückbesinnung auf die Kernaufgabe der militärischen Landesverteidigung ein effizientes und flexibles Heer für die Herausforderungen von morgen bereitzuhalten. Dies erfordert jedenfalls die Schrittweise Erhöhung des Verteidigungsbudgets. Und so werden die Budgetverhandlungen 2019 für die Zukunft des Österreichischen Bundesheeres entscheidend sein.

01

Europa im Trend







Sicherheitspolitisches Trendszenario 2019

Die sicherheitspolitische Vorausschau für 2019 folgt im Wesentlichen den Trends der letzten zwei bis drei Jahre. So muss auch diesmal konstatiert werden, dass sich das sicherheitspolitische Umfeld der EU und somit auch Österreichs auf nahezu allen Ebenen tendenziell verschlechtert. Auf globalstrategischer Ebene zeichnen sich immer stärker die Elemente einer multipolaren Konfrontation zwischen den Großmächten ab, wobei die EU Gefahr läuft marginalisiert zu werden. Die Ordnungsfähigkeit internationaler Organisationen nimmt ab, die Wirtschaftsordnung gewinnt an Dominanz und vergrößert global gesehen den Unterschied zwischen Arm und Reich bei gleichzeitig abnehmenden Ressourcen und schwindendem Zugang zu existentiellen Grundlagen. Rüstungskontrollverträge werden aufgekündigt, in und vor allem um Europa wird aufgerüstet. Das Eskalationspotenzial der Konflikte im Umfeld der EU ist unvermindert hoch. Gegenüber Russland wird die relative militärische Schwäche Europas zunehmend sichtbar.

Die Fähigkeit der EU, effektives Krisenmanagement zu betreiben, ist regional unterschiedlich ausgeprägt und fokussiert weiterhin auf einen zivil-militärischen Ansatz, wobei die militärische Komponente weiterhin Leistungseinschränkungen

aufweist. Am Westbalkan hat die EU in Folge der Beitrittsperspektive eine Schlüsselrolle inne. Im Nahen Osten steht sie in Konkurrenz zu anderen globalen und regionalen Akteuren mit widersprüchlichen Interessen, ein Wiederaufbau Syriens ohne europäische Beteiligung ist weder wünschenswert noch realistisch. In Afrika ist das Engagement der EU im Steigen und in strategischer Konkurrenz mit regionalen, v.a. asiatischen Mächten. Insgesamt kann daher konstatiert werden, dass die Eskalationsrisiken, die sich aus den vielfältigen Konflikten an der europäischen Peripherie ergeben, ohne das sicherheitspolitische Engagement der EU ungleich höher und die Chancen auf Stabilisierung ungleich geringer wären. Die eingeschränkten Ressourcen erfordern jedoch eine klare Schwergewichtsbildung und strategischen Realismus.

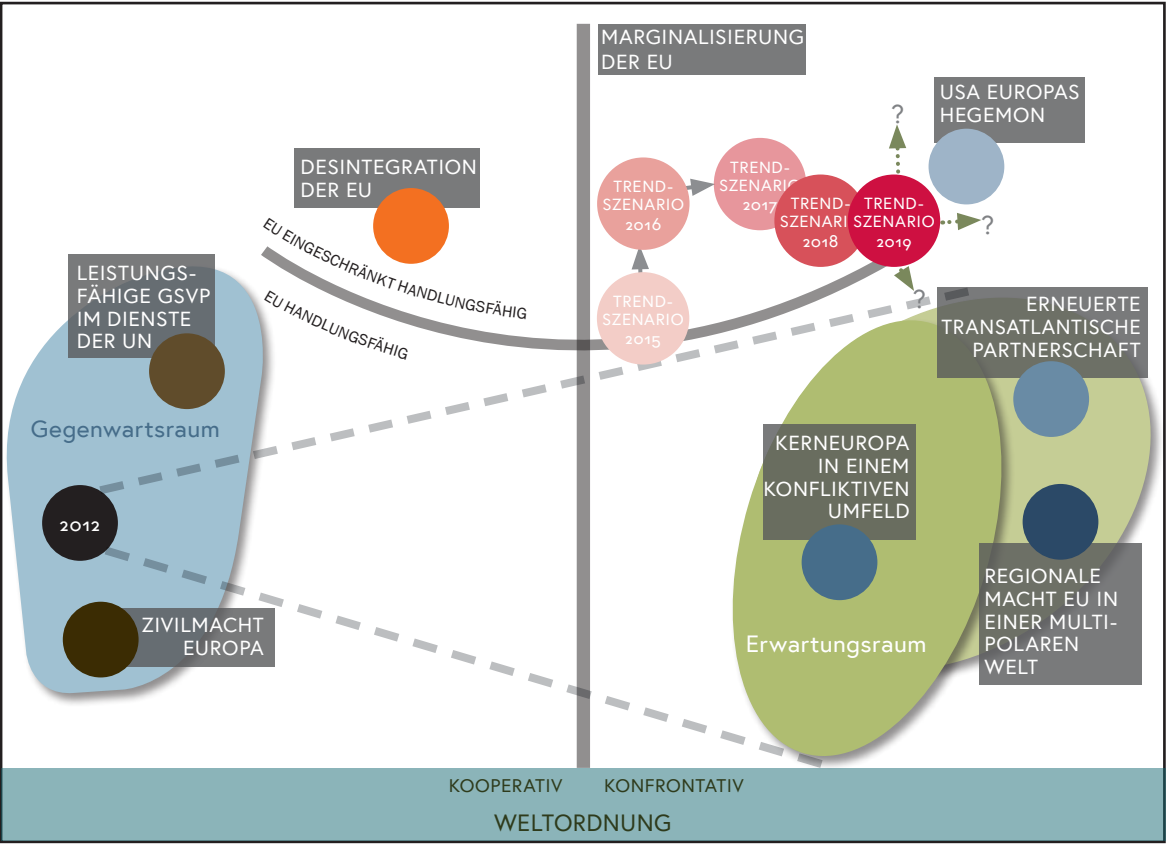
Basierend auf dem zukunftsanalytischen Modell der „Verteidigungspolitischen Umfeldszenarien“, wo Annahmen über die sicherheitspolitische Umfeldentwicklung bis in die Mitte des nächsten Jahrzehnts getroffen wurden, wird jährlich im Rahmen eines Szenariomonitorings ein Trendszenario erstellt, bei dem die Entwicklung der sogenannten Schlüsselfaktoren über einen Zeitraum der kommenden ein bis drei Jahre analysiert wird. Die Szenarien sind alternative Zukunftsbilder, wie sich das sicherheitspolitische Umfeld Österreichs in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren entwickeln könnte. Dabei werden die alternativen Optionen von sogenannten Schlüsselfaktoren zu konsistenten, aber zugleich deutlich unterschiedlichen denkmöglichen Szenarien kombiniert.

Ausgehend vom Jahr 2012, in dem die Szenarien erstmals erstellt wurden, wird ein Erwartungsraum entwickelt, in dem – so die Annahme – ein zunehmend konfrontatives Umfeld eine dynamische Entwicklung europäischer und/oder transatlantischer verteidigungspolitischer Integration bewirken würde. Das Trendszenario weist aufgrund der eher kurzfristigen Vorausschau auf rund ein bis fünf Jahre generell in die Richtung des Erwartungsraumes und zeigt, dass in Folge erheblicher sicherheitspolitischer Herausforderungen für die EU seit dem Jahr 2016 eine neue politische Dynamik in der Entwicklung der erforderlichen Sicherheitsinstrumente zu erkennen ist.

Dabei wird ersichtlich, dass in der europäischen Verteidigungspolitik eine flexible Integration, d.h. ein rascheres Voranschreiten einer Kerngruppe, der erfolgversprechendste Weg ist. Die Weichen und Instrumente dafür wurden gestellt, und die Trendentwicklung geht in Richtung verstärkter Kooperation unter gleichgesinnten EU-Staaten bei gleichzeitiger schrittweiser Schaffung von Rahmenbedingungen auf EU-Ebene, um diese Kooperationen verstärkt zu

intensiveren und insbesondere mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Da die EU der wichtigste Handlungsrahmen der österreichischen Sicherheitspolitik ist, hätte eine Trendumkehr hin zu weniger europäischer Kooperation und strategischer Marginalisierung der EU nachhaltig negative Auswirkungen auf die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Kennzeichnend für das Trendszenario bleibt wie schon in den vergangenen Jahren ein hohes Maß an Unsicherheit und Volatilität, das nicht zuletzt durch die veränderte Rolle der USA in das internationale System gebracht wurde.

Darstellung der sicherheitspolitischen Umfeldszenarien

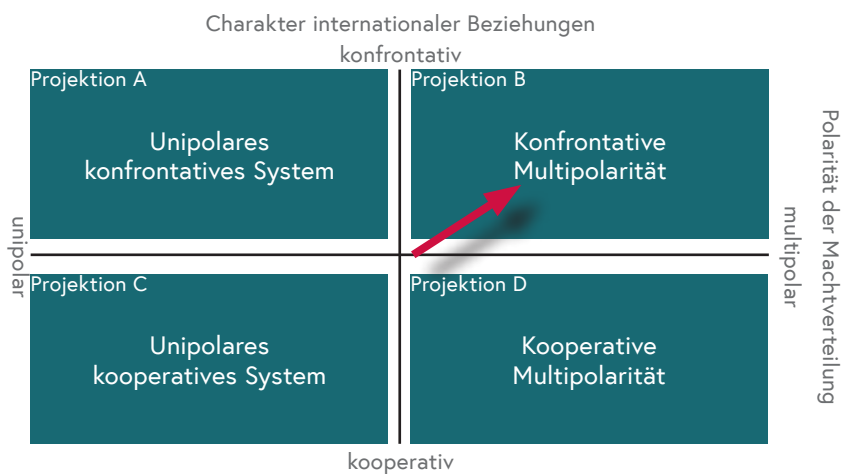


Das Trendszenario 2019 basiert auf umfangreichen Vorarbeiten der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung aus dem Jahr 2011 (Gegenwartsraum). Es stellt eine konsequente Weiterentwicklung der Trendszenarien der vergangenen Jahre dar und beobachtet die sicherheits- und verteidigungspolitische Umfeldentwicklung innerhalb des projizierten Szenarioraumes.

Schlüsselfaktoren für die sicherheitspolitische Umfeldentwicklung

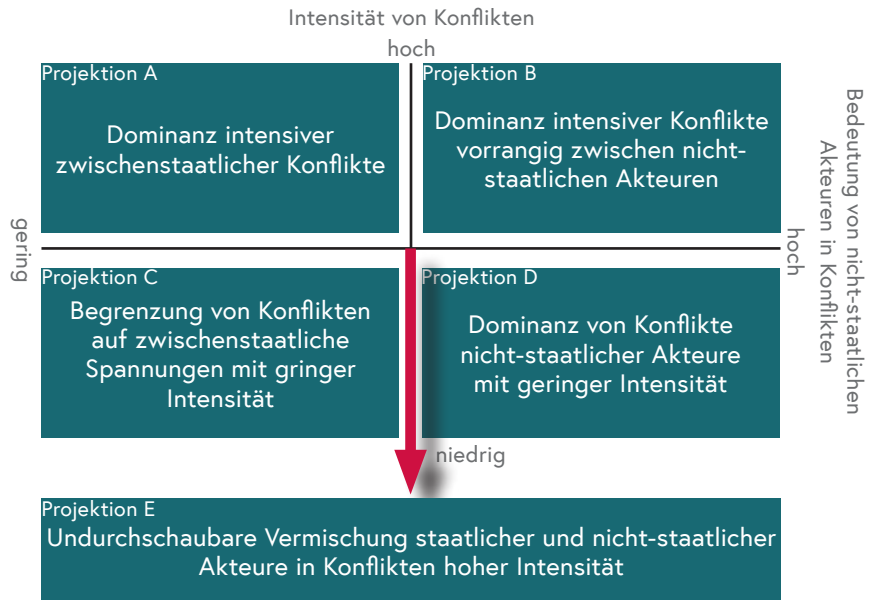
Die Schlüsselfaktoren selbst zeigen zumeist vier bis fünf mögliche Zukunftsprojektionen, d.h. mögliche alternative Entwicklungspfade, die ein Faktor in der Zukunft nehmen könnte. Die beiden Achsen und ihre Ausprägungen bringen die kritischen Unsicherheiten bei der Bearbeitung des Schlüsselfaktors zum Ausdruck. Im Trendszenario wird nun jene Zukunftsprojektion adressiert, die auf absehbare Zeit am plausibelsten ist, wobei in manchen Fällen hochgradige Unsicherheiten über den künftigen Weg festzustellen sind.

Globale machtpolitische Entwicklungen



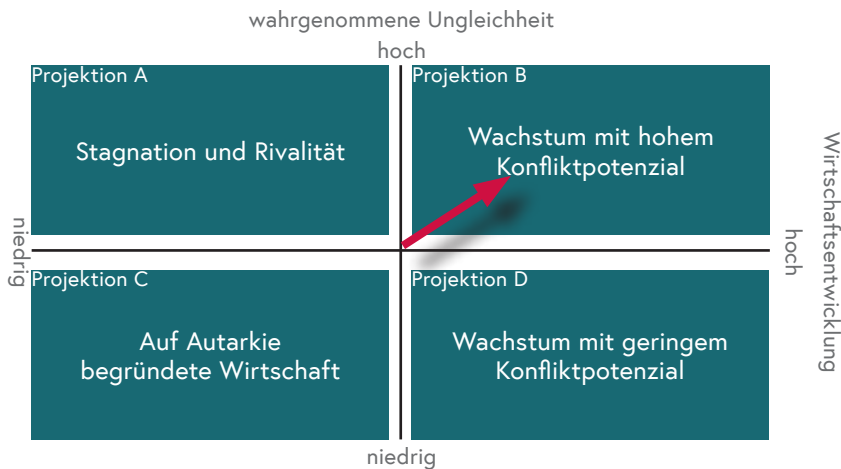
Der Trend weist konstant in Richtung einer konfrontativen multipolaren Weltordnung, die auf Sicht von „dreieinhalb Weltmächten“ geprägt sein wird: den Vereinigten Staaten, der konfuzianisch-kommunistischen Volksrepublik China, dem postsowjetischen Russland und der in zivilen Machtwährungen starken, in militärischen aber kaum handlungsfähigen Europäischen Union (Michael Stürmer). Die Machtrivalität der Großmächte um die weltweite Vormachtstellung ist neu aufgeflammt. Autoritäre Mächte – Russland und China sowie der Iran –, die die Ordnung nach dem Kalten Krieg nie zur Gänze akzeptiert haben, gehen nun gegen diese Ordnung auf immer resolutere Weise vor. Dies geht einher mit der Erosion der westlichen Ordnungsfähigkeit und der Rückkehr ideologischer Konflikte.

Globale Konfliktentwicklung



Zu konstatieren ist eine aufkeimende Diskussion über einen Krieg der Großmächte, da Moskau und Peking Fähigkeiten und Strategien entwickeln, die für einen möglichen Konflikt mit den Vereinigten Staaten erforderlich sind. Allerdings wird das Konfliktbild im absehbaren Zeitraum von intensiven Auseinandersetzungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren dominiert sein, wobei für Europa insbesondere der Krisenbogen von Afghanistan bis nach Westafrika von herausragender Bedeutung ist. Hier wird weiterhin mit dem gesamten Konfliktkontinuum zwischen konventioneller und nicht-konventioneller Konfliktaustragung auf hoher Intensität zu rechnen sein, wobei mittelfristig auch hochintensive zwischenstaatliche Konflikte im Nahen und Mittleren Osten nicht auszuschließen sind. Global bleibt die wachsende Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit konventionellen und allenfalls nuklearen Mitteln in Ostasien das höchste Risiko. Für Europa dominiert die unmittelbare akute Bedrohung v.a. durch hybride Konflikte.

Globale Wirtschaftsentwicklung und Wohlstandsverteilung



Die Weltwirtschaft befindet sich kurzfristig noch in einer konjunkturellen Expansionsphase. 2017 und 2018 stieg die globale Wirtschaftsleistung kräftiger als in den vergangenen fünf Jahren. Nahezu alle großen Volkswirtschaften trugen zu dieser Entwicklung bei. Die Wachstumsdynamik war in einigen Volkswirtschaften aber noch etwas kräftiger als erwartet, insbesondere im Euroraum und den osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU. Gleichzeitig werden in der globalen Wirtschaftsentwicklung zunehmende Risiken erkannt, die vorhandene Wohlstandsunterschiede als Konfliktpotenzial noch verschärfen könnten. Insbesondere die Handelskonflikte der USA mit China und der EU befeuern einerseits die konfrontative Entwicklung der globalen Weltordnung und machen andererseits die Trendentwicklung in diesem Bereich äußerst instabil.

Die vorherrschende globale Wirtschaftsordnung ist von der Vorstellung geprägt, dass durch nahezu freien Welthandel, der durch gemeinsame Regime den Zugang zu nahezu allen Märkten ermöglicht, sowie den technischen Fortschritt, Wachstum und Beschäftigung entstehen, die Wohlstand für alle Schichten der Bevölkerungen sowohl in besser entwickelten Regionen als auch in ärmeren Teilen der Welt ermöglichen. Die Abkoppelung der Finanz- und Währungssysteme von der Realwirtschaft bzw. deren dominanter Einfluss auf viele Wirtschaftssektoren hat trotz der Finanzkrise 2008 keine nachhaltige Regulierung durch die Staatengemeinschaft gebracht. Im Gegenteil, die Effekte haben sich weiter zu Ungunsten von Wohlstandsverteilung und Beschäftigung verschlechtert. Hinzu kommen in allen Regionen der Welt dynamische Digitalisierungs- und Automatisierungsprozesse, die in vielen Sektoren massive

Arbeitsplatzverluste (bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität) und im Gegenzug großteils unbesteuerter Gewinne globaler Konzerne herbeigeführt haben. Das hat auch zur Folge, dass die öffentlichen Haushalte extrem angespannt bleiben und die Sozialausgaben weiter steigen werden.

Auch deshalb werden einer nahezu ungehinderten kapitalistischen Wirtschaftspolitik vermehrt kritische Argumente unterschiedlichster Art entgegengesetzt, die neben alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen (z.B. Verstärkung regionaler Wirtschaftssysteme bei gleichzeitiger „Abschottung“ gegenüber globalen Akteuren oder vermehrte Abwägung zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen) auch Sanktionen, Embargos und Handelskriege als Kennzeichen globaler und regionaler Auseinandersetzungen möglich werden lassen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in vielen – auch entwickelten – Ländern zulasten einer schwindenden Mittelschicht immer größer. Als politische Antwort auf neue Verarmungstendenzen wird die Rekonstruktion nationaler Ökonomien rund um industrielle Produktionsstätten gesehen, wobei auch Zölle und Marktzugangsbarrieren hohe Bedeutung bekommen.

Sanktionen, Embargos oder die Reduktion von Zahlungen an multilaterale Institutionen durch einzelne Staaten (vor allem die USA) werden aber auch vermehrt als Mittel der hybriden Konfliktaustragung oder Einschüchterung verwendet. Die Reaktion darauf ist zumeist ebenfalls wirtschaftspolitischer Natur. Es ist aber nicht auszuschließen, dass einerseits auf der Ebene der Auseinandersetzung zwischen Staaten eine bewaffnete Reaktion auf die Einschränkung wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten erfolgen könnte, z.B. wenn Zugänge zu essenziellen Ressourcen oder Infrastrukturen behindert werden. Andererseits bleiben der Wettbewerb um die vielfach geringer werdenden Güter (Boden, Wasser, Energie, sonstige Ressourcen etc.) und die teilweise explodierenden Preise für Waren und Leistungen des täglichen Bedarfs die dominanten Konfliktfaktoren sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene. Immer mehr Gruppen werden daher auch zum Mittel des bewaffneten Aufstandes greifen bzw. in Flucht oder unregelmäßiger Massenmigration Chancen suchen.

Für die europäische Wirtschaft bedeutet dies u.a., dass sie 2019 vor großen Herausforderungen stehen wird, da die drohenden Beschränkungen des Warenhandels mit den USA und die Sanktionsregime bei der Kollaboration mit Drittmächten zu erheblichen Wachstumsbeschränkungen führen können. Dies wiederum könnte die stark verschuldeten öffentlichen Haushalte zwingen, bei anstehenden Investitionen zu sparen.

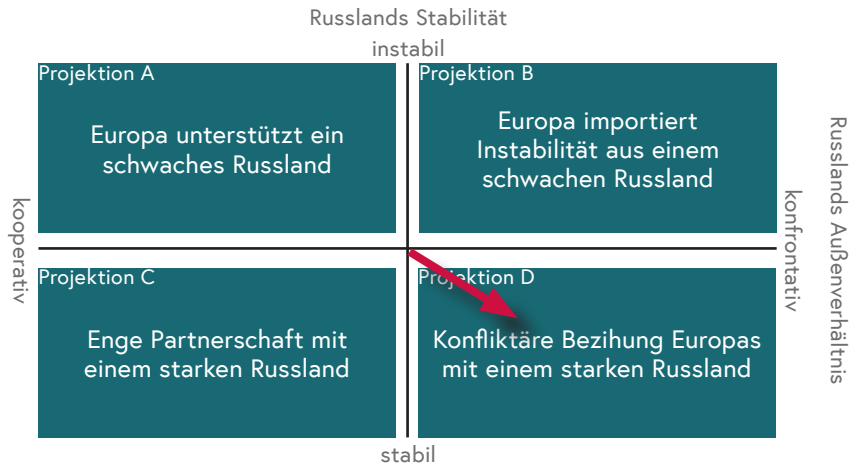
Konfliktentwicklung in und um Europa



Zumindest für den absehbaren Zeitraum wird Europa von Konflikten beeinträchtigt sein, die starke aber räumlich begrenzte Auswirkungen haben werden. Das bedeutet, dass eine umfassende militärstrategische Bedrohung, die Gesamteuropa betrifft, derzeit nicht in Sicht ist. Weder ist dies Russland, das nur regional begrenzte militärische Projektionsfähigkeit besitzt, noch würde eine Eskalation auf dem Westbalkan oder in der Ukraine bei allen negativen Begleiteffekten die Sicherheit Europas gesamthaft gefährden.

Dies trifft im Prinzip auch auf die Konflikte in der MENA-Region zu, wobei hier die destabilisierenden Faktoren zunehmen: die Kehrtwende der USA in Bezug auf das Iran-Atomabkommen, der offene Ausgang des Jemenkrieges und die damit verknüpfte Zunahme der Rivalität zwischen dem Iran und Saudi-Arabien, aber auch zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi Arabien, der Syrienkrieg und seine regionalen Auswirkungen, der fragile Friede im Irak, der ungelöste Palästinenserkonflikt, die enorme Gefährdung der Resilienz des Libanon, Jordaniens und zunehmend auch Ägyptens, der Libyenkonflikt, die erwartbaren Spannungen im Falle eines Machtwechsels in Algerien sowie die Zunahme der Konflikte in der Sahelzone und in Sub-Sahara-Afrika. Die unmittelbaren und dauerhaften Auswirkungen auf Europa sind evident: Massenmigration und Terrorismus werden Europa noch lange Zeit fordern und haben mittel- und längerfristig das Potenzial, die Resilienz der EU insgesamt genauso wie einzelner Mitgliedsstaaten dauerhaft zu gefährden.

Rolle Russlands in Europa



Der Trend in Richtung Konfrontation zwischen dem Westen und Russland wird sich fortsetzen. Russland wird seinen Anspruch auf eine respektierte Großmachtrolle beibehalten. Eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu Westeuropa könnte eine Dynamisierung der Hinwendung Russlands in den asiatisch-pazifischen Raum bewirken. Dazu zählen eine Modernisierung der Streitkräfte sowie des nuklearen Arsenal und – mangels ökonomischer Leistungsfähigkeit – ein prinzipielles Festhalten an Maßnahmen, die einen neuen Rüstungswettlauf beschränken könnten. Russland wird versuchen, die EU zu spalten, die USA von den europäischen Verbündeten zu trennen und seinen Einfluss in Osteuropa und auf dem Westbalkan zumindest zu behaupten. Sanktionen und wirtschaftliche Stagnation limitieren den sicherheitspolitischen Handlungsspielraum Russlands, eine Gefährdung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität des Landes ist im absehbaren Zeitraum allerdings nicht zu erwarten. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind gefordert, ihre Resilienz und Handlungsfähigkeit gegenüber Russlands drastisch zu erhöhen und den eigenen Ressourceneinsatz auf die Bedrohung durch hybride Angriffe sowie die eigene Resilienzstärkung auszurichten und sich nicht auf direkte militärische Konfrontation mit konventionellen Mitteln zu fokussieren.

Die Entwicklung der EU



Für die EU sind mehrere Entwicklungsrichtungen möglich. Der Zustand der Union ist Anfang 2019 besser zu bewerten als in den vergangenen Jahren. Die wirtschaftliche Lage hat sich kurzfristig verbessert, die Migrationszahlen sind derzeit geringer, und die Bereitschaft, in spezifischen Politikfeldern wie z.B. der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) enger zusammen zu arbeiten, ist wieder höher. In grundsätzlichen Fragen der Institutionenreform konnten jedoch keine Fortschritte erzielt werden. Für den absehbaren Zeitraum wird zu beobachten sein, inwieweit der Zuwachs von europakritischen Parteien – gerade auch im Lichte der Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 – anhält und weitere Integrationsschritte nach dem Brexit verhindert.

Für den unmittelbaren Zeithorizont des nächsten Jahres ist daher mit einer Fortsetzung des „Muddling through“ zu rechnen, wobei die weiterhin ungelöste Migrationsfrage sowie die Risiken für die Eurozone zu den großen Herausforderungen zählen. Es ist nicht zu erwarten, dass die EU 2019 eine abschließende Antwort auf diese Fragen finden wird – wie auch die Folgen eines möglicherweise ungeordneten Brexit derzeit nicht absehbar sind. Ein „Game Changer“ im Bereich der Sicherheitspolitik könnte eine neue Rolle der EU-Kommission in Sicherheits- und Verteidigungsfragen mit einer starken Persönlichkeit an der Spitze sein.

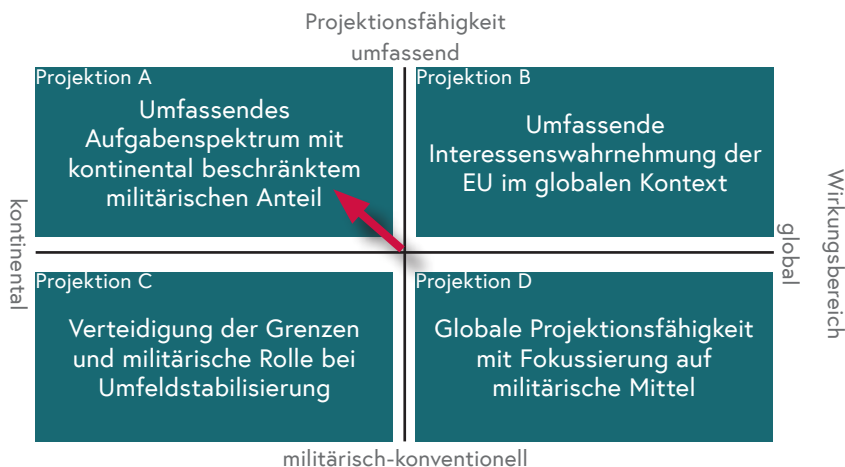
Rolle der NATO



2019, das Jahr in dem das 70-jährige Bestandsjubiläum des Bündnisses gefeiert wird, wird von erheblichen Ungewissheiten über die innere Einheit der Allianz überschattet bleiben. Scharf zu Tage treten wird dies durch das unberechenbare Verhalten des US-Präsidenten, aber viel tiefer begründet in den unterschiedlichen, strategischen Interessen. Für die USA ist wohl China die größte Herausforderung der Zukunft, wohingegen diese für Europa im Nahen/Mittleren Osten liegt und tragfähige Beziehungen zu Russland von essentieller Bedeutung sind.

Trotzdem bestehen auch unter den europäischen Bündnispartnern tiefe Bruchlinien, die eine echte „Verteidigungsunion“ im Sinne eines „europäischen Pfeilers“ innerhalb der Allianz nicht erwarten lassen. Immerhin wurden die Beistandsgarantie und die Geschlossenheit der NATO nach außen bislang nicht ernsthaft in Frage gestellt, was einen echten Relevanzverlust der NATO anstoßen würde. Mit den Beschlüssen zur Aufstockung des Verteidigungsbudgets der europäischen Mitgliedsstaaten auf zwei Prozent, was noch zu dauerhaften Kontroversen führen wird, vor allem aber mit der Einrichtung neuer Kommanden in Norfolk/USA und im deutschen Ulm werden glaubhafte Akzente zur Sicherstellung der Abschreckungs- und Eskalationsfähigkeit gesetzt. Die Bündnisverteidigung rückt somit wieder deutlicher vor die Krisenmanagementaufgaben.

Entwicklung der GSVP



Das Verhalten Russlands, die Unberechenbarkeit und zum Teil antieuropäische Vorgangsweise des US-Präsidenten Donald Trump und die potenzielle Schwäche der NATO würden eigentlich für einen verstärkten Aufbau eigenständiger europäischer Verteidigungskapazitäten sprechen. Im absehbaren Zeitraum ist jedoch nicht mit fundamentalen und weitreichenden Veränderungen zu rechnen, sondern mit einer evolutionären Fortentwicklung und Fortschritten in Teilbereichen. Es wird sich zeigen, inwieweit dabei vor allem der Europäische Verteidigungsfonds und die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie einen Paradigmenwechsel herbeiführen können, der letztlich zu einer strategischen Autonomie Europas führen könnte.

Generell bleibt der Fokus der GSVP auf einem umfassenden Aufgabenspektrum mit beschränktem militärischem Anteil im europäischen Umfeld. Globale Ambitionen sind derzeit ebenso wenig erkennbar wie eigenständige Fähigkeiten zur Verteidigung der Außengrenze der EU.

Für die mittel- bis langfristige Weiterentwicklung der GSVP sind drei Faktoren von zentraler Bedeutung: erstens europäische Solidarität, zweitens gemeinsame Souveränitätsausübung und drittens eine strategische europäische Außenpolitik.

Die Gretchenfrage im Bereich der Solidarität ist, ob die EU-Staaten zu vermehrten finanziellen Lastenteilung bereit sind. So sehen etwa bei Operationen die aktuellen Finanzierungsmechanismen lediglich fünf bis zehn Prozent gemeinsame Finanzierung vor, den Rest haben die Staaten zu leisten, die sich an einem Einsatz beteiligen und damit auch das politische und militärische Risiko zu tragen haben. Die vorgeschlagene Einrichtung

einer Europäischen Friedensfazilität würde eine entscheidende Verbesserung bedeuten. Das wird aber nur gelingen, wenn die Mitgliedsstaaten einem solchen neuen Solidaritätsniveau zustimmen.

Auf absehbare Zeit wird die Verteidigung eine souveräne Angelegenheit der Mitgliedsstaaten bleiben. Eine europäische Armee steht mittelfristig nicht auf der Agenda. Da jedoch nahezu alle Sicherheitsrisiken nicht im nationalen Alleingang, sondern vorrangig in europäischer Kooperation gelöst werden können, wird sich vermehrt die Frage stellen, ob die Einzelstaaten bereit sind, in eine gemeinsame Souveränitätsausübung zu investieren.

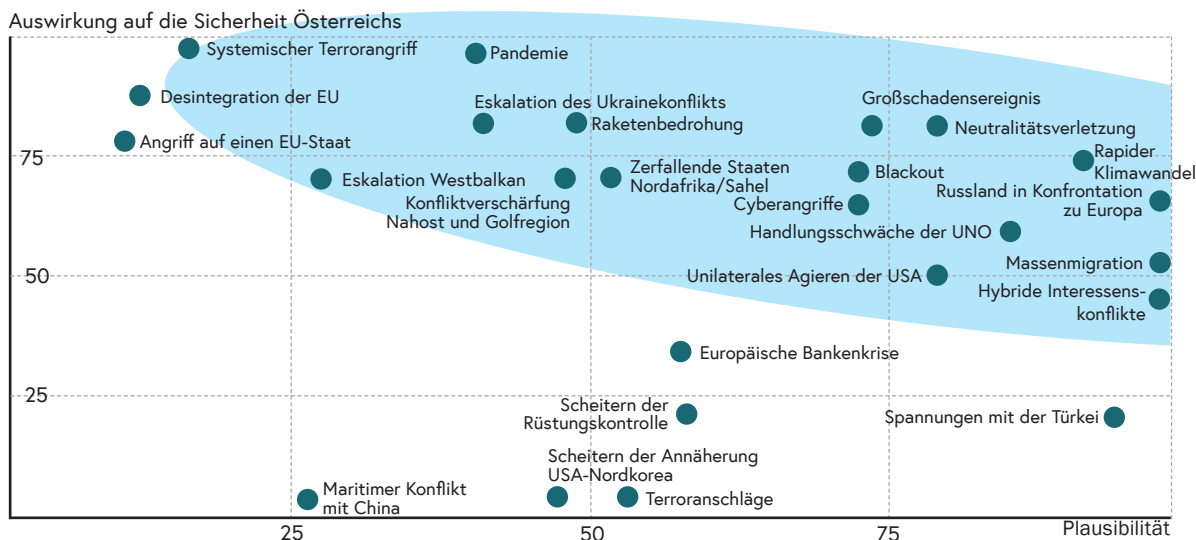
Keine noch so kooperativ angelegte Verteidigungspolitik kann eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ersetzen. Vielmehr ist die Verteidigung Instrument und Funktion gemeinsamer außenpolitischer Interessen der EU-Staaten. Somit wird die Frage, ob die EU-Mitgliedsstaaten in strategischen Fragen zu einer wirklichen gemeinsamen Außenpolitik finden werden, wohl zum entscheidenden Erfolgskriterium für die GSVP überhaupt.

Da nicht alle EU-Mitgliedsstaaten gleichzeitig zu diesen politisch weitreichenden Schritten einer vertieften Verteidigungszusammenarbeit bereit sein werden, ist wohl das Voranschreiten einer willigen und fähigen Staatengruppe, die aber immer auch offen für neue Mitglieder bleibt, der Schlüssel für ein erfolgreiches Gelingen einer wirklich strategischen GSVP.

Auf Ebene der konkreten GSVP-Projekte wird es in der nächsten Zeit vor allem darauf ankommen, dass die einzelnen Vorhaben wie die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, Finanzierungsmechanismen und EU-Einsätze nicht neben oder gar losgelöst voneinander, sondern möglichst kohärent und eingebettet in ein klares strategisches Konzept, das letztlich dem Ziel europäischer Handlungsautonomie folgt, weiterentwickelt werden. Zudem muss ein klares strategisches Kommunikationskonzept entwickelt werden, das den Mehrwert all dieser Vorhaben auch für den europäischen Bürger klar verständlich macht.

Verteidigungspolitisches Risikobild

Im Folgenden werden wesentliche sicherheitspolitische Risiken für Österreich für 2019 und soweit absehbar für die Folgejahre aus dem Trendszenario und einer Analyse der wesentlichen Schlüsselfaktoren abgeleitet.



Auf der X-Achse wird die Plausibilität des Eintretens eines Risikos in Prozent dargestellt, auf der Y-Achse die angenommene negative Auswirkung auf die Sicherheit Österreichs. Die in der Ellipse beinhalteten Risiken sind jedenfalls durch die Instrumente der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu behandeln. Nahezu allen Risiken kann nur mit einem gesamtstaatlichen Ansatz entgegengetreten werden, wobei das Österreichische Bundesheer in nahezu allen Fällen essentieller Bestandteil jeglicher Risikobewältigungsstrategie ist.

Auch die aus dem Trendszenario 2019 abgeleiteten Risiken sind gekennzeichnet von einer weiteren Zuspitzung von geopolitischen Krisen und von Konflikten im Umfeld Europas. Im Unterschied zu 2018 haben sich jedoch einerseits einige Risiken im Hinblick auf die zu Grunde gelegten Parameter – Plausibilität und Impact auf die Sicherheit Österreichs – verändert, andererseits mussten aufgrund neuer Entwicklungen einige weitere Risiken aufgenommen werden.

Die **unkontrollierte Migration** und deren langfristige Folgen bilden ein erhebliches Risiko für die Resilienz Österreichs, vor allem im Falle eines Nichtgelingens einer gesteuerten und zugleich drastisch reduzierten Zuwanderung bei gleichzeitiger erfolgreicher Integration der legal in Österreich befindlichen Personen. Aktuell und auch auf Sicht konnte zwar die Massenzuwanderung nach Europa auf rund 111 000 Migranten im Jahr 2018 von rund 160 000 im Jahr 2017 reduziert werden, aber besorgniserregend für Österreich ist die deutliche Zunahme der illegalen Migration entlang

der Westbalkanroute. Hier kam es 2018 zu einem Anstieg auf rund 40 000 Personen, wobei Staaten des Westbalkans, etwa Bosnien und Herzegowina, deutlich belastet wurden, aber auch Österreich bleibt nach wie vor Zielland von Migranten. So wurden 2018 mindestens 11 000 Asylanträge gestellt, und die Zahlen werden 2019 wohl zumindest vergleichbar sein. Diese Perspektive gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, dass keine weiteren destabilisierenden Ereignisse in Afghanistan, Pakistan, in der Türkei, im Nahen und Mittleren Osten oder in Afrika stattfinden.

Eine weitere **Desintegration des Nahen Osten** wie auch **Nordafrikas** und der **Sahelzone** stellen somit für Österreich im Zusammenhang mit Massenmigration und Terrorismus im absehbaren Zeitraum die größten Risiken dar. Die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Eskalation in der Endphase des Syrienkrieges durch das Aufeinanderprallen der Interessen der beteiligten Mächte in der Region nimmt zu. Gleichzeitig erhöhen die USA den Druck auf den Iran, womit einer der Hauptkonflikte der Region, die Machtrivalität zwischen dem Iran und Saudi-Arabien, zusätzlich angeheizt wird. Eine militärische Auseinandersetzung zwischen den beiden Regionalmächten sollte für 2019 wenig wahrscheinlich sein, rückt aber mittelfristig immer mehr in den Bereich des Möglichen. Durch die Sanktionspolitik der USA wird der wirtschaftliche Druck auf das Regime stetig zunehmen. Deren Auswirkungen sind vielfältig, nicht übersehen sollte man den dann zu erwartenden massiven Ölpreisanstieg, mit verheerenden Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, aber auch die negative Beeinflussung sämtlicher anderen Konflikte in der Region, vom Kurdenkonflikt über den Palästinakonflikt bis zum Krieg im Jemen. Kräfteverschiebungen würden unweigerlich Konflikte neu anheizen, und Länder, die auf Unterstützung vor allem Saudi-Arabiens bzw. anderer Golfstaaten angewiesen sind, könnten destabilisiert werden. Dies trifft vor allem auf Ägypten und Jordanien, aber auch auf die Staaten Nordafrikas zu.

Die Staaten Nordafrikas werden neben ihren eigenen Problemen vor allem von den zahllosen Konflikten in Sub-Sahara-Afrika und der Migration und Flucht aus diesen Konfliktgebieten sowohl als Transit- als auch als Aufnahmestaat herausgefordert werden. Eine Übereinkunft Europas mit beiden Staatengruppen über Migrationsfragen alleine erscheint unrealistisch, vor allem solange kein kohärenter Dialog über alle Aspekte der gemeinsamen Beziehungen gefunden wird, wozu auch Handels- und Wirtschaftsregime gehören.

Spricht man von Mali als dem neuen „Afghanistan Europas“, zeigt sich wohin die Entwicklung führen kann: Gescheiterte Staaten als Beschleuniger

für Massenmigration und Hort von radikalen islamistischen Bewegungen, die Terror nach Europa exportieren. Nicht zuletzt zu erwähnen ist der steigende islamistische Einfluss auf dem Westbalkan, vor allem in Bosnien-Herzegowina, der von sunnitisch geprägten Staaten des Nahen Ostens gefördert wird.

Der außen- und innenpolitische Kurs der **Türkei**, die sich unter der Führung Erdogans immer weiter von europäischen Standards und Werten entfernt und in der Region neoosmanische Ambitionen auch unter Anwendung militärischer Machtmittel verfolgt, ist für Österreich in mehrfacher Hinsicht ein Risiko. Insbesondere die durch die Türkei herbeigeführte Blockade Österreichs im Rahmen der Mitwirkung in der NATO-Partnerschaft für den Frieden hat für das Bundesheer negative Auswirkungen im Bereich der Ausbildung, der Übungen und der internationalen Zusammenarbeitsfähigkeit. Trotz einiger Fortschritte und Zugeständnisse konnte im Jahr 2018 die Blockade nicht gänzlich beseitigt werden, zumal sich die Türkei dafür konkrete Schritte seitens der österreichischen Politik in für sie wichtigen Bereichen erwartet.

Die Türkei verfügt mit dem sogenannten Flüchtlingsabkommen mit der EU über den entscheidenden Hebel zur Regulierung des Zustromes von Migranten an der für Österreich so wichtigen Westbalkanroute. Trotz der enormen wirtschaftlichen Probleme der Türkei, der innenpolitischen Instabilität, des Engagements im Syrienkrieg, des Kurdenkonflikts und der politischen Auseinandersetzungen mit der EU und den USA ist Ankara von großer Bedeutung für die europäische und – nicht zuletzt wegen ihrer unmittelbaren Einflussnahme auf die türkischstämmigen Bevölkerungsteile – auch für die österreichische Sicherheit. Von vorrangiger Bedeutung wäre daher die Entwicklung eines neuen, strategischen und effektiven Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und der Türkei basierend auf realistischen Annahmen und unter Zugrundelegung der jeweiligen Interessenslagen.

Österreich pflegt mit **Russland** ein gemäßigt freundschaftliches Verhältnis, vor allem entlang wechselseitiger wirtschaftlicher Vorteile. Aber die generell konfrontative Ausrichtung des europäisch-russischen Verhältnisses birgt auch für Österreich vielfältige Risiken. Das angespannte Verhältnis zwischen dem Westen und Russland erhöht die Animositäten zwischen der NATO und Russland, führt zur Aufkündigung von Rüstungskontrollverträgen und zu Aufrüstungsmaßnahmen in Ost und West, verhärtet die Fronten auf dem Westbalkan und verlängert bzw. intensiviert Konflikte im Nahen Osten. Das alles führt letztlich zu einer Situation, in der es Russland immer weniger gelingen wird, sich als glaubwürdiger Partner Europas bei der Bewältigung der großen globalen Herausforderungen zu positionieren. Russlands Versuche

der politischen Einflussnahme, seinen hybriden und cyberbasierten Aktivitäten sowie seiner Desinformationspolitik kann Europa am effektivsten mit einer Doppelstrategie der Stärke und des Dialogs begegnen. Der Fokus der europäischen Anstrengungen wäre primär auf die Stärkung der eigenen Resilienz und weniger auf militärische Konfrontation zu legen.

Für Österreich hat sich in Folge der Entwicklung der letzten Jahre das Risiko von **Souveränitätsverletzungen** vor allem **in der Luft** drastisch erhöht. In Folge der zunehmenden Konfrontation zwischen der NATO und Russland und den Konflikten an der südlichen Peripherie wurde die militärische Mobilität in Europa zu einer der Schlüsselfragen für die Reaktionsfähigkeit des Westens. Durchmarsch- und Überflugs-Genehmigungen erfordern eine klare rechtliche Legitimation und eine souveräne Entscheidung im Einzelfall. Diese für Österreich wesentlichen Aspekte wurden im Zuge der Verhandlungen zur militärischen Mobilität auch konsequent eingefordert und sichergestellt.

Die Zunahme der Konfrontation bzw. Konflikte mit Akteuren im europäischen Umfeld, aber auch die generelle Degradation der internationalen Ordnung verstärken die beiden unmittelbaren Bedrohungen für Österreich: **Cyberangriffe und hybride Bedrohungen**. Cyberangriffe können zwar im Kontext hybrider Bedrohungen gesehen werden, können aber auch losgelöst von einer umfassenden hybriden Bedrohung stattfinden. Es kann festgesellt werden, dass entlang aller hybriden Angriffsfelder, also der politischen, ökonomischen, militärischen, zivilen sowie der Informations- und Cyberdomäne, Aktivitäten gegen österreichische Sicherheitsinteressen stattfinden. Fanden noch vor Jahren Spionageaktivitäten und Cyberkriminalität überwiegend im Rahmen von Industrie- und Wirtschaftsspionage statt, so hat sich mittlerweile das Aktivitätsspektrum deutlich um sicherheitspolitische Interessensdurchsetzung gegenüber Österreich erweitert. Mit der Störung oder Beeinflussung politischer Prozesse in Österreich wird ebenso zu rechnen sein, sowohl durch direkte Einflussnahme von außen als auch durch religiös-fundamentalistische Unterwanderung und Radikalisierung oder durch eine Instrumentalisierung von Minderheiten. Es wird Druckausübung auf Österreich zur Übernahme von Sanktionen geben, die von Großmächten gegen Staaten verhängt werden, zu denen Österreich eher kooperative Beziehungen pflegt. Fortsetzen wird sich auch die Zunahme hybrider Aktivitäten v.a. auf dem Westbalkan, die gegen österreichische und europäische Interessen gerichtet sind. Und auch Spionageaktivitäten werden im Auge zu behalten sein.

Neu in der Auflistung ist unter anderem das **Scheitern der Rüstungskontrolle** insbesondere durch die unilaterale Ankündigung des

Ausstieg aus dem Intermediate Range Nuclear Forces (INF)-Vertrag durch die USA. Die USA beabsichtigen sich generell von vertraglichen Bindungen zu lösen, um Handlungsfreiheit v.a. auch gegenüber China zu erhalten. Umgekehrt ist Russland auch von Mittelstreckenraketen aus Nord-Korea, China, Indien, Pakistan und dem Iran potenziell bedroht. Für Westeuropa hätte eine Aufstellung von Mittelstreckenraketen durch Russland aufgrund der sehr kurzen Flug- und Vorwarnzeiten nachhaltige negative Konsequenzen. Neue russische Mittelstreckenraketen könnten Ziele in allen Teilen Europas mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit erreichen. Dies zusätzlich zu den schon vorhandenen russischen see- und luftgestützten Marschflugkörpern mit 2000 km Reichweite. Eine zusätzliche Gefahr würde für andere Rüstungskontrollaktivitäten wie dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) entstehen, der seitens Russlands seit 2007 ohnedies sistiert wurde. Weiters könnte es zur Hinterfragung des Vertrages „Open Skies“ sowie des New-START-Vertrages zur Begrenzung der strategischen Waffen kommen. Sollte letzterer mit einer Laufzeit von 2021 enden, gäbe es keinerlei quantitative Obergrenzen mehr für Nuklearwaffen, ein neues Wettrüsten könnte folgen. Zusätzlich würde eine Diskussion um die neuerliche Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa massive Folgen für die Kohärenz der EU haben. Konflikte um die Stationierung sowohl innerhalb einzelner Staaten als auch zwischen einzelnen europäischen Staaten sind zu erwarten. Aus heutiger Sicht könnte dies eine weitere Marginalisierung der EU bedeuten, vielleicht auch einen Bedeutungsverlust der NATO, da Entscheidungen, die früher im Rahmen der NATO getroffen wurden, jetzt unilateral durch die USA getroffen würden. Nicht zu übersehen ist auch die Tatsache, dass im Falle einer Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen Europa selbst wieder zum möglichen nuklearen Kriegsschauplatz werden könnte.

Der mögliche Streit um die Stationierung von Mittelstreckenraketen oder entsprechender Abwehrsysteme in Europa ist nur ein weiterer Aspekt der zur Spaltung der EU in wesentlichen Fragen der Sicherheit des Kontinents beitragen könnte und so die Handlungsschwäche der EU vergrößern könnte. Im Vordergrund stehen aktuell die noch offenen Folgen des Brexit, die politische Stagnation in Deutschland, die Uneinigkeit der EU in Fragen der Migration sowie der Umgang mit Russland und die Reaktion auf den amerikanischen Unilateralismus. All dies limitiert die Ambition Europas zu eigenständigem sicherheitspolitischen Handeln, was zu den bestimmenden – negativen – Rahmenbedingungen der österreichischen Sicherheitspolitik zählt. Diesen potenziellen Entwicklungstrends stehen konkrete verteidigungspolitische

Reformansätze und Projekte in der GSVP gegenüber, die die Option einer leistungsfähigen europäischen Verteidigung im Blick haben.

Eine mögliche neuerliche **Banken- und Finanzkrise in der EU** ist angesichts der Finanzpolitik Italiens, aber auch aufgrund der Schwäche der Deutschen Bank und der handels- und finanzpolitischen Alleingänge der US-Regierung für Europa in den kommenden Jahren ein enormes Risiko – sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht. Zwar stehen in diesem Fall zunächst keine militärischen Konsequenzen im Vordergrund, allerdings hätte eine weitere politische und ökonomische Schwächung der EU weitreichende negative Konsequenzen auf die ohnehin begrenzte Stabilisierungsfähigkeit der EU auf ihr unmittelbares strategisches Umfeld.

Im Extremfall – aber nicht gänzlich auszuschließen – ist sogar ein **Angriff auf einen EU-Staat** sowohl mit nicht-konventionellen als auch mit konventionellen Mitteln denkbar.

Zwar ist aus heutiger Sicht eine **Eskalation** der ungelösten Konflikte auf dem **Westbalkan** und in der **Ukraine** 2019 wenig wahrscheinlich, jedoch können externe Entwicklungen oder die Verschärfung von Konflikten zwischen externen Akteuren, die in den genannten Regionen engagiert sind, die Lage dort destabilisieren. Auf dem Westbalkan dürfte sich im Jahr 2019 der Trend des stabilitätsgefährdenden Stillstandes fortsetzen, wobei der starke Einfluss nationalistischer Kräfte und die teilweise angespannten intraregionalen Beziehungen Risiken zur Verschlechterung der Lage bergen. Vor allem im Falle eines neuerlichen – aus heutiger Sicht aber wenig wahrscheinlichen – militärischen Konflikts auf dem Westbalkan wären die Auswirkungen auf die Sicherheit Österreichs massiv: zunächst Gefährdung der eingesetzten österreichischen Truppen in der Region, dann Flüchtlingsströme, Radikalisierung auch in Österreich mit möglichen Angriffen sowohl gegen die jeweils andere Volksgruppe, aber auch gegen österreichische Einrichtungen etc.

Zu den militärischen Risiken mit dem größten möglichen Schadensausmaß zählen die **Bedrohung durch Raketen** aus dem europäischen Umfeld sowie der systemische Terrorismus. Raketen oder Fernwaffen mit hohem Leistungsvermögen, die von außerhalb der EU, vor allem aus dem Nahen Osten, Mitteleuropa erreichen können, sowie deren Bestückungsmöglichkeit mit konventionellen und nichtkonventionellen Gefechtsköpfen sind längst vorhanden. Zwar ist auf absehbare Zeit ein Einsatz oder die Androhung eines solchen Einsatzes wenig wahrscheinlich, Absichten können sich aber rasch ändern, etwa im Falle einer Eskalation des Nahostkonflikts. Die Potenziale sind

jedenfalls vorhanden. Es ist festzuhalten, dass Österreich gegenüber diesen Bedrohungen keinerlei Verteidigungsfähigkeit besitzt.

Von Relevanz bleibt die Möglichkeit von Anschlägen sowohl des islamistischen, als auch des rechtsextremen **Terrorismus**. Im islamistischen Bereich wird kurz bis mittelfristig mit Einzeltätern im „Low-tech“-Bereich zu rechnen sein, mit gering qualifizierten Akteuren, oftmals mit kriminellem Hintergrund und psychischen Problemen. Derartige Anschläge haben nur geringe Auswirkungen, außer es werden chemische oder biologische Kampfstoffe verwendet, die ohne besondere Ausbildung produziert und eingesetzt werden können, wie z.B. Rizin. Mittelfristig bis langfristig ist mit einer verstärkten Durchdringung der Gesellschaft und der staatlichen Institutionen durch salafistische bzw. dschihadistische Netzwerke und Gemeinschaften zu rechnen – speziell auf dem Westbalkan, aber auch in Österreich. Damit könnte es zum sogenannten „projektierten“ Terrorismus kommen, mit koordinierten, in der Regel von mehreren unabhängigen Terrorzellen gleichzeitig verübten Anschlägen. Symptomatisch für diese Form terroristischer Gewalt ist die bewusst angestrebte Destabilisierung eines Staates, ein Angriff auf die Souveränität und Handlungsfähigkeit, der auf verschiedene Weise von statten gehen kann. Der schlimmste Fall wäre, wenn Terrorgruppen bei der Verfolgung ihrer Ziele Massenvernichtungswaffen einsetzen oder eine umfassende Zerstörung der kritischen Infrastruktur gelingt, was für den absehbaren Zeithorizont wenig wahrscheinlich, aber langfristig nicht auszuschließen ist.

Eine schwere **Pandemie** und ein umfassendes **Blackout** bleiben auf der Risikoskala im Bereich des Möglichen – mit schwersten Schädigungen im Bereich der Infrastruktur, der Wirtschaft, des öffentlichen Lebens und natürlich bei der Bevölkerung selbst. Hier wird es den Einsatz aller staatlichen Instrumente bedürfen – vor allem auch des Bundesheeres – um die Resilienz des Landes wiederherzustellen.

Verteidigungspolitische Konklusionen

Aus den langfristigen sicherheitspolitischen Umfeldszenarien werden die grundsätzlichen Ableitungen für die Ausrichtung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gezogen, wie sie etwa in der Österreichischen Sicherheitsstrategie oder in der Teilstrategie Verteidigungspolitik zu finden sind.

Wesentliche Parameter im sogenannten Erwartungsraum der nächsten 15 bis 20 Jahre bleiben ein generell konfrontatives machtpolitisches Umfeld auf globalstrategischer Ebene, reduzierte Funktionalität der internationalen Organisationen, globale Auseinandersetzungen um Ressourcen sowie die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, dauerhafte Konflikte in den europäischen Nachbarregionen mit hohem Eskalationspotential, dauerhafter Druck durch die Migrationsströme aus der MENA-Region, dauerhafte Bedrohung EU-Europas durch Fernwaffen, Hybride Konflikte und alle Formen des Terrorismus. Zu den großen Unsicherheiten zählen die langfristige Weiterentwicklung der EU und der GSVP, die Rolle der USA und der transatlantischen Beziehungen sowie das Gelingen der Stabilisierung der unmittelbaren Nachbarschaft der EU im Rahmen von Kooperationsmechanismen oder, wie auf dem Westbalkan, durch Integration.

Für Österreich bleibt abgesehen von konkreten militärstrategischen Bedrohungen und der Massenmigration und ihren Folgen die mögliche Handlungsschwäche der EU oder gar ihre Desintegration das größte Risiko. Österreich muss daher eine Strategie verfolgen, die zumindest langfristig auf eine auch militärisch handlungsfähige EU setzt, bis dahin aber selbst umfassende Vorsorge für die eigene Sicherheit treffen. Dies ist vor allem die Sicherstellung der Resilienz des Landes gegenüber Bedrohungen wie systemischen Terrorangriffen oder hybriden Konflikten. Ergänzt wird diese Strategie durch Stabilisierungsmaßnahmen im Umfeld Europas, die einen unmittelbaren Einfluss auf die nationale Sicherheitslage haben. Des Weiteren gilt es, bestmöglich mit Partnern dafür zu sorgen, dass sich die vielfach politisch beschworene militärische Handlungsfähigkeit der EU tatsächlich entwickeln kann.

Vor diesem Hintergrund sind die österreichische Verteidigungspolitik und die Militärstrategie zu entwickeln. Letztere hat, was die Streitkräfteplanung betrifft, auf die längerfristigen Aspekte Bezug zu nehmen, und was den Streitkräfteeinsatz betrifft, die relevanten kurz- bis mittelfristigen Herausforderungen zu fokussieren. Streikräfteplanerisch, also mittel- bis

langfristig, gibt es einen klaren Strategiekern: Schutz der Resilienz Österreichs, ergänzt um Beitragsleistungen zur militärischen Handlungsfähigkeit der EU. Da letzteres hochgradig unsicher ist, sind Kooperationsformen mit Partnern sowohl zur Bewältigung unmittelbarer Einsätze im Umfeld der EU als auch – wenn dies möglich wird – zur Entwicklung von europäischen Fähigkeiten unabdingbar.

Da in einer im günstigsten Fall mittel- bis langfristigen Betrachtung die Risiken des systemischen Terrorismus an Wahrscheinlichkeit und die des hybriden Konflikts an Relevanz zunehmen werden, ergibt sich angesichts des Realzustandes des Bundesheeres eine klare Priorität bei der Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit. Für Österreich bedeutet das die Erhaltung und Stärkung der Fähigkeiten einer eigenständigen militärischen Landesverteidigung gemäß Art 79 (1) B-VG. Das Bundesheer ist konsequent auf die Abwehr konventioneller und nicht-konventioneller Angriffe auszurichten. Dabei stehen insbesondere die Wiederherstellung der militärischen Grundbefähigung und der Ausbau der Fähigkeiten des Bundesheeres zur Beherrschung aktueller und künftiger Bedrohungen im Vordergrund. Dies erfordert die Herbeiführung zeitgemäßer Standards für die konventionelle Landesverteidigung und damit die verstärkte Wiederbesinnung der gesamten Organisation auf die Anforderungen einer modernen militärischen Landesverteidigung. Darüber hinaus muss der Schutz der Soldaten auf den aktuellen Standard angehoben werden. Gleichzeitig muss auch militärische Vorsorge für die Leistung eines militärischen Solidarbeitrags für die EU-Verteidigung (nach Maßgabe der irischen Klausel) getroffen werden.

Dazu müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen für das Bundesheer geschaffen werden:

- mittelfristige schrittweise Erhöhung des Verteidigungsbudgets auf ein Prozent des BIP (mit einem Zwischenziel von 0,8 Prozent des BIP am Ende der Legislaturperiode),
- langfristige Sicherstellung der Wahrung der Souveränität in der Luft,
- Anpassung der Umfassenden Landesverteidigung an aktuelle und künftige Herausforderungen,
- Fortsetzung der Personaloffensive mit Aufwuchs auf 25 000 Planstellen,
- Hoheit im Personalbereich und im Budgetvollzug im Rahmen der Zielvorgaben von Parlament und Bundesregierung,
- Attraktivierung des Grundwehrdienstes,
- Stärkung der Miliz und

- Wiederherstellen der verfassungsmäßigen Aufgabe als bewaffnete Macht der Republik.

Aber auch das Bundesheer selbst muss auf die aktuellen Herausforderungen weiter ausgerichtet werden. Dies umfasst insbesondere:

- Ausrichten der militärischen Landesverteidigung auf die aktuellen und künftigen Bedrohungen durch Herbeiführen eines zeitgemäßen Standards, z.B. Herstellen der Verteidigungsfähigkeit gegen Bedrohungen aus der Luft, Erhalt der Kompetenz und Kampfwertsteigerung für die mechanisierten Kräfte sowie Verbesserung der Fähigkeiten zur Wirkung gegen geschützte oder gepanzerte Ziele,
- Erhöhung der Reaktions- und Durchhaltefähigkeit sowie Sicherung der Autarkie des Bundesheeres,
- Zielgerichtete Vorbereitungen auf Einsätze im urbanen Umfeld und im Cyber-Raum,
- Aufbau der Verteidigungsfähigkeiten gegen Bedrohungen im Informationsumfeld wie Beeinflussung und Manipulation durch Propaganda,
- Stärkung der Kampfkraft der Brigaden als Kern des Bundesheeres,
- Nutzung neuer Technologien wie künstliche Intelligenz und autonomer Systeme sowie die Abwehr zerstörerisch-disruptiver Technologien wie Energie- und Biowaffen sowie
- Ausbau der nachrichtendienstlichen militärischen Fähigkeiten zur Krisenfrüherkennung.

Was die konkreten verteidigungspolitischen Maßnahmen betrifft, stehen der Umgang mit Flucht und Massenmigration sowohl in den Ursprungsregionen als auch in den Transit- und Aufnahmeländern, insbesondere in der MENA-Region, die Vermeidung einer Eskalation auf dem Westbalkan, Beiträge zur Konfliktregelung in der Schwarzmeerregion und die Mitgestaltung der GSVP im Vordergrund. Neben der Fortsetzung der bestehenden militärischen Einsätze gilt es, durch eine Reihe an Aktivitäten die verteidigungspolitischen Zielsetzungen zu erreichen.

In mehrfacher Hinsicht bedeutsam könnten auch durch Österreich unterstützte Maßnahmen zur Deeskalation in der Schwarzmeerregion sein. Hier stehen die Bemühungen Moldovas im Vordergrund, ein Neutralitätsmodell zu entwickeln, dass sich eng am österreichischen anlehnt. Durch eine

Unterstützung dieses Prozesses mit österreichischer Expertise könnte im Falle des Erfolges sowohl ein Beitrag zur friedliche Vereinigung der beiden Landesteile wie auch zur Stabilisierung der Region insgesamt geleistet werden. Das Modell eines Vereinigten Moldovas, neutral zwischen Russland und der NATO, aber in einem kooperativen politischen und wirtschaftlichen Verhältnis sowohl zu Russland als auch der EU, könnte vor allem für die Ukraine ein gangbares Modell werden.

Schließlich ist es in unmittelbarem österreichischen Interesse, proaktiv beim Ausbau der militärischen Handlungsfähigkeit der EU mitzuwirken. Hinsichtlich der konkreten GSVP-Projekte muss sich das österreichische Augenmerk darauf richten, dass die einzelnen Vorhaben wie PESCO, Finanzierungsmechanismen und EU-Einsätze nicht neben einander oder gar losgelöst voneinander, sondern möglichst kohärent und eingebettet in ein klares strategisches Konzept, das letztlich dem Ziel europäischer Handlungsautonomie folgt, weiterentwickelt werden.

Die von Österreich initiierte Debatte einer Europäisierung des österreichischen Erfolgsmodells der Assistenzeinsätze zum EU-Außengrenzschutz gilt es am Leben zu erhalten. 2019 soll daher das Modell im Rahmen einer Außengrenzschutzübung in Ungarn praktisch erprobt werden, um das Zusammenwirken ziviler und militärischer Fähigkeiten im Grenzmanagement weiter zu stärken.

Die mit dem österreichischen Vorsitz eingeleitete neue Phase im militärischen Westbalkan-Engagement muss mit allen Mitteln unterstützt und vorangebracht werden. Auf Basis eines neuen strategischen Dialogs muss von den EU-Mitgliedsstaaten vermehrt in den militärischen Kapazitätenaufbau investiert werden – mit dem Ziel, die Widerstandsfähigkeit der Westbalkan-Staaten zu verbessern. Andererseits sollen sie noch stärker als bisher zu Sicherheitsprovidern werden und aktive Beiträge zur GSVP leisten. Dazu muss insbesondere die von HV Federica Mogherini in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie für eine regionale Offiziers- und Trainingsakademie durch Österreich begleitet und eine Einbindung der Westbalkan-Staaten sichergestellt werden. Auch der erste Gipfel der Verteidigungsminister der Westbalkan-Staaten seit 2011 am 26. September 2018 in Graz muss seine Fortsetzung finden und als Startpunkt eines strategischen politischen Dialogs auf EU-Ebene weiterentwickelt werden.

Innerösterreichisch hat der Ratsvorsitz Österreichs in der zweiten Jahreshälfte 2018 einmal mehr gezeigt, dass fast alle Themen der GSVP – von militärischer Mobilität über Finanzierungsfragen bis hin zu zivil-militärischer

Zusammenarbeit beim Außengrenzschutz – Querschnittsmaterien sind, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit eines Ressorts fallen. Daher wäre an einer weiteren Verbesserung der interministeriellen Koordination zu GSVP-Fragen zu arbeiten und die Einrichtung eines strategischen Koordinationsgremiums zu überlegen.



Die Rahmenbedingungen für den österreichischen EU-Ratsvorsitz in der zweiten Jahreshälfte 2018 waren trotz EU-interner Herausforderungen überwiegend stabil. Dadurch war eine proaktive Mitgestaltung Österreichs im Feld der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) möglich. Diese fokussierte vor allem auf die Themen Außengrenzschutz, Westbalkan und ABC-Abwehr. Im Bereich der Verteidigungspolitik hat die österreichische Vorsitzführung damit auch inhaltlich Profil gezeigt.

Johann Frank und
Leyla Daskin

Politisch-strategische Rahmenbedingungen des österreichischen Ratsvorsitzes

In Folge des Brexit hat Österreich am 1. Juli 2018 – ein halbes Jahr früher als ursprünglich vorgesehen – zum nunmehr dritten Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Prägende Charakteristika der internationalen Lage des Jahres 2018 waren ein zunehmend konflikttäres Verhältnis zwischen den Großmächten, anhaltende Krisen an der europäischen Peripherie und eine hohe Unvorhersehbarkeit der weiteren Entwicklung. Dieser konfrontativen internationalen Situation stand eine EU gegenüber, die gerade die drängendsten inneren Herausforderungen wie die Folgen der Finanzkrise des Jahres 2008 und die hohen Migrationszahlen gemeistert hat und im Unterschied zu anderen auf Kooperation, Verlässlichkeit und Multilateralismus setzte. Europapolitisch dominierende Themenstellungen und ständige Begleiter des österreichischen Ratsvorsitzes waren der Brexit, die Uneinigkeit in der Migrationsfrage, das zukünftige EU-Budget und der institutionelle Reformprozess. Alles komplexe Themen, die über den österreichischen Ratsvorsitz hinauswiesen, gleichzeitig aber das Potenzial hatten, sich auf den Fortschritt in konkreten Dossiers auszuwirken.

Im Verlauf des Ratsvorsitzes waren einige europapolitische Unsicherheiten zu konstatieren, etwa durch die Regierungskrise in Deutschland wegen der Uneinigkeit in der Migrationspolitik, die Wahlen in Italien oder das EU-Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn. International setzten sich die Krisen an der europäischen Peripherie auf hohem Niveau fort, jedoch ohne Ausbruch akuter neuer Konflikte. Daher kann man insgesamt für den Verlauf des österreichischen Ratsvorsitzes von relativ stabilen Rahmenbedingungen sprechen, die ein strategisches Gelegenheitsfenster öffneten, um an ganz konkreten Materien zu arbeiten.

Im Feld der GSVP war es daher auch die Absicht Österreichs, die Zeit zu nutzen, um jene Instrumente weiterzuentwickeln bzw. zu schaffen, die die EU zukünftig in die Lage versetzen sollen, die vielfältigen Sicherheitsherausforderungen besser bewältigen zu können. Darüber hinaus war es die politische Ambition, am Westbalkan und beim EU-Außengrenzschutz nationale Akzente zu setzen. Diese grundsätzlich stabilen Rahmenbedingungen für die GSVP-Entwicklung wurden lediglich drei Mal von größeren Verwerfungen, die in anderen Politikfeldern – Migrations-, Finanz- und Außenpolitik – ihren Ursprung hatten, in Schwankungen versetzt. In Folge der Uneinigkeit über die Verteilung der in Seenot aufgegriffenen Personen geriet die Mittelmeer-

Operation SOPHIA in Gefahr, weil sich Italien weigerte, der Fortsetzung dieses Einsatzes ohne vorgestaffelte Regelung der Verteilungsfrage seine Zustimmung zu erteilen. Die Idee zur Einrichtung eines Fonds für die Finanzierung von Missionen und des militärischen Kapazitätenaufbaus in Partnerstaaten geriet zunehmend in den Schatten der Diskussionen um den Gesamthaushalt (Mehrjährigen Finanzrahmen) der EU. Unterschiedliche außenpolitische Sichtweisen auf die Beziehungen zu den USA schlugen sich in der Frage der Öffnung von GSVP-Projekten für Drittstaaten nieder, und die restriktive Haltung der den Kosovo nicht anerkennenden Staaten verhinderte die Realisierung der österreichischen Idee einer Einladung der Westbalkan-Staaten zum informellen Verteidigungsministertreffen nach Wien. Letztlich blieben diese Verwerfungen aber unterhalb der Schwelle nachhaltiger negativer Auswirkungen und konnten durch Verhandlungsgeschick und Kompromissformeln abgeschwächt werden.

Zu gestalten war der österreichische Ratsvorsitz durch eine neue Bundesregierung, die gerade erst ein halbes Jahr im Amt war und in der zumindest Teile der EU anfangs ambivalent gegenüberstanden. Einerseits herrschte gerade zu Beginn Unsicherheit über die europapolitische Ausrichtung der neuen Bundesregierung. Andererseits waren die Erwartungen an Österreich hoch, zumal es sich um die letzte volle Vorsitzperiode vor den Europawahlen handelte und möglichst viele offene Dossiers erfolgreich abgeschlossen werden sollten. Mit einem hohen Maß an organisatorischer und inhaltlicher Vorbereitung wurden diese Herausforderungen angenommen.

Im Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) hatten die organisatorischen und inhaltlichen vorbereitenden Arbeiten bereits 2017 begonnen und wurden durch den neuen Verteidigungsminister Mario Kunasek mit Nachdruck unterstützt, sodass mit Beginn des Vorsitzes ein schlagkräftiges inhaltliches und organisatorisches Team aufgestellt und die budgetäre Voraussetzung mit einem Vorsitzbudget von 9,2 Mio. Euro sichergestellt war, was ganz wesentlich zum Erfolg der Vorsitzführung beitrug.

Die erste inhaltliche Grundsatzentscheidung war die Wahl des Vorsitz-Mottos „Ein Europa, das schützt“. Angesichts der innenpolitischen Dominanz der Sicherheitsthematik eine naheliegende Entscheidung, die auch weitgehend der europäischen und österreichischen öffentlichen Erwartung entsprach.

Im Bereich der Verteidigungspolitik konnten Bedenken über den Europakurs der neuen Bundesregierung zu Beginn des Regierungsantritts im Rahmen des Verteidigungsminister-Treffens am 6. März 2018 in Brüssel ausgeräumt werden. Verteidigungsminister Kunasek stellte dort fest, dass die neue österreichische Regierung ein proeuropäisches Regierungsprogramm

als verbindliche Grundlage hat und die Fortsetzung und Weiterentwicklung der österreichischen Beiträge zur GSVP auf hohem Niveau ein wesentlicher Nachweis der Glaubwürdigkeit dieser proeuropäischen Ausrichtung sind.

Inhaltlich stand der österreichische Ratsvorsitz im Bereich der GSVP unter dem positiven Schirm einer neuen Dynamik. Getragen von dem Gedanken, gerade in Krisenzeiten der EU-Integration zu demonstrieren, dass man in wichtigen Fragen Fortschritte erzielen kann, hat sich die GSVP zu dem vielleicht dynamischsten Integrationsfeld entwickelt. Es herrschte darüber weitgehend Konsens, dass man die Möglichkeiten zur Vertiefung der Zusammenarbeit, die der Vertrag von Lissabon bietet, auch voll ausschöpfen will. Somit übernahm Österreich die verteidigungspolitischen EU-Agenden zum Zeitpunkt einer erneuerten Dynamik. Die aktuelle US-amerikanische und russische Politik sowie der Brexit hatten politisch zu diesem positiven Momentum in der GSVP geführt. Die strategisch-konzeptionelle Grundlage für die Weiterentwicklung war die Globalstrategie der Europäischen Union (EUGS) aus dem Jahr 2016, die während der österreichischen Vorsitzführung weiter mit Leben befüllt werden konnte.

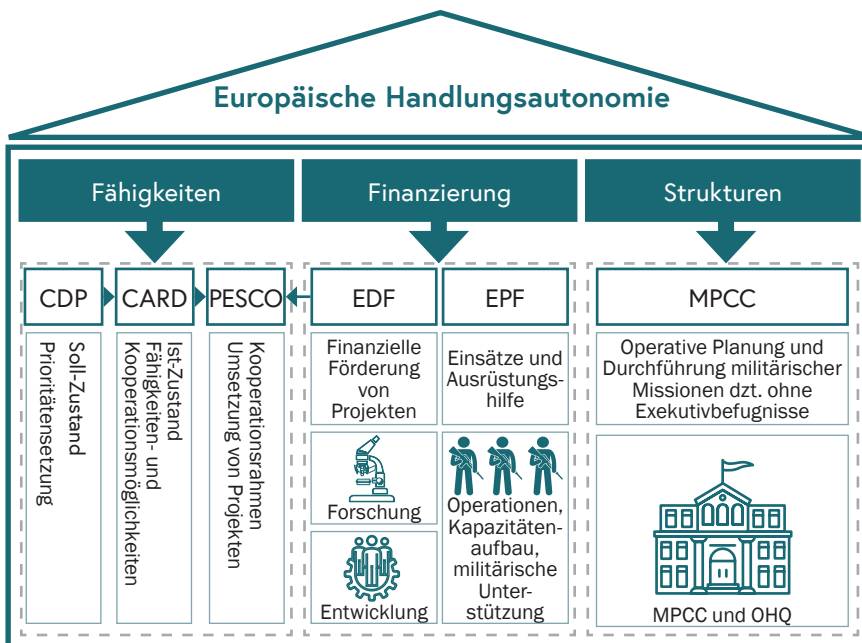
War die alte EU-Sicherheitsstrategie (ESS) aus dem Jahr 2003 noch von der Grundannahme getragen, dass die EU von einem Ring befreundeter Staaten umgeben sei und ihre transformatorische Ausstrahlung mit ihren kulturellen und wirtschaftlichen Anreizen zwangsläufig zu einer stetigen und quasi automatischen Erweiterung des europäischen Friedensprojektes führen werde, atmet die EUGS einen anderen, realistischeren Geist. Ausgehend von der Einschätzung, dass die vielschichtigen Sicherheitsprobleme, die sich auch infolge des Arabischen Frühlings, des Syrienkriegs, des Konflikts in der Ostukraine und der Massenmigration nach Europa entwickelt haben, einen Raum der Instabilität um die EU gebildet haben, und als Konsequenz des Rückzugs der USA als „Garant der europäischen Ordnung und Sicherheit“ ist die Entwicklung einer europäischen Handlungsautonomie das strategische Ziel der EUGS.

Das verteidigungspolitische Pflichtprogramm

Die relativ stabilen Rahmenbedingungen eröffneten dem österreichischen Vorsitz die Chance, in allen verteidigungspolitischen Handlungsfeldern die Energie darauf zu verwenden, jene neuen Instrumente zu entwickeln, die man zukünftig benötigen wird, um mehr Sicherheit zu schaffen.

Konkret galt es im Bereich der GSVP, zeitgemäße militärische Kapazitäten (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit – PESCO) aufzubauen, die institutionellen Strukturen (Militärisches Planungszentrum – MPCC) weiterzuentwickeln und neue Finanzierungsmechanismen (Europäischer Verteidigungsfonds – EDF und Europäische Friedensfazilität – EPF) zu schaffen, um die verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit der EU zu verbessern.

Zu diesem Zweck wurden durch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die Mitgliedsstaaten zwischen Juni 2016 und Ende 2017 wesentliche Projekte zur Umsetzung der EUGS auf den Weg gebracht. Diese umfassen neue Vorhaben zur kooperativen militärischen Fähigkeitenentwicklung, neue Finanzierungsmechanismen und institutionelle Anpassungen.



Der Kapazitätenentwicklungsplan (CDP) definiert jene militärischen Fähigkeiten, über die die EU autonom verfügen können soll, um die politische Ambition auch militärisch unterfüttern zu können. Der Jährliche Überprüfungsmechanismus (CARD) zeigt den jeweiligen IST-Stand der nationalen Verteidigungsplanungen und identifiziert europäische Kooperationsmöglichkeiten. PESCO umfasst 20 konkrete Verpflichtungen zur Verbesserung der europäischen Verteidigungsfähigkeit und konkrete militärische Kooperationsvorhaben zur Entwicklung neuer Fähigkeiten. Der mit 13 Mrd. Euro dotierte EDF liefert schließlich finanzielle Anreize für zukünftige gemeinsame am europäischen Bedarf orientierte Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Die EPF soll

zukünftige Einsätze finanzieren und Mittel für den Kapazitätenaufbau in Drittstaaten sicherstellen. Und durch die Weiterentwicklung des MPCC will die EU schrittweise über die erforderliche Planungs- und Koordinierungseinrichtung verfügen, um EU-Einsätze selbst führen zu können.

Diese Dossiers waren durch Österreich zu übernehmen und weiterzuführen. Unter österreichischem Vorsitz durchlief CARD seinen ersten Testlauf, und es konnten erste Lehren gezogen und Verbesserungen vorgeschlagen werden. Bei PESCO waren drei Handlungsstränge zu bearbeiten: erstens eine weitere Konkretisierung der Verpflichtungen („Sequencing“), zweitens eine Klärung der Frage, unter welchen Bedingungen sich auch Drittstaaten an PESCO beteiligen können, und drittens die Entscheidung über die zweite Tranche von PESCO-Projekten. Für den EDF hat Österreich die „Friends-of-the-Presidency“-Gruppe übernommen und die Grundlagen für die notwendige Verordnung zur rechtlichen Umsetzung geschaffen. Damit war das BMLV übrigens erstmals in seiner Geschichte direkt an einem EU-Gesetzgebungsprozess federführend beteiligt. Beim MPCC war der Konsens über den konzeptionellen Ausbau leichter zu erreichen als die Bereitstellung der erforderlichen Stabsoffiziere für die Herstellung der Grundbefähigung. Österreich ging auch hier in seiner Verantwortung als Vorsitz mit gutem Beispiel voran und hat sich bei der Besetzung vakanter Positionen eingebracht.

Somit hat das BMLV den EAD, der im Bereich der GSVP die Themensetzung erheblich bestimmt, nach Kräften bei der Weiterführung dieser Dossiers unterstützt und für seine Rolle als Konsensbilder und Brückenbauer – insbesondere nach Südosteuropa – auch Anerkennung gefunden.

Österreichische Fokusthemen: Außengrenzschutz, Westbalkan und ABC-Abwehr

Über dieses europapolitische Pflichtprogramm hinaus wurde die Gelegenheit zum Agenda-Setting, die sich aus der nationalen Vorsitzführung ergibt, genutzt, um insbesondere die zivil-militärische Kooperation für einen effektiveren Außengrenzschutz und die Erfordernisse einer Westbalkanpolitik besonders zu thematisieren. Spezifische nationale verteidigungspolitische Fokusthemen auf die Tagesordnung der EU zu bringen, ist gerade für ein kleineres Mitgliedsland mit beschränkten militärischen Ressourcen keine Selbstverständlichkeit. In der Retrospektive waren für das Gelingen eine klare gesamtpolitische Zielsetzung der Bundesregierung, die Unterstützung von gleichgesinnten EU-Staaten und eine inhaltliche Initiativrolle des BMLV ausschlaggebend.

In die Debatte zum EU-Außengrenzschutz hat Österreich die Idee einer Europäisierung des österreichischen Erfolgsmodells der Assistenzeinsätze eingebracht. Grundgedanke dabei ist, dass in außergewöhnlichen Situationen auf Anforderung kompetenter ziviler Behörden auch auf militärische Fähigkeiten zurückgegriffen werden soll, und das möglichst strukturiert und gut vorbereitet. Um die sensible Frage der Rolle von Streitkräften im Grenzmanagement breiter akzeptabel erscheinen zu lassen, wurde das Narrativ einer Verbesserung der zivil-militärischen Zusammenarbeit gewählt. Diese Idee wurde im Rahmen einer hochrangigen Expertenkonferenz allen EU-Staaten präsentiert, und das resultierende österreichische Initiativpapier wurde in den Brüsseler Gremien diskutiert. 2019 soll es im Rahmen einer Außengrenzschutzübung in Ungarn praktisch erprobt werden. Darüber hinaus sollen auch spezielle Ausbildungs- und Trainingsprogramme entwickelt werden, um das Zusammenwirken ziviler und militärischer Fähigkeiten im Grenzmanagement weiter zu verbessern.

Der Fokus des österreichischen Ratsvorsitzes auf den Westbalkan war von Beginn an konsensfähiger und entsprach auch der europäischen Erwartung. Er folgt der allgemeinen außen- und europapolitischen Schwergewichtssetzung Österreichs. Neu war jedoch die zu Grunde gelegte verteidigungspolitische Strategie. Nach dem Einsatz von insgesamt rund 30 000 Soldaten und mehr als einer Milliarde Gesamtkosten für das Österreichische Bundesheer sollte der Vorsitz genutzt werden, um eine neue Phase im militärischen Westbalkan-Engagement einzuleiten. Strategischer Leitgedanke ist, die Truppenpräsenz lageangepasst schrittweise zu reduzieren und parallel dazu auf der Basis eines neuen strategischen Dialogs mit den betroffenen Staaten des Westbalkans den militärischen Kapazitätenaufbau zu intensivieren und die regionale militärische Zusammenarbeit kontinuierlich zu verbessern. Mit dieser Strategie sollen die Westbalkan-Staaten einerseits in die Lage versetzt werden, die Sicherheitsaufgaben in ihren Staaten selbst zu lösen und die Widerstandsfähigkeit gegenüber den neuen hybriden Risiken zu verbessern. Andererseits sollen sie noch stärker als bisher zu Sicherheitsprovidern werden und aktive Beiträge zur GSVP leisten. Als längerfristige positive Kollateralwirkung soll sich der Bedarf an internationaler militärischer Präsenz reduzieren.

Seitens des BMLV wird dieser Ansatz sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene durch ein verteidigungspolitisches Westbalkanpaket unterstützt. Dieses umfasst die Einbindung der Westbalkan-Staaten in EU-Missionen mit Schwergewicht zunächst auf der Trainingsmission in Mali, die Stärkung der Grenzschutzkapazitäten und der Fähigkeiten

zum Schutz vor hybriden Bedrohungen, die Verbesserung der regionalen Katastrophenhilfe und eine breite Palette an Ausbildungsmaßnahmen. Ein besonderes Leuchtturm-Projekt soll dabei die Etablierung einer regionalen Offiziers- und Trainingsakademie darstellen, wozu im Rahmen des informellen Verteidigungsministertreffens durch HV Federica Mogherini eine konkrete Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wurde. Gerade die Offiziersausbildung hat das Potenzial zum Modell für ein erneuertes, aber modernisiertes Engagement der EU in der Region. In einem ersten Schritt hat das BMLV bilateral zunächst mit Bosnien und Herzegowina und dann mit Mazedonien und Montenegro ein fünfjähriges, gesponsertes Kadettenausbildungsprogramm begonnen. Der Vorsitz wurde nunmehr genutzt, um dieses Projekt zu europäisieren, indem mit EU-Mitteln eine noch näher zu definierende regionale Ausbildungsakademie geschaffen werden soll. Damit wird der politische Zweck zur Ausbildung eines den europäischen Werten verpflichtenden Offizierskorps als Rückgrat für resiliente militärische und staatliche Strukturen bei gleichzeitigem Zurückdrängen anderer einschlägiger außereuropäischer Trainingsangebote genauso befördert wie eine schrittweise Entlastung des Bundesheeres als Truppensteller.

Als besonderer politischer Höhepunkt erwies sich der Gipfel der Verteidigungsminister der Westbalkan-Staaten am 26. September 2018 in Graz, bei dem zum ersten Mal seit sieben Jahren alle Verteidigungsminister der Region an einem Tisch saßen und Sicherheitsfragen ganz offen erörterten. Im Zuge dieses Treffens bekundeten alle Westbalkan-Staaten ihre Bereitschaft, zukünftig noch enger mit der GSVP zu kooperieren. Einig war man darüber, dass je umfassender das GSVP-Dossier wird, desto intensiver sich auch die Westbalkan-Staaten im Zuge des Beitrittsprozesses auf europäische Verteidigungsfragen vorbereiten müssen. Die Erwartung der Westbalkan-Staaten zur Etablierung eines strategischen Formats zu einem regelmäßigen politischen Austausch ist hoch. Verteidigungsminister Kunasek hat in diesem Zusammenhang jedenfalls die Beibehaltung informeller Ministertreffen, aber auch Konsultationen auf Ebene der Generalstabschefs und Rüstungsdirektoren zugesagt, und HV Mogherini hat die Prüfung der Möglichkeit eines strategischen Formates mit den Verteidigungsministern der Westbalkan-Staaten auf EU-Ebene in Auftrag gegeben.

Österreich engagiert sich im PESCO-Rahmen proaktiv und nimmt an vier Projekten teil. Das Projekt „CBRN Surveillance as a Service“ zur effektiveren Erfassung und Abwehr von chemischen, biologischen und radiologischen Kampfstoffen hat Österreich gemeinsam mit Frankreich, Kroatien, Slowenien

und Ungarn eingebracht und die politische und konzeptionelle Führung des Projekts übernommen. Italien, Rumänien, die Slowakei und Tschechien sind als Beobachter an Bord. Ziel des Projekts ist es, einen hoch mobilen Verbund aus unbemannten Luft- und Landfahrzeugen, die Sensoren ausbringen, zu schaffen. Die erhobenen Daten werden dann in einem Lagebild aufbereitet. Dadurch sieht die Truppe in entfernte Räume und kann diese besser überwachen. Bis Ende 2020 wird ein erster Demonstrator entwickelt. Mit diesem Projekt senden die Länder der Zentraleuropäischen Verteidigungskooperation auch ein starkes Signal und werten PESCO als Rahmen vertiefter regionaler Kooperation auf.

Bilanz und Ausblick

Insgesamt konnte während der österreichischen Vorsitzführung das Momentum in der GSVP aufrechterhalten und Stagnation vermieden werden. Somit bleibt die GSVP trotz zentrifugaler Tendenzen in der Union auch weiterhin ein positives Integrationsfeld mit ganz konkreten Fortschritten. Umfang und Geschwindigkeit der Weiterentwicklung der Verteidigungskooperation in der EU hängen aber auch in Zukunft vom politischen Willen der Mitgliedsstaaten ab.

Mit Blick auf die Erfahrungen während des österreichischen Ratsvorsitzes sind drei Faktoren für die Weiterentwicklung der GSVP von zentraler Bedeutung: Solidarität, Souveränität und strategische europäische Außenpolitik.

Die Gretchenfrage im Bereich der Solidarität ist, ob die EU-Staaten zu höherer finanzieller Lastenteilung bereit sind. So sehen etwa bei Operationen die aktuellen Finanzierungsmechanismen lediglich fünf bis zehn Prozent gemeinsame Finanzierung vor, den Rest haben die Staaten zu leisten, die sich an einem Einsatz beteiligen und damit auch das politische und militärische Risiko zu tragen haben. Die vorgeschlagene Einrichtung einer EPF würde eine entscheidende Verbesserung bedeuten. Das wird aber nur gelingen, wenn die Mitgliedsstaaten einem solchen neuen Solidaritätsniveau zustimmen.

Auf absehbare Zeit wird die Verteidigung eine souveräne Angelegenheit der Mitgliedsstaaten bleiben. Da jedoch nahezu alle Sicherheitsrisiken nicht im nationalen Alleingang, sondern nur in internationaler Kooperation bewältigt werden können, wird sich vermehrt die Frage stellen, ob die Nationalstaaten bereit sind, in eine gemeinsame Souveränitätsausübung zu investieren, um damit letztlich die im Bereich der Verteidigungspolitik schon seit längerem

verlorene Souveränität auf europäischer Ebene in erneuerter Form wieder zu gewinnen.

Keine noch so kooperativ angelegte Verteidigungspolitik kann eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ersetzen. Vielmehr ist die Verteidigung Instrument und Funktion gemeinsamer außenpolitischer Interessen der EU-Staaten. So wird die Frage, ob die EU-Mitgliedsstaaten in strategischen Fragen zu einer wirklichen gemeinsamen Außenpolitik finden werden, wohl zum entscheidenden Erfolgskriterium für die GSVP überhaupt.

Auf Ebene der konkreten GSVP-Projekte wird es in der nächsten Zeit vor allem darauf ankommen, dass die einzelnen Vorhaben wie PESCO, Finanzierungsmechanismen und EU-Einsätze nicht neben einander oder gar losgelöst voneinander, sondern möglichst kohärent und eingebettet in ein klares strategisches Konzept, das letztlich dem Ziel europäischer Handlungsautonomie folgt, weiterentwickelt werden. Zudem muss ein klares strategisches Kommunikationskonzept entwickelt werden, das den Mehrwert all dieser Vorhaben auch für den europäischen Bürger klar verständlich macht.

Innerösterreichisch hat der Vorsitz einmal mehr gezeigt, dass fast alle Themen der GSVP – von militärischer Mobilität über Finanzierungsfragen bis hin zu zivil-militärischer Zusammenarbeit beim Außengrenzschutz – Querschnittsmaterien sind, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit eines Ressorts fallen. Daher wäre an einer weiteren Verbesserung der interministeriellen Koordination zu GSVP-Fragen zu arbeiten und die Einrichtung eines strategischen Koordinationsgremiums zu überlegen.

Von unseren europäischen Partnern wurde konstatiert, dass die österreichische Vorsitzführung im Bereich der Verteidigungspolitik inhaltlich Profil gezeigt hat und organisatorisch auf höchstem Niveau durchgeführt wurde. Unsere Partner am Westbalkan sehen Österreich als strategischen Partner auf dem Weg nach Europa. Damit können die drei Vorsitzziele des BMLV, nämlich ein freundlicher Gastgeber zu sein, als inhaltlicher Akzentsetzer zu fungieren und die Brückenfunktion nach Südosteuropa auszubauen, als weitgehend erreicht bewertet werden.

Jetzt gilt es insbesondere, die Dossiers sowie die Vorhaben zum Westbalkan und zum Außengrenzschutz an den rumänischen Ratsvorsitz zu übergeben und im Sinne der Kontinuität in das Programm der nächsten Vorsitztroika (Rumänien, Finnland und Kroatien) einzubringen.

Die mit den Akteuren in den Brüsseler Institutionen vertieften Beziehungen sind im Sinne einer proeuropäischen EU-Politik weiter zu pflegen. Vielleicht noch wichtiger und auch nachhaltiger sind die vor und während des

Ratsvorsitzes intensivierten Beziehungen auf bilateraler Ebene. Das Österreich als Ratsvorsitzland entgegengebrachte Interesse fast aller EU-Mitglieder und auch wichtiger außereuropäischer Staaten war sicherlich eine der positivsten Erfahrungen. Die etablierten persönlichen Kontakte und die gewonnenen Erfahrungen sind eine gute Ausgangsbasis für eine aktive Rolle Österreichs als gestaltender Faktor der europäischen Sicherheitspolitik.

Kernpunkte

- Der Verlauf des österreichischen Ratsvorsitzes war auch von europapolitischen Unsicherheiten begleitet, insgesamt kann man für den Zeitraum jedoch von relativ stabilen Rahmenbedingungen sprechen.
- Österreich nutzte die Gelegenheit, um die zivil-militärische Kooperation für einen effektiveren Außengrenzschutz und die Erfordernisse einer Westbalkanpolitik schwerpunktmäßig zu thematisieren.
- Das administrative Prozedere in Österreichs hat gezeigt, dass fast alle Themen der GSVP Querschnittsmaterien sind, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit eines Ressorts fallen.
- Daher wäre an einer weiteren Verbesserung der interministeriellen Koordination zu GSVP-Fragen zu arbeiten und die Einrichtung eines strategischen Koordinationsgremiums zu überlegen.
- Die im Kontext des Ratsvorsitzes gewonnenen persönlichen Kontakte und Erfahrungen sind eine gute Ausgangsbasis für eine aktive Rolle Österreichs als gestaltender Faktor der europäischen Sicherheitspolitik.

02

Geostrategische Rahmenbedingungen







Die globale strategische Lage 2019

Mathew Burrows

Im Nahen Osten ziehen mit dem wahrscheinlichen Scheitern des Atomabkommens mit dem Iran Gewitterwolken auf, ein militärischer Konflikt könnte 2019 jedoch vermieden werden. Chinas Unmut über die US-Zollforderungen wächst, aber für das Land sind gute Beziehungen zu den USA noch immer wichtig, um die eigene Innovationskraft zu stärken. Die Beziehungen zwischen Russland und den USA werden sich weiterhin verschlechtern, und eine Verlängerung des New-START-Vertrages sowie andere Rüstungskontrollen gefährden. Europa riskiert einen weiteren Rückgang seines internationalen Einflusses, wenn es seine inneren Spaltungen nicht überwinden kann. Positiv werden hingegen die langsamen, ungleichmäßigen Fortschritte in Nordkorea wirken.

Zunahme der Spannungen zwischen China und den USA

Peking rechnet mit dem Abschluss eines umfassenden Abkommens über Handel und Investitionen mit US-Präsident Donald Trump nach den US-Midterm-Wahlen im November 2018, weil davon ausgegangen wird, dass er danach nicht mehr aus wahltaktischen Gründen hart gegen China vorgehen muss. Der Druck auf China erfährt jedoch überparteiliche Unterstützung, da weit verbreitete Befürchtungen bestehen, dass China zu einem starken Konkurrenten im Technologiebereich werden könnte. Sollten die USA, wie von einigen Ökonomen vorhergesagt, bis Ende 2019 in eine Rezession fallen, wird Trump wahrscheinlich den Druck reduzieren. Ein beschränktes Abkommen mit Peking ist ebenfalls möglich, bei dem China sich bereit erklärt, als Gegenleistung für die Lockerung der Zölle mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schiefergas aus den USA zu kaufen. Die Kontrolle der chinesischen Investitionen in wichtige Technologiebereiche wird in den USA jedoch bestehen bleiben.

Auf chinesischer Seite wächst die Angst vor einer starken Konjunkturabschwächung, die zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung führen würde. Peking ist sich bewusst, dass es noch immer Wissenschaftler in den USA ausbilden lassen muss und Investitionen von US-Technologieunternehmen benötigt. Pekings Traum von einem Hightech-China könnte durch eine plötzliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen China und den USA zerschlagen werden.

Für Putin ist China die einzige Option

Viele Russen befürchten eine übermäßige Abhängigkeit von China, aber der russische Präsident Wladimir Putin hat keine andere Alternative. Sollte die Mueller-Untersuchung beweisen, dass es im Rahmen des Wahlkampfes von Donald Trump Absprachen mit Moskau gegeben hat, würde dies nicht nur die Wahrscheinlichkeit einer Anklage Trumps durch das Repräsentantenhaus erhöhen, sondern auch bedeuten, dass die Beziehungen der USA zu Russland einen weiteren Schlag einstecken müssten. Es ist unwahrscheinlich, dass das New-START-Abkommen zur Verringerung strategischer Waffen verlängert oder der INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme erneuert wird.

Europa steht vor einem weiteren schwierigen Jahr

Ein Brexit ohne Ausstiegsvertrag würde Großbritannien am härtesten treffen, wäre aber auch ein weiteres Hemmnis für den schwächer werdenden Aufschwung der Europäischen Union. Ein starkes Ergebnis der rechtspopulistischen Parteien bei den Wahlen zum EU-Parlament wäre ein Schlag für Emmanuel Macron und Angela Merkel, die versucht haben, Impulse für eine stärkere EU zu setzen. Ein geteiltes Europa schwächt seine Möglichkeiten auf der internationalen Bühne. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben schon jetzt Schwierigkeiten im Umgang mit einem US-Präsidenten, der nicht viel von der EU oder selbst der NATO hält. Die Entwicklung Europas wird zunehmend von Trump, dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und sogar Putin gehemmt, die die internationalen Beziehungen neu gestalten, um starke Führer und zentralistische Staaten zu begünstigen und um sich von multilateralen oder regionalen Institutionen zu entfernen.

Langsamer Fortschritt in Nordkorea, Eskalation im Nahen Osten

Trump wird die Hilfe Pekings und sogar Moskaus benötigen, um Nordkorea in Richtung eines ernsthaften Denuklearisierungsprozesses unter Druck zu setzen. Niemand kann Interesse daran haben, dass sich die Gespräche verzögern, aber Kim Jong-un verlangt wirtschaftliche Zugeständnisse, bevor er diese fortsetzt. Trump sieht die Friedensgespräche als großen Erfolg; ihr Ende würde einen politischen Misserfolg darstellen, und das genau zu dem Zeitpunkt, an dem er sich auf seine Wiederwahl Ende 2019 vorbereitet. Gleichzeitig muss er Fortschritte bei der Abrüstung Nordkoreas vorweisen. Kim, der ebenso an dem Friedensprozess interessiert ist, wird gerade genug tun, um Trumps Zorn zu vermeiden, ohne dabei eine vollständige atomare Abrüstung zuzulassen.

Die europäischen Bemühungen zur Rettung des Atomabkommens mit dem Iran werden scheitern, da der Finanzierungsmechanismus zur Vermeidung von US-Sanktionen die europäischen Unternehmen nicht davon überzeugen wird, zu riskieren, den Unmut Washingtons durch Geschäfte mit dem Iran auf sich zu ziehen. Hardliner werden Teheran drängen, vom Abkommen zurückzutreten, was möglicherweise eine Konfrontation mit Saudi-Arabien, Israel und den USA zur Folge haben wird. 2019 wird wohl nicht das Jahr sein, in dem das Feuer entfacht wird, aber es wird den Brennstoff dafür liefern. Trump wird während des Wahlkampfs zu seiner Wiederwahl keine US-Truppen

ins Ausland schicken wollen, es sei denn, Teheran setzt einen provokanten Schritt und bedroht Israel oder Saudi-Arabien direkt. Durch eine solche Aktion des Irans würden harte Maßnahmen der USA Unterstützung finden und die Wähler in die Arme Trumps getrieben. Europa, Russland und China müssten sich zusammenschließen und eng zusammenarbeiten, damit die Bemühungen zur Entschärfung der Krise erfolgreich sind. Ein Krieg zwischen Teheran und Israel bzw. Saudi-Arabien wäre nicht eindämmbar und hätte das Potenzial, die Türkei und Europa mit Migrant*innen zu überschwemmen und die Sicherheit der Energieversorgung zu gefährden.

Kernpunkte

- Ein Kampf zwischen den USA und China um die globale Führung ist auf lange Sicht wahrscheinlich, jedoch wird sich Peking davor in Acht nehmen, Washington zu früh herauszufordern.
- Putin steckt in Bezug auf China in einer Sackgasse. Die Chancen auf Entspannung der Beziehungen mit Washington sind gering.
- Weder die USA noch Nordkorea können sich einen Abbruch der Gespräche über eine atomare Abrüstung leisten. Der weltweite Einfluss Europas wird durch wachsende Spaltungen innerhalb der EU geschwächt.
- Ein Nahostkrieg ist möglich, 2019 aber vermeidbar.



Globale Sicherheitstrends 2019

Richard Weitz

Zu den großen Herausforderungen für die europäische Sicherheit zählen transnationale Bedrohungen wie Einwanderung und Radikalisierung, Bedrohungen der wirtschaftlichen Sicherheit aufgrund von Spannungen im internationalen Handel, ungelösten Statusfragen betreffend Großbritannien und Russland und das von US-Präsident Donald Trump dominierte Washington, das nach wie vor unberechenbar ist.

Migration und Terrorismus

Obwohl die Zahl der Migranten und Flüchtlinge nach Europa unter das Niveau von vor 2015 gesunken ist, wird die Migration 2019 ein bestimmendes Thema in der Politik bleiben. Auch deshalb, weil führende Politiker einen plausiblen Zusammenhang zwischen Immigration und Kriminalität, etwa Menschen- und Drogenhandel, herstellen. Die europäischen Gesellschaften werden weiterhin Schwierigkeiten haben, die seit 2014 angekommenen zwei Millionen Zuwanderer zu integrieren. Auch 2019 werden die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten wohl unterschiedlicher Meinung sein, wie mit Asylbewerbern

umgegangen werden soll, wie legale Migranten in die Gesellschaft integriert und illegale Einwanderer abgeschoben werden sollen.

Auch wenn das Thema Migration von der österreichischen EU-Vorsitzführung 2018 eine hohe Priorität bekam, ist es unwahrscheinlich, dass mit dem österreichischen Vorschlag zur Bildung einer „Achse der Willigen“ Fortschritte gegenüber früheren EU-internen Arrangements zur Lastenteilung erzielt werden können. Allerdings dürfte die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich bei Grenzkontrollen und beim Ausbau von Frontex wohl weiter zunehmen, da sich deutsche Politiker den österreichischen Positionen annähern. Das bisherige Flüchtlingsabkommen mit der Türkei unter dem Motto „Einwanderung für Hilfgelder“ hat sich nur teilweise bewährt. Die kürzlich angekündigte EU-Partnerschaft mit Ägypten im Bereich Migration könnte sich als wirksamer erweisen, und das bevorstehende Ende des Krieges in Syrien wird den Flüchtlingsstrom wahrscheinlich stärker eindämmen.

Langfristig wird die Beseitigung von sicheren Rückzugsorten für Terroristen im Irak und Syrien die extern bedingten Bedrohungen durch Terroristen in Europa verringern. Die Gefahr, dass aus Europa stammende Kämpfer zurückkehren, wird jedoch weiterhin ein großes Problem darstellen. Die Art und Weise, wie Terroranschläge in Europa erfolgen, wird sich weiter ändern, wobei zunehmend Frauen als Terroristen aktiv werden, alleine handeln und leicht verfügbare Waffen wie Messer oder Fahrzeuge einsetzen werden, um weiche Ziele anzugreifen. Der Jemen, Libyen und andere Konfliktzonen in der europäischen Nachbarschaft werden weiterhin potenzielle Exporteure von Terrorismus bleiben. Den Extremismus in Europa abzuwenden, wird weiterhin eine Herausforderung darstellen.

Risiken für den Handel infolge des Brexits

In diesem Jahr verzeichnete die europäische Wirtschaft das stärkste Wachstum der letzten zehn Jahre. Die Arbeitslosigkeit ist gering, die Inflation bleibt stabil, und die Löhne steigen. Auch wenn die Bemühungen der USA, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Iran und Europa zu unterbinden, die EU nicht besonders hart treffen werden, könnte ein bedeutender Handelskonflikt zwischen Europa und den Vereinigten Staaten oder zwischen China und den Vereinigten Staaten – mit Einbeziehung Europas auf Seiten der USA, wie kürzlich vom US-Botschafter bei der Europäischen Union vorgeschlagen – diesen guten Zeiten schnell ein Ende bereiten.

Viele europäische Regierungen arbeiten darauf hin, ihre Volkswirtschaften gegenüber wirtschaftlichen Krisen im Ausland resilient zu machen. So profitiert Österreich beispielsweise davon, dass die Inlandsnachfrage der wichtigste Wachstumstreiber ist, auch wenn die Nettoexporte steigen; aber das wird Zeit brauchen. Für Österreich wird es aufgrund der wachsenden europäischen Befürchtungen in Bezug auf Pekings „Belt and Road Initiative“ und andere Projekte, die die europäischen Staaten anfälliger für die Kontrolle Chinas machen könnten, schwierig, die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen mit China voranzutreiben. Japan und Indien hingegen werden das Ziel verfolgen, den wirtschaftlichen Austausch mit Österreich und anderen EU-Mitgliedsstaaten zu vertiefen, teilweise, um ein Gegengewicht zu China zu bilden.

Unterdessen schwinden die Aussichten auf einen geordneten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU am 29. März 2019 weiter, wodurch Europa vor weitere wirtschaftliche und sicherheitspolitische Herausforderungen gestellt wird.

Die genauen Bedingungen für den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs müssen noch ausgehandelt werden, somit bleiben die Beziehungen zur EU nach dem Ausstieg weiterhin ungewiss. Obwohl mit dem Chequers-Plan von Premierministerin Theresa May, wie von der österreichischen Regierung befürwortet, eine gewisse Zusammenarbeit im Handel und in der Verteidigung fortgesetzt würde, könnte beiderseitige Unnachgiebigkeit bei den Verhandlungen zu einem härteren Brexit führen, als von den meisten Politikern in London und Wien gewünscht. Ein harter Brexit würde die EU-Institutionen, die stark von britischen Ressourcen und britischer Unterstützung abhängig sind, schwächen. Ein starkes Zurückfahren der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU würde die europäischen Wachstumsraten wahrscheinlich verlangsamen, die verfügbaren Ressourcen für die Verbesserung der kollektiven Sicherheit in der EU verringern und die transatlantischen Debatten über die Lastenverteilung möglicherweise weiter verschärfen.

Russland: entfremdet und unruhestiftend

Trotz der guten Beziehungen mit Österreich wird Russland den meisten europäischen Regierungen und den Vereinigten Staaten entfremdet bleiben. Die NATO und Russland werden sich wahrscheinlich auch 2019 gegenseitig als Hauptgegner wahrnehmen, und es besteht wenig Aussicht, dass sie ihre Meinungsverschiedenheiten über die NATO-Erweiterung, die Ukraine oder die

Rüstungskontrolle beilegen werden. Ob nun aufgrund russischer Nachlässigkeit oder von Russland beabsichtigt, decken westliche Medien und Regierungen regelmäßig Fälle russischer Cyberspionage und Wahlbeeinflussung auf und untergraben damit Moskaus Bemühungen, die Regierungen der NATO- und EU-Staaten zu spalten, mit einigen Ausnahmen.

Die türkische Politik wird 2019 aufgrund der vielschichtigen Kooperationsbeziehungen bzw. des Wettbewerbsverhältnisses Ankaras mit Russland, dem Iran, der EU und den Vereinigten Staaten in einer schwierigen Situation sein. Das macht die Türkei auch geopolitisch unberechenbar. In Europa wird es 2019 voraussichtlich zu einer weiteren Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO kommen, um Russland und anderen gemeinsamen Bedrohungen zu begegnen. Die Cybersicherheit wird für die europäische Sicherheit an Bedeutung gewinnen, da der technologische Fortschritt weiterhin neue Möglichkeiten für Cyberkriminelle, extremistische Propaganda im Netz und staatlich geförderte Desinformationskampagnen bieten wird.

Kernpunkte

- Trotz rückläufiger Einwanderung wird Europa weiter Mühe haben, die Asylsuchenden infolge der massiven Einwanderungswelle nach 2015 zu integrieren.
- Die Meinungsverschiedenheiten in der EU über Asylbewerber und legale sowie illegale Einwanderer werden fortbestehen.
- Die Aussichten auf einen weichen Brexit schwinden.
- Das Ende der sicheren Rückzugsorte für Terroristen in Syrien und im Irak wird, wenn die Parameter gleich bleiben, die Bedrohung Europas durch Terroristen aus dem Ausland verringern.
- Russland wird sich von den meisten europäischen Ländern entfernen. Die Bemühungen, Uneinigkeit zwischen den Mitgliedern der NATO und der EU zu schüren, werden nur bedingt erfolgreich sein.



EU-Wirtschaftstrends 2019

Sarah Fowler

Die europäische Wirtschaft steht 2019 vor großen Herausforderungen, da die unsicheren Beziehungen mit Washington und dabei insbesondere die drohenden Beschränkungen des Warenhandels zu düsteren Handelsprognosen geführt haben, laut denen es für die EU-Wirtschaften schwierig sein könnte, das Produktivitätswachstum zu steigern. Das Ende des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten und der Zeitpunkt der Zinserhöhungen stellen ebenfalls Hürden dar.

Verlangsamung nach mehreren Jahren starken Wachstums

Die Wirtschaft des Euroraums wuchs im 2. Quartal 2018 nur um 2,1 Prozent, obwohl das Wachstum im Vergleichszeitraum des Vorjahres noch 2,5 Prozent betragen hatte. Diese Verlangsamung setzte sich in der zweiten Jahreshälfte fort, wobei die im September durchgeführte Umfrage unter Einkaufsleitern über deren Produktionsvorhaben den langsamsten Produktionsanstieg seit Mai 2016 ergab. Die Stimmung bei den Dienstleistungen war besser, aber

die Zuversicht der Unternehmen im Dienstleistungssektor erreichte dennoch beinahe den tiefsten Wert der letzten 21 Monate.

Die Steigerung der Haushaltsausgaben verlangsamte sich im Jahresvergleich von 1,7 Prozent im Vorjahr auf 1,3 Prozent, wobei die Reallöhne im 2. Quartal gegenüber dem Vorjahr nur um 0,5 Prozent stiegen und das Vertrauen der Verbraucher im September 2018 auf den niedrigsten Stand seit 16 Monaten fiel. Die Exportmenge trieb das BIP-Wachstum 2017 an und stieg um mehr als fünf Prozent, verlangsamte sich aber im 2. Quartal 2018 auf 3,2 Prozent, und die Handelsprognosen werden immer unsicherer.

Diese Faktoren bedeuten, dass ein BIP-Wachstum von zwei Prozent oder knapp darüber 2018 zwar wahrscheinlich ist, sich aber 2019 bis 2020 auf 1,0 bis 1,5 Prozent verlangsamen wird, da sich die Unsicherheit im Handel auf die Exporte auswirkt.

Probleme im Handel

Die Aufträge für die deutsche Industrie, die einen Indikator für die Exportnachfrage im Euroraum darstellen, sanken im Juni, Juli und August 2018 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres und erreichten von Juni 2016 bis Mai 2017 ein durchschnittliches Wachstum von sechs Prozent.

Das US-Warenhandelsdefizit mit der EU erregte den Unmut des US-Präsidenten Donald Trump. Im Juli sicherten Trump und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker einander zu, bei der Beseitigung von Zollschränken und Handelshemmnissen, beim Energiehandel, bei der WTO-Reform und der Anpassung technischer Normen zusammenzuarbeiten. Die Spannungen bestehen jedoch weiter.

Energie ist ein Bereich, in dem die EU ihre Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten verbessern könnte – die EU will ihre Versorgung diversifizieren, während die Vereinigten Staaten mehr Energieträger exportieren wollen. Die Wettbewerbsfähigkeit ist jedoch eingeschränkt, da US-amerikanisches Flüssigerdgas verflüssigt, rückvergast und über den Atlantik transportiert werden muss, wodurch es teurer als Flüssigerdgas aus näheren Quellen – z.B. aus Katar – oder norwegisches oder russisches Pipelinegas wird. Ein deutlicher Anstieg des Energiehandels zwischen der EU und den USA ist daher auch 2019 unwahrscheinlich.

Landwirtschaft, Datenschutz und Besteuerung – insbesondere von Technologieunternehmen – könnten sich als Hindernisse für Handelsgespräche

erweisen, während die EU-Automobilbranche das nächste Ziel der USA sein könnte.

Die EU besteuert Autos aus den USA mit zehn Prozent, während die USA Autos aus der EU mit 2,5 Prozent besteuern. Das veranlasste Trump dazu, mit der Einführung von Strafzöllen in der Höhe von 25 Prozent zu drohen. Da Fahrzeuge 13 Prozent der EU-Warenausfuhren in die USA und damit im Jahr 2017 54,7 Milliarden Dollar ausmachten, hätten Zölle auf diesen Sektor weitaus größere Auswirkungen als der 25-prozentige Zolltarif, den die Vereinigten Staaten auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU in der Höhe von 2,8 Milliarden Dollar erhoben haben. Sollte dies 2019 der Fall sein, wäre Österreich negativ betroffen, da die Automobilexporte fast zehn Prozent der Exporte ausmachen.

Puzzle Produktivität

Schlechtes Produktivitätswachstum wird 2019 eine weitere Bedrohung für Europa darstellen, da die deutsche Leistung pro Arbeitskraft im zweiten Quartal 2018 zum ersten Mal seit 2009 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen ist, was die Sorge um Europas wirtschaftliche Stabilität vergrößert hat.

Das Beschäftigungswachstum treibt das BIP-Wachstum nicht mehr an, da die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der EU seit 2009 stetig geschrumpft ist. Das und die steigende Altersabhängigkeit erfordern eine Verbesserung der Erwerbstätigenquote und -effizienz.

Der Anteil erwerbstätiger Frauen steigt leicht an, konnte aber den Rückgang des Anteils der Männer von 70 Prozent im Jahr 1990 auf 64 Prozent im Jahr 2017 nicht ausgleichen. Wenn die Produktivität nicht steigt, werden die Aussichten auf höhere Löhne und Wachstum für 2019 eher bescheiden sein, wodurch das längerfristige BIP-Wachstum auf ein Prozent oder weniger beschränkt wird. Die Reallöhne werden weiterhin ein schwaches Wachstum aufweisen und sich an den Produktivitätszahlen orientieren.

Druck auf die Politik

Fortschritte in der Automatisierung werden 2019 zu mehr Arbeitsplätzen und Produktivitätssteigerungen führen, aber die Befürchtungen der Arbeitnehmer darüber, wer nun „gewinnt“ bzw. „verliert“, werden den politischen Druck zu

Abhilfemaßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und Anpassungsfähigkeit des Einzelnen erhöhen.

Das Einkommensgefälle hat sich in der EU verringert, wodurch der Steigerung der Produktivität und des Lebensstandards insgesamt eine höhere Priorität zukommen wird als dem Versuch, die Einkommensunterschiede auszugleichen. Das Europäische Parlament veranstaltete eine Konferenz zum Thema „Post-Growth 2018“, auf der Strategien diskutiert wurden, die über das Wachstum hinausgehen und sowohl den Lebensstandard als auch das Umfeld berücksichtigen. Dies wird auch 2019 ein zentrales Thema bleiben.

Obwohl die Haushaltssalden nach den Jahren der Sparpolitik positiv ausgefallen sind, besteht wenig Interesse an Expansion. Darüber hinaus werden die Bemühungen zur Einführung einer EU-weiten Steuer auf große Technologieunternehmen zwar stärker, doch besteht die Gefahr, dass dies die Spannungen mit den Vereinigten Staaten verschärft.

Unsicherheit in der Geldpolitik

Die Geldpolitik stellt für 2019 ein wesentliches Risiko dar, weil die Europäische Zentralbank (EZB) plant, den monatlichen Ankauf von Staatsanleihen im Umfang von 15 Milliarden Euro im Laufe des Jahres einzustellen, und bereits Ende 2019 mit der Anhebung der Zinsen beginnen wird. Die Gesamtinflation übertraf im September das Ziel von zwei Prozent, und obwohl die Kerninflation unter ein Prozent bleibt, wird der Preisdruck anhalten, wodurch die EZB verpflichtet wird, die Zügel straffer anzuziehen.

Das finanziell stabile Deutschland wird auf eine strengere Politik drängen, aber die Auswirkungen auf das fragile Italien sind ungewiss, weshalb die EZB mit Bedacht vorgehen wird.

Der Euro hat 2018 4,5 Prozent gegenüber dem US-Dollar verloren und wird 2019 noch mehr verlieren, wenn die Geldpolitiken der USA und der EZB weiterhin divergieren, wodurch den europäischen Exporteuren zwar geholfen würde, aber die von Zuflüssen abhängigen Volkswirtschaften unter Druck gesetzt würden.

Konsequenzen für Österreich

Als Reaktion auf den Widerstand aus dem schwachen Außenhandels Umfeld und die straffere Geldpolitik der EZB steigen die österreichischen Staatsausgaben,

und der Internationale Währungsfonds erwartet eine Erhöhung des Haushaltsdefizits von 0,6 Prozent des BIP 2018 auf 0,8 Prozent des BIP 2019.

Ein solides Wachstum des BIP von zwei bis 2,5 Prozent im Jahr 2019 und von 1,5 Prozent auf mittlere Sicht stellt jedoch sicher, dass diese Maßnahme finanziell tragbar ist. Aufgrund der beständigen Wirtschaftsaktivität wird erwartet, dass die Arbeitslosenrate mittelfristig bei knapp fünf Prozent und damit niedrig bleibt, wodurch das Risiko wirtschaftlicher Unzufriedenheit reduziert wird.

Höhere Treibstoffpreise könnten die Ausgaben leicht belasten und die Prioritäten von einigen Ministerien und staatlichen Agenturen beeinflussen. Österreichs Nähe und enge wirtschaftliche Beziehungen zu Italien bedeuten, dass eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rom und Brüssel wegen der Steuerpolitik Italiens ein Risiko für das Land darstellen würde.

Kernpunkte

- Die Perspektiven der Geldpolitik sind in Europa düsterer als in den Vereinigten Staaten, und der Zeitpunkt und das Tempo der Straffung könnten einen erheblichen Einfluss auf die Geldwirtschaft ausüben.
- Das Produktivitätswachstum dürfte relativ schwach bleiben und daher das BIP-Wachstum für 2019 und möglicherweise darüber hinaus begrenzen.
- Die Strategiegelgespräche verlagern sich in Richtung einer Politik, die den Lebensstandard verbessern könnte, allerdings könnte der Versuch, die Steuereinnahmen zu erhöhen, die Spannungen mit den Vereinigten Staaten verschärfen.
- Wenn die Vereinigten Staaten ihrer Drohung, die Importe von Autos aus der EU mit 25 Prozent zu besteuern, nachkommen, könnte dies den Handel und die Investitionen der EU erheblich beeinträchtigen.



2019 feiert die NATO ihren 70-jährigen Bestand. Dieses Jubiläum wird von der Ungewissheit über die innere Einheit der Allianz überschattet sein, die durch das unberechenbare Verhalten des US-Präsidenten Donald Trump verursacht wurde und auch durch die ambitionierten Beschlüsse am NATO-Gipfel in Brüssel im Juli 2018 nicht ausgeräumt werden konnte. Ein stärkeres Zusammenrücken der Europäer vor dem Hintergrund der in Frage gestellten amerikanischen Verlässlichkeit ist vorerst nicht zu erwarten. Zu tief sind die Bruchlinien, die sich vor allem im Rahmen der EU auftun und in die NATO hineinwirken. Die Entfremdung Europas von den USA ist nicht ausschließlich auf den US-Präsidenten zurückzuführen, sondern fußt auch auf den unterschiedlichen, strategischen Interessen. Für die USA ist China die größte Herausforderung der Zukunft, wohingegen diese für Europa im Nahen und Mittleren Osten und in tragfähigen Beziehungen zu Russland zu suchen sein wird.

Bernhard Christandl

Die atmosphärischen Störungen in der NATO

Die Spannungen, denen die NATO auch 2019 unterworfen sein wird, sind vielfältig. Dazu zählen die unterschiedlichen Bedrohungsperzeptionen ihrer Mitgliedsstaaten ebenso wie die Differenzen innerhalb der EU.

Besonders schwer wiegen allerdings die bisher in dieser Dimension nicht gekannten Bruchlinien mit den USA. Diese beruhen auf der offenen Infragestellung der NATO durch US-Präsident Trump und den kontroversen

Positionen, die die USA und wesentliche Bündnispartner einnehmen – Stichworte Atomabkommen mit dem Iran, Umgang mit Russland oder Wirtschaftsfragen.

Selbst wenn es in der Vergangenheit immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und Verbündeten in Europa kam, gelang es bisher doch, die Eckpunkte der transatlantischen Beziehungen – vor allem die Geschlossenheit nach außen und die Beistandsgarantie – nicht in Frage zu stellen. Beides scheint zur Variablen geworden zu sein, und dieser Umstand wird die NATO – trotz der umfassenden Beschlüsse beim NATO-Gipfel im Juli 2018 – im Jahr 2019 und darüber hinaus nicht unwesentlich mitbestimmen.

Umsetzung der Gipfelbeschlüsse

Der NATO-Gipfel in Brüssel ist trotz großer inhaltlicher Kontroversen als Erfolg zu werten und wird die Arbeit der NATO-Strukturen im Jahr 2019 wesentlich bestimmen.

Das Ziel, die Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedsstaaten auf zwei Prozent anzuheben, dürfte auch im Jahr 2019 für Kontroversen zwischen den USA und einigen Alliierten sorgen. Der Durchschnitt der Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten liegt derzeit bei 1,45 Prozent und ist weiter im Steigen begriffen.

Die NATO beschloss, ihre Kommandostruktur auszubauen und die Verfügbarkeit von Kampftruppen zu verbessern. Vor allem mit den neu vorgesehenen Kommanden in Norfolk/USA zur Sicherstellung des Zulaufes von Verstärkungskräften über den Atlantik nach Europa und dem ebenfalls neu vorgesehenen Kommando in Ulm/Deutschland, das die rasche Verlegung von Truppen und Versorgungsgütern in und durch Europa gewährleisten soll, wurde ein signifikantes Problem bei der Sicherstellung einer glaubwürdigen Abschreckungs- und Eskalationsfähigkeit in Angriff genommen.

Die rasche Verlegefähigkeit durch Europa, die gemeinsam mit der EU sichergestellt werden soll, firmiert unter dem Titel „Military mobility“ und stellt einen Schwerpunkt der künftigen EU-NATO-Kooperation dar.

Mit der beabsichtigten Bereitstellung von 30 Kampfverbänden, 30 Kampfgeschwadern einschließlich Bombern und 30 Kriegsschiffen in maximal 30 Tagen – als „4 30's“ oder „Four Thirties“ bezeichnet – werden die Mitgliedsstaaten in den kommenden Jahren nicht unwesentlich gefordert sein.

Unter dem Titel „Defence & Related Security Capacity Building/Package for the South“ beabsichtigt die NATO, Partnerstaaten im

Süden und Südosten bei der Aufstellung/Ausbildung leistungsfähiger Sicherheitsstrukturen zu unterstützen. Dazu zählen die anlaufende bzw. neu strukturierte Ausbildungsunterstützung für die irakischen Sicherheitskräfte ebenso wie die Unterstützung Jordaniens und das Angebot an Libyen und Tunesien zur Unterstützung bei der Reorganisation des Sicherheitssektors.

EU-NATO-Kooperation

Das Jahr 2019 wird eine stärker werdende Kooperation der NATO mit der EU sehen. In der im Vorfeld des letzten Gipfels vom Juli 2018 durch den NATO-Generalsekretär, den EU-Ratspräsidenten und den EU-Kommissionspräsidenten unterzeichneten „Joint Declaration on EU-NATO Cooperation“ werden vor allem folgende Themen als Schwerpunkte der Zusammenarbeit festgelegt: „Military mobility“, „Counter-terrorism“, „Strengthening resilience to chemical, biological, radiological and nuclear-related risks“ und „Promoting the women, peace and security agenda“.

Die militärischen Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten beider Organisationen sollen kohärent, komplementär und interoperabel sein und in beiden Organisationen eingesetzt werden können – ein besonders für Österreich politisch delikates Ansinnen. Der Einsatz militärischer Kräfte obliegt allerdings weiterhin der souveränen Entscheidung des jeweiligen Staates.

Das NATO-Russland Verhältnis

Eine Annäherung zwischen der NATO und Russland erscheint auch für das Jahr 2019 unwahrscheinlich und wird seitens der NATO von der Beendigung des aggressiven Verhaltens Russlands (Krim, Ukraine, Cyberangriffe, nukleare Drohungen u.a.) abhängig gemacht. Unabhängig davon kommt es nach wie vor zu einem Austausch auf politischer und militärischer Ebene.

Österreich als Partner der NATO

Die Zusammenarbeit Österreichs mit der NATO dürfte auch im Jahr 2019 durch die Türkei teilweise blockiert werden. Zwar wurde diese Blockade in – für das BMLV – wesentlichen Bereichen gelockert, eine vollständige Aufhebung zeichnet sich allerdings nicht ab. Bei fortwährender Dauer der Blockade sind negative Auswirkungen auf die Zusammenarbeitsfähigkeit des

Österreichischen Bundesheeres mit den Streitkräften anderer, vorwiegend europäischer Staaten nicht auszuschließen.

Auswirkungen auf Österreich sind von der immer enger werdenden Zusammenarbeit der EU mit der NATO zu erwarten. In dieser Zusammenarbeit wird die NATO trotz der internen Spannungen der dominierende, weil sicherheitspolitisch handlungsfähigere Kooperationspartner bleiben. Österreich kann diese Kooperation nahezu ausschließlich über die EU mitgestalten und hat sich der Tatsache zu stellen, dass es als Mitglied der EU und Partner der NATO eine Ausnahme darstellt. Die europäische Norm ist die Mitgliedschaft in beiden Organisationen, und entsprechend größer ist der Gestaltungsspielraum jener Staaten, die ihre Position als Mitglieder in beiden Organisationen vertreten können. Auch Finnland und Schweden sind in diesem Zusammenhang aufgrund ihrer besonderen Beziehungen zur NATO in einer deutlich besseren Position als Österreich.

Selbst nach 23 Jahren Partnerschaft mit der Allianz und ebenso langer Teilnahme an NATO-geführten Operationen gibt es in Österreich nach wie vor eine diffuse Skepsis gegenüber dem Bündnis. Auf dieser Grundlage ist weder konstruktive Kritik noch eine beiden Seiten gerecht werdende Zusammenarbeit möglich. Was wir bräuchten, wäre eine entkrampfte Beziehung und eine pragmatische Kooperation.

Dies wäre auch für den Umgang Österreichs mit der stärker werdenden Kooperation der NATO mit der EU dringend erforderlich. Die „Joint Declaration“ und die darin aufgelisteten Absichten, wie beispielsweise die abgestimmte Entwicklung und wechselseitige Nutzung von militärischen Kapazitäten, machen eine sachlich orientierte Positionierung Österreichs erforderlich, da Österreich als EU-Mitglied nicht außerhalb dieser Entwicklungen steht.

Der in österreichisches Verfassungsrecht übernommene EU-Verfassungsvertrag von Lissabon einschließlich des Art 42 über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der ja auch eine Beistandsgarantie umfasst, und der Art 23j der österreichischen Bundesverfassung stellen die rechtlichen Grundlagen für eine gestaltende Rolle Österreichs in sicherheitspolitischen Fragen dar. In dieser Rolle wird Österreich – nicht zuletzt abhängig von den Entwicklungen in der NATO – zunehmend mit der Frage der Reichweite und Ausgestaltung der europäischen Verteidigung konfrontiert werden, wo eine ausschließlich auf nationalstaatliche, österreichische Interessen fokussierende Positionierung nicht ausreichend ist. Dies umfasst auch ein glaubwürdiges und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Österreichs angemessenes militärisches Engagement.

Es scheint, dass Österreich auf eine ganze Reihe von Fragen noch Antworten zu finden hat, um nach 23 Jahren Mitgliedschaft in der EU und Partnerschaft mit der NATO in der Ausgestaltung seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Internationalität anzukommen.

Wesentlich für die Zusammenarbeit des BMLV mit der NATO bleibt der Umstand, dass die Zusammenarbeitsfähigkeit des Österreichischen Bundesheeres in einem europäischen bzw. internationalen Rahmen nur durch die Kooperation mit der NATO sichergestellt werden kann, auch wenn die nationale Entscheidungsautonomie im Falle von Einsätzen des Bundesheeres davon unberührt bleibt.

Kernpunkte

- Die NATO wird auch vor dem Hintergrund der internen Spannungen die dominierende Sicherheitsorganisation in Europa bleiben.
- Ein stärkeres Zusammenrücken der Europäer vor dem Hintergrund der ungewissen Haltung der USA ist auch im Jahr 2019 nicht zu erwarten.
- Absehbar ist eine Intensivierung der Kooperation von EU und NATO.
- Die teilweise Blockade der österreichischen Kooperation mit der NATO durch die Türkei dürfte auch im Jahr 2019 bestehen bleiben.
- Die Kooperation mit der NATO wird auch in der Zukunft eine wichtige Voraussetzung für die Sicherstellung der Zusammenarbeitsfähigkeit des Österreichischen Bundesheeres in einem internationalen Umfeld und vor allem im Rahmen der EU sein.



03

Europa und die Europäische Union





Welt ohne Weltordnung

Michael Stürmer

Es gibt Zeiten, da scheint die Weltgeschichte stehen zu bleiben, auf immer eingefroren wie in den Jahrzehnten des Kalten Krieges. Die Weltlage verspricht dann lange Dauer der geltenden Kräfteverhältnisse, Berechenbarkeit und Gleichgewicht. Und es gibt Zeiten, da alles in Bewegung gerät und nichts mehr gilt, was lange Zeit unverrückbar gegolten hatte. In Krise und Entscheidung entsteht ein „Defining Moment“, dem sich niemand entziehen kann. Die globale Krise am Anfang des Jahres 2019 ist von dieser Art.

Geopolitische Verwerfungen

Der Umbruch, lange angekündigt in den Modernisierungsschüben des Westens, in der Wiederkehr der Religion quer durch den islamischen Krisenbogen, zuletzt in den ratlosen Reformen des Sowjetsystems, in Umbrüchen, Aufbrüchen und Zusammenbrüchen und 1989 schließlich einen dramatischen Wendepunkt erreicht habend, ist noch lange nicht zu Ende. Was 1989 begann, als das russische Imperium in sich zusammenstürzte, die „Deutsche Demokratische Republik“, Schlussstein des östlichen Sicherheitsbogens, nicht mehr zu halten war und die Satellitenstaaten des östlichen Mitteleuropa das Weite suchten, war von transformatorischer Art und ist es noch, mit offenem Ende. Denn noch ist nichts abschließend entschieden; die Nachricht vom „Ende der Geschichte“ aus amerikanischen Seminaren (Fukuyama, 1989) erweist sich als Narrenposse. Lange ist nicht mehr mit so hohem Risiko zwischen den Mächten um Macht

und Einfluss gerungen worden. „I think we are in a very very grave period for the world“. So resümierte der nicht zu Übertreibungen neigende Altmeister Henry Kissinger die Lage im Herbst 2018 und ihre künftige Entwicklung (FT-Interview, 2018).

Die Historiker werden lange suchen müssen, um eine Epoche zu finden, wo so viel wie heute auf dem Spiel stand: Die 25 Jahre nach der Columbus-Überquerung des Atlantiks vielleicht, und die naturwissenschaftliche Revolution, was der Historiker Jacob Burckhardt klassisch „Entdeckung der Welt und des Menschen“ nannte. Oder die Atempause zwischen den Revolutionen von 1789 und 1848, die der Wiener Kongress festzuhalten suchte – vergeblich, wie wir wissen.

Der lange nukleare Frieden ist nicht mehr sicher

Der Kalte Krieg war, alles in allem, besser als sein Ruf, eine Art von Weltordnung am Rande des Abgrunds. Nach der lebensgefährlichen Doppelkrise um Berlin und Kuba ein Kartell der Rüstungskontrolle und der Kriegsvermeidung, kooperativer Konflikt im Weltmaßstab – jedenfalls im Umgang der beiden nuklearen Weltmächte mit- und gegeneinander. Global, nuklear, bipolar – so lautete die Weltbeschreibung in ihrer knappsten Form. Der französische Meisterdenker Raymond Aron konstatierte: „Frieden unmöglich, Krieg unwahrscheinlich“.

Das ist alles vorbei, wahrscheinlich auf Nimmerwiedersehen. Nuklearwaffen sind unerbittliche Gleichmacher, und Nonproliferation hatte ihre Zeit. Aber heute immer weniger. Eine andere Welt ist im Entstehen, die ihren Namen noch nicht zu nennen weiß, deren Drama aber Weltmächte sich so wenig entziehen können wie Kleinstaaten. Ihre Regeln und Grenzen müssen erst noch definiert und gefestigt werden, bevor so etwas wie ein neuer „Steady State“ eine Chance hat.

Dreieinhalb Weltmächte: Mehr Konflikt als Kooperation

Das erfordert als Mindestbedingung noch einmal kooperative Konfrontation, man kann auch, wie seit dem Harmel-Bericht 1967, Abschreckung und Entspannung gemeinsam buchstabieren. Die umfassende, regelgegründete und regelsetzende Pax Americana jedenfalls, die nach dem Zweiten Weltkrieg unter hohen Kosten an Gut und Blut die Alte Welt wieder ins Leben rief, die

europäische und die asiatische Gegenküste militärisch stabilisierte und durch „Soft Power“ (Harvard-Professor Joseph Nye) verknüpfte, ist nicht einfach fortzusetzen. Das gilt nicht nur wegen der Krankheit namens „Imperial Overstretch“, die früher oder später jede Großmacht befällt, sondern auch, weil das Amerika, das in einem Anfall von Isolationismus im Herbst 2016 Donald Trump ins mächtigste Amt der Welt sandte, den Ausweg im Rückzug von der Welt und in neuem Isolationismus sucht. Wahrscheinlich nicht auf immer und ewig, wohl aber für die überschaubaren Zeiträume amerikanischer Wahlperioden.

Die Weltordnung des Kalten Krieges existiert nur noch in Fragmenten. Eine neue muss erst noch erfunden werden – in Konflikten bestimmt, in Kooperationen vielleicht. Dabei treffen dreieinhalb global operierende Mächte aufeinander: Die Vereinigten Staaten, die konfuzianisch-kommunistische Volksrepublik China, das postsowjetische Russland – und endlich die in zivilen Machtwährungen starke, in militärischen aber kaum handlungsfähige Europäische Union. Die großen Ideologien sind außer Kurs geraten, alte Mächtekonflikte bestellen lärmend und drohend die düster beleuchtete Bühne. Neue Konflikte trennen die Weltmächte und verbinden sie zugleich: Die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen vor allem nuklearer Dimension. Der Kampf gegen Terrorisimen verschiedener Provenienz, die, je anfälliger die modernen Gesellschaften sind, umso mehr Störpotenzial gewinnen. Die neuen Völkerwanderungen aus den Armenhäusern der Welt, die Flucht vor Klimawandel und Unwohnlichkeit überkommener Heimat.

Globalisierung, Digitalisierung, künstliche Intelligenz: Die Downside

Zugleich aber bringen Globalisierung, Digitalisierung und künstliche Intelligenz nicht nur die Verheißung herrlicher Zeiten, sondern öffnen auch Abgründe. Abschreckung und Verteidigung, in Zeiten des Kalten Krieges der Weisheit letzter Schluss, stimmen nicht mehr zueinander. Wo der Angriff jederzeit und aus allen Richtungen kommen kann, geschützt im Dunkel der Anonymität, endet die Logik der Abschreckung. Sie findet keinen Adressaten mehr, und Präemption wird zur strategischen Versuchung. Die Bedrohung, ob ein wahnhafter Nerd, ein Geheimdienst oder organisiertes Verbrechen, zwingt alle, ob Weltmacht oder Kleinstaat, in die Logik des Überlebens: Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) umfassender Art, und in alle Richtungen. Sie müssten allerdings wesentlich weiter gehen als die VSBM der späten Jahrzehnte des

Kalten Krieges. Wenn dies wie Utopie anmutet – was wäre die Alternative? Um Armageddon zu verhindern, braucht es eine Revolution des strategischen Denkens, und bald.

Globale Unordnung

Bipolar, nuklear, global: Die Ordnung des Kalten Kriegs schien gegründet bis zum Ende der Zeiten. Jetzt zeigt sich, dass der lange nukleare Frieden Ausnahme und Episode war. Die Pax Americana korrodiert von innen und außen; Regeln und Institutionen der Weltwirtschaft, lange bewährt, zerbrechen. Russland leidet am Phantomschmerz des Imperiums, will das letzte Kapitel Sowjetgeschichte neu schreiben und fordert: „Neue Ordnung oder keine“. China will wieder Reich der Mitte sein und meint den globalen Anspruch wörtlich. Älteste Mächtekonflikte werden die neuesten. Demokratie atlantischen Typs, die scheinbar triumphierte, zeigt Anfälligkeit für Autokratie und Demagogie. Wissenschaftliche und technische Innovationen versprechen den Himmel und ermöglichen die Hölle. Immer gilt, dass sie weiter reichen als die politischen und moralischen Fähigkeiten, sie zu zähmen.

Am Ende, wenn alle Regeln zerbrechen, gilt die Ansprache der Athener an die Melier. Thukydides, General und Historiker des Peloponnesischen Krieges, hat sie überliefert: „Die Großen handeln, wie sie können; die Kleinen, wie sie müssen“.

Kernpunkte

- Die Zeit einer umfassenden, regelgegründeten und regelsetzenden Pax Americana ist vorbei.
- Mit den USA, China, Russland und der EU stehen dreieinhalb Weltmächte in Konkurrenz.
- Die Weltordnung des Kalten Krieges existiert nur noch in Fragmenten; der nukleare Frieden ist nicht mehr sicher.
- Im Zeitalter von Globalisierung, Digitalisierung und künstliche Intelligenz stimmen Abschreckung und Verteidigung nicht mehr zueinander.
- Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen müssten heute wesentlich weiter gehen als in der Zeit vor dem Ende des Kalten Krieges.



Ian Kershaw

Historiker wissen nicht mehr über die Zukunft, als sonst jemand. Auch sie können nur spekulieren. Es scheint jedoch so, als ob zwei Ereignisse im Jahr 2019 erhebliche Auswirkungen auf Europa haben werden: Der Brexit und die Ausbreitung nationalistischer und fremdenfeindlicher Tendenzen in Europa. Das Thema Migration wird die EU auch in Zukunft stark polarisieren. Trotz Reformbemühungen wird die EU gegen Ende des Jahres 2019 wahrscheinlich so aussehen, wie sie es derzeit tut.

Brexit

Sofern es keine dramatischen neuen Entwicklungen gibt, wird der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union am 29. März 2019 erfolgen. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes (Ende September 2018) ist noch völlig unklar, wie die künftige bilaterale Beziehung aussehen wird. Ein „Hard Brexit“ würde für beide Seiten mehrere Probleme mit sich bringen. Die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen wären allerdings für das Vereinigte Königreich schlimmer als für die EU. Je „softer“ die Trennung ausfällt, desto besser wäre dies für beide Seiten. Der Brexit könnte für die

EU zumindest anfangs bedeuten, dass die verbleibenden 27 Mitgliedsstaaten näher zusammenrücken.

Wie auch immer die Brexit-Verhandlungen ausgehen mögen, es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU in den Bereichen der Nachrichtendienste und der Verteidigung eng bleibt bzw. sogar vertieft wird. Die EU wird die Integration ihrer Verteidigungsfähigkeiten wahrscheinlich intensivieren müssen, es scheint aber höchst unwahrscheinlich, dass die Verteidigungsausgaben der Mitgliedsstaaten die von US-Präsident Donald Trump geforderten Summen erreichen werden. Der britische Beitrag zur europäischen Verteidigung durch die NATO wird weiterhin unverzichtbar bleiben. Was die Geheimdienste betrifft, so ist es unerlässlich, dass die polizeiliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit verbessert und nicht verwässert wird, da sowohl die EU als auch das Vereinigte Königreich ähnlichen Bedrohungen durch Terrorismus, Cyberkriminalität und andere Risiken ausgesetzt sind.

Europawahlen

Eine Gefahr für die EU, die m.E. besorgniserregender als der Brexit ist, ist die Verbreitung populistischer Strömungen in ganz Europa. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 werden das Ausmaß des Problems genauer aufzeigen. Die derzeitige Prognose lautet, dass nationalistische, fremdenfeindliche Parteien wahrscheinlich erhebliche Zugewinne erzielen werden und nach der Wahl etwa ein Fünftel der Mitglieder des Europäischen Parlaments stellen können, während die etablierten Parteien voraussichtlich geschwächt werden. Die Präsenz einer gestärkten unionskritischen Vertretung würde die Arbeit des Europäischen Parlaments erschweren und populistischen Strömungen in den Mitgliedsstaaten Auftrieb geben.

Migration

Der nationalistische Populismus hat vor allem durch die Einwanderungsfrage an Dynamik gewonnen. Der Widerstand gegen die unerwartet massive Zuwanderung während der Migrationskrise 2015/16 baute auf bereits bestehenden weit verbreiteten Anti-Establishment-Gefühlen auf, die durch die Auswirkungen der Banken- und Wirtschaftskrise ab 2008 verstärkt wurden. Auch wenn die Zahl der Migranten in der Folge zurückgegangen ist, werden Maßnahmen zum Schutz der EU-Außengrenzen, zur Regulierung der

Migrationsströme und zur Verhinderung illegaler Einwanderung auch 2019 weiterhin zu den wichtigsten Aufgaben der Union und ihrer Mitglieder gehören. Das Thema Migration wird die EU auch in Zukunft am stärksten polarisieren. Die EU muss den unterschiedlichen Ansätzen zur Migrationsfrage in den mittel- und westeuropäischen Mitgliedsstaaten entgegenkommen. Man wird auch bessere Möglichkeiten finden müssen, um den Druck, der auf den Mittelmeerländern lastet, zu verringern. Dieser Druck spielte eine große Rolle bei der Verstärkung einwanderungsfeindlicher Ressentiments ebenso wie antieuropäischer Gefühle in Italien, einem Land, das von Anfang an Teil des „europäischen Projekts“ war.

Reformen

Wie die EU den enormen Herausforderungen, mit denen sie sich 2019 und in Zukunft konfrontiert sieht, begegnen wird, bleibt abzuwarten. Von Reform wird oft gesprochen, aber bedeutsame Maßnahmen folgen selten. Der Übergang zur „politischen Union“, ein Begriff, der nie genau definiert wurde, aber im Grunde einen europäischen Bundesstaat meint, scheint ausgeschlossen. Die öffentliche Meinung geht genau in die entgegengesetzte Richtung. Und es gäbe riesige, wahrscheinlich unüberwindbare, verfassungsrechtliche Hürden. Wahrscheinlicher sind Versuche, die Eurozone als Kern der EU zu reformieren.

Die vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron vorgeschlagenen Initiativen haben bisher noch zu keinen konkreten Veränderungen geführt. Die Entwicklung der Europäischen Zentralbank zu einem europäischen Analogon zum Internationalen Währungsfonds, die Vollendung der Bankenunion, die Harmonisierung der Steuern und ein einheitlicher Haushalt für die Eurozone werden diskutiert, aber das sind sehr komplexe Schritte, die noch lange nicht verwirklicht sind. Es erscheint unwahrscheinlich, dass bis Ende 2019 darüber Einigkeit erzielt werden kann. Und selbst dann müsste die Beziehung zwischen einer stärker integrierten Eurozone und deren Peripherie mit Ländern wie Polen oder Ungarn, die der Union bereits jetzt große Probleme bereitet, neu definiert werden. Dies wäre ohne eine Veränderung der Verträge und all den damit verbundenen Problemen wohl kaum möglich.

Die EU wird vor den Wahlen 2019 zweifellos große Anstrengungen unternehmen, um der Apathie insbesondere der jüngeren Wähler entgegenzutreten, um mehr Begeisterung für die Union zu wecken und das Gefühl einer europäischen Identität zu vertiefen. Die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen ist trotz vielfältiger Versuche, das „Demokratiedefizit“ zu überwinden, etwa durch die Erweiterung der Befugnisse des Europäischen

Parlaments oder die Einführung des Spitzenkandidatensystems, seit langem rückläufig. Die Demokratisierung sollte weiter voranschreiten, indem zum Beispiel dem Parlament ein Gesetzgebungsinitiativrecht gegeben wird. Aber selbst wenn dies geschieht, ist dies keine Patentlösung gegen die weit verbreitete Apathie gegenüber der europäischen Agenda.

Einige Strukturreformen könnten 2019 oder kurz danach tatsächlich umgesetzt werden. Und sie könnten angesichts der besorgniserregenden internationalen Lage, der Durchsetzungsfähigkeit des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der Unvorhersehbarkeit des US-Präsidenten Donald Trump und der möglichen Schwächung der NATO auch Schritte zur Verstärkung der Verteidigung und außenpolitischer Integration einschließen. Es scheint jedoch unwahrscheinlich, dass eventuell stattfindende Veränderungen wesentlich und weitreichend sein werden. Dazu müsste die EU sich mehr dem Modell eines föderativen Staatsverbandes (analog zu den USA) annähern und vom Modell eines Bundes von Nationalstaaten mit jeweils eigener Agenda weiter entfernen. Diese Entwicklung erscheint zumindest in naher Zukunft als unwahrscheinlich.

Also: Quo Vadis EU? Gegen Ende des Jahres 2019 wird die EU wahrscheinlich so aussehen, wie sie es derzeit tut. Eine Reform ist sicherlich notwendig. Der Aufstieg des Populismus sollte die Kräfte bündeln. Aber über eine Reform wird seit langem gesprochen, ohne dass das gesprochene Wort auch in die Tat umgesetzt wird. „Sich irgendwie durchschlagen“ war bisher der übliche Modus Operandi der Union. Es ist anzunehmen, dass er das auch 2019 und in weiterer Zukunft sein wird.

Kernpunkte

- Wie die neuen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU nach dem Brexit aussehen werden, ist noch völlig unklar.
- Die Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU in den Bereichen der Nachrichtendienste und Verteidigung muss eng bleiben oder sogar verstärkt werden.
- Nationalistischer Populismus hat durch die Einwanderungsfrage an Dynamik gewonnen.
- Das Thema Migration wird die EU auch in Zukunft stark polarisieren.
- Trotz Reformbemühungen wird die EU gegen Ende des Jahres 2019 wahrscheinlich so aussehen, wie sie es derzeit tut.



Entwicklungen in der Europäischen Union 2019

Stefan Lehne

Die allgemeinen Rahmenbedingungen in der Europäischen Union zu Beginn des Jahres 2019 sind durchaus günstig. Die wirtschaftliche Erholung setzt sich fort. Die Arbeitslosigkeit ist ebenso signifikant zurückgegangen wie die Zahl der Flüchtlinge und illegalen Migranten. Die Eurobarometerumfragen ergeben demnach auch den höchsten Stand an Zustimmung zur EU seit mehreren Jahren. Dennoch steht die EU 2019 vor schwierigen Herausforderungen.

Brexit

Die ersten Monate des Jahres 2019 dürften im Zeichen des Austritts des Vereinigten Königreichs stehen. Der zwischen der EU und London vereinbarte Vertrag über die Austrittsbedingungen muss vom Parlament in Westminster und vom Europäischen Parlament gebilligt werden. Vor allem ersteres gilt aufgrund der unklaren Mehrheitsverhältnisse als unsicher. Für den Fall einer Ablehnung des Vertrages droht ein Austritt ohne Vertragsbasis zum 29. März 2019, was mit schwerwiegenden negativen wirtschaftlichen Konsequenzen sowohl für Großbritannien als auch für die EU verbunden wäre. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Europäische Rat in einem solchen Fall die Frist für den Austrittsprozess verlängern würde. Auch ein Sturz der Regierung

May, Neuwahlen in Großbritannien und allenfalls auch eine neuerliche Volksabstimmung liegen im Bereich des Möglichen.

Falls das Abkommen von beiden Parlamenten gebilligt wird, beginnt am 30. März eine Übergangsphase, in der Großbritannien zwar nicht mehr am Entscheidungsprozess in der EU beteiligt ist, aber nach wie vor am Binnenmarkt teilnimmt. Parallel dazu sollen die Verhandlungen über die Detailfragen des zukünftigen Verhältnisses zwischen der Union und Großbritannien aufgenommen werden.

Institutionelle Erneuerung

2019 ist das Jahr der institutionellen Erneuerung der EU. Dies beginnt mit der Wahl des Europäischen Parlaments (EP) im Mai. Während bisher EP-Wahlen im Vergleich zu nationalen Wahlen von sekundärer Bedeutung waren, dürfte der nächste Wahltermin große Aufmerksamkeit finden. Dies liegt vor allem am Anspruch rechtspopulistischer Parteien wie Lega (Italien), Fidesz (Ungarn) und Rassemblement National (Frankreich), durch ein starkes Abschneiden den zukünftigen Kurs der Union maßgeblich mitzugestalten.

Zwar dürften auch im zukünftigen EP diese Parteien nur eine (starke) Minderheit bilden, da aber gleichzeitig die bisherige Dominanz der christ- und sozialdemokratischen Parteien verloren gehen könnte und neue Spieler wie Emmanuel Macrons „En Marche“ auftreten werden, dürfte sich der parlamentarische Entscheidungsprozess weniger berechenbar gestalten als bisher. Die meisten Parteiengruppen wollen auch 2019 die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission mit dem Ausgang der Wahlen zum EP verknüpfen und stellen Spitzenkandidaten für diese Position auf. Wegen der voraussichtlich komplexen Mehrheitsverhältnisse ist es allerdings ungewiss, ob 2019 – wie zuvor 2014 – der Kandidat der stärksten Fraktion zum Kommissionspräsidenten gewählt werden wird.

Im Sommer und Herbst 2019 stehen neben der Wahl des Kommissionspräsidenten weitere wichtige Personalentscheidungen an: Präsident des Europäischen Rats, EP-Präsident, Hoher Vertreter für die Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik, Präsident der Europäischen Zentralbank. Auch die Bestimmung der übrigen Kommissionsmitglieder u.a. durch Hearings im EP könnte angesichts der EU-skeptischen Regierungen in Warschau, Budapest und Rom schwieriger verlaufen als bisher.

Finanzielle Vorausschau

Die Festlegung des Budgetrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 wird die aufwendigste Verhandlungsmaterie des Jahres darstellen. Aufgrund des Ausfalls des britischen Beitrags werden sich die Verteilungskämpfe härter gestalten als beim letzten Mal. Tiefe Meinungsdivergenzen zwischen den Mitgliedsstaaten erschweren die Anpassung der Ausgaben an die politischen Prioritäten der EU. Die Forderung der Kommission, den Prozess bis zu den EP-Wahlen abzuschließen, erscheint wenig realistisch. Vermutlich werden die Verhandlungen erst Ende 2019 beendet werden können.

EU-Reformprozess

Der 2016 in Bratislava eingeleitete Reformprozess ist inzwischen ins Stocken geraten und dürfte auch 2019 nicht an Dynamik gewinnen. Bei der Währungsunion sind nur bescheidene Schritte zur Konsolidierung der Bankenunion zu erwarten. Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland und insbesondere das Misstrauen in die Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung bremsen den Fortschritt. In der Migrations- und Asylpolitik fehlt weiterhin die Einigung über die Neuregelung der Dublin-Verordnung, die die Zuständigkeit für Asylverfahren regelt. Auch Spannungen zwischen westeuropäischen und einzelnen zentraleuropäischen Regierungen betreffend Rechtstaatlichkeit und Migration erschweren eine Einigung über Reformen. Ebenso wird sich die personelle Erneuerung der EU im Jahr 2019 bremsend auswirken. Demnach sind die Erwartungen für den ursprünglich als Reformgipfel konzipierten Europäischen Rat am 9. Mai 2019 in Sibiu (Rumänien) bereits heruntergeschraubt worden.

Auswärtige Beziehungen

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Union wird sich weiterhin mit der instabilen Situation in der Nachbarschaft vor allem im Nahen Osten, in Nordafrika, auf dem Balkan und in Osteuropa auseinandersetzen. Die Verringerung irregulärer Migration primär aus Afrika wird auch 2019 ein vorrangiges Anliegen darstellen und einen beträchtlichen Mitteleinsatz erfordern. Über Vorschlag der Kommission wird über die Einführung von Mehrheitsentscheidungen über Fragen der Menschenrechte, über Sanktionsbeschlüsse und über zivile GSVP-Operationen diskutiert werden, wobei mit erheblichem Widerstand vor allem von kleineren Ländern zu rechnen ist. In der europäischen Verteidigungspolitik

wird die operationelle Umsetzung des Europäischen Verteidigungsfonds und der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Mittelpunkt stehen.

Angesichts der zunehmenden Distanzierung der Trump-Administration von der multilateralen internationalen Ordnung wird sich die EU in Zusammenarbeit mit ähnlich denkenden Ländern um Schadensbegrenzung bemühen, etwa in Fragen des Klima- oder Iran-Abkommens.

In Handelsfragen dürften die Beziehungen zu den USA angespannt bleiben, obgleich ein auf Güter beschränktes Handelsabkommen 2019 grundsätzlich möglich erscheint. Daneben wird die EU die Verhandlungen über bilaterale Handelsverträge u.a. mit Mercosur, Chile, Australien und Neuseeland weiterführen und sich bemühen, die Funktionsfähigkeit der Welthandelsorganisation (WTO) aufrechtzuerhalten.

2019 – Jahr des institutionellen Übergangs

Mit Ausnahme des mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027 sind 2019 wenige Meilensteine im Integrationsprozess zu erwarten. Die institutionelle Erneuerung birgt jedoch wichtige politische Weichenstellungen in sich. Vor allem die absehbare Schwächung der „Großen Koalition“ christ- und sozialdemokratischer Parteien, verbunden mit dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien, könnte die Dynamik des Entscheidungsprozesses in der EU erheblich verändern.

Für Österreich wird es darum gehen, die im Rahmen der Vorsitzführung im zweiten Halbjahr 2018 entstandenen Kontakte und Erfahrungen für eine proaktive und fokussierte EU-Politik zu nutzen.

Kernpunkte

- Die institutionelle Erneuerung und insbesondere die wahrscheinliche Änderung der Kräfteverteilung im Europäischen Parlament könnte die politische Dynamik in der EU wesentlich verändern.
- Die Abschlussphase des Brexit-Prozesses bringt im ersten Halbjahr erhebliches Krisenpotential mit sich.
- Während der Reformprozess stagnieren dürfte, werden die Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau für die Jahre 2021 bis 2027 wichtige Vorentscheidungen für die Gestaltung der EU-Politik der nächsten Jahre treffen.
- Die EU-Außenpolitik steht vor großen Herausforderungen; sie leidet aber weiterhin an geringer Kohärenz und mangelnder Solidarität unter den Mitgliedsstaaten.



Europas Stellung in der Welt

Herfried Münkler

Der Rückzug der USA aus der Rolle eines „Hüters der Ordnung“ hat zur Folge, dass Wertebindung und Wertedurchsetzung in der globalen Politik an Bedeutung verlieren und stattdessen die Interessenlagen der Staaten sowie Stabilität und Prosperität des eine Großmacht oder ein Staatenbündnis umgebenden Raums maßgeblich sein werden. Die Pflege der Beziehungen zu politischen Akteuren, die weder als demokratisch noch als rechtsstaatlich bezeichnet werden können, werden für die europäische Politik an Bedeutung gewinnen. Auch wenn die Europäische Union weiterhin an einer Politik des Multilateralismus orientiert sein und auf Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit Wert legen wird, wird sich der seit einigen Jahren vorherrschende Trend zu einem kurzfristigen und kleinräumigen politischen Denken weiter verstärken und dabei eine enge Verbindung zu einer durch Emotionen geprägten internationalen Politik eingehen. In Europa wird es dabei immer wieder zu Konflikten zwischen der strategischen Rationalität politischer Eliten und der politisch-moralischen Empörung von Teilen der Bevölkerung kommen.

Der Rückzug der USA aus der globalen Verantwortung

Zurzeit hat der Rückzug der USA aus der ihnen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs partiell und nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation dann in Gänze zugefallenen Rolle eines „Hüters der Ordnung“ und ihre Verwandlung in den Haupt-Nutznieser dieser Ordnung vor allem für das Verhältnis zu China Folgen,

während der Handelskonflikt innerhalb „des Westens“ nicht in der Weise eskaliert ist, wie man das zeitweilig befürchten musste. Er bleibt aber als eine jederzeit aktivierbare Drohung im Raum. Das hat zwangsläufig zur Folge, dass auf beiden Seiten des Nordatlantiks das Vertrauen schwindet, sich auf die andere Seite verlassen zu können. Die Europäer müssen demzufolge Fähigkeiten entwickeln, bei denen sie sich bislang auf die USA verlassen haben, was insbesondere den Sicherheitsbereich und hier vor allem die Informationstechnologie betrifft. Es geht um eine langfristig angelegte Reduzierung strategischer Abhängigkeiten von den USA, was heißt, dass die EU tendenziell alle relevanten Fähigkeiten selbst vorhalten muss. Die Kosten der europäischen Sicherheit werden infolgedessen steigen. Das läuft nicht unbedingt auf das Ende „des Westens“ hinaus, aber sein Fortbestand wird deutlich lockerer sein als bisher.

Innereuropäische Konfliktlinien als Schwächung der globalen Rolle der EU

Die zentrifugalen Kräfte, die sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts innerhalb der EU entwickelt haben, bestehen fort, und vorerst ist nicht mit ihrem Verschwinden zu rechnen. Im Nord-Süd-Gegensatz ist Italien an die Stelle Griechenlands als „Hauptproblemfall“ getreten; in der Ost-Westbeziehung sind die im Vordergrund stehenden Meinungsverschiedenheiten über die Aufnahme von Migranten eher ein Oberflächenphänomen, unterhalb dessen grundlegende Dissense über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit liegen. Diese Zentrifugalkräfte müssen durch Gegenkräfte ausgeglichen werden. Nachdem diese vergeblich in der Fiskal- und Währungspolitik gesucht wurden, bietet sich nun, da die EU zum einzig verlässlichen Garanten von Frieden und Sicherheit in Europa geworden ist, alternativ dazu die Sicherheitspolitik an.

Die Neujustierung des Verhältnisses der EU zu Russland und zur Türkei

Der Rückzug der USA aus ihrer Rolle als Garant der globalen, multilateral angelegten Ordnung und ihre neue Präferenz für bilaterale Strukturen legt nahe, dass sich die EU mit Russland über beidseitig respektierte „Einflussgebiete“ nördlich des Schwarzen Meeres und im Nahen Osten verständigt. Die gegen Russland verhängten wirtschaftlichen Sanktionen bilden inzwischen eher eine Selbstblockade der europäischen Politik, als dass sie die russische Politik beeinflussen. Wenn die im Gefolge der türkischen Wirtschaftskrise

aufgetauchten Anzeichen für eine Wiederannäherung der Türkei an die EU nicht täuschen, ergeben sich hier gute Aussichten für ein belastbares Arbeitsverhältnis. Gleichwohl werden Russland und die Türkei schwierige Partner bleiben. Perspektivisch ist jedoch die Beseitigung von Krisenherden nördlich und südlich des Schwarzen Meeres möglich geworden.

Die wirtschaftliche Stärke Europas und deren Gefährdungen

Die Stellung Europas in der Welt hängt wesentlich von seiner ökonomischen Stärke ab. Neben einer gewissen kulturellen und wissenschaftlichen Attraktivität ist die Wirtschaftskraft die Grundlage der politischen Macht der EU. Neben Gefährdungen des Friedens und Turbulenzen im Welthandel hat sich die demografische Entwicklung Europas zur Hauptbedrohung seiner Stellung in der Welt entwickelt. Zu einer schrumpfenden Bevölkerung kommen deren Überalterung und eine daraus resultierende Überlastung der Sozialsysteme hinzu. Der Wirtschaftsstandort Europa ist auf Wanderungsbewegungen innerhalb der EU, aber auch von außen in die EU angewiesen. Diese Wanderungsbewegungen müssen im Hinblick auf die sich verändernden Erfordernisse des Arbeitsmarkts wie auf die Akzeptanz in der Gesellschaft reguliert und moderiert werden.

Kernpunkte

- „Der Westen“, das auf gemeinsamen Werten begründete Bündnis zwischen vielen Staaten Europas und den USA sowie Kanada, löst sich zwar nicht auf, hat aber nicht mehr dieselbe globalpolitische Bedeutung wie in der Vergangenheit.
- Wie beim Streit um das Iranabkommen erkennbar, wird die EU stärker als bisher eine eigenständige Politik betreiben, die mitunter zur Politik der USA in Gegensatz treten kann.
- Politische Schritte zur Stabilisierung der europäischen Peripherie werden dringlicher, haben aber auch bessere Erfolgsaussichten als in den zurückliegenden Jahren. Das gilt für die Beziehungen der EU zu Russland, zur Türkei, für eine schrittweise Beendigung des Krieges in Syrien sowie die ökonomische Entwicklung Nordafrikas.
- Bei der Ausbalancierung der nach wie vor starken zentrifugalen Kräfte in der EU könnte der Umstand eine Rolle spielen, dass die EU inzwischen der einzige zuverlässige Sicherheitsgarant in Europa ist und der Motor für die Prosperität dieses Raumes bleibt.



Im derzeitigen geostrategischen Umfeld sind vor allem vier Entwicklungen für Europa von Bedeutung: Der Vormarsch eines engstirnigen Nationalismus im Westen, die fortdauernde aggressive Haltung Russlands, die beständige Instabilität in Nordafrika und im Nahen Osten sowie die strategische Machtverschiebung von Westen nach Osten und dabei vor allem nach China. Im Verlauf der nächsten Monate stellen die US-Midterm-Wahlen, der Stichtag für die Brexit-Verhandlungen und die Bildung eines neuen Europäischen Parlaments und einer neuen Europäischen Kommission markante Einschnitte dar.

Alessandro Marrone und
Nathalie Tocci

Wichtige geostrategische Entwicklungen

Das derzeitige geostrategische Umfeld wird von einem hohen Maß an Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit bestimmt. Vier Entwicklungen scheinen jedoch ziemlich beständig und relevant für Europas strategische Interessen und die Lage kleinerer EU-Mitgliedsstaaten zu sein.

Die erste dieser Entwicklungen ist der Vormarsch eines engstirnigen Nationalismus – auch als Souverinismus bezeichnet – im Westen. Der Ansatz „America First“ von US-Präsident Donald Trump verkörpert diese Tendenz, wovon auch der Brexit als weitere Ausprägungsform zu sehen ist. Der Aufstieg dieser Art des Nationalismus im Westen schwächt die politische Hauptantriebskraft der so genannten internationalen liberalen Ordnung, die die besten Rahmenbedingungen bietet, um kleinere Länder zu schützen.

Die zweite Entwicklung beschreibt die fortdauernde aggressive Haltung Russlands. Die russische politisch-militärische Führungsriege versucht immer wieder, den Westen zu spalten und zu schwächen und gleichzeitig den eigenen Einfluss in ehemaligen Sowjetrepubliken und der arabischen Welt zu stärken, die eigenen militärischen Kräfte und Nachrichtendienste aufzubauen und die Zusammenarbeit mit China zu intensivieren.

Die dritte Entwicklung ist die beständige Instabilität im Nahen Osten und in Nordafrika. Während der Islamische Staat den größten Teil seiner kontrollierten Gebiete verloren hat, bleibt die Situation im Irak weiterhin fragil. Gleichzeitig schreitet die Anarchie in Libyen fort, und die regionale Sicherheit ist durch die Kehrtwende der USA beim Atomabkommen mit dem Iran gefährdet.

Die vierte Entwicklung ist die fortlaufende Verschiebung der wirtschaftlichen Macht von Westen nach Osten und dabei vor allem nach China. Dank des jahrzehntelangen Handelsüberschusses kaufen staatliche chinesische Unternehmen strategische Vermögenswerte in Europa und investieren in Spitzentechnologien, während die „Belt and Road Initiative“ nicht nur darauf abzielt, Chinas wirtschaftlichen Wohlstand durch verbesserten Handel zu sichern, sondern auch darauf, den politischen Einfluss Chinas auf Eurasien und Afrika auszuweiten.

Wendepunkte für die EU 2019

All diese Entwicklungen werden sich auch im Jahr 2019 fortsetzen. Das Tempo und die genaue Richtung des Aufstiegs des Nationalismus sind jedoch ungewiss. Drei bevorstehende Ereignisse werden diesbezüglich Wendepunkte darstellen. Sie könnten einen Dominoeffekt für das westliche Vorgehen gegenüber Russland und China sowie für die Instabilität in der arabischen Welt auslösen.

Das erste dieser Ereignisse stellen die Midterm-Wahlen in den USA dar. Sollten die Demokraten das Repräsentantenhaus zurückerobern, was wahrscheinlich ist, werden sie den Handlungsspielraum des Weißen Hauses bei vielen Themen einschränken und sich darauf vorbereiten, die Präsidentschaftswahlen 2020 für sich zu entscheiden. Eine demokratische Führungsspitze würde erkennen, dass die internationale liberale Ordnung im nationalen Interesse der USA liegt, auch wenn daran ein paar Anpassungen vorgenommen und die Verantwortlichkeiten unter Partnern und Verbündeten neu aufgeteilt werden müssen. Was das Atomabkommen mit dem Iran und die Haltung gegenüber Russland betrifft, könnten sich Chancen ergeben.

Den zweiten Wendepunkt stellt die Frist für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union am 29. März 2019 dar. Folgende Szenarien sind möglich: Im wahrscheinlichsten Fall scheitern die Verhandlungen, oder das britische Parlament lehnt die erzielte Einigung mit der EU ab. London würde ohne jegliche Übergangsphase aus der Union ausscheiden und dadurch mit großen Problemen in einer Vielzahl von Sektoren zu kämpfen haben.

Den dritten Wendepunkt stellen die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 und die darauffolgende Bildung einer neuen Kommission dar. Die nationalistischen und euroskeptischen Parteien werden dabei wahrscheinlich mehr Mandate als bei den Wahlen 2014 erhalten. Folgende zwei Szenarien sind möglich: Entweder werden die etablierten Gruppierungen – Christdemokraten, Progressive und Liberale – in der Lage sein, eine Koalition zu bilden, die die Regierungsarbeit im Normalzustand weiterführt, oder die Christdemokraten werden sich auf die Seite der Nationalisten und Euroskeptiker stellen müssen, um eine Mehrheit im Parlament zu bilden. Im zweiten Fall wird ein vollkommen neues Szenario entstehen, das schwerwiegende Konsequenzen für die europäische Integration und die Rolle der Europäischen Union in der Welt haben wird.

Schlussfolgerungen: Europas strategische Interessen

Die vier Entwicklungslinien und die drei Wendepunkte haben starke Auswirkungen auf Europas strategische Agenda. Zunächst liegt es im strategischen Interesse der EU, die internationale liberale Ordnung durch Reformen zu erhalten, da diese es ermöglicht, dass sich die europäische Wirtschaft weiterentwickelt und der Integrationsprozess erfolgreich ist. Mittelfristig gesehen hilft es, dafür einen gleichgesinnten US-Kongress auf der anderen Seite des Atlantiks vorzufinden, um Amerika erneut für diverse Themen zu gewinnen. Ein weiteres strategisches Interesse der EU ist es, durch die Brexit-Verhandlungen die Integrität des Binnenmarktes zu erhalten. Das bedeutet, die Konsequenzen zu tragen, wenn keine Einigkeit erreicht wird, oder ein Abkommen abzuschließen, das die Unteilbarkeit der vier Grundfreiheiten der Union wahrt. Die Aufrechterhaltung einer ausgewogenen Vorgehensweise gegenüber Russland stellt das dritte strategische Interesse dar und hat das Ziel, eine Lösung für die europaweite regionale Sicherheit zu finden, die mit den Werten und Interessen Europas vereinbar ist. Ein viertes strategisches Interesse ist die Stabilisierung der südlichen Nachbarschaft der EU, wofür die Koordinierung von abweichenden nationalen Ansätzen im Umgang mit Krisen wie der in Libyen sowie die stetige Unterstützung bei tragfähigen Lösungen wie dem

Iran-Atomabkommen notwendig ist. Die Entwicklung einer China-Strategie ist das fünfte strategische Interesse, um die europäische Wirtschaft zu schützen, Peking für europäische Werte zu verpflichten, in den Bereichen zusammenzuarbeiten, in denen das möglich ist wie z.B. beim Thema Klimaschutz, und den europäischen Einfluss in der eigenen Nachbarschaft zu erhalten.

Diese strategischen Interessen teilen alle Mitgliedsstaaten, unabhängig von ihrer Größe. Aus einer globalen Perspektive sind im 21. Jahrhundert alle Mitgliedsstaaten relativ klein, und nur eine Union in der Größe eines Kontinents kann die europäischen Interessen und Werte in der Welt schützen und weiter fördern.

Optionen für mittelgroße und kleinere Unionsmitglieder

Die regelmäßige politische, wirtschaftliche und militärische Beteiligung von mittelgroßen und kleineren Mitgliedsstaaten in der EU ist die beste Möglichkeit, um die eigenen nationalen Interessen zu schützen und zu fördern, da diese damit auf die europäische Ebene gehoben werden und so etwas gegenüber Mächten wie den USA, Russland und China sowie instabilen Regionen wie Nordafrika und dem Nahen Osten bewegen können. Ein wertvoller Beitrag zur Gestaltung der EU-Agenda und EU-Strategie könnte auch von kleineren Mitgliedsstaaten wie Österreich auf zwischenstaatlicher Ebene sowie durch EU-Institutionen erfolgen.

Kernpunkte

- 2019 werden die Europäer weiterhin mit dem engstirnigen Nationalismus der USA, Russlands aggressiver Haltung, Chinas wachsendem Einfluss und der Instabilität im Nahen Osten und in Nordafrika konfrontiert werden.
- Die Midterm-Wahlen in den USA und das Ende der Brexit-Verhandlungszeit können positive Wendepunkte für die EU darstellen, während die Wahlen zum Europäischen Parlament vollkommen neue Szenarien für die Union zur Folge haben könnten.
- Kein europäisches Land kann die erwähnten Herausforderungen alleine bewältigen, und auch die nationalen Interessen werden durch Maßnahmen auf EU-Ebene besser geschützt und vorangetrieben.
- Konstruktive Beiträge sowohl von großen als auch von kleinen Mitgliedsstaaten wie Österreich für die Agenda, Politik und Institutionen der EU werden von entscheidender Bedeutung sein.



Der Einfluss der Großmächte auf die EU und die Zukunft des Multilateralismus 2019

Was wir heute erleben, ist nicht banal: Wir befinden uns vor einer großen Neuordnung der Welt. Wenn die europäischen Staats- und Regierungschefs nicht effektiv handeln, wird der Zusammenbruch der liberalen Ordnung, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges herausgebildet hat, zu einer vollständigen oder teilweisen Auflösung der EU führen.

Ivan Krastev

Der Zerfall der EU ist eine existentielle Sicherheitsbedrohung

Ein möglicher Zerfall der EU stellt für Österreich und andere Mitgliedsstaaten eine existenzielle Sicherheitsbedrohung dar. Gleichzeitig reicht das bloße Überleben der EU nicht aus, um die Sicherheit Österreichs und Europas zu gewährleisten. Die Sicherheit der Europäer wird von der Fähigkeit der EU abhängen, eine autonome Verteidigungsidentität auf der Grundlage verstärkter militärischer Kapazitäten aufzubauen.

Die EU als souveräne Macht erkennen

Im Jahr 2003, auf dem Höhepunkt der europäisch-amerikanischen Debatten über den Krieg der USA im Irak, machte Deutschlands damaliger Außenminister Joschka Fischer die sehr zutreffende Bemerkung, dass die USA eine „Macht“ seien, die EU hingegen eine „Erfahrung“. Heute ist Europa an dem Punkt angelangt, an dem die europäische Erfahrung – ohne sinnvolle militärische Fähigkeiten – nicht erhalten werden kann. Das Überleben der EU wird sehr stark von der Fähigkeit der europäischen Regierungen und Bürger abhängen, die EU als eine souveräne Macht wahrzunehmen, die im Wettbewerb mit allen anderen globalen und regionalen Mächten steht.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte ist die EU heute mit einer Situation konfrontiert, in der keine der anderen Großmächte wirklich an der Erhaltung der Union interessiert ist. Vielmehr versuchen diese, sich in die Innenpolitik der verschiedenen Mitgliedsstaaten der Union einzumischen, in der Hoffnung, die EU so zu gestalten, dass sie für ihre Interessen arbeitet.

Der Frieden ist nicht mehr selbstverständlich

Die Europäer können den Frieden nicht mehr als selbstverständlich betrachten. Und, was noch folgenschwerer ist, sie sollten nicht einmal den amerikanischen Schutzschirm für selbstverständlich halten; denn obwohl die NATO noch existiert, sieht die gegenwärtige amerikanische Regierung die Sicherheitsbedrohungen in der Welt nicht mit den Augen ihrer Verbündeten. Washington ist daran interessiert, die multilateralen Institutionen neu zu gestalten, nicht aber zu stärken. Nach Ansicht des US-Präsidenten Donald Trump tendieren multilaterale Institutionen dazu, schwächeren Mächten gegenüber den USA den Rücken zu stärken, und sie erleichtern damit Chinas Bestrebungen nach globaler Dominanz. Daher besteht seine Lösung darin, die globale Ordnung zu zerstören und dann mit einzelnen Ländern auf bilateraler Basis zu verhandeln. Auf diese Weise haben die USA immer die Oberhand und können die Regeln zu ihren Gunsten ändern.

Verbündete in der Welt von US-Präsident Trump

Was die Europäer in der Trump-Ära besonders angreifbar macht, ist, dass sie sich selbst als Amerikas Verbündete sehen. Und das aus gutem Grund: Schließlich waren sie ja in den letzten 70 Jahren Amerikas Verbündete. Aber

in Präsident Trumps Weltansicht gibt es das Konzept von Verbündeten nicht mehr. Es ist nicht so, dass er mit den europäischen Militärausgaben oder der Position Europas zum Iran unzufrieden wäre. Es ist vielmehr so, dass in einer Welt, in der Amerika mehr für Unruhe als für Stabilität steht, Verbündete zur Last werden. Diese haben Erwartungen und stellen Forderungen, die Amerikas Politik einschränken, sei es ein Präferenzhandelsabkommen oder eine Verpflichtung zu gemeinsamen Militärübungen. Schlimmer noch, sie bestehen auf Vorhersagbarkeit und Gegenseitigkeit, die mit Präsident Trumps Weltanschauung völlig unvereinbar sind. Während Amerika darauf besteht, dass die Europäer beispielsweise in puncto China oder Iran seiner Führung folgen, wird Washington sich dagegen sträuben, Europas Anliegen ernst zu nehmen.

Im Gegensatz zu jeder anderen Epoche könnten die USA also eine destabilisierende anstelle einer stabilisierenden Rolle für das Überleben der EU spielen, und das Risiko besteht angesichts fehlender zuverlässiger militärischer Fähigkeiten in der Union darin, dass es einige der EU-Mitgliedsstaaten wie Polen vorziehen werden, ihre Sicherheit auf bilaterale Verträge mit den USA zu stützen.

Neuer Kalter Krieg mit China?

Die zunehmende Eskalation der Spannungen zwischen den USA und China wird ein weiterer entscheidender Faktor für die Gestaltung der neuen geopolitischen Rolle der EU sein. Die Rede von Vizepräsident Mike Pence über China, die im Oktober 2018 am Hudson Institute gehalten wurde, wird von vielen als Erklärung eines neuen Kalten Krieges interpretiert. In diesem Zusammenhang werden die USA die EU drängen, ihrer harten Linie gegenüber China zu folgen, während China sein Bestes tun wird, um den Einfluss Amerikas in Europa zu neutralisieren und in den EU-Markt vorzustoßen, um verlorene Positionen in Amerika auszugleichen.

Der chinesische Präsident Xi Jinping hat versucht, sich als Retter des internationalen Systems darzustellen, sodass man mancherorts in Europa versucht sein könnte, sich für eine europäisch-chinesische Koalition zu entscheiden, in der Hoffnung, den globalen Freihandel zu retten. Jedoch besteht in Wirklichkeit das Ziel Pekings wohl kaum darin, jene Institutionen zu verteidigen, von denen die Weltordnungspolitik abhängt, sondern darin, die Macht Chinas zu stärken. China konzentriert sich nicht auf die Spaltung der EU, sondern verfolgt das Ziel, ehrgeizige Projekte wie die „Belt and Road

Initiative“ zu realisieren, deren Ziel es ist, den Einfluss Chinas in ganz Eurasien und im asiatisch-pazifischen Raum zu stärken.

Neu entstehende Bipolarität

Die wachsende Partnerschaft zwischen Russland und China wird den Druck auf die EU, Partei zu ergreifen, zusätzlich erhöhen. Aber es wäre ein Fehler, die neu entstehende Bipolarität als die Rückkehr der ideologischen Konfrontation des letzten Jahrhunderts zu betrachten. China ist eine revisionistische, jedoch keine ideologische Macht. Chinas Ziel ist es nicht, die Welt nach ihrem Vorbild zu verändern, sondern möglichst viel von seiner neuen starken Position zu profitieren. Tatsächlich fürchtet China eine Welt, die von seinen Kopien bevölkert wäre. Wenn Europa Russland wie einen Sturm fürchtet, sollte es China wie dem Klimawandel gegenüberstehen.

Das Verhalten Russlands

Das aggressive Verhalten Russlands gegenüber einigen EU-Mitgliedsstaaten und seine Versuche, die EU zu spalten und die USA von Europa zu trennen, werden sich in den kommenden Jahren auch angesichts der wirtschaftlichen Stagnation und der wachsenden politischen Unzufriedenheit in Russland verstärken. Wenn sich der Balkan zu einem Ort der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen entwickelt, wird das Österreich besonders treffen.

Die Türkei als schwieriger Partner für Europa

Auch die Türkei wird für Europa ein schwieriger Partner sein, weil die dort zunehmende Wirtschaftskrise und die Krise in den Beziehungen zu den USA Ankara dazu zwingen, sich an Europa zu wenden und ein kooperativeres Verhalten gegenüber der EU zu zeigen. Gleichzeitig könnten Versuche Präsident Recep Tayyip Erdoğans, EU-Bürger türkischer Herkunft in bestimmten Mitgliedsstaaten als Druckmittel einzusetzen, zu einer unerwarteten Eskalation der Spannungen führen und die Türkei zu einem großen Reizfaktor für die europäische Öffentlichkeit werden lassen.

Merkmale einer neuen Weltordnung

Die EU sollte also davon ausgehen, dass die liberale Ordnung, in der das europäische Projekt verwurzelt ist, nicht mehr existiert. Es wird uns teuer zu stehen kommen, wenn wir so tun, als würden wir es nicht bemerken, während wir immer noch hoffen, dass eine positive Wendung durch Veränderungen in der amerikanischen Politik möglich ist.

Wie Mark Leonard vom European Council on Foreign Relations zu Recht festgestellt hat, wird die neue „Weltunordnung“ vier Hauptmerkmale haben. Erstens werden „Konnektivitätskriege“ an der Tagesordnung sein. Die Bande, die die Länder miteinander verbinden, werden nicht aufgelöst, aber sie werden auch nicht die Voraussetzungen für einen echten Multilateralismus schaffen. Stattdessen werden die Großmächte ihre Verbindungen als Waffe benutzen, was zu weiteren Handelskriegen, Cyberangriffen, Sanktionssystemen und Wahlbeeinflussungen führen wird.

Zweitens wird die Blockfreiheit zur Standard-Außenpolitik. Während im Kalten Krieg das westliche Bündnis gegen den Sowjetblock stand, wird die neue bipolare Welt für viel mehr Verwirrung sorgen. Anstatt China oder den USA die Treue zu schwören, werden sich die meisten Länder ihre Optionen offen halten und bei einigen Themen mit den Chinesen und bei anderen mit den Amerikanern zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang wird die Neudefinition der Beziehungen zu den USA für Europa von entscheidender Bedeutung sein.

Drittens, wenn sich der geopolitische Wettbewerb verschärft, werden sich die Wähler an starke Führungspersonlichkeiten halten, denen sie zutrauen, die nationalen Interessen zu wahren. Aber diese Tendenz zur zentralisierten Entscheidungsfindung wird zu inkonsistenten und radikalen Politiken sowie zu wiederholter Täuschung führen. Ohne ein bevollmächtigtes multilaterales System, das Missbrauch ahndet, werden Länder, die von starken Machthabern regiert werden, zunehmend Versprechen brechen, lügen und Verschwörungstheorien verbreiten.

Schließlich wird sich der Fokus der Außenpolitik stärker nach innen richten. Anstatt zu versuchen, andere Länder zu beeinflussen oder eine führende Rolle in der Welt zu übernehmen, werden sich die politischen Leitfiguren darauf konzentrieren, ihre Basis zu Hause zu festigen.

Konsequenzen für Österreich

Vor dem Hintergrund dieser beunruhigenden Entwicklungen sollte sich Österreich auf die Stärkung der militärischen Fähigkeiten der EU konzentrieren. Während die Neutralität Österreich gewisse Vorteile in seinen Beziehungen zu Ländern wie Russland und China bringen könnte, ist sie in einer Welt, die von gefährlichen wechselseitigen Abhängigkeiten geprägt ist, und in Zeiten einer erfolglosen oder zerfallenden EU keine Garantie für die Sicherheit Österreichs.

Kernpunkte

- Ein möglicher Zerfall der EU stellt für Österreich und andere Mitgliedsstaaten der Union eine existenzielle Sicherheitsbedrohung dar.
- Die USA können eine destabilisierende anstelle der gewohnten stabilisierenden Rolle für die EU spielen.
- Russlands aggressives Verhalten gegenüber einigen EU-Mitgliedsstaaten und seine Versuche, die EU zu spalten und die USA von Europa zu trennen, werden sich verstärken.
- Wenn sich der Balkan zu einem Ort der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen entwickelt, wird Österreich besonders verwundbar sein.
- In einer „neuen“ bipolaren Welt würden wechselnde Allianzen zum Standard in der Außenpolitik werden.
- Die Neutralität könnte Österreich im Verhältnis zu Ländern wie Russland und China gewisse Vorteile bringen, sie ist angesichts gefährlicher wechselseitiger Abhängigkeiten und einer zerfallenden EU aber keine Sicherheitsgarantie.



Die EU und ihre Nachbarschaft

Sicherheit und Wohlstand der Europäischen Union und ihrer Bürgerinnen und Bürger hängen zu einem wichtigen Teil von Entwicklungen in Europas Nachbarschaft ab. Wenn es der EU nicht gelingt, noch stärker Stabilität nach Osten und Süden zu exportieren, läuft sie Gefahr, dauerhaft Instabilität zu importieren. Geeinte, robuste EU-Nachbarschafts- und Erweiterungspolitiken bleiben daher essenziell.

Michael Karnitschnig

Herausforderungen

Der Krieg in Syrien und seine regionalen Auswirkungen, der Konflikt in der Ostukraine, massive wirtschaftliche und demografische Umbrüche von Osteuropa quer durch den südlichen Mittelmeerraum sowie der damit einhergehende, hohe Migrationsdruck – das Zusammenspiel dieser Herausforderungen in unserer Nachbarschaft hat einen Ring der Instabilität um die EU gezogen.

Während Europa noch vor einem Jahrzehnt als postmodernes Paradies mit globaler Leuchtturmfunktion galt, haben die „Rückkehr der Geopolitik“, asymmetrische Konflikte, das Abbröckeln multilateraler Standards und interne Wirtschafts- und Vertrauenskrisen neue Bruchlinien gezogen, die die

internationale Präsenz der EU einerseits erschweren, sie andererseits aber umso notwendiger machen.

Denn die EU-Staaten haben gar keine andere Wahl, als ihre Union wirklich „weltpolitikfähig“ zu machen, wie EU-Kommissionspräsident Juncker es treffend genannt hat. Sie müssen diese Herausforderungen annehmen und gemeinsam Sicherheit, Stabilität, politische Reformen und nicht zuletzt wirtschaftliche Entwicklungschancen nach außen projizieren, gerade in ihre unmittelbare Nachbarschaft.

Erweiterung

Zu einer verbesserten „EU-Gerätekiste“ gehört erstens eine klare Beitrittsperspektive für die sechs Westbalkanländer. Die EU-Staaten haben dieses Versprechen, geknüpft an harte Reformbedingungen, am Westbalkan-Gipfel in Sofia im Mai 2018 bekräftigt. Die Beitrittsperspektive ist weder akademisches Szenario noch diplomatische Sozialarbeit. Sie ist im ureigenen geopolitischen Interesse der EU.

Denn die EU-Erweiterung ist unsere beste Sicherheitspolitik. Zum einen, weil sie die Transformation der Kandidatenländer am effektivsten vorantreibt und damit Sicherheit schafft; zum anderen, weil ein Verwässern dieser Perspektive konkurrierenden Mächten am Westbalkan Auftrieb gäbe – auch wenn sie keine ernsthafte Alternative zur Lebensqualität des europäischen Projekts darstellen. Die EU-Politik der „offenen Tür“ bleibt also aufrecht. Allerdings wird der Verhandlungsprozess noch stärker als bisher auf Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftsreformen und die Lösung regionaler Konflikte vor dem Beitritt abstellen.

Nachbarschaftspolitik

Ein zweitens Kernelement für den EU-Sicherheitsexport ist eine noch stärkere EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) für Osteuropa, den Südkaukasus, den Nahen Osten und die Maghreb-Staaten. Aufbauend auf den von Kommissar Johannes Hahn vorangetriebenen Reformen der letzten Jahre muss die ENP noch mehr auf die sozioökonomischen Wurzeln von Instabilität und Radikalisierung abzielen. Sie muss mehr dazu beitragen, durch maßgeschneiderte Freihandelsabkommen, innovative Finanzierungsmodelle jenseits traditioneller Entwicklungshilfe und Strukturreformen vor Ort greifbare Perspektiven für unsere Nachbarn voranzutreiben, anstatt auf deren abstrakte „Europäisierung“ zu drängen.

Dies ist gerade im Lichte des anhaltenden Migrationsdrucks besonders relevant. Durch die Schaffung einer EU-Grenz- und Küstenwache und den Abschluss enger Partnerschaften mit Ursprungs-, Transit und Gastländern hat die EU in den letzten Jahren wichtige Schritte im Migrationsmanagement gesetzt. Eine strukturelle Eindämmung ist aber nur möglich, wenn man entlang aller Routen wirtschaftliche und soziale Alternativen bietet, wie wir es bereits rund um Syrien, in Libyen, im Maghreb sowie in Teilen Afrikas tun. Die Kommission hat kürzlich eine neue EU-Afrika-Allianz für Wachstum und Beschäftigung vorgeschlagen, die die Entwicklung des Privatsektors in Afrika zum Ziel hat. Gleichzeitig müssen wir auch stärker über die Öffnung legaler Migrationspfade nachdenken. Kurzum: Effektiver Außengrenzschutz beginnt weit vor der eigentlichen Grenzlinie – durch den Export wirtschaftlicher Stabilität.

Multilateralismus

Eine dritte, zentrale EU-Aufgabe für 2019 wird es sein, der Erosion des multilateralen Systems entgegenzutreten – gerade weil diese sich besonders negativ auf Europa und seine Nachbarschaft auswirkt. Die Situation in Syrien ist ein mahnendes Beispiel hierfür. Der unipolare Moment Amerikas ist vorbei. An seine Stelle muss an Stelle einer G-Null-Welt ein ausgewogener, interessensbasierter und vor allem effektiver Multilateralismus treten. Dieses gemeinsame Globalisierungsmanagement braucht aber größeren Einsatz von uns Europäern anstatt euro-isolationistischer Vogelstraußpolitik.

Reformbedarf

Die Stärkung unserer Präsenz zum Zwecke des Stabilitätsexports in diesen drei geografischen Ringen rund um Europa macht auch interne Reformen der EU unumgänglich. Wenn die EU glaubhaft mit einer Stimme sprechen will, muss sie ihre Entscheidungsstrukturen reformieren und von oft lähmender Einstimmigkeit zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in Kernbereichen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik finden. Auch muss sie die budgetäre Ausstattung der EU-Außenpolitik stärken, wie von der Kommission für das EU-Mehrjahresbudget 2021 bis 2027 vorgeschlagen.

Zuletzt braucht die EU besonders in ihrer Nachbarschaft ein stärkeres Markenbewusstsein und eine mutigere diplomatische Öffentlichkeitsarbeit. Gerade weil andere Akteure – vom Islamischen Staat bis hin zu China – unseren

Nachbarn auch gesellschaftlich-kulturelle „Alternativen“ anbieten, muss die EU ihre Soft Power, d.h. ihre politische Anziehungskraft, robuster und bewusster einsetzen.

All das zeigt: Europas Transformationskraft ist stark. Aber sie ist kein quasi-magnetischer Automatismus, sondern bedarf harter außenpolitischer Arbeit. Diese ist eine Investition in unsere eigene Sicherheit.

Kernpunkte

- Es bedarf einer glaubhaften und greifbaren EU-Beitrittsperspektive für alle Westbalkanstaaten.
- Die Union muss ihre Nachbarschaftspolitik mit dem Fokus auf wirtschaftliche Stabilisierung weiter stärken.
- Eine intelligente EU-Migrationspolitik muss Grenzsicherung und Anreize für Partner umfassen.
- Europa muss die Globalisierung und ihre Regeln aktiver managen.
- EU-interne Reformen müssen zu mehr qualifizierten Mehrheitsentscheidungen, einer besseren budgetären Ausstattung der Außenbeziehungen und einer stärkeren Public Diplomacy führen.

04

Europäische Sicherheitsvorsorge







Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik 2019

© EEAS / EUNAVFOR MED „SOPHIA“

Sylvia Hartleif

Die neue Dynamik in der Europäischen Verteidigungskooperation wird sich 2019 weiter intensivieren. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation – PESCO) wird das Herzstück und wichtigste Instrument für Kohärenz, Koordination und Kontinuität der Verteidigungszusammenarbeit auf EU-Ebene sein. Erstmals unterstützt dabei ein Europäischer Verteidigungsfonds (European Defence Fund – EDF) das Ziel kooperativer Forschung und Fähigkeitsentwicklung sowie die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie. Alle in den letzten Monaten gemeinsam begonnenen Initiativen müssen 2019 synergetisch genutzt werden – keine kann für sich allein genommen den gewünschten Paradigmenwechsel herbeiführen. Dafür werden erhöhte gemeinsame Ressourcen notwendig sein, wie sie die Europäische Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 vorgeschlagen hat. Ausschlaggebend für den Erfolg eines Europas,

das gemeinsam schützt und verteidigt, wird der politische Wille der EU-Mitgliedsstaaten sein.

Zusammen stärker und sicherer

In den letzten zwei Jahren hat die europäische Verteidigungszusammenarbeit eine präzedenzlose Dynamik entwickelt. Angesichts der Kumulation komplexer neuer Unsicherheiten und einer erheblich veränderten Sicherheitslage für Europa haben die Mitgliedsstaaten und Institutionen der Europäischen Union beschlossen, Europas Sicherheitsvorsorge und Verteidigung strategisch zu stärken. In vollem Respekt nationaler Aufgaben und Verantwortlichkeiten ist sich die Europäische Union einig, dass kein Mitgliedsstaat die vielschichtigen Sicherheitsanforderungen des 21. Jahrhunderts allein erfolgreich meistern kann – weder innerhalb noch außerhalb der Grenzen Europas.

Für Europas Bürgerinnen und Bürger bedeutet die neu aufgestellte europäische Verteidigungszusammenarbeit einen besseren Schutz und mehr Sicherheit in einer von Unübersichtlichkeit gekennzeichneten Zeit.

Die Verschiebung globaler Gleichgewichte, der Ausbau militärischer Fähigkeiten in anderen Weltregionen, asymmetrische Bedrohungen, Instabilität in unmittelbarer Nachbarschaft und die Auswirkungen neuer transformativer Technologien auf Sicherheit und Verteidigung formen für die absehbare Zukunft Europas geostrategisches Umfeld. Sie fordern von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten ein neues Maß an politischer Einigkeit, diplomatischer Geschlossenheit, erhöhter Konfliktpräventionskapazitäten und operationeller militärischer Einsatzfähigkeit. Gemeinsame regelmäßige Bedrohungsanalysen, abgestimmte „smarte“ Investitionen in die Armeen der Zukunft und vereinte Anstrengungen zur Entwicklung kritischer Zukunftstechnologien sind unabdingbar, weil gemeinsame Sicherheit auf unserem dicht vernetzten Kontinent unteilbar ist. Hinzu kommt die Notwendigkeit starker globaler Partnerschaften, insbesondere mit den Vereinten Nationen und der NATO. Worum es geht, ist eine EU, die in Sicherheits- und Verteidigungsfragen umfassender handlungsfähig wird.

Die in den letzten zwei Jahren begonnenen Kooperationsinitiativen entsprechen genau diesem Ziel. Hierzu zählen der neue Militärische Planungs- und Durchführungsstab (Military Planning and Conduct Capability – MPCC) mit weiterem Ausbaupotenzial, die Ende 2017 aktivierte Ständige Strukturierte Zusammenarbeit mit verbindlichen Verpflichtungen und konkreten Projekten zur Entwicklung kritischer Fähigkeiten, die Koordinierte Jährliche Überprüfung

der Verteidigung (Coordinated Annual Review on Defence – CARD) zur Identifizierung von Fähigkeitslücken, Prioritäten und potenziellen Synergien sowie die Einrichtung des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Europäischen Verteidigungsfonds zur Unterstützung gemeinsamer Forschung und einer stärker vernetzten europäischen Verteidigungsindustrie. Hinzu kommt die unverzichtbare Stärkung der zivilen Dimension der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – inklusive der für Krisenmanagement notwendigen operationellen Fähigkeiten.

Die österreichische Vorsitzführung im Rat der Europäischen Union im zweiten Halbjahr 2018 hat diese Initiativen entscheidend vorangebracht. Unter dem politischen Leitmotiv „Ein Europa, das schützt“ hat sich Wien sowohl die Weiterentwicklung der noch jungen Kooperationsformate als auch gezielte nationale Beiträge zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit zur Aufgabe gemacht. Von den Arbeiten zur politischen Leitungsstruktur der PESCO, der Beteiligung von Nicht-EU-Partnern und der Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie unter Einbeziehung kleiner und mittlerer Unternehmen bis zur Beteiligung an vier konkreten PESCO-Kooperationsprojekten hat Österreich die politische Dynamik im Bereich Sicherheit und Verteidigung aufrechterhalten. Darüber hinaus hat Österreich im Rahmen seines Ratsvorsitzes sicherheitsrelevante thematische Schwerpunkte gesetzt, vor allem EU-Außengrenzschutz und Westbalkan.

Gleichzeitig hat auch die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO eine noch nie dagewesene Dichte erreicht, insbesondere bei der Erhöhung militärischer Mobilität, dem Ausbau von Cybersicherheit und der Resilienz gegen hybride Bedrohungen. Die europäische Verteidigungskooperation ist damit ein direkter Beitrag zur transatlantischen Sicherheit. Eine sicherheits- und verteidigungspolitisch handlungsfähigere EU bedeutet auch eine Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO, mit der die EU 22 Mitgliedsstaaten teilt.

Kohärenz, Koordination und Kontinuität sind entscheidend

Die begonnenen gemeinsamen Verteidigungsinitiativen werden die Sicherheit Europas nachhaltig stärken. Der Löwenanteil ihrer Umsetzung liegt aber noch in der Zukunft. Entscheidend für das Gelingen des begonnenen Paradigmenwechsels wird sein, die neuen Kooperationsformen strategisch und strukturiert zu nutzen.

Weder PESCO noch CARD oder EDF werden für sich allein genommen erfolgreich sein können. Erst durch Synergien in Forschung, Planung, Entwicklung, Beschaffung und Einsatz von Fähigkeiten wird Europa in der Lage sein, mehr für seine eigene Sicherheit zu tun und einen stärkeren Beitrag zu Frieden und internationaler Stabilität zu leisten – als Teil des integrierten Sicherheitsansatzes, der Europa auszeichnet und Kern der 2016 verabschiedeten Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist. Kooperationen mit Drittstaaten sind dabei keineswegs ausgeschlossen, sondern geradezu eine Voraussetzung für Erfolg – solange den spezifischen Sicherheitsinteressen der EU und ihren Mitgliedsstaaten vollständig Rechnung getragen wird.

Die Koordinierung der individuellen Initiativen muss von den Mitgliedsstaaten und den EU-Institutionen mit politischer Weitsicht geleistet werden. Weder die nächsten Wellen der PESCO-Module noch kommende Projekte des Verteidigungsfonds dürfen das vereinbarte und ehrgeizige Ziel der europäischen strategischen Autonomie aus den Augen verlieren. Hinzu kommen die existierenden bi- oder multilateralen Kooperationen zwischen den Streitkräften der EU-Mitgliedsstaaten. Während sich bei letzteren europäische Verteidigungszusammenarbeit – und teilweise Verteidigungsintegration – in einem „Bottom-up“-Ansatz vollzieht, bieten die neuen EU-Initiativen die Chance einer kohärenten Strategie, die Europa verteidigungspolitisch grundlegend verändern kann.

Zusammen können die EU-Mitgliedsstaaten mit PESCO, CARD und dem EDF einen „Top-down“-Ansatz operationalisieren, der nicht nur die vorhandenen kritischen Fähigkeitslücken schließt, sondern für die Fähigkeiten der Zukunft ein Höchstmaß an Integration oder Spezialisierung vereinbart. Europäische Verteidigungsbudgets würden damit so kosteneffizient wie noch nie genutzt. Ein „Europäisches Weißbuch für Verteidigung“ könnte diesen umfassenden Gesamtansatz unterstützen und die Entwicklung einer gemeinsamen strategischen Kultur weiter befördern.

Sicherheit kann es nicht umsonst geben

So sehr Kosteneinsparungen durch gemeinsames Handeln erreichbar sind (konservative Schätzungen gehen von einem Minimum von 25 Milliarden Euro pro Jahr aus), so nötig sind auch zusätzliche Mittel zur Verteidigung Europas. Zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Integration hat darum die Europäische Kommission den Mitgliedsstaaten für den nächsten EU-Haushalt,

den Mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2021 bis 2027, eine eigene Haushaltslinie für Verteidigung vorgeschlagen. Dabei sind Mittel in Höhe von 13 Milliarden Euro für den erweiterten Europäischen Verteidigungsfonds und 6,5 Milliarden für zukünftige Investitionen in militärische Mobilität vorgesehen. Die Gesamtsumme von 19,5 Milliarden Euro macht rund 1,5 Prozent des vorgeschlagenen EU-Budgets aus. Die Arbeiten am Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 haben unter dem österreichischen Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2018 bereits begonnen. Die Bereitstellung zusätzlicher und klar gekennzeichnete Mittel für Verteidigung wird nun an den EU-Mitgliedsstaaten im Ministerrat sowie am Europäischen Parlament liegen.

Seit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seinem Amtsantritt 2014 angemahnt hat, dass auch eine „Soft Power“ wie die Europäische Union glaubhafte „Hard Power“ braucht, um auf Dauer ernst genommen zu werden, hat sich eine präzedenzlose Dynamik in der europäischen Verteidigungszusammenarbeit entwickelt. Wenn Europa seine gemeinsamen Werte und Interessen in einer Zeit globaler Unsicherheiten entschieden vertreten will, wird die ambitionierte und weitsichtige Fortentwicklung der begonnenen Kooperation ohne Alternative sein.

Kernpunkte

- Die präzedenzlose Dynamik in der europäischen Verteidigungskooperation wird sich 2019 weiter intensivieren. Für Europas Bürgerinnen und Bürger bedeutet das mehr Sicherheit.
- Ausschlaggebend für den Erfolg eines Europas, das gemeinsam schützt und verteidigt, ist der politische Wille der EU-Mitgliedsstaaten.
- Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit wird die Effizienz von Verteidigungsausgaben deutlich erhöhen. Gleichzeitig werden zusätzliche Mittel nötig sein, auch innerhalb des nächsten EU-Budgets, dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027.
- Wenn Europa seine Werte, Interessen und seinen spezifischen „Way of Life“ in einer Zeit globaler Unsicherheiten entschieden vertreten will, wird die strategische Fortentwicklung der begonnenen Kooperation ohne Alternative sein.



Verteidigungspolitische Folgen des Brexit

Der EU-Austritt Großbritanniens wird dazu führen, dass das in der Globalstrategie der Europäischen Union verankerte Ziel der europäischen strategischen Autonomie für die verbleibenden EU-Mitgliedsstaaten schwerer zu erreichen sein wird. Die potenziell negativen Auswirkungen für die EU auf die strategische Handlungsfähigkeit, den Zugang zu relevanten und einsatzbereiten militärischen Fähigkeiten sowie industrielle Verflechtungen im Rüstungsbereich können durch ein mit Großbritannien 2019 zu verhandelndes Sicherheits- und Verteidigungsabkommen begrenzt werden.

Bastian Giegerich

Sicherheits- und Verteidigungsabkommen mit Großbritannien

Wenngleich im beiderseitigen Interesse, wird sich die Aushandlung eines Abkommens über die sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation zwischen der EU und Großbritannien nach dem Brexit schwierig gestalten. Großbritannien sieht sich als maßgeblicher Verteidigungsakteur unter den EU-Mitgliedsstaaten und erwartet Zugeständnisse der Verhandlungspartner, was seine Beteiligung in diesem Politikfeld betrifft. Eine deutliche Mehrzahl

der verbleibenden EU-Mitglieder bewertet Großbritannien hingegen als Bremser verteidigungspolitischer Kooperation in der EU und wird somit nicht gewillt sein, weitreichende Einbindung oder sogar Mitbestimmung zuzulassen. Nichtsdestotrotz kann Großbritannien außerhalb der EU der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) konstruktiver gegenüberstehen, als es das als Mitgliedstaat tat, da die Souveränitätsbedenken Londons mit Blick auf die GSVP mit dem Brexit entfallen.

Beteiligungsformate zur Einbindung

An Operationen und Missionen der GSVP wird sich Großbritannien nach dem Brexit immer dann als Drittstaat beteiligen, wenn die britische Regierung diese Beteiligung als dem nationalen Interesse zuträglich erachtet. Gleichwohl wird London darauf drängen, dass es bereits in der Phase der Entscheidungsfindung und operativen Vorplanung enger eingebunden wird als dies für Drittstaaten bisher der Fall war. Die von Großbritannien angestrebte Kooperation mit der Europäischen Verteidigungsagentur, projektbezogene Beteiligung an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit und Zugang zum Europäischen Verteidigungsfonds werden die bestehenden Kooperationsformate mit Drittstaaten überfordern, sodass hier Anpassungsdruck für die EU entsteht, der sich in der Ausgestaltung neuer Beteiligungsformen niederschlagen kann.

Rüstungspolitische Turbulenzen

Aus rüstungspolitischer Sicht kann Großbritannien entscheiden, dass es mit Blick auf internationale Kooperationspartner noch stärker als bisher auf nichteuropäische Staaten setzt und außerdem unter Umständen europäische Bemühungen durch nationale Anstrengungen dupliziert. Britische Pläne zur Entwicklung der nächsten Generation von Kampflugzeugen verweisen – neben den USA – bereits auf eine mögliche Zusammenarbeit mit Japan, Indien und Saudi-Arabien. Somit kann der Brexit neben der Duplizierung längerfristig einen schleichenden Abfluss rüstungsrelevanter Technologie und damit verbundenen Wissens aus Europa bedeuten. Die Regulierungsbestrebungen im europäischen Rüstungsmarkt können durch den Brexit weiter verzerrt werden, da mit dem britischen Austritt eine der wichtigsten Stimmen für eine Liberalisierung dieses Marktes innerhalb der EU wegfallen wird. Sollte sich der rechtliche Handlungsrahmen in diesem Feld in Großbritannien von dem der EU entfernen, wobei der Auslöser dieser Entwicklung auf beiden Seiten

liegen kann, wird hierdurch die Zusammenarbeit mit London in Forschung und Entwicklung sowie bei der Herstellung militärischer Ausrüstung – und somit auch der Zugang der EU zu bestehenden Kapazitäten der Verteidigungsindustrie in Großbritannien – schwieriger.

Wachsende militärische Fähigkeitslücken

Wenn die EU-Staaten den selbstgesetzten politisch-militärischen Handlungsanspruch (level of ambition) ohne Rückgriff auf Drittstaaten erfüllen wollen, wird der Brexit mit einem deutlichen Verlust an militärischen Fähigkeiten gleichzusetzen sein. Um nur drei signifikante Bereiche zu benennen: Der Anteil Großbritanniens am Gesamtinventar der schweren Transportflugzeuge aller EU-Mitgliedsstaaten beträgt 39 Prozent; der Anteil der schweren Transporthubschrauber liegt bei 27 Prozent; bei den schweren unbemannten bewaffneten Aufklärungs- und Überwachungsfluggeräten sind es sogar 53 Prozent. In einigen Fähigkeitsbereichen werden die britischen Kräfte, die zur Durchführung der GSVP-Szenarien notwendig sind, kurzfristig nicht durch andere EU-Mitglieder ersetzt werden können.

Strategische Autonomie Europas schwieriger umzusetzen

Mit dem Brexit wird die EU ungefähr 20 Prozent der konventionellen militärischen Fähigkeiten ihrer Mitglieder und, gemessen am Umsatz, ca. 40 Prozent der verteidigungsindustriellen Kapazitäten verlieren. Je konfliktreicher und erbitterter die Einigung über die Austrittsmodalitäten insgesamt ausfällt, desto schwieriger wird es, Großbritannien verteidigungspolitisch eng an die EU zu binden. Großbritannien wird sein Engagement in der NATO trotz der – auch in London gesehenen – Unberechenbarkeit des US-Präsidenten Donald Trump ausweiten. Hieraus kann ein Mehrwert für die GSVP entstehen, wenn Großbritannien sich dafür einsetzen sollte, die NATO-EU-Kooperation weiter zu vertiefen, und hierfür praktische Initiativen lanciert.

Konsequenzen für Österreich

Für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Österreichs ergeben sich aus dem Brexit sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Es ist wahrscheinlich, dass sich Großbritannien verstärkt dem westlichen Balkan als sicherheitspolitische

Herausforderung zuwenden wird, sowohl um sein Engagement für die europäische Sicherheit nach dem Brexit zu demonstrieren, aber auch, weil britische Entscheidungsträger hier generell Handlungsbedarf erkennen. Hier kann Österreich als engagierter und in der Region gut vernetzter bilateraler Partner Kooperationsangebote machen. Auch kann der Austritt Großbritanniens dazu führen, dass die Kooperation zu genuinen Verteidigungsfragen in der EU weiter und schneller voranschreitet als bisher, was angesichts der militärischen Bündnisfreiheit Österreichs zu politischem Klärungsbedarf führen kann.

Kernpunkte

- Der Brexit wird dazu führen, dass die angestrebte strategische Autonomie der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung schwerer zu erreichen sein wird.
- Ein weitreichendes Sicherheits- und Verteidigungsabkommen zwischen der EU und London kann einen Verlust an strategischer Handlungsfähigkeit auf beiden Seiten begrenzen.
- Die enge Einbindung Großbritanniens wird Beteiligungsformate erfordern, die über das hinausgehen, was die EU Drittstaaten gegenwärtig anbietet.
- Auf dem Gebiet der Rüstungskooperation wird sich London zunehmend an nicht-europäischen Partnern orientieren.
- Das Engagement Großbritanniens in der NATO wird stark bleiben, woraus eine Chance auf eine substanziell vertiefte Kooperation zwischen der NATO und der EU erwachsen kann.



Streitkräfteentwicklung in Europa

Europa wird seine Verteidigungsanstrengungen nur durch äußeren Druck erhöhen. Die NATO wird dabei für Westeuropa der bestimmende Faktor bleiben, während die Europäische Union im militärischen Bereich komplementär agieren wird.

Bruno Günter Hofbauer

Militärischer Aufwärtstrend

Mit beachtenswerten Initiativen – Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO), Europäischer Verteidigungsfonds (EDF) und Jährlicher Überprüfungsmechanismus (CARD) – hat die Fähigkeitsentwicklung in den EU-Staaten wieder Fahrt aufgenommen. Den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden

in den nächsten Jahren neue Möglichkeiten für die Weiterentwicklung ihrer Streitkräfte eröffnet. Die Joint Declaration der EU und NATO schrieb klarer als bisher die unterschiedlichen Aufgaben der beiden Organisationen fest. Während die EU Anstrengungen zur Stärkung der Sicherheit und Verteidigung zum besseren Schutz der Union und ihrer Bürger unternimmt, verteidigt die NATO kollektiv und betreibt Krisenmanagement und kooperative Sicherheit im euroatlantischen Raum. Das wird das strategische Handeln der nächsten Jahre in Europa bestimmen.

2019 wird sich der Trend fortsetzen, dass die Masse der Mitgliedsstaaten der NATO und der Union ihre Verteidigungsbudgets erhöhen und mehr Mittel für Personal, Betrieb und Rüstung bereitstellen werden. Die Wahrnehmung von Bedrohungen aus den strategischen Richtungen Süd und Ost, aber auch der Druck der Trump-Administration wird dies forcieren. Die Rückbesinnung der NATO auf die gemeinsame Verteidigung wird den allgemeinen militärischen Aufwärtstrend anhalten lassen. Dieser wird sich mittelfristig auch in einer merklichen Steigerung der militärischen Fähigkeiten zum Kampf in allen Domänen manifestieren. Der Wiederaufbau des entsprechenden personellen Rahmens für die Streitkräfte wird eine anhaltende Herausforderung bleiben, die für die meisten NATO- und EU-Staaten kurzfristig nicht zu meistern sein wird. Die USA werden ihre Schwergewichtsverlagerung in den pazifischen Raum fortsetzen, auch wenn Russland wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Renaissance militärischer Kernaufgaben

Durch verstärkte Übungstätigkeit und eine Abkehr vom Primat der Out-of-Area-Einsätze werden die militärischen Kernaufgaben eine Renaissance erleben. Dabei werden die Herausforderungen jedoch weniger im technischen Wiederherstellen der Kampffähigkeit der Verbände liegen, sondern vor allem in der Entwicklung jener Fähigkeiten, die im modernen Gefechtsraum und in einer übergreifenden Reaktion von entscheidender Bedeutung sind. Dazu zählen Fähigkeiten zum Kampf im Informationsumfeld, zur elektronischen Kampfführung und zum Kampf im Cyberraum auf allen Führungsebenen.

Eine besondere Herausforderung stellt die Ausstattung der militärischen Einsatzkräfte dar. Diese kann nicht mehr maßgeschneidert zusammengestellt werden, um bestehende Materiallücken durch Dispositionsmaßnahmen zu schließen; die Verbände müssen über eine einsatzorientierte Vollausrüstung verfügen, um bei kaum vorhandener Reaktionszeit rechtzeitig einsatzbereit zu sein. Daher werden höhere Investitionen in Rüstungsgüter erfolgen. Hier

werden aber nicht nur die gemeinhin als militärische Güter bekannten Systeme wie Fregatten, Jagdflugzeuge oder Panzer im Fokus liegen, sondern auch Entwicklungen in den Bereichen künstliche Intelligenz, Schwarmtechnologie, Robotik und autonome Systeme für militärische Zwecke vorangetrieben werden. Der Abstand zwischen jenen Streitkräften, die auf dem aktuellen Stand der Technik sind, und jenen, die hier maximal in Nischenbereichen einen adäquaten Standard erreichen können, wird in den nächsten Jahren weiter anwachsen, die Zusammenarbeitsfähigkeit der Streitkräfte insgesamt einschränken und Anlehnungspartnerschaften auf bilateraler Basis nach sich ziehen.

NATO und EU komplementär

Die EU-Initiativen werden komplementär zu den Anstrengungen der NATO wirken. Es wird von EU-Seite versucht werden, Fähigkeitslücken zu füllen, die als Fehl für Out-of-Area-Einsätze der EU identifiziert wurden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass diese Shortfalls sich nicht zwingend mit jenen der NATO decken und somit durch NATO-Mitglieder nur dann unterstützt werden, wenn diese auch national als notwendig eingestuft werden. Die Europäische Verteidigungsagentur wird sich bemühen, hier eigene Wege zu finden und sich von zu engen Vorgaben der teilnehmenden Mitgliedsstaaten so weit als möglich zu befreien. Das Interesse an einem Wiedererstarken der Rüstungsindustriellen Basis ist hier ein wichtiger Faktor. Allerdings gilt zu berücksichtigen, dass die Schutzmechanismen gegen einen Ausverkauf der westeuropäischen Hochtechnologie im Bereich der Rüstungs- und Dual-Use-Industrie sich nur sehr langsam entwickeln und in manchen Bereichen bereits zu spät kommen.

Der Kampf um und mit Information wird in den kommenden Jahren eine weitere Steigerung erfahren und zu einer bestimmenden Größe anwachsen. Die Auseinandersetzungen im Cyberraum und im Informationsumfeld werden die Streitkräfte vor bisher ungeahnte Herausforderungen stellen, die eine Anpassung der Fähigkeiten für Aktion und Reaktion in diesen Bereichen erfordern.

Der Austritt Großbritanniens wird die Union aufgrund des Wegfalls eines der stärksten militärischen Akteure schwächen, bringt jedoch auch die Option einer neuen Dynamik der autonomen Verteidigungsanstrengungen. Der Aufbau eines Kommandos für die selbstständige Führung von EU-Einsätzen wird hier eine erste Nagelprobe darstellen, indem nachzuweisen sein wird, dass die EU-Mitgliedsstaaten gewillt sind, die nötigen Ressourcen auch tatsächlich

bereitzustellen. Ähnlich verhält es sich bei den militärischen Einsätzen, die unter der Flagge der EU geführt werden und permanent unter nicht zufriedenstellenden Truppenzahlen zu leiden haben. Dies wird sich bei dem aktuellen Einsatzdruck nicht ändern, wenn neben der Qualität der Kräfte nicht auch deren Quantität erhöht wird.

Durch die Reorientierung der NATO-Staaten auf die gemeinsame Verteidigung und die Ausrichtung der EU auf Stabilisierungseinsätze kommt es zwangsläufig zu Entwicklungen in unterschiedliche Richtungen, die sich nur auf jene EU-Staaten merklich auswirken werden, die nicht NATO-Mitglieder sind. Die beiden nordischen Staaten Finnland und Schweden werden konsequenterweise ihre bereits engen Beziehungen zur NATO weiter ausbauen und ihre Position in Nordeuropa stärken. Die Bedrohungswahrnehmung, ausgelöst durch das wieder militärisch wahrzunehmende Russland, die Vorgänge in der Ukraine und im Nahen Osten, wird auch die Diskussion um die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in verschiedenen Staaten dynamisieren. Es wurde erkannt, dass mit dem vorhandenen Potenzial an Freiwilligen eine ernstzunehmende Landesverteidigung nur eingeschränkt möglich und die notwendige Durchhaltefähigkeit kaum gegeben ist. Ähnliches gilt auch für die Verteidigungsindustrie, die kurzfristig nicht dazu in der Lage sein wird, einen deutlich höheren Bedarf an Rüstungsgütern und Wehrmaterial wie Munition zu decken – wurden ja auch hier die Potenziale massiv reduziert, wesentliche Anteile durch außereuropäische Großkonzerne aufgekauft und an den Bedarf der Abnehmerstaaten angepasst bzw. auf Nischenbereiche optimiert.

Konsequenzen für die Streitkräfteplanung in Österreich

Das Österreichische Bundesheer muss als bedrohungsangepasst autarkes und durchhaltefähiges Instrument der Überlebenssicherung der Republik bereits im Frieden mit hochwertig ausgebildetem Personal aus dem Aktiv- und Milizstand zur Abhaltung potenzieller Angreifer beitragen und im Notfall souveränitätsgefährdende Angriffe abwehren.

Das Bundesheer ist auf die Erfordernisse einer modernen militärischen Landesverteidigung auszurichten. Dazu sind die Fähigkeiten zum Kampf in den Domänen Land, Luft, Cyberraum und Informationsumfeld so herzustellen, dass eine Abwehr regulärer und irregulärer Gegner, die konventionelle und subkonventionelle Kampfweisen anwenden, erfolgreich geführt werden kann.

Vor allem dem Kampf im urbanen Raum gegen einen oft verdeckt agierenden, mit modernster Technik ausgestatteten und auch außerhalb des Völkerrechts agierenden Gegner ist höchste Aufmerksamkeit zu widmen.

Die speziell gegen irreguläre Gegner nicht mehr vorhandenen Vorwarnzeiten verlangen militärische Reaktionskräfte, die rasch einsetzbar und national wie international zusammenarbeitsfähig und vernetzt sind. Die Brigaden bilden den Kern des Bundesheeres, sie sind zur Bewältigung der erwartbaren Bedrohungslagen voll auszurüsten und auszustatten.

Kernpunkte

- Fähigkeiten zum Kampf im Informationsumfeld, zur elektronischen Kampfführung und zum Kampf im Cyberraum werden auf allen Führungsebenen bestimmend sein.
- Der Abstand zwischen jenen Streitkräften, die auf dem aktuellen Stand der Technik sind und jenen, die hier maximal in Nischenbereichen einen adäquaten Standard erreichen können, wird in den nächsten Jahren weiter anwachsen.
- Die militärische Zusammenarbeitsfähigkeit wird durch die technologischen Entwicklungen in den Bereichen künstliche Intelligenz, autonome Systeme oder Robotik zunehmend schwieriger.
- Zur Sicherstellung einer angepassten Reaktionsfähigkeit werden die Einsatzkräfte voll auszustatten sein.
- Die europäische Verteidigungsindustrie wird den gesteigerten Bedarf nur mittelfristig bewältigen können.
- Die Frage der Wiedereinführung der Wehrpflicht wird in vielen Staaten zu diskutieren sein.
- Das Österreichische Bundesheer ist auf die Erfordernisse einer modernen militärischen Landesverteidigung auszurichten.



Waffentechnische Modernisierung 2019

Aude-Emmanuelle Fleurant

Bewaffnete Konflikte, die Entwicklung neuer Technologien und zunehmende regionale Spannungen treiben die Entwicklung und rüstungstechnische Nutzung neuer Technologien voran. Jedenfalls ergibt sich Handlungsbedarf aus den mit diesen Projekten einhergehenden Risiken, Kosten, ungewissen Ergebnissen, möglichen Auswirkungen auf bewaffnete Konflikte sowie die internationale Stabilität und den ethischen Aspekten für die europäischen Staaten und Institutionen.

Neue Technologien und Waffen

Bei der Erzeugung von Rüstungsgütern kann sich der Prozess von der Forschungs- und Entwicklungsphase bis hin zur Inbetriebnahme einer neuen Technologie über Jahrzehnte erstrecken; selbst dann, wenn die Hersteller von

fortschrittlichen zivilen Technologien, die für militärische Zwecke modifiziert werden, profitieren. Ein Merkmal der neuen Technologien ist die erhebliche Überschneidung zwischen militärischen und zivilen Einsatzmöglichkeiten. Dennoch benötigt die Entwicklung und Erprobung von „disruptiven“ Militärtechnologien –aufgrund der Komplexität sowie der geringen Kalkulierbarkeit der Fortschritte, der möglichen Auswirkungen und der damit verbundenen Kosten – viel Zeit. Neue Technologien und Systeme wirken disruptiv auf die derzeit bestehenden Fähigkeiten, indem sie die in den Streitkräften vorhandenen Waffen obsolet machen.

Da mehrere europäische Länder große Modernisierungsprogramme für Rüstung als Ersatz für alternde Bestände planen oder diese bereits gestartet haben, ist es wahrscheinlich, dass neue Technologien in die nächste Generation von Waffensystemen einfließen, sowohl bei nuklearen als auch bei konventionellen Fähigkeiten. Die meisten der bekannten Projekte haben ein disruptives Potenzial und werden die Kriegsführung ab 2019 voraussichtlich verändern.

Modernisierung von Kernwaffenarsenalen

Ein zentraler Bestandteil der aktuellen Entwicklungen in der neuen Militärtechnologie ist der Beginn eines neuen Modernisierungszyklus der Kernwaffenarsenale, einschließlich der Pläne der beiden europäischen Atomkräfte Frankreich und Großbritannien. Aktuelle Tests Chinas und Russlands zur Entwicklung neuer Fähigkeiten, z.B. von Trägersystemen, die im Hyperschallbereich operieren und nukleare wie auch konventionelle Sprengköpfe tragen können, oder von Quantenradarsystemen, die Tarnkappenfahrzeuge und Störsignale erkennen sollen, werden als Bedrohung für das zukünftige strategische Gleichgewicht wahrgenommen.

Modernisierung konventioneller Waffen in Europa

Veränderungen in der Sicherheitslandschaft und bei der Bedrohungswahrnehmung in Verbindung mit der erwarteten Überalterung der derzeitigen Bestände in Europa haben in mehreren europäischen Ländern den Weg für neue große Waffenprogramme geebnet. Es ist sehr wahrscheinlich, dass neue Systeme mit Technologien ausgestattet sein werden, die vor einiger Zeit noch als „Zukunftstechnologien“ bezeichnet wurden. Tatsächlich sind die absehbaren neuen Technologien vielfältig und können von einer größeren Reichweite und

präziserer Munition über erhöhte Tarnung, halb- oder vollständig autonome Systeme bis hin zu einer besseren Akustik für U-Boote, Cyber-Fähigkeiten etc. alles umfassen.

Die Weiterentwicklung und Integration künstlicher Intelligenz (KI) in konventionelle Waffenplattformen und die Robotisierung von Gefechtsfeldern werden 2019 voranschreiten. Gleichzeitig bestehen erhebliche Auffassungsunterschiede bei der Implementierung dieser Technologie sowie ethische und einsatzrelevante Bedenken hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf militärische Konflikte, auf die Entscheidungsfindung und vor allem auf die Verantwortlichkeit.

Nachhaltigkeit der Modernisierungspläne für Waffen in Europa

Zweifellos werden die aktuellen Modernisierungsprogramme in Europa neue Technologien wie die oben genannten, aber auch geheime Programme umfassen. Allerdings können verschiedene Faktoren die gegenwärtigen Modernisierungsambitionen einschränken. Dazu zählen die Kosten, die wahrscheinlich sehr hoch sein werden und auf Grund der technologischen Risiken und des möglicherweise langen Zeitraums bis zur Fertigstellung durch die Inflation unkalkulierbar steigen können. Um hier gegenzusteuern und die Zusammenarbeit zu verstärken, unterstützt das neue Programm zur Förderung neuer Militärtechnologie der EU im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) finanziell die Entwicklung militärischer Fähigkeiten wie beispielsweise Cyberfähigkeiten und autonome Systeme zur Minenräumung.

Ein weiteres Problem ist das Risiko der Weiterverbreitung neuer oder nahezu neuer Militärtechnologien. Internationale Verkäufe und Technologietransfers durch Exporte und Industriekooperationen sind ein möglicher Kanal der Weitergabe von Technologie und Wissen. Zivile Technologien, die zu militärischen Zwecken eingesetzt werden, können die Kapazitäten in der Rüstungsproduktion stärken. Dies ist der Fall bei der additiven Fertigung, die beispielsweise die Herstellung von Kleinwaffen und deren Teilen ermöglicht.

Ethische Dimension

Ethische Debatten über in Entwicklung oder bereits im Einsatz befindliche Technologien betrafen die Integration von KI in Waffensysteme und die

nukleare Modernisierung. Im Zusammenhang mit KI stellt sich die Frage, ob der Mensch der alleinige Entscheidungsträger für das Abfeuern bleiben soll, oder ob intelligente Systeme an dieser Entscheidung beteiligt sein dürfen. Was die nukleare Modernisierung betrifft, haben die Bedenken hinsichtlich des strategischen Gleichgewichts und der Gefahren der neuen Kerntechnologien auch die Diskussion über das Verbot von Atomwaffen wieder in Gang gebracht.

Konsequenzen für Österreich

Die laufenden Entwicklungen im Bereich der konventionellen Waffen und die Einführung disruptiver Technologien, wie z.B. die Einführung von KI in Waffensysteme, könnten Österreichs kurz- und längerfristigen Waffenbedarf und seine Relevanz für die aktuellen militärischen Fähigkeiten des Landes neu definieren. Dies könnte auch dazu führen, dass österreichische Entscheidungsträger Teile des nationalen Verteidigungskonzepts überdenken, um für mögliche Bedrohungen oder Veränderungen durch diese neuen Technologien gerüstet zu sein.

Umgekehrt können neue militärische Technologien dem österreichischen Bundesheer direkt zugutekommen. Ein Beispiel ist im Zusammenhang mit dem bedeutenden Beitrag Wiens zu friedenssichernden Einsätzen der UNO und EU zu nennen. So unterstützen neue „Soldatensysteme“ mit verbesserten Sensoren und Kommunikationsgeräten sowie leichtere Schutzausrüstung und nicht oder weniger letalen Waffen die an diesen Einsätzen beteiligten Streitkräfte, indem sie die Genauigkeit, Beweglichkeit und Reaktionsfähigkeit in Konfliktsituationen verbessern.

Kernpunkte

- Moderne europäische Waffensysteme werden neue nukleare und konventionelle Technologien inkludieren sowie teilweise vom zivilen Sektor entwickelte Technologien integrieren.
- Diese neuen Waffen und Technologien werden in einem internationalen Umfeld, das durch Spannungen und regionale bewaffnete Konflikte gekennzeichnet ist, geplant und entwickelt.
- Die neuen rüstungstechnischen Entwicklungen werden 2019 durch Kosten und technische Probleme herausgefordert. Und sie könnten zum Game Changer in der Rüstungskonkurrenz werden.
- Einige der neuen Technologien haben ethische Diskussionen ausgelöst.



05

Brennpunkte europäischer Sicherheit





Sicherheit und Migration

Paul Collier

Sicherheitsrisiken durch irreguläre Migration werden durch das Zusammenspiel von zwei verschiedenen Problemen verursacht: fragile Situationen in armen Ländern und mangelhafte Kontrollen der europäischen Grenzen. 2015 wirkten diese beiden Faktoren eklatant zusammen. Derartige Situationen lösen einen Zustrom aus, der drei Gefahren für die Sicherheit mit sich bringt: ausgebildete und motivierte Terroristen wie beispielsweise IS-Kämpfer; junge Männer aus Gebieten wie Somalia, in denen Bandengewalt vorherrscht; und Personen, die im besten Fall in niedrigsten Positionen in kriminellen Organisationen oder in der Billigprostitution arbeiten können.

Fragile Situationen

Im europäischen Umfeld gibt es viele fragile Situationen. In Afghanistan verschlechtert sich die Sicherheitslage weiterhin. Im Nahen Osten verursacht der Zusammenbruch des IS einen sehr gefährlichen Zustrom von ausgebildeten und motivierten Extremisten, dessen Ausmaß die europäischen Sicherheitskräfte an ihre Grenzen bringen wird. Der Jemen implodiert. Demgegenüber haben die bemerkenswerten politischen Veränderungen in

Saudi-Arabien die Finanzmittel des radikalen Islams weltweit vermindert. Dies betrifft insbesondere die instabilen Staaten der Sahelzone. Dennoch bleibt die Sahelzone ein Gebiet, über das die jeweiligen Regierungen nur beschränkte Kontrolle haben. Am Horn von Afrika könnte das kürzlich zwischen Äthiopien und Eritrea geschlossene Friedensabkommen die Migration aus Eritrea nach Europa wesentlich verringern, wobei von Eritreern ohnehin keine wesentlichen Gefahren ausgehen. In Subsahara-Afrika werden die anstehenden Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo wahrscheinlich Unruhen und dadurch Fluchtbewegungen auslösen. Mittelfristig ist zu befürchten, dass Missmanagement weiterhin die nigerianische Wirtschaft bestimmen wird. Auf lange Frist deuten demografische Prognosen darauf hin, dass das Wachstum der Bevölkerung in Mali, Niger und Nigeria – drei Gebieten mit endemischer Gewalt – jenes der wirtschaftlichen Möglichkeiten übersteigt.

Auswege aus der Fragilitätsfalle

Es kann viel getan werden, um das Risiko eines Zusammenbruchs dieser fragilen Situationen zu vermindern. Vor kurzem war ich als einer der Leiter der Commission on State Fragility, Growth and Development tätig. Deren Bericht „Escaping the Fragility Trap“ wurde im April 2018 veröffentlicht und kann kostenlos heruntergeladen werden. Unsere Schlussfolgerungen zeigen, dass die internationale Politik deutlich verbessert werden könnte. In diesem Bereich geben wir auch klare und spezifische Empfehlungen für Verbesserungen. Im Hinblick auf den politischen Prozess kann der Weg aus der Fragilität nur schrittweise erfolgen. Die nationalen Regierungen benötigen effektive wechselseitige Kontrollmechanismen gegen Machtmissbrauch und ein Zusammengehörigkeitsgefühl in der Bevölkerung. Meistens können externe Akteure wenig erreichen, aber es gibt Schlüsselmomente, in denen Veränderungen möglich sind, und die sollten auch genutzt werden. Erfolg kann nicht nur dadurch erzielt werden, dass das OECD-Modell für Entscheidungsstrukturen mittels Verfassungen und pluralistischen Wahlen imitiert wird.

Für den Sicherheitssektor ist wichtig, dass ausländische Kräfte, die eingesetzt werden, um die Ordnung wiederherzustellen, bald unwillkommen sind. Daher hat der Aufbau von nationalen und regionalen Kräften für die Friedenserhaltung Priorität. Am schwierigsten ist es sicherzustellen, dass die nationalen Kräfte effektiven Kontrollen unterliegen, die Machtmissbrauch verhindern.

Im Bereich der Wirtschaft sollten externe Akteure nicht versuchen, die eigenen politischen Prioritäten aufzuzwingen. Die lokalen Regierungen müssen klar sichtbar die Verantwortung übernehmen. Hilfsleistungen sollten wirksamer Kontrolle unterliegen, sodass die Veruntreuung von Geldern durch Amtsmissbrauch verhindert wird. Oberste Priorität hat die Schaffung eines Beschäftigungszuwachses, da dies eine Gesellschaft schrittweise stabilisiert.

Migration und verfehlte Migrationspolitik

Die chaotischen Ereignisse des Jahres 2015 haben die Inkohärenz der europäischen Politik in den Bereichen Migration und Asyl schmerzhaft aufgezeigt. Im Laufe des vorangehenden Jahrzehnts wurde unbewusst eine Art Kartenhaus aufgebaut, das die zentralen Anliegen unberücksichtigt ließ. Erstens verschob sich durch das Schengener Abkommen das Problem zum schwächsten Glied in der Kette: Der gesamte Schengenraum war nur so gut vor illegalen Grenzübertritten geschützt wie der Außengrenzstaat mit der am schlechtesten funktionierenden Regierung. Griechenland war dieses schwächste Glied: Durch die nicht funktionierende Regierung und die geografische Lage wurde der gesamte Schengenraum ordnungswidrigen Grenzübertritten ausgesetzt. Zweitens bot der rechtliche Rahmen Migranten, die es schafften, einen Fuß auf Lampedusa zu setzen, mehr Rechte als diejenigen, die einen Asylantrag von ihrem Heimatland aus stellten. Drittens bedeutete das Fehlen eines funktionierenden Rückführungssystems, dass selbst eindeutige illegale Grenzübertritte unabhängig von rechtlichen Verfahren gute Chancen auf Erfolg hatten.

Systemkorrektur

Dieses Systemversagen wird nun glücklicherweise thematisiert. Die Veränderungen werden dadurch vorangetrieben, dass Bürger in ganz Europa die Geduld mit ihren Regierungen und deren Tatenlosigkeit verlieren, wodurch politische Reformen einfacher durchsetzbar sind. Ein weiterer Faktor ist das Implementieren einer kohärenten Strategie unter der Führung einer politischen Allianz der Regierungen Dänemarks und Österreichs; dazu nutzte man auch die Befugnis der österreichischen Präsidentschaft, die Tagesordnung festzulegen. Das Ziel ist es, Konsens über die Schaffung eines nachhaltigen Systems zu erreichen, das Schwächen wie die oben erwähnten behebt. Die Initiative wird jedoch Zeit benötigen, um zuerst Konsens über die Ziele zu erreichen, in der

Folge die notwendigen Schritte für einen Übergang vom aktuellen, untragbaren System zu einem solchen, das die gesetzten Ziele erreicht, festzulegen und schlussendlich das System so umzusetzen, dass es zur Routine wird. Sobald es zur Routine geworden ist, werden sich auch die Erwartungen geändert haben und die Versuche drastisch zurückgehen, sich irregulären Zutritt zu erkaufen.

Vier Schritte werden hierbei entscheidend sein. Erstens muss der rechtliche Anspruch auf Asyl in Europa von der physischen Präsenz auf europäischem Boden gelöst werden. Dies muss durch die Schaffung der Möglichkeit, Asyl außerhalb Europas zu beantragen, gestützt werden. Als Zweites müssen klare und funktionierende Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse eingeführt werden, sodass Personen, die irregulär nach Europa einreisen, entweder in ihre Herkunftsländer oder an sichere Orte in anderen Ländern rückgeführt werden. Der dritte, ergänzende Schritt ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Regierungen der Herkunftsländer in Programmen, die das Ziel haben, im Land Unternehmen anzusiedeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Der vierte Schritt ist der Einsatz verbesserter digital gestützter Identifikationssysteme hinter der Grenze, um das Abtauchen in die Schattenwirtschaft zu unterbinden.

Durch diese Maßnahmen wird irreguläre Migration nicht zielführend sein und daher stark zurückgehen. Dies wird auch die wichtige Sicherheitsaufgabe der Identifizierung möglicher Terroristen vereinfachen, da das System nicht länger überfordert sein wird.

Kernpunkte

- Sicherheitsrisiken durch irreguläre Migration entstehen im Zusammenwirken fragiler Situationen in armen Ländern und mangelhafter Kontrolle der europäischen Grenzen.
- Eine Verbesserung dieser fragilen Situationen ist nicht absehbar.
- Zuwandernde Risikogruppen sind ausgebildete und motivierte Terroristen, junge Männer aus von Bandengewalt bestimmten Gesellschaften und Personen mit sehr niedrigen ökonomischen Chancen.
- Der Schengenraum war nur so gut vor illegalen Grenzübertritten geschützt wie der Außengrenzstaat mit der am schlechtesten funktionierenden Regierung.
- Fehlentwicklungen der Vergangenheit werden u.a. durch die Implementierung einer kohärenten Strategie unter der Führung einer politischen Allianz der Regierungen Dänemarks und Österreichs korrigiert.



Extremismus, Radikalisierung und Terrorismus in Europa 2019

Nicolas Stockhammer

Massive Terroranschläge sind in Europa zuletzt glücklicherweise ausgeblieben. Aufgrund einer großflächig steigenden Radikalisierung bleibt die terroristische Bedrohungslage für europäische Metropolen jedoch unverändert hoch. Die Mehrheit der Terrorattacken in Europa ist in jüngster Vergangenheit dabei vorwiegend dem islamistischen Segment zuzurechnen und jihadistisch motiviert. Im Jahr 2019 könnte eine neue Anschlagswelle auf unseren Kontinent zurollen. Die Anzeichen und Gründe hierfür sind vielfältig.

Ideologische Spaltung und entideologisierte Radikalisierung

Zum einen ist in Europa eine zunehmende Verbreitung von extremistischem Gedankengut auf beiden Enden des Ideologiespektrums vor allem im Internet

(mit Schwergewicht im Bereich der sozialen Medien) zu verzeichnen, die mit einer wachsenden gesellschaftlichen Spaltung korreliert. Polemisch diskutierte und sozialpolitisch brisante Themenbereiche wie Migration oder eine als scheiternd wahrgenommene Integration führen zu einer fortwährenden ideologischen Aufladung europäischer Mehrheitsgesellschaften. Deren soziale Kohäsion scheint zusehends zu erodieren.

Zum anderen speist sich der Zulauf zu extremistischen Gruppierungen, die im demokratischen Partizipationsprozess mehr und mehr auch über „populistische“ Parteien abgebildet werden; ebenso wie die Tendenz zu desillusionierten Einzelagitatoren aus der steigenden Radikalisierung in Europa resultiert. Auf sämtlichen Ebenen, politisch wie ortsbezogen, ist eine drastische Verschärfung der Rhetorik festzustellen, im öffentlichen Plenum ebenso wie ganz vehement im geschützten Bereich der Online-Foren.

Hiermit korrespondiert ein erwartbares Aufflammen im gewalttätigen rechtsextremen Spektrum, teilweise angetrieben von der oftmals medial geschürten Angst vor einer „überhandnehmenden Islamisierung“ aus Furcht vor einer eventuellen weiter ansteigenden (Im-)Migration, was stets vor dem Hintergrund einer rückläufigen demografischen Entwicklung in den Aufnahmegesellschaften zu betrachten ist.

Mit Blick auf den Jihadismus sieht sich Europa derzeit eher mit einer Radikalisierung zum Islamismus als mit einer Radikalisierung innerhalb des Islam konfrontiert. Der politische Islam ist für die Jihadisten der dritten Generation mittlerweile bloß ein beliebiges Etikett und nicht mehr die besondere Marke mit Alleinstellungsmerkmal. Bestärkt wird diese alarmierende Entwicklung durch den sogenannten „Crime-Terror-Nexus“ (Peter Neumann). So war beim Großteil der jihadistischen Attentäter vor allem im Zeitraum der vergangenen fünf Jahre individuell eine kleinkriminelle Vorgeschichte in Kombination mit einer „unislamischen“ Lebensweise zu registrieren. Erst relativ unmittelbar vor dem jeweiligen Attentat hatten diese Außenseiter und Randfiguren ihre vermeintlich wahre Bestimmung als Instrument des „Heiligen Kriegs“ erkannt.

Kriegsheimkehrer und Lone-Wolf-Gefährder

Alleine für Großbritannien, Frankreich und Deutschland schätzen offizielle EU-Institutionen, dass derzeit von rund 20 000 Personen eine konkrete Bedrohung ausgehen kann. Europa sieht sich mittlerweile mit einem explosiven jihadistischen Gemisch aus Kriegsheimkehrern und Gefährdern konfrontiert, wobei gleichzeitig grenzüberschreitend agierende Netzwerke und radikalisierte

Einzel Täter im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen. Jihadistische Angriffe werden in erster Linie von sogenannten „Homegrowns“ begangen, also Terroristen, die in ihrem „zweiten“ Heimatland radikalisiert wurden. Diese Gruppe von einheimischen Akteuren ist sehr vielfältig, bestehend aus Individuen (meist Lone Wolves), die entweder bereits in der EU geboren wurden oder von früh an in der EU gelebt haben. Die meisten von ihnen sind im Vorfeld polizeibekannt gewesen sein, aber nicht aufgrund etwaiger terroristischer Aktivitäten, und es bestehen zumeist keine direkten Verbindungen zum Islamischen Staat (IS) oder zu anderen jihadistischen Organisationen. Aber auch projizierte Szenarien unter Einbindung von Kriegsheimkehrern werden wahrscheinlicher. Diese sind im Kontext von einschlägigen extremistischen Netzwerken zu verorten. Die jüngsten europäischen Anschläge belegen indes eine eindeutige taktische Präferenz islamistischer Terroristen, wahllos möglichst viele Menschen anzugreifen. Also primär Zielobjekte, die emotionale Reaktionen seitens der Öffentlichkeit nach sich ziehen. Terrorismus ist in erster Linie eine Kommunikationsstrategie, bei der es darum geht, eine Bühne zu haben und ein breites Forum anzusprechen. Publizität ist der Sauerstoff des Terrorismus, wie Margaret Thatcher einst treffend bemerkt hat.

Österreich als sekundäres Terrorziel

Auch Österreich stellt in Europa zweifellos keine Ausnahme dar und ist nach wie vor konkret vom islamistischen Terrorismus bedroht. Zwar hat es bislang hierzulande noch keinen nennenswerten Terroranschlag gegeben, doch bleibt Österreich ein sekundäres Terrorziel. Andere europäische Metropolen stehen womöglich eher im Fokus der Terroristen, aber insbesondere Wien bleibt ein „attraktives“ Anschlagziel. Ein Beleg für die weiterhin hohe jihadistische Präsenz in der Alpenrepublik ist die vergleichsweise hohe Anzahl (48) an Personen, die 2017 wegen Verstößen gegen terrorbezogene Straftatbestände inhaftiert wurden. Österreich rangiert nicht nur mit Referenz auf seine geringe Bevölkerungszahl, sondern auch in absoluten Zahlen im europäischen Vergleich in der Spitzengruppe. Für das Jahr 2018 ist zumindest von einem gleichbleibenden Trend auszugehen, und auch 2019 dürfte sich hierbei nicht allzu viel verändern.

Gesamtstaatliche Kooperation zur Terrorabwehr in Österreich unabdingbar

Angesichts einer komplexer werdenden, realen jihadistischen Bedrohung bei gleichzeitig begrenzten Terrorbekämpfungskapazitäten in Österreich bedarf es sicherheitspolitisch mittelfristig einer gesamtstaatlichen Sicherheitskooperation, um innere und äußerer Sicherheit noch stärker zu vernetzen. Ansätze einer komplementären, ressortübergreifenden Sicherheitsvorsorge sind unmittelbar auszubauen. Auch hat die weiterhin drohende Vertrauenskrise (etwa bei Partnernachrichtendiensten im Ausland) rund um das österreichische Bundesamt für Verfassungsschutz nicht nachhaltig zu einer Verbesserung der hiesigen Sicherheitslage beigetragen. Hier könnte sich vor allem die bestehende nachrichtendienstliche Architektur des Bundesheeres kooperativ als Resilienz-Reserve erweisen.

Europäische Präventionsbemühungen

Auf präventiver Ebene reagierte man auf die wachsende Bedrohungslage in der EU zuerst mit sichtbaren baulichen Maßnahmen wie Betonpollern bei Einkaufsstraßen oder Weihnachtsmärkten und mit verstärkter Polizei-Präsenz bzw. Video-Überwachung im öffentlichen Raum. Derartige Bemühungen, die Bevölkerung zu schützen und vor allem das subjektive Sicherheitsgefühl zu erhöhen, sind grundsätzlich zu begrüßen. Dennoch werden Poller alleine nicht reichen, um einer Bedrohung durch lernfähige Einzeltäter oder Terrorzellen zu begegnen. Die Taktiken der Attentäter sind einfacher, flexibler und effektiver geworden. Funktioniert das bekannte Nizza-Tatbegehungsschema (LKW-Amokfahrt in frequentierter Fußgängerzone) nicht mehr, werden Terroristen kurzfristig andere Methoden finden. Eine umfassende, vor allem nachrichtendienstliche Kooperation ist im Bereich der Prävention sicherlich der Schlüssel zu einer gelingenden Terrorismusbekämpfung.

In Syrien und im Irak scheint mittlerweile zwar die IS-Terrormiliz militärisch besiegt zu sein, nicht jedoch der terroristische Arm der Organisation. Für Österreich bedeutet dies einen vermehrten Zustrom an Kriegsheimkehrern, die ein Sicherheitsrisiko darstellen. Von den etwa 300 österreichischen Foreign Fighters könnten bis zu 100 den Weg in die alte „Heimat“ gesucht und gefunden haben. Darunter gewaltbereite Radikale, die als Gefährder einzustufen sind. Hinzu kommen die hiesigen islamischen Extremisten.

Hier gilt es ein stärkeres Augenmerk auf diese konkrete Bedrohung von außen zu legen. Ein koordiniertes, gesamteuropäisches Migrationsmanagement ist mehr denn je notwendig, um diesen unerwünschten jihadistischen Zustrom zu unterbinden. Insgesamt ist die terroristische Bedrohung für Europa auch im Jahr 2019 weiterhin ernst.

Kernpunkte

- Radikalisierung findet an beiden Enden des Ideologiespektrums statt.
- Die terroristische Bedrohung bleibt für Europa unverändert hoch; 2019 ist wieder vermehrt mit Terroranschlägen in europäischen Metropolen zu rechnen.
- Von ungebrochener Relevanz ist auch 2019 die Bedrohung durch den jihadistisch motivierten Terrorismus, die Gefahr geht vor allem von Kriegsheimkehrern und radikalisierten Lone-Wolf-Gefährdern aus.
- Österreich bleibt ein sekundäres Terrorziel bei gleichzeitig hoher jihadistischer Gefährdungslage.
- In der Terrorismusprävention ist mit Blick auf jihadistische Kriegsheimkehrer aus Syrien und dem Irak ein koordiniertes gesamteuropäisches Migrationsmanagement notwendig.



Das hybride Gesicht der Kriegsführung

Wie unter anderem auf dem ukrainischen Kriegs- und Konfliktschauplatz vorgeführt, scheinen hybride Methoden der Kriegsführung vergleichsweise einfachen politischen Erfolg zu versprechen, indem sie auf maßgeschneiderte, dementierbare und vermeintlich begrenzbare Gewaltanwendung zurückgreifen. Aus diesem Grund ist es sehr wahrscheinlich, dass hybride Kriegsführung in unterschiedlichen Erscheinungsformen das Kriegsbild des 21. Jahrhunderts prägen wird. Hybride Kriegsführung bietet insbesondere offensive Handlungsoptionen. Für EU, NATO und ihre jeweiligen Mitgliedsstaaten ist es daher höchste Zeit, ein gemeinsames und ganzheitliches Verständnis hybrider Kriegsführung und damit verbundener Strategieansätze zu entwickeln.

Johann Schmid

Hybride Kriegsführung als Herausforderung für EU, NATO und deren Mitgliedsstaaten

Die in der Ostukraine vorexerzierte hybride Art der Kriegsführung stellt, sollte sie gegen europäische Staaten zur Anwendung gebracht werden, eine besondere Herausforderung für Europa und für das Krisenmanagement von NATO und EU dar. So könnte im Extremfall die militärische Abwehrfähigkeit der NATO in einem nach unten gerichteten Eskalationsprozess hybrid unterlaufen werden. Dies schließt Bedrohungen (auch militärischer Art) von innen kommend mit ein, etwa in Folge langfristiger Infiltration, Radikalisierung und Destabilisierung. Mit ihrer in erster Linie auf externe Bedrohungen ausgerichteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik wären weder EU noch

NATO ausreichend vorbereitet, in der Lage oder eindeutig beauftragt und legitimiert, ihre Mitgliedsstaaten sowie sich selbst als Organisationen gegen derartige Herausforderungen im Grauzonenbereich unterschiedlicher Schnittstellen, insbesondere zwischen innerer und äußerer Sicherheit, zu verteidigen.

Gleichzeitig sind die Grenzen Europas insbesondere nach Süden weitgehend offen, während sich innergesellschaftliche Bruchlinien ausweiten und vertiefen, u.a. in Folge unkontrollierter Migrationsströme. Eine solche Konstellation schafft zahlreiche Verwundbarkeiten, die durch hybride Akteure aus unterschiedlichen Richtungen – intern wie extern – ausgenutzt werden können.

Militärische Stärke bietet grundsätzlich zusätzliche Möglichkeiten, sich auch ohne aktiven Gewalteinsatz erfolgreich hybrider Methoden zu bedienen. Die glaubhafte Androhung von Gewalt kann dazu ausreichend sein. Gegenwärtig verfügt kein anderer potenzieller hybrider Herausforderer über ein mit Russland auch nur annähernd vergleichbares militärisches Eskalationspotenzial, das bereits durch seine reine Existenz jegliche Art subversiv hybrider Aktivitäten unterstützen würde. Jedoch ist die erfolgreiche Nutzung hybrider Methoden der Kriegsführung an bestimmte Voraussetzungen gebunden, die nicht automatisch auf beliebige Situationen übertragbar sind. So könnte beispielsweise das Krim-Szenario nicht ohne weiteres an anderer Stelle wiederholt werden. Der Krieg im Donbass hat bereits die Grenzen einer solchen Übertragbarkeit aufgezeigt.

Das Beispiel des Ukraine Konflikts macht einen weiteren wesentlichen Zusammenhang deutlich. Hybride Methoden der Kriegsführung finden potenziell umso mehr Anknüpfungspunkte und sind tendenziell umso erfolgversprechender, je enger vernetzt und verzahnt die Beziehungen zum Gegner waren oder sind und je ausgeprägter sich die wechselseitigen Abhängigkeiten gestalten. Globalisierung, enge zwischenstaatliche Interaktion und gesellschaftliche Vernetzung – so positiv und wünschenswert diese auf der einen Seite sind – eröffnen daher zusätzliche Angriffsflächen für spezifisch hybride Methoden der Kriegsführung. Damit wird hybride Kriegsführung zum Mittel der Wahl gerade unter ehemaligen Freunden (wie zwischen Russland und der Ukraine), im Rahmen innerstaatlicher Konflikte und insbesondere im Bürgerkrieg. Offene demokratische Gesellschaften, denen es an strategischer Wachsamkeit mangelt, sind durch hybride Methoden der Kriegsführung in besonderem Maße verwundbar.

Offensive vs. Defensive

Mit der Fähigkeit, durch lautloses Operieren im Grauzonenbereich von Schnittstellen Ambiguitäten zu schaffen, die eigene Absicht und Rolle als Konfliktpartei zu verschleiern, in Verbindung mit dem maßgeschneiderten Einsatz von Gewalt als letztem Schritt, bietet hybride Kriegsführung ein enormes Potenzial für überraschendes und offensives Handeln. Indem sie entweder einer langfristigen, indirekten und verschleierte „Salamitaktik“ folgen oder aber unerwartete Offensivoperationen durchführen, haben hybride Akteure die Möglichkeit, den Status quo einer Situation so zu verändern, dass sich dies anschließend kaum mehr mit vertretbarem Aufwand rückgängig machen lässt. Die Offensivkraft hybrider Kriegsführung stellt den Verteidiger daher vor eine besondere Herausforderung: Er kann aus dem Gleichgewicht gebracht und geschlagen werden noch bevor er den hybriden Angriff als solchen überhaupt erkennt.

Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, das dynamische und facettenreiche Wesen hybrider Kriegsführung zu verstehen und rechtzeitig ihre veränderbaren und häufig verschleierte Erscheinungsformen und die damit verbundenen strategischen Muster und Rationale zu durchschauen. Daher fällt der Wissenschaft und dem Aufbau entsprechender Analysekapazitäten eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung dieser Herausforderung zu. Das im Folgenden kurz skizzierte konzeptionelle Verständnis hybrider Kriegsführung kann als Analyserahmen zur Bewertung aktueller und künftiger hybrider Kriegs-/Konfliktlagen und damit verbundener Strategieansätze dienen.

Konzeptionelles Verständnis hybrider Kriegsführung

Krieg ist grundsätzlich hybrid, aber es gibt auch eine spezifisch hybride Art der Kriegsführung. Obwohl von seinem Wesen her nicht neu, gestalten sich die empirischen Erscheinungsformen hybrider Kriegsführung immer wieder neu und auf Grund ihrer kreativen Gestaltbarkeit überraschend. Eine solche hybride Kriegsführung im engeren Sinne ist strategischer Natur und lässt sich mit drei Schlüsselmerkmalen und deren hybrider Orchestrierung beschreiben:

1. Fokussierung der Kriegs-/Konfliktentscheidung auf ein breites Spektrum nichtmilitärischer Gravitationsfelder. Diese können u.a.

politische Willensbildung, Diplomatie, Wirtschaft und Kultur, aber auch Dimensionen wie Psychologie, Legitimität oder Moral umfassen.

2. Operieren im Grauzonenbereich unterschiedlicher Schnittstellen, u.a. zwischen Krieg und Frieden, Freund und Feind, innerer und äußerer Sicherheit, zivil und militärisch oder staatlich und nichtstaatlich. Hierbei werden traditionelle Ordnungslinien und Verantwortungsbereiche miteinander verschmolzen, um Unklarheit zu erzeugen, Attribuierung zu vermeiden, den Entscheidungsprozess des Gegners zu lähmen, seine Schwachstellen auf nichtlineare Art und Weise anzugreifen und gleichzeitig zu vermeiden, mit dessen Stärken konfrontiert zu werden.
3. Kreative Kombination und Orchestrierung unterschiedlicher – ziviler wie militärischer, regulärer wie irregulärer, staatlicher wie nichtstaatlicher – Mittel, Methoden, Taktiken, Strategien und Konzepte der Kriegsführung zu immer wieder „neuen“ hybriden Mischformen.

Obwohl Akteure hybrider Kriegsführung im Allgemeinen auf kreative und indirekte Strategien begrenzter Kriegsführung und den begrenzten Einsatz militärischer Gewalt zurückgreifen, darf kein Zweifel daran bestehen: Hybride Kriegsführung bedeutet Krieg, der potenziell alle Stufen militärischer Eskalation umfassen kann. Friktion und Unsicherheit sind Wesenselemente des Krieges, und die vermeintliche Kontrollierbarkeit des militärischen Mitteleinsatzes kann sich als Trugschluss erweisen. Aufgrund ihrer Fokussierung auf ein breites Spektrum nichtmilitärischer Gravitationsfelder erfordert hybride Kriegsführung, um erfolgreich zu sein, nicht notwendig eine militärische Kriegsentscheidung. Wie in der Ostukraine kann es für einen hybriden Akteur militärisch ausreichend sein, eine militärische Entscheidung durch den Gegner zu verhindern, während er selbst die Entscheidung auf einem nichtmilitärischen Feld anstrebt.

Schlussfolgerungen für Europa und Österreich

Hybride Kriegsführung ist ein strategisches Konzept, das bei offensiver Nutzung zu einem Game Changer für die Sicherheit und Verteidigung Europas (EU, NATO, Mitgliedsstaaten) werden kann. Insbesondere die Schnittstellen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sowie zwischen zivilen und militärischen Mitteln und Methoden werden hierbei herausgefordert.

Da hybride Kriegsführung konventionellen Kampf auf allen Eskalationsstufen gegen einen militärisch symmetrischen oder gar überlegenen Gegner bedeuten kann, müssen EU, NATO und deren Mitgliedsstaaten ihre

Fähigkeiten zur konventionellen Kriegsführung und kollektiven Verteidigung neu bewerten und sich gleichzeitig gegen eine nach unten gerichtete Eskalationsspirale in Form von Subversion, Infiltration und Desintegration schützen.

Hybride Kriegsführung begünstigt grundsätzlich die Offensive. Um hybrider Kriegsführung langfristig erfolgreich begegnen zu können, sind weitaus mehr Kräfte, Ressourcen und Anstrengungen erforderlich, als dies bei einer offensiven Nutzung des Konzepts der Fall ist. Hybride Kriegsführung eignet sich daher insbesondere auch als Underdog-Strategie. Der Aufbau entsprechender analytischer Fähigkeiten zur Schärfung des eigenen Urteilsvermögens ist ein erster notwendiger Schritt, um hybriden Methoden der Kriegsführung langfristig entgegenzuwirken.

Die genannten Schlussfolgerungen gelten auch für Österreich. Durch seine geostrategische Lage begünstigt ist Österreich zwar nicht in dem Maße einer potenziellen Bedrohung durch hybride Kriegsführung in Verbindung mit einer konventionellen militärischen Drohkulisse seitens eines mächtigen Nachbarn ausgesetzt wie etwa Finnland oder die baltischen Staaten. Als hoch entwickeltes Industrieland und als offene liberale Gesellschaft ist Österreich jedoch in hohem Maße durch hybride Methoden der Kriegsführung verwundbar. Diese können von verdeckter Einflussnahme, Infiltration, Subversion, Sabotage und Terrorismus bis hin zu innergesellschaftlicher Zersetzung, Radikalisierung und Destabilisierung reichen. Potenzielle Angriffsflächen bieten u.a. die Wirtschaft, kritische Infrastruktur, Kommunikationsverbindungen, der Cyber- und Informationsraum, insbesondere aber auch die Gesellschaft selbst, ihre Zusammensetzung, Ordnung und Werteorientierung.

Neben einer Sensibilisierung für die hybride Art der Herausforderung ist daher insbesondere eine breit angelegte Resilienzbildung gefordert, um eigene Verwundbarkeiten zu reduzieren. Die konsequente und dauerhafte Umsetzung der 22 Maßnahmen des Gemeinsamen Rahmens der Europäischen Union zur Abwehr hybrider Bedrohungen bietet sich dafür als Grundlage an. Dazu gehört auch eine Stärkung der militärischen Verteidigungsfähigkeit, um u.a. den Beistands- und Solidaritätsverpflichtungen innerhalb der Europäischen Union und den Erfordernissen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union Rechnung zu tragen. Aber auch als Handlungsoption der Unterstützung der Organe der inneren Sicherheit im Notfall. Da hybride Akteure an den verwundbaren Schnittstellen traditioneller Verantwortungsbereiche operieren, sind insbesondere die Schnittstellen zwischen innerer und äußerer Sicherheit durch eine enge Kooperation

zwischen Politik, Militär, Grenzschutz und Polizei wetterfest zu machen. Dies erfordert letztendlich einen ganzheitlichen, d.h. gesamtstaatlichen, gesamtgesellschaftlichen und international koordinierten Ansatz.

Kernpunkte

- Hybride Methoden der Kriegsführung versprechen politischen Erfolg bei vermeintlich kalkulierbarem Risiko, indem sie geschickt auf den verdeckten, begrenzten und schwer attribuierbaren Einsatz von Gewalt zurückgreifen.
- Hybride Kriegsführung bedeutet Krieg, unter potenzieller Einbeziehung aller Eskalationsstufen: von Propaganda, Subversion und Destabilisierung bis hin zu konventioneller Kriegsführung und nuklearer Drohung.
- Hybride Kriegsführung strebt danach, Ambiguität zu erzeugen, indem sie im Grauzonenbereich unterschiedlicher Schnittstellen agiert, dabei den Entscheidungsprozess des Gegners lähmt und gleichzeitig seine Schwachstellen vor allem auf nichtlineare Art und Weise attackiert.
- Die Abwehr und Bewältigung hybrider Kriegsführung erfordert die Fähigkeit, an Schnittstellen zu operieren und gleichzeitig einen ganzheitlichen Ansatz zu implementieren.
- Ein gemeinsames und ganzheitliches Verständnis hybrider Kriegsführung und damit verbundener Strategieansätze ist Voraussetzung für eine gemeinsame und umfassende Abwehr und Reaktion. Die Entwicklung eines solchen Grundverständnisses in EU, NATO und Mitgliedsstaaten ist daher von zentraler Bedeutung.



Cyber-Bedrohungen und Cyber-Abwehr in Europa 2019

Herausforderungen durch Cyber-Bedrohungen werden sich auch 2019 fortlaufend weiterentwickeln und zunehmend verschärfen. Angesichts der stetig zunehmenden Geschwindigkeit der Entwicklung in diesem Bereich fokussiert die EU in ihrer Cyber-Abwehr auf die Stärkung der Resilienz, der Abschreckung sowie der Verteidigung gegen Cyber-Angriffe.

Julian King

Immer größere Herausforderungen im Cyber-Bereich

Die Herausforderungen durch Cyber-Bedrohungen sowie cybergestützte Verbrechen wachsen und entwickeln sich fortlaufend weiter. Das ist nicht nur meine Meinung als EU-Kommissar für die Sicherheitsunion, diese Meinung teilt auch Europol, die in ihrem Bericht zur Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität im Internet für 2018 das Ausmaß der Cyber-Bedrohung dargestellt hat: Cyber-Kriminelle und andere Akteure entwickeln in einer noch nie da gewesenen Geschwindigkeit immer kreativere Techniken, um Cyber-Angriffe durchzuführen und um nicht aufgespürt zu werden.

Das Spektrum an Methoden ist größer als je zuvor. Angriffe können verschiedene Ziele haben und von verschiedenen staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren verübt werden. Beispielsweise wurde Ransomware zu einem Standardwerkzeug der Cyber-Kriminalität, sie wird im Vergleich zur früheren breit gestreuten, zufälligen Verbreitung immer gezielter eingesetzt. Das Aufdecken von Cyber-Angriffen wird schwieriger, und die Verwendung von mobiler Malware wird weiter steigen.

Verstärkt Teil einer hybriden Strategie

Diese Bedrohungen nehmen verstärkt eine geopolitische Dimension an und werden als Teil von hybriden Strategien verwendet, bei denen verschiedene Formen von cybergestützten Methoden und Cyber-Maßnahmen kombiniert werden – seien es nun „klassische“ Hacks oder das wachsende, unerfreuliche Phänomen der Online-Desinformation und -Manipulation, die mittlerweile ein fester Bestandteil unseres Alltags sind.

Diese Entwicklungen scheinen sich auch heute, kurz vor Jahresbeginn 2019, nicht zu verlangsamen. Der willkürliche und grenzüberschreitende Charakter dieser Bedrohung, der wir gegenüberstehen, bedeutet, dass die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten und Maßnahmen auf EU-Ebene von zentraler Bedeutung sind. Böswillige Cyber-Akteure, die vielleicht an einem Computer tausende Kilometer entfernt in einem anderen Land mit anderer Rechtsordnung sitzen, kennen keine nationalen Grenzen.

Wie auf Cyber-Bedrohungen reagieren?

Angesichts dieser vielschichtigen Herausforderung ergreifen wir Maßnahmen auf zwei Fronten: erstens Bewältigung der klassischen Cyber-Bedrohungen für Systeme und Daten, die einen gewaltigen physischen und wirtschaftlichen Schaden verursachen können, und zweitens Einschränkung des Raums für größere cybergestützte Bedrohungen wie Online-Desinformation, mit der man versucht, Verhaltensweisen sowie Wahlen und demokratische Prozesse zu beeinflussen.

Außerdem müssen wir unsere Cyber-Abwehr als Teil unserer Verteidigungsreaktion sehen. Ein Cyber-Angriff kann genauso viel Schaden wie ein konventioneller Angriff verursachen, kostet jedoch nur einen Bruchteil davon und ist in seiner Gesamtheit fast zur Gänze abstreitbar. Es ist somit nicht überraschend, dass die NATO den Cyber-Bereich zu einer neuen Dimension der

Kriegsführung erklärt hat und dass er ein erklärter Bestandteil der russischen Militärstrategie ist.

Verschwimmende Grenzen zwischen ziviler und militärischer Dimension

Obwohl es einen eindeutig militärischen Aspekt bei Cyber-Angriffen gibt, sind sie anders als konventionelle militärische Bedrohungen, und daher ist auch die Cyber-Abwehr nicht mit konventioneller Verteidigung gleichzusetzen.

Beispielsweise ist nahezu die gesamte Angriffsfläche – und ein Großteil der Informationen zu Trends und Vorfällen – in ziviler Hand. Der private Sektor wird immer eine führende Rolle bei der Gewährleistung unserer Cyber-Sicherheit spielen.

Des Weiteren sind die Hürden für die Durchführung eines Cyber-Angriffs überraschend niedrig. Egal, ob es sich um einen Angriff auf eine Webseite zur finanziellen Bereicherung oder den Versuch, einen demokratischen Prozess zu beeinflussen, handelt: Es ist grundsätzlich schwierig, Täter ausfindig zu machen und zu belangen.

Das führt dazu, dass die traditionellen Grenzen wie die zwischen öffentlich und privat, intern und extern, zivil und militärisch immer mehr verschwimmen.

Maßnahmen der Europäischen Union

Einige Ereignisse der letzten Jahre sind ein Warnsignal, so beispielsweise der WannaCry-Malware-Angriff, der nicht nur Computer zum Abstürzen brachte, sondern möglicherweise auch Leben aufs Spiel setzte, indem er Spitäler zum Schließen zwang. Im September 2017 legte die Europäische Kommission ein umfassendes Paket mit Vorschlägen zur Stärkung der Cyber-Sicherheit der EU vor, das auf den drei Säulen Resilienz, Abschreckung und Verteidigung beruht.

Die Stärkung der Resilienz bedeutet, dass wir weniger Angriffsfläche bieten und über die notwendigen Systeme, Strukturen und Verfahren verfügen, um im Falle eines massiven Angriffs schnell und koordiniert reagieren zu können. Aus diesem Grund haben wir vorgeschlagen, das Mandat der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) auszuweiten, um eine richtige EU-Cyber-Sicherheitsagentur zu schaffen. Wir haben auch einen Konzeptentwurf für die Reaktion auf Cyber-Sicherheitsvorfälle großen Ausmaßes entwickelt. Um in der EU über die richtigen Fähigkeiten zu verfügen,

haben wir außerdem die Schaffung eines Netzwerks nationaler Zentren und einer EU-Einrichtung zur Koordinierung von EU-Investitionen für Cyber-Sicherheitstechnologien und -kompetenzen vorgeschlagen.

Wirksame Abschreckung ist ebenso unerlässlich: Wir müssen sicherstellen, dass sich Cyber-Kriminalität nicht lohnt. Das bedeutet, dass das Ausforschen und die Strafverfolgung der Täter einfacher werden müssen. Zu diesem Zweck haben wir Maßnahmen vorgeschlagen, um den grenzübergreifenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln und Finanzinformationen für Strafverfolgungsbehörden zu erleichtern.

Auf operativer Ebene bedeutet eine Stärkung unserer kollektiven Reaktion auf Cyber-Bedrohungen eine Stärkung unserer Cyber-Verteidigungsfähigkeiten. Die EU kann eine stärkere Entwicklung der Verteidigungsindustrie fördern, während die Mitgliedsstaaten bereits begonnen haben, auf strategischer Ebene im Bereich Cyber-Abwehr zusammenzuarbeiten.

Beispielsweise durch die Organisation parallellaufender Übungen zu Cyber-Bedrohungen sowie hybriden Bedrohungen vertiefen wir auch die EU-NATO-Kooperation. Dennoch sind wir erst am Anfang. Wir müssen unsere Arbeit auf nationaler, europäischer, transatlantischer und internationaler Ebene verstärken.

Der Unterminierung demokratischer Prozesse entgegenwirken

Da wir sehen, dass die Akteure hinter Cyber-Angriffen eine Vielzahl an Werkzeugen verwenden, die Desinformation und Verhaltensmanipulation insbesondere bei Wahlen einschließen, ergreifen wir zusätzlich Maßnahmen, um unsere demokratischen Prozesse in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten besser zu schützen.

Im September legten wir ein Maßnahmenpaket vor, das spezifisch auf die Sicherheit bei Wahlen abzielt. Dieses Paket umfasst eine Empfehlung zur Schaffung von Wahlkooperationsnetzen zwischen Mitgliedsstaaten sowie Vorschläge für Maßnahmen zur Erhöhung von Transparenz im Netz, zum Schutz vor Cyber-Angriffen mit Einfluss auf Wahlen und zur Stärkung der Bekämpfung von Desinformationskampagnen.

Diese Initiative wurde mittels einer High-Level-Konferenz in Hinblick auf die anstehenden Wahlen zum europäischen Parlament im Mai 2019 fortgeführt. Doch in einem demokratischen und multinationalen Gebilde wie

der EU sind die nächsten Wahlen nie weit entfernt, und wir müssen auf allen Ebenen wachsam bleiben.

Somit müssen wir im Hinblick auf die sich ständig weiterentwickelnde Cyber-Bedrohung zusammenarbeiten, um gewährleisten zu können, dass wir so gut wie möglich vorbereitet sind, um unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere Werte zu verteidigen.

Kernpunkte

- Die Herausforderungen durch Cyber-Bedrohungen sowie cybergestützte Verbrechen wachsen und entwickeln sich fortlaufend weiter. Die technischen Instrumente für Cyber-Angriffe sind effizient und vielfältig wie nie zuvor.
- Die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Dimension der Cyber-Abwehr verschwimmen.
- Die EU will mit der Stärkung von Resilienz Angriffsflächen verkleinern und über die notwendigen Systeme, Strukturen und Verfahren verfügen, um im Falle eines massiven Angriffs schnell und koordiniert reagieren zu können.
- Die EU ergreift zum Schutz von Wahlen vor Cyber-Manipulation spezielle Maßnahmen, um Desinformation und Verhaltensmanipulation zu begegnen und demokratische Prozesse zu sichern.

The background of the slide is a dark teal color. It features a stylized map of Europe in a lighter shade of teal. Overlaid on the map are numerous white data points, each with a vertical line extending from it, and several concentric circles. In the bottom left corner, there is a compass rose with a red arrow pointing towards the top right. The overall aesthetic is technical and analytical.

06

Entwicklung relevanter Räume im eurostrategischen Umfeld



0.350037

0.399628

0.030365

0.52372

0.010468

0.164337

0.054962

0.588287

0.254059

0.552582

0.051941

0.622101

0.378235

0.141815

0.902018

0.949255

0.496582

0.282013

0.443878

0.633068

0.268890

0.923859

0.716583

0.115448

0.648468

0.762177

0.833557

0.60746

0.798676

0.641875

0.757578

0.053802

0.401288

0.890594

0.433533

0.120319

0.273753

0.6245728

0.928279

0.853607

0.61140

0.114105

0.628398

0.749481

0.845

0.157

0.157

0.157

0.157

0.157

0.157

0.157

0.157

0.157



Entwicklungsperspektiven am Westbalkan 2019

Predrag Jureković

Die Diskrepanz zwischen dem EU-Ziel der Integration der Westbalkanländer einerseits und anhaltenden Krisenphänomenen in den intraregionalen (und teilweise innerstaatlichen) Beziehungen dort andererseits wird auch 2019 bestehen bleiben. Ein proaktives Engagement der Union am Westbalkan bleibt ein Schlüsselfaktor für die Lösung von Konfliktfragen und die Verbesserung der regionalen Kooperation. Die Präsenz der Friedenstruppen EUFOR und KFOR bleibt als Sicherheitsnetz auch 2019 notwendig.

Europäische Partnerschaft vs. intraregionale Spannungen

Bosnien und Herzegowina

Auf der Grundlage der Ergebnisse der gesamtstaatlichen Wahlen von Oktober 2018 kann in Bosnien und Herzegowina (BuH) für 2019 nicht von einer Beendigung der innerstaatlichen Krise ausgegangen werden.

Mit Milorad Dodik zieht ein serbischer Vertreter ins BuH-Staatspräsidium ein, der als Präsident des Staatsteils Republika Srpska (RS) dem Gesamtstaat mehrfach die Lebensfähigkeit abgesprochen und sich für die staatliche Eigenständigkeit der RS ausgesprochen hat. Kroatisch-nationale Parteien in BuH und die kroatische Regierung stellen die ethnische „Authentizität“ des kroatischen Vertreters im Staatspräsidium, des Sozialdemokraten Željko Komšić, und damit seine politische Legitimität in Frage. Rechtliche Probleme – insbesondere in

Bezug auf das Wahlgesetz – könnten in BuH die Neukonstituierung eines Teils der gesetzgebenden Institutionen nach der Wahl be- oder sogar verhindern.

Die schwierigen innenpolitischen Rahmenbedingungen und nationalistische Diskurse werden sich voraussichtlich auch 2019 als großer Ballast für die innerstaatliche Konsolidierung und für Fortschritte im europäischen Integrationsprozess BuHs erweisen. Umso wichtiger wären konstruktive Beziehungen der unmittelbaren Nachbarn Kroatien und Serbien zum Gesamtstaat BuH. Im Kontext weiterer politischer Krisen in BuH könnte der politische Einfluss der Türkei und Russlands auf bosnjakische bzw. serbische Politiker weiter zunehmen.

Mazedonien

Zum Zeitpunkt der Redaktion dieses Beitrags (Oktober 2018) bestehen noch viele rechtliche und politische Hürden für Skopje und Athen, um den im Juni 2018 geschlossenen Kompromiss im langjährigen bilateralen Streit über den Staatsnamen Mazedoniens wirklich implementieren zu können. Gelingt die Umsetzung, so wäre 2019 der Weg frei für den NATO-Beitritt und für den Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen. Im anderen Fall wären die Integrationsprozesse weiterhin blockiert. Mazedoniens innenpolitische Situation würde instabiler werden.

Serbien und Kosovo

Im Zuge der schon fortgeschrittenen EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien wird die EU-Kommission 2019 verstärkt einfordern, dass Belgrad und Prishtina/Priština ein Grundlagenabkommen über die Normalisierung ihrer Beziehungen unterzeichnen. Die von den Präsidenten Serbiens und des Kosovo im Sommer 2018 lancierten und nicht näher präzisierten Vorschläge, eine „Lösung“ durch einen Gebietstausch nach ethnischen Kriterien herbeizuführen, hat innerhalb des Westbalkans überwiegend zu negativen Reaktionen geführt. In einem solchen Fall werden destabilisierende Dominoeffekte befürchtet, die insbesondere in Mazedonien und BuH Abspaltungsbestrebungen und interethnische Konflikte anheizen könnten.

Langjährige Beobachter des Westbalkans plädieren stattdessen – auch in Richtung Brüssel blickend – mehrheitlich dafür, sich nicht an riskanten ethnisch-territorialen, sondern bewährten europäischen Modellen für die Konfliktlösung zu orientieren. Ein erster Schritt dahin wäre die Implementierung der schon im April 2013 grundsätzlich zwischen Belgrad und Prishtina/Priština vereinbarten Autonomie für die serbischen Gemeinden im Kosovo. Ferner könnten auch

Aspekte der Lösung der Südtirol-Frage dabei hilfreich sein, das serbisch-kosovoalbanische Verhältnis zu verbessern.

Ein nicht zu unterschätzender Einflussfaktor für den ohnehin schwierigen serbisch-kosovoalbanischen „Dialog“, aber auch für die allgemeine Sicherheitslage im Kosovo, könnte die Tätigkeit des „Kosovo Specialist Chambers and Specialist Prosecutor's Office“ in Den Haag werden. Es ist möglich, dass dieses Gericht 2019 Anklage gegen mehrere kosovoalbanische Politiker in Zusammenhang mit Kriegsverbrechen von Mitgliedern der Kosovarischen Befreiungsarmee (UCK) erheben wird.

Friedenserhaltende Operationen

Die nach wie vor bestehende politische Instabilität und fehlende politische Kompromisskultur in BuH sowie eine noch immer starke Feindperzeption in den serbisch-kosovoalbanischen Beziehungen sprechen dafür, dass die Operationen EUFOR ALTHEA und KFOR 2019 mit exekutivem Mandat fortgesetzt werden sollten. Neben der Erhaltung dieses Sicherheitsnetzes gewinnt die Unterstützung für die regionale Sicherheitskooperation – z.B. durch Hilfestellung beim Kapazitätenaufbau der Streitkräfte von BuH – an Bedeutung.

Wirtschaftlicher Trend

Gemäß den Prognosen des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche wird sich 2019 der positive Trend mit einem Wirtschaftswachstum, das am Westbalkan drei bis vier Prozent betragen wird, fortsetzen. Die tendenziell sinkende Arbeitslosenrate bleibt 2019 mit einer prognostizierten Bandbreite von 12,5 Prozent (Albanien) bis 25 Prozent (Kosovo) für europäische Verhältnisse aber hoch. Ökonomische Strukturprobleme wie die nicht gestoppte Deindustrialisierung und die zu langsame Teilnahme am Prozess der Digitalisierung erschweren die wirtschaftliche Konsolidierung.

Globale und regionale Migrationsentwicklung

Das Ausmaß der irregulären Migration aus Zentralasien und dem Nahen Osten auf den Balkanrouten wird auch 2019 durch die Zusammenarbeit auf EU-Ebene, das Funktionieren des EU-Türkei-Migrationsabkommens aus 2016 und die Effizienz der Abwicklung von Asylverfahren in Griechenland beeinflusst werden. Selbst bei günstiger Entwicklung dieser Einflussfaktoren ist für 2019 von einer

irregulären Migration auf niedrigem Niveau (von weniger als 10.000 Personen) auszugehen. Der Umstand, dass sich einige Tausend Migranten teilweise schon seit 2015/16 im Gebiet zwischen Griechenland und Kroatien aufhalten, könnte die Zusammenarbeit der Grenzbehörden von Kroatien, Serbien und BuH beeinträchtigen, falls bei einem fehlenden gesamteuropäischen Ansatz die wechselseitig praktizierte „Push-Back-Politik“ gegenüber den Migranten fortgesetzt wird.

Eine steigende demografische, soziale und politische Bedeutung hat für die bevölkerungsarmen Westbalkanländer die fortgesetzte – reguläre – Auswanderung tausender, überwiegend gut ausgebildeter Bürger, die nach den Prognosen von Demografen nicht durch Zuwanderung ausgeglichen werden kann.

Ableitungen für die GSVP und Österreich

Da auch 2019 krisenhafte Entwicklungen am Westbalkan nicht ausgeschlossen werden können, ist neben den notwendigen politischen Initiativen der EU auch ein fortgesetztes Engagement im Rahmen der GSVP erforderlich. Dies betrifft insbesondere die Fortsetzung der Operation EUFOR „ALTHEA“ in BuH, aber auch die der Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX im Kosovo. Als Lead-Nation im Rahmen von EUFOR „ALTHEA“ erfüllt Österreich eine zentrale Funktion im Prozess der sicherheitspolitischen Konsolidierung des Westbalkans. Die fortgesetzte Unterstützung für den Aufbau von Kapazitäten der Streitkräfte von BuH stellt diesbezüglich einen wichtigen Teilbeitrag dar und ergänzt Österreichs politische Unterstützung der EU-Integration der Westbalkanländer.

Kernpunkte

- Eine von Österreich aktiv unterstützte und glaubwürdige EU-Erweiterungspolitik bleibt der Schlüsselfaktor für die Konsolidierung des Westbalkans.
- Ohne proaktives Engagement der EU könnten sich innerstaatliche Krisen und offene bilaterale Konflikte verschärfen sowie Konsolidierungschancen vergeben werden.
- Ein Gebietstausch nach ethnischen Gesichtspunkten löst keine Konflikte auf dem Westbalkan.
- Die Uneinigkeit der EU-Staaten in der Migrationsfrage beeinträchtigt die Kooperation der Westbalkanländer.
- EUFOR „ALTHEA“ und KFOR bleiben 2019 ein notwendiges „Sicherheitsnetz“.



Zentraleuropäische Verteidigungskooperation 2019

Rastislav Báchora

Im Jahr 2019 dürfte die Central European Defence Cooperation (CEDC) auf europäischer Ebene viel Beachtung finden. Neben der bisher erfolgreichen Positionierung bei den Themen Außengrenzschutz und Westbalkan werden Implementierungsmaßnahmen des gemeinsamen Projektes im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) anstehen, wodurch die verteidigungspolitischen Absichten sowie die Managementfähigkeiten der CEDC international unter Beweis gestellt werden. Dies eröffnet für die CEDC neue verteidigungspolitische Perspektiven im EU-Kontext.

Von Wien über Prag und Budapest nach Bratislava

Unter der österreichischen CEDC-Präsidentschaft im Jahr 2016 wurde die verteidigungspolitische Zusammenarbeit von Kroatien, Österreich, der Slowakei, Slowenien, Ungarn und Tschechien auf EU-Ebene erstmals als ein genuin sicherheits- und verteidigungspolitisches Format wahrgenommen.

Die Auseinandersetzung mit konkreten sicherheitspolitischen Risiken und Bedrohungen, wie z.B. der Bewältigung der Migrationskrise und der regionalpolitische Fokus auf den Westbalkan, stellt seither die Basis für die weiterführende Zusammenarbeit der zentraleuropäischen Staaten dar.

Mit der Entscheidung der CEDC-Verteidigungsminister im Juni 2017 in Prag, im Rahmen der PESCO der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ein eigenes Projekt ins Auge zu fassen, rücken innerhalb der CEDC zunehmend verteidigungs- und militärpolitische Überlegungen in den Vordergrund. Die beabsichtigte Stärkung der militärischen Dimension der Zusammenarbeit wurde beim Treffen der Verteidigungsminister im März 2018 in Budapest bestätigt. Somit bieten sich mit der Fortsetzung des Engagements in der „sicherheitspolitischen Querschnittsthematik“ der Migration, der weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit mit Staaten des Westbalkans sowie der Implementierung des gemeinsamen PESCO-Projektes weitreichende Chancen unter der slowakischen Präsidentschaft 2019 an.

COOPSEC 19

Das beharrliche Thematisieren der Notwendigkeit der Nutzung militärischer Kapazitäten bei der Bekämpfung der illegalen Migration zog nicht nur die erhöhte Aufmerksamkeit von EU-Instituten auf sich, sondern garantierte der CEDC gewissermaßen auch ein Alleinstellungsmerkmal bei der zivil-militärischen Kooperation im Bereich Außengrenzschutz. Dies war unter anderem auch ein zentrales Thema des österreichischen EU-Ratsvorsitzes im zweiten Halbjahr 2018. Die Bedeutung der Bekämpfung der illegalen Migration mit zivil-militärischen Mitteln wurde bereits von der tschechischen CEDC-Präsidentschaft 2017 und von der ungarischen 2018 hervorgehoben. Mit der Fortsetzung der erstmals 2017 in Österreich organisierten CEDC-Grenzschutzübung Cooperative Security (COOPSEC) bestätigt die CEDC ihre regionale Vorreiterrolle in diesem Bereich. Auf ungarische Initiative hin wird 2019 die COOPSEC in Ungarn unter Einbindung von Westbalkanstaaten und FRONTEX erneut durchgeführt.

Westbalkan

Die Stabilisierung des Westbalkans und seine weitere Annäherung an die EU – beides waren auch Schwerpunktthemen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes – sind zentrale Anliegen der CEDC. Unter der slowakischen

CEDC-Präsidentschaft 2019 dürfte die Zusammenarbeit mit den Staaten des Westbalkans weiter ausgebaut werden. Eine strukturierte Heranführung der Staaten des Westbalkans an die GSVP über die CEDC könnte dem zentraleuropäischen Format langfristige strategische Vorteile bringen. Entsprechende Diskussionen über die Etablierung einer geeigneten Diskussions- und Abstimmungsplattform auf der Ebene der Generalstabschefs unter Einbindung der Partner aus Westbalkanstaaten wären 2019 zu führen.

Zentraleuropäisches PESCO-Projekt

Vor dem Hintergrund zunehmender Bedeutung der EU-Verteidigungspolitik erhöhte die CEDC mit ihrer konkreten PESCO-Initiative auch ihre militärpolitische Relevanz innerhalb der GSVP. Das Projekt im Bereich des Schutzes vor atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen wurde unter der Bezeichnung „Chemical, Biological, Radiological and Nuclear Surveillance as a Service“ (CBRN SaaS) als ein CEDC-Vorhaben mit der aktiven Teilnahme von Österreich, Frankreich, Ungarn, Kroatien und Slowenien sowie mit Italien, Rumänien, Tschechien und der Slowakei als Beobachter bei der EU eingereicht.

Ziel ist die Entwicklung eines bemannt-unbemannten Sensornetzwerkes, um ein qualifiziertes Lagebild zu erstellen, das Detektion und Identifikation von ABC-Kampfstoffen unterstützt und damit den Schutz der Kräfte im Einsatz ausbaut. Unter österreichischer Führung setzen die zentraleuropäischen Staaten gemeinsam mit Frankreich auf einen innovativen Technologieansatz, der maßgeblich mit regionalen Industriepartnern entwickelt werden soll. Die Umsetzung dieses Projekts dürfte die verteidigungspolitische Sichtbarkeit der CEDC innerhalb der EU bereits 2019 deutlich erhöhen.

Ableitungen für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Gerade vor dem Hintergrund der neu zu konzipierenden Grenz- und Küstenwache der EU könnte die CEDC mit der COOPSEC 19 unter Berücksichtigung österreichischer Interessen weitere Maßstäbe auf EU-Ebene setzen. Mit einer systematischen Annäherung der Westbalkanstaaten an die EU mittels Einbindung in CEDC-Aktivitäten würde ein wesentlicher Beitrag für die Stabilisierung des Westbalkans geleistet werden. Entscheidende Schritte könnten bereits 2019 eingeleitet werden. Bei erfolgreicher Implementierung der anstehenden PESCO-Prozesse 2019 und der darauffolgenden Erreichung der

Projektziele von CBRN SaaS könnte die CEDC zu einem nicht unwesentlichen regionalen GSVP-Akteur mit erweiterten Gestaltungsmöglichkeiten Österreichs aufsteigen.

Kernpunkte

- Es ist sehr wahrscheinlich, dass die CEDC im Jahr 2019 ihre militärpolitische Dimension vertiefen wird.
- Die CEDC-Grenzschutzübung COOPSEC 19 kann als Modell für eine künftig zu konzipierende zivil-militärische Kooperation beim EU-Außengrenzschutz dienen.
- Aufgrund von strategischen Überlegungen könnte die CEDC 2019 eine systematische Form der Zusammenarbeit mit den Staaten des Westbalkans eingehen.
- Mit dem unter der österreichischen Führung zu implementierenden PESCO-Projekt im Bereich des Schutzes vor atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen wird sich die Sichtbarkeit der CEDC auf EU-Ebene 2019 erhöhen.



Der Nahe Osten und Nordafrika 2019

Jasmin Rupp

Der Nahe und Mittlere Osten sowie Nordafrika (MENA) bleiben auch im kommenden Jahr eine von Instabilität und bewaffneten Konflikten geprägte Region. Durch die divergierenden Interessen der regionalen und internationalen Akteure, Radikalisierung und Konfessionalisierung, den Konfrontationskurs der USA und ihrer Verbündeten gegenüber dem Iran sowie die mangelnden Konfliktlösungskapazitäten der UNO ist kurz- und mittelfristig gesehen keine Befriedung der Region absehbar. Die wirtschaftliche Not und anhaltende politische Marginalisierung gegenüber Sunniten bieten dschihadistischen Gruppierungen auch weiterhin einen Nährboden zur Rekrutierung und könnte zu ihrem Wiedererstarken beitragen.

Rivalitäten der Regionalmächte

Die Rivalitäten zwischen Saudi-Arabien und dem Iran beeinflussen weiterhin die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien, im Irak und im Jemen. Die angespannten Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) einerseits und Katar andererseits lähmen den Golfkooperationsrat bei der Bewältigung der regionalen Herausforderungen. Außerdem sorgen divergierende Interessen der Türkei und des Iran in Syrien und im Irak für Misstrauen. Die Spannungen zwischen den USA und ihrem NATO-Partner Türkei in Bezug auf die anhaltende Unterstützung der Kurden in

Nordsyrien könnten Ankara in die Arme Russlands treiben. Unterdessen wird Israel seine Beziehungen zu den arabischen Golfstaaten weiter intensivieren, nicht zuletzt aufgrund ihrer gemeinsamen Feindschaft gegenüber dem Iran. Die vermeintlich in Auftrag gegebene Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi sorgt für Rückschläge beim Transformationsprozess in Saudi-Arabien, den der saudische Thronfolger Mohammed bin Salman anstrebt. Außer einem Imageverlust und symbolischen Sanktionen wird sich allerdings am Gefüge der traditionellen Allianzen mit Saudi-Arabien nichts ändern.

Russland als neue Ordnungsmacht in der MENA-Region

Während Russland seinen Einfluss in zahlreichen arabischen Ländern weiter vertieft, strebt die Trump-Administration eine Verschiebung ihrer MENA-Strategie an. Im Vordergrund stehen die Eindämmung des iranischen Einflusses, eine begrenzte Präsenz von US-Truppen sowie die Mitverantwortung regionaler Verbündeter zur Stabilisierung der Region. Russland wird in Syrien auch von den USA als Ordnungsmacht anerkannt. Langfristig sichert Russland seine Präsenz durch die Stärkung von Marine- und Luftwaffenbasen ab, und es vertieft durch Waffenverträge, Energiekooperation und Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung seine Beziehungen u.a. zu Ägypten, Libyen, Saudi-Arabien, dem Irak und dem Iran.

Eindämmung des iranischen Einflusses in der Region

Die Verhärtung der US-Position gegenüber dem Iran, die zunehmend kriegerrische Töne annimmt, wird sich auch im nächsten Jahr fortsetzen. Neben dem Ziel, die finanziellen Ressourcen des Regimes durch harte Sanktionen zu beschränken, werden voraussichtlich Waffentransporte an iranische Verbündete abgefangen, die Sicherheitskooperationen mit Israel und den Golfstaaten verstärkt und Abschreckungsmissionen durchgeführt. Dabei vergrößert sich aufgrund der unterschiedlichen Positionen zum Atomabkommen mit dem Iran auch die Kluft zwischen den USA und Europa.

Konfrontation zwischen Israel und dem Iran in Syrien

Die scheinbar anhaltende militärische Präsenz der iranischen Revolutionsgarden und der libanesischen Hisbollah macht eine Konfrontation zwischen Israel und Iran in Syrien wahrscheinlicher. Das syrische Assad-Regime verdankt seinen Machtverbleib Russland und dem Iran und wird deshalb weder einen Abzug proiranischer Streitkräfte erzwingen noch die Allianz grundlegend verändern. Die Militärschläge Israels gegen proiranische Kräfte in Syrien werden voraussichtlich intensiviert und haben Eskalationspotenzial.

Neue Anläufe zur Kriegsbeilegung in Syrien, Libyen und im Jemen

Die ersten zähen Verhandlungen über die Zukunft Syriens unter Machthaber Assad werden voraussichtlich im kommenden Jahr anlaufen. Moskaus bevorzugter Fahrplan wäre eine Lastenteilung, bei der Russland für die Sicherheit Syriens verantwortlich bleibt, die UNO die von Russland geführten Friedensgespräche unterstützt und die EU und die Golfstaaten den Wiederaufbau finanzieren. Letztere könnten im Gegenzug zu umfangreicher Wiederaufbauhilfe einem freiwilligen Rücktritt Assads zugunsten eines Nachfolgers seiner Wahl zustimmen, wobei syrischen Oppositionsgruppen ein Mitspracherecht bei der Bildung zusätzlicher Elemente einer neuen syrischen Regierung eingeräumt wird. Die UNO setzt auf die Herkulesaufgabe, eine neue inklusive Verfassung, die ein dezentralisiertes System in Syrien vorsieht und insbesondere die Rolle der Kurden und deren Autonomiebedürfnisse berücksichtigt, zu verfassen. Das Überleben der von Kurden kontrollierten Gebiete hängt allerdings stark vom Truppenverbleib des Sicherheitsgaranten USA im Nordosten Syriens ab.

Im tief gespaltenen Libyen scheint eine politische Lösung noch in weiter Ferne zu sein. Die ausbleibende Einigung auf ein nationales politisches System, rivalisierende ausländische Einflussnahme und die verfrühte Abhaltung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen werden die Spaltung im Land verstärken. Im bürgerkriegsgebeutelten Jemen scheint weder ein militärischer Sieg noch eine Kompromisslösung bevorzustehen. Der Iran könnte sich in Reaktion auf den antiiranischen Kurs der USA und ihrer Verbündeten als unwillig erweisen, die Beziehungen zu den Houthis zu lösen und weiterhin den Guerillakrieg zu unterstützen. Saudi-Arabien und die VAE geraten dabei zunehmend unter Zugzwang, den verlustreichen Krieg zu beenden.

Eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und die Absicht der Trump-Administration, durch den „Deal des Jahrhunderts“ eine gänzliche Neuordnung in der Region zu schaffen (zur Diskussion stehen eine Teilung des Westjordanlandes und eine duale Lösung für ein neues Jordanien), bleiben in weiter Ferne. Die USA haben sich durch die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem und durch die Streichung der Hilfgelder für das Palästinenserhilfswerk UNWRA, das insbesondere Jordanien in wirtschaftliche Bedrängnis bringt, als Mediator disqualifiziert. Eine Kombination aus sozialer Frustration und Agitation der Palästinenser könnte eine neue Welle der Gewalt gegen Israel auslösen.

Die Zukunft dschihadistischer Gruppierungen liegt in Syrien

Nach der territorialen Zerschlagung ihres Kalifates dürfte sich die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) insbesondere in Syrien erneut zu einer Aufstandsmacht entwickeln. Der voraussichtliche Machtverbleib Assads in Syrien wird den sunnitischen Aufstand erneut befeuern. Der ungleiche Fortschritt beim Wiederaufbau und die Marginalisierung von Sunniten könnten von dschihadistischen Gruppierungen wie dem IS und al-Qaida für Rekrutierungszwecke und Anschläge in Syrien, aber auch weltweit genützt werden.

Ableitungen für Europa, die EU und Österreich

Die größte Herausforderung für europäische Staaten beim Versuch der Stabilisierung der MENA-Region ist das Fehlen eines koordinierten Ansatzes. EU-Staaten verfolgen ihre individuellen Interessen, arbeiten dabei oft gegeneinander und vergeben die Chance auf wirksame Ergebnisse. Zusätzlich schaden kurzfristige Lösungen den strategischen Interessen der europäischen Staaten. Maßnahmen zur Eindämmung des Migrationsstroms aus Libyen ohne Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Situation bedeuten lediglich eine zeitliche Verlagerung der Migrationsproblematik.

Das schwindende Interesse der USA an Nation Building in der MENA-Region bietet der EU die Möglichkeit, eine konstruktivere Rolle zur Stabilisierung ihrer südlichen Nachbarschaft einzunehmen. Die EU sollte daher verstärkt ihre Mediationsmöglichkeiten nutzen, um die diplomatische Grundlage für politische Durchbrüche zwischen Konfliktparteien zu schaffen.

Österreich könnte hier wie bei den iranischen Atomgesprächen und Syrien-Gesprächen seine guten Dienste anbieten.

Europäische Staaten besitzen zudem die wirtschaftliche Macht, um Entwicklungen zu gestalten sowie die Not der Bevölkerung in kriegsgebeutelten Ländern zu lindern und damit auch Fluchtursachen zu begegnen. Die EU und Österreich sollten insbesondere durch stabilitätsfördernde Maßnahmen die noch handlungsfähigen Staaten in der Region stärken.

Der Fokus der EU sollte auf der Unterstützung der von der UNO geführten Vermittlungsbemühungen zur Deeskalation gewaltsamer Konflikte liegen. Weiters sollte die EU ihren wirtschaftlichen Einfluss gegenüber dem Iran und Saudi-Arabien nutzen, um beide Seiten zu einem Dialog für eine neue regionale Sicherheitsarchitektur zu bewegen. Letztlich sollte die Stärkung rechtsstaatlicher Institutionen vorangetrieben werden.

Kernpunkte

- Die MENA-Region bleibt weiterhin durch Fragmentierung, Radikalisierung, Konfessionalisierung, bewaffnete Konflikte und die Ausbreitung nichtstaatlicher Akteure bestimmt.
- Russland weitet seinen Einfluss in zahlreichen Staaten der Region aus und agiert zunehmend als Gestaltungsmacht in Konfliktländern wie Syrien und Libyen.
- Die Verhärtung der US-Position und ihrer regionalen Verbündeten gegenüber dem Iran hat Eskalationspotential und blockiert stabilitätsfördernde Prozesse.
- Der ungleiche Fortschritt beim Wiederaufbau in Syrien und Irak und die politische Marginalisierung von Sunniten könnte zum Wiedererstarken dschihadistischer Gruppierungen beitragen.
- Das schwindende Interesse der USA an der MENA-Region bietet der EU die Möglichkeit, eine konstruktivere Rolle zur Stabilisierung ihrer südlichen Nachbarschaft einzunehmen.
- Die EU sollte ihren wirtschaftlichen Einfluss zur Deeskalation von Konflikten nutzen und in Abstimmung mit der UNO Verhandlungen zur Herbeiführung einer neuen regionalen Sicherheitsarchitektur unterstützen.



Osteuropa und Schwarzmeerregion 2019

Russland steht 2019 ganz im Zeichen des schrittweisen Transformationsprozesses des gesamten politischen Systems. Angesichts der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Ukraine werden die Versuche einer friedlichen Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine über das Jahr 2019 hinaus fortgesetzt werden, auch eine Konfliktintensivierung kann nicht ausgeschlossen werden. Eine nicht unbedeutende zusätzlich konfliktskalierende Rolle in der Region könnte das orthodoxe Kirchenschema spielen. Die konfliktbeladene Beziehung zwischen den USA und Russland, der starke Einfluss der Türkei, die wachsende Bedeutung des Irans sowie das Aufkommen Chinas werden auf die Entwicklungen im Südkaukasus großen Einfluss ausüben.

Alexander Dubowy

Russland

Innenpolitisch steht das Jahr 2019 im Zeichen der tiefgreifenden Transformation des politischen Systems, inklusive einer möglichen Verfassungsreform und umfassender Kaderrotationen, mit Blick auf die Regelung der Nachfolge Vladimir Putins im Amt des Präsidenten und die damit verbundene Machttransition im Jahr 2024. Wirtschaftlich bleibt Russland angesichts einer leichten Konsolidierung des Wirtschaftswachstums und des Rohölpreises weitgehend stabil. Um eine erfolgreiche innere Transformation zu gewährleisten, wird 2019

eine Stabilisierung des außenpolitischen Umfeldes sowie eine Deeskalation der Beziehungen zum Westen angestrebt.

Die Beziehungen zur asiatisch-pazifischen Region und dabei insbesondere zu China bleiben nach wie vor prioritär. Darüber hinaus stehen regional der Südkaukasus und Zentralasien aufgrund wichtiger Integrationsprojekte (Eurasische Wirtschaftsunion, Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit) und der Brückenfunktion Zentralasiens zu Wirtschafts- und Sicherheitsprojekten mit China (Seidenstraßenprojekt, Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit) für Moskau im Fokus der Aufmerksamkeit.

Das Verhältnis zur gegenwärtigen US-Administration bleibt weiterhin stark angespannt. Die intensiven Kontakte zwischen den USA und Russland im Rahmen der Ukraine- und der Syrienkrise dienen vorrangig der Minimierung der Eskalationsrisiken und schließen eine Intensivierung des geopolitischen Wettbewerbes – u.a. im Südkaukasus, in Osteuropa und am Westbalkan – keinesfalls aus.

Der Westbalkan zählt auch 2019 nach wie vor nicht zu den Prioritäten der russischen Außenpolitik. Ungeachtet des ostentativen Vertrauensverhältnisses Russlands zu einzelnen Staaten des Westbalkans bleibt die Unterstützungsbereitschaft Moskaus vorwiegend auf die Rhetorik beschränkt und ist wirtschaftlich nur von geringer Bedeutung; so liegt bspw. der Außenhandel zwischen Moskau und Belgrad um etwa den Faktor zehn hinter dem Außenhandel Serbiens mit der EU. Selbst im Energiebereich, insbesondere nach dem Scheitern des South-Stream-Projektes, scheint Russland am Westbalkan zu schwächeln. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Region für Russland irrelevant geworden ist. Die Aktivitäten Moskaus am Westbalkan offenbaren zwar die mangelnde Bereitschaft, substanzielle Ressourcen für die Region bereitzustellen, jedoch ist der Wille, die tief verwurzelten regionalen Probleme des Westbalkans auszunutzen, um den Westen in der Region seiner privilegierten Interessen punktuell herauszufordern, durchaus vorhanden. Auf diese Weise dient der Westbalkan Moskau als ein kostengünstiges Feld zur Projektion der eigenen globalen – wenn auch stark begrenzten – Machtrolle; zudem erhofft Moskau die NATO-Erweiterung zu verlangsamen. Am Westbalkan erscheint diese für Russland weniger wegen sicherheitspolitischer Überlegungen, sondern aufgrund der Vorbildwirkung für den postsowjetischen Raum als überaus problematisch. Darüber hinaus verfügt Moskau über das Potenzial, als Gegenkraft zum wachsenden Einfluss der Türkei und Saudi-

Arabiens in der Region aufzutreten, um die fortschreitende Islamisierung des Westbalkans zu verlangsamen.

Das Verhältnis zwischen EU und Russland bleibt trotz der Sanktionspolitik von gegenseitigen (geo)ökonomischen Abhängigkeiten geprägt, vor allem im Energiebereich. Mit einer nachhaltigen Verbesserung der Beziehungen ist aber 2019 dennoch nicht zu rechnen, in erster Linie aufgrund der inneren Transformation der EU und zweitens wegen der ungewissen Zukunft der transatlantischen Partnerschaft. Die EU bleibt in seiner Beziehung zu Russland gespalten und wird auch 2019 die Sanktionen beibehalten. Trotz der verschärften US-amerikanischen Sanktionen ist aber mit einer von einigen EU-Staaten angestrebten Verschärfung der Sanktionen nicht zu rechnen. Vielmehr wird die Beziehung zwischen der Union und Russland einen hybriden pragmatischen Charakter annehmen und zwischen Kooperation und Konfrontation oszillieren. Russland wird sich prioritär um eine Intensivierung bilateraler Beziehungen zu einzelnen Mitgliedsstaaten der EU bemühen.

Das Verhältnis zum Westen wird auch 2019 von Vorwürfen mutmaßlicher russischer Einflussnahme auf die demokratischen Willensbildungsprozesse im Westen überschattet bleiben, über Indizienbeweise hinausgehende stichhaltige Beweise werden allerdings nicht vorgelegt werden können. Selbst wenn man Moskau sowohl den politischen Willen als auch die technische Befähigung zu einem solchen Eingreifen unterstellt, muss die Ursächlichkeit des Erfolges dieses Unterfangens angezweifelt werden. Vielmehr offenbaren diese Vorwürfe zunehmende Orientierungslosigkeit angesichts globaler Veränderungen und eine tiefe politische und gesellschaftliche Krise des Westens, die wesentlich bedrohlicher erscheint als jedwede Versuche der Einflussnahme von russischer Seite.

Ukraine

Das Jahr 2019 steht für die Ukraine ganz im Zeichen von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen bleibt in Anbetracht der starken Fragmentierung und Polarisierung der politischen Landschaft ungewiss. Selbst an und für sich populäre Politiker werden in Umfragen häufig mit negativen Ratings belegt, so bspw. Julia Timoschenko. Der Sieg eines prorussischen Kandidaten wie Jurij Bojko ist äußerst unwahrscheinlich. Die bestehende proeuropäische und allianzfreundliche Ausrichtung der Ukraine wird sich nach den Wahlen nicht verändern.

Da alle Spitzenkandidaten eine harte Linie im Donbasskonflikt vertreten, ist eine schnelle friedliche Lösung des Konflikts in der Ostukraine 2019 nicht zu erwarten. Vor diesem Hintergrund wird eine UN-Friedensmission im Donbass 2019 international zu den zentralen Fragen bei der Konfliktlösung gehören. Eine solche Mission findet zwar in den Minsker Abkommen keine Erwähnung, könnte aber als eine Art Katalysator für die Erfüllung des ins Stocken geratenen Minsker Prozesses dienen. Für Russland würde eine UN-Mission eine willkommene Exitstrategie aus dem Konflikt in der Ostukraine bieten. In Bezug auf die UN-Mission im Donbass bleiben aber nach wie vor einige wichtige Fragen offen. Selbst im Idealfall ist 2019 nur mit einem begrenzten Einsatz entlang der Kontaktlinie zu rechnen. Ein weiteres Einfrieren des Konflikts im Südosten der Ukraine im Sinne eines dynamischen Status-quo scheint aus heutiger Sicht jedenfalls das wahrscheinlichste Szenario zu sein. Eine Eskalation der Gewalt im Jahr 2019 ist relativ unwahrscheinlich, dennoch nicht gänzlich ausgeschlossen. Ein erneuter Versuch Kiews, den Donbass-Konflikt mit militärischen Mitteln zu lösen, würde für Moskau die „rote Linie“ für das (offene) Eingreifen in den Konflikt bedeuten. Der Eskalationsgrad des Konflikts wird stark von Faktoren wie den Beziehungen zwischen dem kollektiven Westen und Russland oder der Annäherung zwischen der Ukraine und den USA bzw. der EU abhängig sein.

Die Umsetzung des Minsker Abkommens bleibt aufgrund innerukrainischer politischer Konstellationen und insbesondere angesichts des Präsidentschafts- und Parlamentswahlkampfes auch für 2019 unwahrscheinlich. Die im Minsker Abkommen von Kiew geforderten Schritte stoßen auf starke Widerstände innerhalb der politischen Klasse und sind nicht mehrheitsfähig. Der schwelende Konflikt im Osten des Landes sichert – zudem über die Projektion einer äußeren Bedrohung für die Einheit der Ukraine – das labile innenpolitische Gleichgewicht und lenkt von den zahlreichen inneren Problemen ab, denen aufgrund struktureller Defizite und damit einhergehender Sachzwänge kaum adäquat begegnet werden kann. Für Kiew wird im Jahr 2019 angesichts der schwierigen sozioökonomischen Situation, der bevorstehenden Kreditrückzahlungen sowie den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die Aufrechterhaltung innenpolitischer Stabilität wichtiger sein als die Reintegration der selbst ernannten Volksrepubliken von Donezk und Luhansk in den gemeinsamen Staatsverband. In Donezk und Luhansk wird 2019 mit Unterstützung Russlands neben dem Aufbau de facto staatlicher Strukturen die Entwicklung einer eigenen Rechtsordnung und eigenständiger Finanz- und Wirtschaftsinstitute vorangetrieben. Je länger der Konflikt im Donbass

andauert, desto schwieriger erscheint die Rückführung der Gebiete in einen gemeinsamen ukrainischen Staatsverband.

Moldova

Die innenpolitische Situation in Moldova bleibt angesichts der Parlamentswahlen und der Regierungsbildung äußerst instabil. Im Zuge des Wahlkampfes ist von einer Konsolidierung proeuropäischer und präsidentenkritischer Kräfte auszugehen; auch eine Eskalation des innenpolitischen Konflikts kann nicht ausgeschlossen werden. Trotz scharfer EU- und NATO-freundlicher Rhetorik der Regierung ist eine Abkehr von der Neutralitätspolitik, inklusive einer Verfassungsänderung nicht zu erwarten.

Die Parlamentswahlen werden wahrscheinlich den Sieg der als prorussisch geltenden „Partei der Sozialisten“ bringen, allerdings dürften die proeuropäischen Parteien gemeinsam auf ein ähnlich hohes Wahlergebnis kommen. Die Fortsetzung einer proeuropäischen Regierungskoalition ist somit nicht auszuschließen. Denkbar ist aber auch eine breite Mitte-Links-Koalition zwischen der präsidentenfreundlichen „Partei der Sozialisten“ und der proeuropäischen „Demokratischen Partei“. Im letzteren Fall öffnet sich ein Window of Opportunity für eine Vertiefung des Neutralitätsstatus des Landes und eine sukzessive Lösung des Transnistrienkonflikts.

In Transnistrien wird die schwierige sozioökonomische Situation die Intensivierung innenpolitischer Grabenkämpfe befördern. Die Lösung des Transnistrienkonflikts hängt zu einem gewissen Grad mit der Lösung des Donbasskonflikts zusammen: Die Einigung über eine UN-Mission im Donbass würde dem ins Stocken geratenen „5+2 Format“ neues Leben einhauchen. Für das Jahr 2019 ist aber weder eine nachhaltige Lösung noch eine Eskalation des Transnistrienskonflikts zu erwarten.

Belarus und Südkaukasus

Der außenpolitische Kurs der Republik Belarus, sich als ein potenzieller Brückenstaat zwischen der EU und Russland zu positionieren, bleibt stabil. Die Bestrebungen Belarus', die stark an Russland ausgerichteten Beziehungen in Richtung der EU zu diversifizieren, sind lediglich als Versuch zu werten, sich durch diese „Scheinannäherung“ an die EU eine bessere Verhandlungsposition gegenüber Russland zu verschaffen. Die EU sollte eine grundlegende nachhaltige Verbesserung des Verhältnisses zu Belarus keinesfalls erwarten.

Armenien wird angesichts des turbulenten Jahres 2018 eine innenpolitische Stabilisierung anstreben. Regionalpolitisch wird das Integrationsprojekt der Eurasischen Wirtschaftsunion prioritär bleiben; die Beziehungen zur EU werden aber als eine wichtige Ergänzung zur eurasischen Integration betrachtet. Die äquidistante Haltung Aserbaidschans zur EU wie zu Russland bleibt bestehen. Moskau wird die Politik des diplomatischen Taktierens zwischen Jerewan und Baku auch im Jahr 2019 beibehalten.

Nach den schweren Gefechten des Jahres 2016 ist das Wiederaufflammen des Konflikts um Bergkarabach im Jahr 2019 nicht auszuschließen. Die innenpolitischen Transformationsprozesse in Armenien erhöhen die Eskalationsbereitschaft und verringern die Chancen für eine nachhaltige Lösung des Konflikts. Der Konflikt um Bergkarabach bietet aber die Möglichkeit einer Annäherung zwischen dem Westen und Russland, die sich gemeinsam für eine politische Lösung des Konflikts einsetzen.

Für Tiflis werden die Fortsetzung innenpolitischer Reformen und eine weitere Annäherung an die NATO sowie an die EU im Rahmen der Assoziierung vorrangig bleiben. Die Beziehung zu Russland bleibt stabil, eine deutliche Verschlechterung ist nicht zu erwarten. Die Gefahr des Aufbrechens der schwelenden Konflikte in Abchasien und Südossetien ist 2019 nicht groß.

Die konfliktbeladene Beziehung zwischen den USA und Russland wird auf die Entwicklungen in der Region großen Einfluss nehmen. Des Weiteren gilt es, den wachsenden Einfluss der Türkei sowie des Irans zu beachten. Der Iran wird die Beziehungen zu Armenien wie auch zu Aserbaidschan gleichermaßen auszubauen versuchen. Die Türkei vertieft die Zusammenarbeit mit Aserbaidschan und Georgien, so u.a. im Rahmen der neuen Eisenbahnlinie Baku-Tiflis-Kars, und sie wird ihre Rolle als einer der zentralen Akteure (neben Russland und den USA) im Südkaukasus verstärkt betonen. Im Jahr 2019 wird, ausgehend vom Freihandelsabkommen mit Georgien, auch der Einfluss Chinas in der Region weiter zunehmen.

Ableitungen für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Eine weitere Destabilisierung des Verhältnisses zwischen der EU und Russland und eine Vertiefung der Konfrontation zwischen den USA und Russland bzw. der NATO und Russland bringen erhebliche wirtschaftliche, europapolitische (Isolierungsgefahr innerhalb der EU in der Frage der Sanktionspolitik) und sicherheitspolitische (Neutralitätsgefährdung) Risiken für Österreich mit sich.

Darüber hinaus stellen eine destabilisierte Ukraine und ein neuer potenzieller Konflikt in Moldova aufgrund der geografischen Nähe große Sicherheitsrisiken dar.

Aus verteidigungspolitischer Sicht sind Maßnahmensetzungen zur Stabilisierung des Verhältnisses zwischen der EU und Russland sowie zur Deeskalation in der Schwarzmeerregion empfehlenswert, so insbesondere ein Engagement in Moldova und die Unterstützung krisenentschärfender und vertrauensbildender Maßnahmen der Ukraine. Auch ist eine laufende Lagebeurteilung zur Vorbereitung eines möglichen militärischen Engagements Österreichs im Rahmen einer UN-Friedensoperation in der Ostukraine zu empfehlen.

Kernpunkte

- Russland steht 2019 ganz im Zeichen der Transformation des politischen Systems.
- Eine friedliche Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine wird auch 2019 nicht erreicht.
- Die Umsetzung des Minsker Abkommens bleibt angesichts der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen weiterhin unwahrscheinlich.
- Eine UN-Friedensmission in der Ostukraine wäre für eine Konfliktlösung wichtig, sie ist 2019 angesichts des „Super-Wahljahres“ aber unwahrscheinlich.
- Eine nachhaltige Verbesserung des Verhältnisses zwischen der EU und Belarus ist 2019 nicht zu erwarten.
- Die Beziehung zwischen den USA und Russland, der starke Einfluss der Türkei, des Irans und Chinas werden auf die Entwicklungen im Südkaukasus stark einwirken.



Entwicklungen in Afrika 2019

© For Her / Shutterstock.com

Gerald Hainzl

Aus europäischer Perspektive werden Terrorismus und Migration weiterhin wichtige Afrika-Themen bleiben, wenngleich sich der Fokus mehr und mehr Richtung Kooperation und Ursachenbekämpfung verschieben dürfte. Positive wirtschaftliche und politische Entwicklungen bei gleichzeitig hohen Erwartungshaltungen der Bevölkerungen sowie Wahlen könnten in einzelnen Staaten zu Gewaltausbrüchen führen. Die Sahel-Region (Mali, Niger und Burkina Faso) und das erweiterte Horn von Afrika (Äthiopien, Eritrea, Somalia und der Südsudan) wird wie in den letzten Jahren der sicherheitspolitische Hotspot bleiben. Die EU und Österreich sollten den Weg, sich als langfristiger Partner in Sicherheits- und Entwicklungsfragen zu etablieren, konsequent weiterverfolgen, um zu nachhaltiger Stabilisierung beizutragen.

Migration

Die Migration aus Afrika wird 2019 auf dem Niveau von 2018 bleiben. Die Migrationsrouten Richtung Europa werden sich abhängig von den Maßnahmen an der Gegenküste verschieben. Migration aus Westafrika und dem Sahelraum wird auch 2019 vermehrt über die sogenannte Westmittellmeerroute (Marokko, Spanien) erfolgen, wobei es anlassbezogene und/oder saisonale Spitzen geben wird. Besonders Mopti in Mali und Agadez in Niger werden Dreh- und Angelpunkte bleiben. Daneben könnten sich neue, zentrale Knotenpunkte

in Mauretanien entwickeln. Erst Migranten vom Horn von Afrika werden Alternativen zur zentralen Mittelmeerroute herausbilden. Eine Aufnahme von Marokko in die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) und die damit verbundene Reisefreiheit innerhalb der Gemeinschaft wird die Möglichkeiten erleichtern, Richtung Europa aufzubrechen. Eine Reduktion des Migrationsdrucks wird in den kommenden Jahren wesentlich von den wirtschaftlichen Entwicklungen in den verschiedenen Regionen abhängen. Innerafrikanische Migration und Urbanisierung könnten allerdings einige Länder vor große Herausforderungen stellen. Innerafrikanische Migration in etwas reichere Nachbarländer wie z.B. von Burkina Faso nach Côte d'Ivoire ist vorwiegend ökonomisch bedingt. Verstärkte Urbanisierung aus wirtschaftlichen Gründen betrifft in der Region Sahel/Westafrica besonders Niger, den Tschad und Burkina Faso.

Terrorismus

Der Kampf gegen terroristische Gruppierungen wird 2019 mit militärischen und polizeilichen Maßnahmen weitergeführt und könnte in Westafrika und im Sahelraum zu Erfolgen führen. Es wird jedoch noch Jahre dauern, bis jene strukturellen Gründe beseitigt sind, die zu Terrorismus führen, und veränderte politische Dynamiken (z.B. am Horn von Afrika) könnten neue Terrorgruppen entstehen lassen. Die Flexibilität terroristischer Gruppierungen bleibt eine der größten Herausforderungen für relativ starre staatliche Sicherheitsstrukturen.

Regionale Entwicklungen

In Westafrika und im Sahelraum werden die Konsolidierung regionaler sicherheitspolitischer Mechanismen und die regionale Integration (G5 Sahel) weiter vorangehen. Die Wahlen in Nigeria könnten im bevölkerungsreichsten Land des Kontinents zum Ausbruch von Gewalt führen und Auswirkungen auf die Sicherheit in der Region haben, während in Kamerun das Potenzial für einen Bürger-/Sezessionskrieg steigt. Die (West-)Afrikapolitik Marokkos und seine politischen Ambitionen lassen darauf schließen, dass das Land 2019 seinen Einfluss festigen und verstärken kann.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Mali dürften 2019 ebenso zunehmen wie in den Grenzregionen der Nachbarstaaten Niger und Burkina Faso. Die Parlamentswahlen in Mali wurden auf 2019 verschoben und werfen auch in diesem Jahr Fragen nach Sicherheit und Inklusion der gesamten

Bevölkerung auf. Ein Ansteigen von Gewalt und terroristischen Aktivitäten im Zeitraum der Wahlen sind wahrscheinlich. Die von der EU unterstützte G5 Sahel Joint Force könnte 2019 zur Wiederherstellung staatlicher Kontrolle über Gebiete eingesetzt werden, die derzeit von nichtstaatlichen Gruppen kontrolliert werden.

Der Generations- und Paradigmenwechsel in Äthiopien wird auch 2019 die Entwicklungen am erweiterten Horn von Afrika nachhaltig beeinflussen. Der Friedensschluss mit Eritrea wird 2019 weiter konsolidiert werden und könnte positive Auswirkungen auf die Entwicklungen in Somalia haben. Der Einfluss von Staaten aus der Golfregion wird sich 2019 in der gesamten Region verstärken. Das euphorische Bild, das von Premierminister Abiy Ahmed inneräthiopisch und international gezeichnet wird, wird 2019 an Kraft verlieren, ethnonationalistische Tendenzen werden innere Konflikte weiterhin antreiben. Die wirtschaftliche Entwicklung Äthiopiens, die mit Wachstumsraten über acht Prozent zu den höchsten weltweit gehören wird, könnte auch positive Effekte in den Nachbarstaaten auslösen. Migration und Flucht werden am Horn von Afrika unter den neuen Parametern analysiert und bewertet werden. Eine Reduktion der Migrationsbewegung aus Eritrea Richtung Europa erscheint möglich, falls das Land stabil bleibt. Forderungen nach politischen Veränderungen und Demokratisierung könnten Eritrea jedoch 2019/2020 in eine tiefe politische Krise mit der Möglichkeit einer gewaltsamen Eskalation stürzen. Der Südsudan wird 2019 weiterhin instabil bleiben. Eine (sicherheits-) politische Konsolidierung ist nicht zu erwarten, solange das einzige langfristig erkennbare Ziel der dort handelnden Personen der Machterhalt bleibt.

Schlussfolgerungen für die EU und Österreich

Die Schaffung von langfristigen Perspektiven für die Bevölkerung ist von zentraler Bedeutung für das Bevölkerungswachstum, den Zulauf zu gewaltbereiten Gruppierungen und die Migrationsdynamik. Sicherheitspolitische Maßnahmen sollten daher in Einklang mit Projekten der Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftlicher Unterstützung (etwa im Bereich Infrastruktur) gesetzt werden – wie etwa bei der entwicklungspolitischen Säule der G5 Sahel.

Die langfristige Unterstützung regionaler Stabilisierungsmaßnahmen sowie eine aktive Teilnahme an internationalen Stabilisierungsmaßnahmen sind auch 2019 im Interesse der EU und Österreichs. Internationales Krisenmanagement sollte aber periodisch kritisch hinterfragt und den Entwicklungen flexibel angepasst werden.

Wirtschaftliche Kooperationen und Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnern können einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Konsolidierung leisten sowie die Ursachen für Terrorismus und Migration bekämpfen. Gleichzeitig kann eine wirtschaftliche Kooperation auf Augenhöhe dem stärker werdenden Einfluss anderer externer Akteure (z.B. Chinas, Russlands oder Saudi-Arabiens) entgegengesetzt werden.

Nachhaltige Veränderungen und langfristige politische Zielsetzungen bedürfen auch der Geduld aller Partner. So sollten weder überzogene Erwartungen gesetzt noch kurzfristige Rückschläge überbewertet werden. Die Entwicklung langfristiger Beziehungen mit Vorteilen für beide Partner sollte im Interesse der EU und Österreichs liegen.

Die afrikanischen Partner sollten mit ihren Anliegen und politischen Zielen ernst genommen werden. Prioritäten der europäischen und österreichischen Politik werden von afrikanischen Staaten und Organisationen nicht notwendigerweise geteilt.

Kernpunkte

- Die Entwicklung langfristiger nachhaltiger Partnerschaften in allen Bereichen sollte Priorität haben.
- Regionale Antworten auf sicherheitspolitische Herausforderungen, wie sie die G5 Sahel versuchen zu geben, sollten durch die EU und Österreich unterstützt werden.
- Der Sahelraum und das Horn von Afrika bleiben sicherheitspolitische Hotspots.
- Die Bekämpfung der Ursachen für Migration und Terrorismus benötigt eine langfristige internationale Strategie.



Globale Turbulenzen und Amerikas Grand Strategy in der Ära Trump

© Evan El-Amin / Shutterstock.com

Hal Brands

Die internationale Lage ist fragiler, als wir uns das vorstellen können. Die nach dem Kalten Krieg entstandene und von den USA geführte internationale Ordnung steht von innen und außen unter Druck. Substanzielle globale Veränderungen – die Schwächung der Vorherrschaft der USA, die Rückkehr des Great Game zwischen den Großmächten, die Wiederbelebung des globalen ideologischen Wettbewerbs und die fortschreitende globale Unkalkulierbarkeit – erodieren weltweit Stabilität und Sicherheit. Auch wachsen die Zweifel, ob die Protagonisten der herrschenden Weltordnung diese gewohnte Rolle in Zukunft spielen werden. All dies wird wohl auch über 2019 hinaus bestimmend sein, und das macht im Zusammenspiel der Entwicklungen die Gegenwart so gefährlich.

Die Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges

Die Ära nach dem Kalten Krieg begann mit dem Zerfall der Sowjetunion. Sie war durch vier Merkmale gekennzeichnet, die für die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten von einzigartigem Vorteil waren. Erstens besaßen die USA eine unangefochtene geopolitische Vormachtstellung. Zweitens schien es niemanden mehr zu geben, der die Demokratie und die liberale Marktwirtschaft anzweifelte. Drittens waren die Spannungen zwischen den Großmächten so gering wie seit einem Jahrhundert nicht mehr. Viertens gab es eine ausgezeichnete internationale Zusammenarbeit bei der Bewältigung humanitärer Krisen, im Umgang mit Schurkenstaaten und dem internationalen Terrorismus sowie bei anderen Bedrohungen. Leider ist die Welt heute immer stärker auf Wettbewerb ausgerichtet und krisenanfälliger, da es fünf große globale Veränderungen gibt, die seit Jahren stattfinden und wahrscheinlich noch länger bestimmend sein werden.

Schwächung der Vormachtstellung

Erstens hat sich die globale Vormachtstellung der USA verringert. Der Anteil Amerikas am globalen BIP sank von über 25 Prozent im Jahr 2004 auf rund 21 Prozent im Jahr 2016; sein Anteil an den weltweiten Verteidigungsausgaben sank von 42 Prozent auf rund 33 Prozent. Russland und China haben ihre Macht erweitert und jene militärischen Fähigkeiten ausgebaut, die notwendig sind, um den USA ihre Überlegenheit in Osteuropa und im Westpazifik streitig zu machen sowie ihre eigene Macht nach Übersee auszurichten. Infolge dessen sind die militärischen Gleichgewichte in diesen Regionen für Washington und seine Verbündeten heute weit weniger vorteilhaft geworden, als sie es selbst noch vor einem Jahrzehnt waren.

Konkurrenz der Großmächte

Zweitens ist der Kampf der Großmächte um die weltweite Vormachtstellung neu aufgeflammt. Autoritäre Mächte wie Russland, China oder der Iran, die die Ordnung nach dem Kalten Krieg nie zur Gänze akzeptiert haben, gehen nun gegen diese Ordnung auf immer resolutere Weise vor. Sie schaffen privilegierte regionale Einflussphären, untergraben Bündnisse und Partnerschaften der USA und stellen globale Normen wie die Freiheit der internationalen Schifffahrt oder

das Recht aller Länder, ihre Wirtschafts- und Sicherheitspolitik frei zu wählen, in Frage. Die Diskussion über einen Krieg der Großmächte ist immer häufiger geworden, da Moskau und Peking Fähigkeiten und Strategien entwickeln, die für einen möglichen Konflikt mit den Vereinigten Staaten erforderlich sind.

Demokratie vs. autoritäre Regierungen

Drittens ist mit dem geopolitischen Revisionismus auch der ideologische Revisionismus zurückgekehrt. Die Demokratie scheint als Regierungsform nicht mehr im Aufwärtstrend zu liegen. Die Zahl der westlichen Demokratien in der Welt stagniert laut Freedom House seit 2006; Länder mit realen Freiheitseinschränkungen haben seither in jedem Jahr die Zahl jener mit einem Zuwachs an Freiheiten übertroffen. Der Autoritarismus lebt von Venezuela bis zu den Philippinen wieder auf; illiberale Modelle sind in NATO-Ländern wie der Türkei und Ungarn im Kommen. In der Zwischenzeit bauen autoritäre Großmächte wieder personenorientierte Regime auf, die vage an Stalin und Mao erinnern und versuchen, die Demokratie auf der Weltbühne zu untergraben.

Globale Unordnung

Viertens erlebt die Welt eine allgemein fortschreitende Unordnung. Der Nahe Osten wird von Instabilität und gewaltsamen Umbrüchen heimgesucht, die in naher Zukunft wahrscheinlich nicht abnehmen werden. „Superspoiler“, Akteure wie Nordkorea oder der Islamische Staat, haben ihre Fähigkeit verbessert, das internationale System auf tiefgreifende und gewalttätige Weise zu stören. Und angesichts des Ordnungsdefizites erschwert die Rivalität zwischen den Großmächten die Bewältigung dringender globaler Herausforderungen.

Wer wird die Ordnung verteidigen?

Diese Herausforderungen werden alle durch einen fünften Faktor verschärft: die wachsende Unsicherheit über die Rolle Europas und der Vereinigten Staaten. Europa ist seit langem der wichtigste Partner der USA in globalen Angelegenheiten, aber es wird jetzt von der Anti-EU-Stimmung, der Rückkehr autoritärer Regierungsformen, langfristigen wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen und den Auswirkungen des russischen Informationskrieges unter Druck gesetzt.

Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass die Vereinigten Staaten jetzt von einem Präsidenten regiert werden, der die Grundprinzipien des von Amerika errichteten internationalen Systems grundsätzlich ablehnt. US-Präsident Donald Trump hat eine Wende zu einer nationalistischeren, nach außen äquidistanten Form der Politik angestoßen. Die Vereinigten Staaten haben sich bereits aus der globalen Führungsrolle in den Bereichen Handel und Klimawandel zurückgezogen. Darüber hinaus hat der Präsident tiefe Animositäten gegenüber langjährigen amerikanischen Verbündeten geäußert; er hat sich für die Präferenz autoritärer Führer gegenüber demokratischen Partnern ausgesprochen und einen scharf protektionistischen Ansatz in internationalen Wirtschaftsfragen gewählt. Heute besteht große Ungewissheit über die globale Rolle Amerikas. Dies wird weiter destabilisierend wirken, weil Verbündete beunruhigt, bösartige Akteure bestärkt und die Belastungen für demokratische Regierungsführung und Freihandel noch intensiviert werden.

Folgerungen für Europa

Keiner dieser Trends dürfte sich 2019 und wahrscheinlich noch einige Zeit danach abschwächen. Das bedeutet, dass das internationale System in den kommenden Jahren mit Instabilität und Unbeständigkeit in einer Vielzahl von Fragen konfrontiert sein wird. Europa kann bei der Bewältigung dieser Instabilität noch eine wichtige Rolle spielen, indem es mehrere notwendige Schritte unternimmt:

- Es kann seine Verteidigungsfähigkeiten wiederaufbauen, um die russische Aggression abzuschrecken, und größere Beiträge zur Terrorismusbekämpfung oder anderen Einsätzen im Nahen Osten und in Nordafrika leisten.
- Es kann eine stärkere Rolle beim Vorgehen gegen unfaire chinesische Wirtschaftspraktiken und politische Einmischung spielen, die Länder auf der ganzen Welt betreffen.
- Es kann ein Schlüsselziel im Kampf zwischen autoritären und demokratischen Systemen bedienen, indem es eine härtere Linie gegen autoritäre oder quasi-autoritäre Regime in Europa verfolgt.
- Schließlich kann Europa mäßigende Einflüsse in der US-Politik fördern, indem es etablierte Akteure wie den Kongress oder Kabinettsmitglieder in den Vereinigten Staaten einbezieht und weiterhin die Vorteile der transatlantischen Zusammenarbeit betont.

All dies erfordert jedoch, dass Europa zuerst seine eigenen Angelegenheiten in Ordnung bringt, und das dürfte im Moment die schwierigste Aufgabe sein.

Kernpunkte

- Die Ära seit dem Ende des Kalten Krieges war für die USA und seine Verbündeten von einzigartigem Vorteil.
- Die liberale Weltordnung steht nunmehr durch zahlreiche globale Verwerfungen unter Druck.
- Die Unkalkulierbarkeit der US-Politik verschärft diesen Druck auf das internationale System.
- Die Hauptfaktoren für die globale Instabilität werden weder 2019 noch in der Folgezeit nachlassen.
- Europa hat eine konstruktive Rolle bei der Bekämpfung dieser Unbeständigkeit zu spielen, muss aber zunächst seine inneren Krisen überwinden.

07

Verteidigungs-
politische

Entwicklungstrends
2019







Jürgen Ortner und
Gottfried Malovits

Nach Jahren budgetärer Engpässe sowie einer bereits fast zwei Jahrzehnte andauernden Beteiligung an Konflikten vor allem in Afghanistan und im Irak erfährt die US-Sicherheitspolitik gegenwärtig eine entscheidende Richtungsänderung, die sich als wegweisend für die Erhaltung des Status als Supermacht erweisen und die Basis zur Bewältigung künftiger Bedrohungen schaffen soll.

Die neue Nationale Sicherheitsstrategie

Unmittelbar nach Amtsantritt von Präsident Donald Trump wurden in den USA die Bearbeitungen zur Neuauflage der beiden strategischen Kerndokumente, der Nationalen Sicherheitsstrategie (National Security Strategy – NSS) und der Nationalen Verteidigungsstrategie (National Defense Strategy – NDS) begonnen, die dann im Dezember 2017 bzw. im Januar 2018 veröffentlicht wurden. Die anfangs vielerorts geäußerte Befürchtung, Präsident Trump werde die USA in eine Phase des Isolationismus führen, wird durch die NSS nicht bestätigt.

Friede soll durch wirtschaftliche und militärische Stärke erreicht und erhalten werden. Auch die dargestellten Bedrohungen durch internationale terroristische Organisationen, feindlich gesinnte Regime wie den Iran und

Nordkorea sowie die beiden wesentlichen Kontrahenten China und Russland („Revisionist powers“) kamen nicht überraschend. Die NSS trägt auch dem Umstand Rechnung, dass man in den vergangenen Jahrzehnten dem ständigen Aufwachsen vor allem Chinas zum geopolitischen Rivalen der USA nicht ausreichend Bedeutung beigemessen hat. Die Vereinten Nationen und die Europäische Union genauso wie wichtige US-Alliierte in Europa fanden in der NSS nur wenig bis gar keinen Niederschlag.

Great Power Competition

Betrachtet man die NDS, so erscheint das Eingeständnis bzw. zumindest die Befürchtung bemerkenswert, dass die USA einen Großteil ihrer militärischen Überlegenheit im Laufe der letzten Jahre verloren haben bzw. dabei sind, diese zu verlieren. Mit der neuen Prioritätensetzung – weg vom Kampf gegen den Terrorismus und hin zur Ausrichtung der US-Streitkräfte auf einen Konflikt zwischen Großmächten („Great Power Competition“) – wird diesem Aspekt jedenfalls Rechnung getragen. Der Ausbau bzw. die Modernisierung der Nuklearstreitkräfte, überlegener konventioneller Fähigkeiten in allen Teilstreitkräften sowie die Befähigung zur Kampfführung in allen Dimensionen (Land, Luft, See, Cyber, Weltraum) werden an Bedeutung gewinnen. Angesichts der nun mit Priorität bewerteten Bedrohung durch China sowie erst in weiterer Folge durch Russland wird die indopazifische Region als außenpolitischer Schwergewichtsraum bestätigt, aber verstärkt auch wieder Europa in den Fokus der USA gerückt.

Im Gegensatz zu den letzten NDS erfolgt nunmehr eine Abkehr von der Absicht, dass die US-Streitkräfte zur gleichzeitigen Abwehr zweier Aggressoren befähigt sein sollen („Two major conflict construct“). Das neue Dokument spricht nur mehr von der Abwehr einer gegnerischen Großmacht unter gleichzeitiger Abhaltung einer Bedrohung in anderen Räumen („Defeat and deter“). Verfahren wie „Stability operations“ oder „Counterinsurgency“ stehen nicht mehr im Vordergrund. Der Erhöhung der Einsatzbereitschaft unter Einleitung von Modernisierungsmaßnahmen in allen Teilstreitkräften sowie einer verstärkten Berücksichtigung der Bereiche Rekrutierung und Ausbildung des Personals wird absolute Priorität beigemessen. Trotz ursprünglich gegensätzlicher Aussagen von Präsident Trump werden die Vertiefung bisheriger Allianzen und die Suche nach neuen Kooperationspartnern vor allem im indopazifischen Raum als wesentliche Elemente der zukünftigen Konfliktbewältigung hervorgehoben.

Die in Folge veröffentlichten bzw. kurz vor der Veröffentlichung stehenden weiteren grundlegenden Strategien wie die Nuclear Posture Review folgen konsequent den Feststellungen und Ableitungen von NSS und NDS.

Modernisierung der Streitkräfte

Nach der massiven Steigerung des US-Verteidigungsbudgets im Jahr 2018 um zehn Prozent gegenüber 2017 brachte das Budgetgesetz 2019 eine weitere Erhöhung des Etats um rund 2,5 Prozent. Inhaltlich erlaubt das Budget die Fortsetzung der Realisierung der in der NDS definierten Ziele mit dem weiterhin geltenden Schwergewicht der Erhöhung der Einsatzbereitschaft von Personal und Gerät. Darüber hinaus gilt es, überaltertes Gerät in allen Teilstreitkräften zu ersetzen, die Stückzahlen insgesamt zu erhöhen und vor allem die auf dem Gebiet der Raketenabwehr sowie in allen Teilbereichen der nuklearen Triade dringend anstehenden Modernisierungen zeitnah umzusetzen.

Konsequenzen für Europa

Wie üblich beinhaltet auch das Budgetgesetz 2019 eine ganze Reihe sonstiger sicherheits-, verteidigungs-, außen- und rüstungspolitischer Aspekte. Diese umfassen vor allem den Bereich der „Great Power Competition“ mit der Schwergewichtssetzung auf China. Wenngleich der indopazifische Raum weiterhin das klare Schwergewicht der US-Außenpolitik darstellt, finden sich im Gesetz auch zahlreiche Maßnahmen zur Verstärkung der US-Präsenz in Europa bzw. zur Vertiefung der Beziehungen mit europäischen Verbündeten und Partnern. Dies ist in erster Linie dem aggressiven Verhalten Russlands in seiner nahen Nachbarschaft geschuldet. Derzeit entwickelt das Pentagon in enger Abstimmung mit dem Department of State eine längerfristige Strategie zur Abschreckung Russlands. Diese soll vor allem eine Priorisierung von Maßnahmen für eine etwaige Verstärkung der US-Kräfte im Bereich der „Forward presence“ in Europa, eine Beurteilung der Ausgewogenheit von permanent stationierten US-Truppen in Europa sowie die Prüfung der permanenten Stationierung von US-Kräften in Polen beinhalten.

Bildung von Allianzen und Lastenteilung

Daraus lässt sich ableiten, dass trotz der durch Barack Obama vollzogenen Hinwendung zur indopazifischen Region, die durch Präsident Trump bestätigt

wurde, Europa nicht in Vergessenheit geraten ist. Die USA haben weiterhin ein starkes Interesse daran, den europäischen Alliierten und Partnern ihre Unterstützung zu versichern. Trotz dieser Zusicherungen und laufender punktueller Verstärkungsmaßnahmen wie die zuletzt beschlossene Aufstockung der US-Truppen in Deutschland um rund 1500 Soldaten darf nicht übersehen werden, dass die militärischen Kapazitäten der USA in Europa nicht geeignet sind, eine konventionelle Aggression erfolgreich abzuwehren. Umso mehr wird Europa gefordert sein, mehr in die eigene Sicherheit zu investieren und bestehende Lücken zu schließen. Dies gilt im Übrigen auch für die Stabilisierung des nahen Umfeldes in Nord- bzw. Subsahara-Afrika und im Nahen und Mittleren Osten. In beiden Regionen zeigen die USA derzeit eine nur mehr eingeschränkte Bereitschaft, sich nachhaltig zu engagieren.

Kernpunkte

- Mit der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie und allen weiteren darauf basierenden Teilstrategien wurden richtungsweisende Grundlagen für die Entwicklung der US-Streitkräfte der Zukunft geschaffen.
- Die Wiederkehr der „Great Power Competition“ als Kernaspekt der Planungen im Rahmen der Abwehr künftiger Bedrohungen ist als Reaktion auf die zunehmenden hegemonistischen Aktivitäten Chinas sowie das aggressive Verhalten Russlands zur Wiedergewinnung von verlorenem Einfluss als ehemalige Supermacht zu sehen.
- Einsätze gegen den internationalen Terrorismus und Stabilisierungsmaßnahmen werden trotz der neuen Prioritätensetzung nicht an Aktualität verlieren.
- Die Stärkung der Allianzen erfährt einerseits eine Intensivierung, ist jedoch andererseits – vor allem mit Blickrichtung auf Europa – mit der US-Forderung nach verstärkter eigener Beitragsleistung verbunden.
- Die Modernisierung der US-Streitkräfte hat nach Jahren budgetärer Einschränkungen absolute Priorität.



Christof Tatschl

Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas seit dem Ende der Mao-Ära ist beispiellos. Durch den Erfolg gestärkt drängt China mit wachsendem Selbstbewusstsein zurück in seine historische Rolle als vorherrschende Regionalmacht. Das Land hat einen strategischen Verdrängungsprozess gestartet und begonnen, das globale Umfeld nach seinen Vorstellungen umzugestalten. Obwohl der laufende Modernisierungs- und Umstrukturierungsprozess der Streitkräfte einen wesentlichen Zugewinn an Fähigkeiten gebracht hat, geht derzeit von China keine unmittelbare militärische Bedrohung aus. Dennoch versteht es die aufstrebende Supermacht vor allem durch ein unmittelbar reagierendes indirektes Belohnungs- und Bestrafungssystem, seine Interessen erfolgreich durchzusetzen. Den Kampf um das Südchinesische Meer hat China bereits stillschweigend gewonnen, der Konflikt um die Landgrenze im Westen zu

Indien wird unter der Eskalationsschwelle gehalten, und gegen nicht konforme Gruppen wie die Uiguren geht China mit eiserner Hand vor. Auch wenn der Einfluss der USA im Raum schwindet, werden die US-amerikanisch-chinesischen Beziehungen für die weiteren Entwicklungen im südostasiatischen Raum von entscheidender Bedeutung sein. Der Fortgang des Handelskonflikts mit den USA und die weitere Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel hängen entscheidend vom Verhalten der USA ab. Die Provokationen gegenüber China bezüglich Taiwan haben das größte Konfliktpotenzial und könnten im allerschlimmsten Fall sogar in einer offenen militärischen Auseinandersetzung enden. Im Konflikt mit den USA sucht China aktiv nach alternativen Partnern. Dadurch ergeben sich für die EU und ihre Mitgliedsstaaten neue Chancen.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

China hat für sich drei wesentliche Bedrohung definiert: Separatismus, Terrorismus und Extremismus. Der Kampf gegen den Separatismus hat oberste Priorität und beinhaltet den Schutz der territorialen Unversehrtheit des Staatsgebietes, einschließlich Taiwan. Obwohl die chinesische Führung derzeit unbedingt einen bewaffneten Konflikt vermeiden möchte, muss bei einer drohenden Abspaltung Taiwans – auch bereits heute – mit dem Einsatz von militärischen Mitteln gerechnet werden.

Im Zeichen der Terrorismus- und Separatismusbekämpfung wurde seit dem Aufstieg Xi Jinpings zum starken Mann Chinas der Druck auf jede Art von Opposition, Andersdenkende und religiöse Gruppen erhöht. Dieser Trend wird sich noch verstärken. China leitet von den islamischen Volksgruppen im eigenen Land und der fortschreitenden Islamisierung Südostasiens eine mögliche Bedrohung für sich ab und steht daher dem Islam besonders kritisch und wachsam gegenüber.

Die Wirtschaftsentwicklung Chinas ist stark von Ressourcenlieferungen abhängig, die vor allem über den Seeweg erfolgen. Die schleichende Inbesitznahme des Südchinesischen Meeres, der rasche Aufbau einer hochseetauglichen Marine und die Eröffnung eines Militärstützpunktes in Djibouti zeigen, dass China die Sicherheit seiner Kommunikationswege künftig selbst in die Hand nehmen möchte. So kann davon ausgegangen werden, dass China künftig auch seine Investitionen entlang der über das Land laufenden Seidenstraßeninitiative entsprechend sichern wollen wird.

Chinas steigender regionaler und globaler Einfluss

China setzt vor allem seine wirtschaftliche Macht erfolgreich in einem System von Belohnung und unmittelbarer Strafe (Sharp Power) zur Durchsetzung seiner (Sicherheits-)Interessen ein. Mit dem rasch wachsenden chinesischen Selbstbewusstsein wird der von China ausgehende Druck auf das regionale und internationale Umfeld schnell wachsen.

Auf diplomatischer Ebene betreibt China als Vertreter der Globalisierung die Einrichtung eines Global Governance Systems nach chinesischer Art. China baut an einer zum US-System alternativen Wirtschaftsordnung. Global übt das Land durch eine Betonung der Unterstützung der Vereinten Nationen und ein umfassendes System an Wirtschaftshilfe Einfluss auf Entwicklungs- und Schwellenländer aus.

Die militärischen Fähigkeiten spielen außenpolitisch derzeit noch eine untergeordnete Rolle. Der Wille, militärische Mittel direkt für die Durchsetzung seiner Interessen außerhalb des Landes einzusetzen, ist nicht erkennbar und würde mit der ständig postulierten Nichteinmischungsdoktrin in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten konkurrieren.

Der im Aufbau befindliche militärische Rüstungskomplex verkauft seine Waren bereits sehr erfolgreich, meist durch chinesische Kredite gesponsert, an weniger entwickelte Länder. Die Ausbildung der Militärs, die in diesen Ländern oft hohen politischen Einfluss genießen, wird in China durchgeführt, was eine chinafreundliche Einstellung dieser Staaten fördert. China sichert sich auf diese Weise vor allem in Afrika und Südamerika beträchtlichen Einfluss.

Regionale Konflikte und Spannungen

China hat 14 Nachbarstaaten, und es hat seine Landgrenzstreitigkeiten gelöst – außer mit Indien im Bereich des Doklam-Plateaus; dieser Konflikt wird aber auch weiterhin keine Auswirkung auf die Stabilität in der Region haben.

China hat sich im Südchinesische Meer durch stetige Landnahme und Militarisierung einen nicht zu verachtenden militär- und geostrategischen Puffer geschaffen. Erleichtert durch die Inkonsistenz der US-amerikanischen Politik im Raum und das Verlegen des Fokus auf die Entwicklung in Nordkorea ist es China gelungen, „ganz leise“ ein *Fait accompli* zu schaffen. Dadurch wird sich in den nächsten Jahren der Kampf um die Vorherrschaft in den indopazifischen Raum verlagern.

China war über die negativen Entwicklungen in Nordkorea sehr besorgt. Die überraschende Dynamik in der ersten Jahreshälfte 2018 hat die Gelegenheit geschaffen, den Koreakonflikt zu entspannen. China, das selbst stark an einer denuklearisierten koreanischen Halbinsel interessiert ist, wird in jedem Fall die begonnene positive Entwicklung fördern und versuchen, die Denuklearisierung der gesamten koreanischen Halbinsel voranzutreiben und eine etwaige koreanische Wiedervereinigung zu unterstützen. Es strebt danach, seinen Einfluss in Süd- und Nordkorea zu Ungunsten der USA zu festigen und die Sanktionen gegen Nordkorea zu erleichtern.

Der Handelskonflikt mit den USA wird das weitere Verhältnis zwischen den beiden Staaten bestimmen. Ob und wie weit dieser Konflikt 2019 eskaliert, wird im Wesentlichen vom Verhalten der USA abhängig sein.

Reform der Streitkräfte

Mit der großen Militärparade am 3. September 2015 hat China auf beeindruckende Weise den Start tiefgreifender Reformen seiner Streitkräfte markiert. Man hat die Führungsstrukturen entflochten, den Fokus von den Landstreitkräften auf die Marine- und Luftstreitkräfte verlagert, eine teilstreitkräfteübergreifende Führungsstruktur aufgebaut, klare Aufgabenzuordnungen geschaffen und eine strenge Korruptionsbekämpfung begonnen. Es wurden die Fähigkeiten zur Weltraum-, Cyber- und elektronischen Kriegsführung und die nachrichtendienstlichen Einheiten gebündelt. Die Bewaffnete Volkspolizei und die Küstenwache wurden der Zentralen Militärkommission unterstellt.

Hinzu kommen weitreichende Umstrukturierungen der Truppen und des Ausbildungswesens. Um die Truppen der Volksarmee fit für das moderne Gefechtsfeld zu machen, werden bilaterale Militärkooperationen, bi- oder multinationale Übungsteilnahme sowie die Beteiligung an UN-Einsätzen stark forciert.

Die Geschwindigkeit der Modernisierung der See- und Luftstreitkräfte ist beeindruckend. Die Fähigkeiten im Cyberraum können jetzt schon als äußerst fortschrittlich beurteilt werden. China unternimmt höchste Anstrengungen, seine Militärforschung mit dem zivilen Bereich zu verbinden, und konzentriert sich stark auf zukunftsorientierte Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz, Robotik, Drohnentechnologie u.v.m. Es ist zu erwarten, dass China in den nächsten Jahren dadurch in allen Technologiebereichen entscheidend aufholen und in vielen Bereichen dieser Schlüsseltechnologien die führende Rolle übernehmen können wird.

Chinas Streitkräfte werden sich in der nächsten Dekade zu einem regional ernst zu nehmenden Faktor mit globalen Ambitionen entwickeln und zu einem intensiven Rüstungswettlauf in Südostasien beitragen. Obwohl das durch die hohe zivile Vernetzung schwer einzuschätzende Verteidigungsbudget nominal noch immer ca. nur etwa ein Drittel dessen der USA beträgt und China tendenziell nur mäßige jährliche Erhöhungen vornimmt, ist es kaufkraftbereinigt beachtlich und ausreichend, um die Volksarmee mittelfristig in moderne und global agierende Streitkräfte zu verwandeln.

Kernpunkte

- Die Welt wird mit einem immer selbstbewusster agierenden China rechnen müssen, was Konflikte generierende Verdrängungskräfte im globalen und regionalen Umfeld verstärken wird.
- China baut an einer alternativen globalen Wirtschaftsstruktur und an einer für China günstigen Global Governance.
- Für China bleiben die Aufrechterhaltung der nationalen Einheit (einschließlich Taiwan) unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas, der Kampf gegen Terrorismus und Extremismus und der ausreichende Zugang zu wichtigen Ressourcen die wesentlichsten sicherheitspolitischen Herausforderungen.
- Für China bleibt auch mittelfristig die Anwendung militärischer Gewalt die Ultima Ratio der Selbstverteidigung – eine Ausnahme könnte aber im Falle einer Abspaltung Taiwans drohen.
- Der Ausbau der Volksarmee zu modernen, global agierenden Streitkräften geht weiter schnell voran.
- 2019 werden uns vor allem die Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel und der Handelskonflikt mit den USA beschäftigen.
- Im Jahr 2019 wird die EU durch diesen Handelskonflikt eine herausragende Chance bekommen, eine vorteilhafte Position gegenüber China zu beziehen und sich gemeinsam mit China konstruktiv in Asien einzubringen.



Das Vereinigte Königreich unterhält die sicherheitspolitische Ambition der globalen Reichweite und Einflussnahme. Zur Aufrechterhaltung dieser Ambition wird am permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat und an der NATO-Mitgliedschaft festgehalten, und die Streitkräfte werden als global einsetzbare Expeditionstreitkräfte strukturiert. Großbritannien erreicht als einziger Staat der westlichen Welt die Zielsetzung der UN für die nationalen Entwicklungsgelder in der Höhe von 0,7 Prozent des BIP und die von der NATO geforderten zwei Prozent des BIP für das Verteidigungsbudget. Es ist jedoch mit der Finanzierung seiner globalen Ambition langfristig überfordert und in deren Umsetzung zunehmend auf strategische Partner angewiesen. Schwergewicht der sicherheitspolitischen Bemühungen Großbritanniens wird 2019 in der Limitierung der Folgen des Austritts aus der EU liegen.

Günter Eisl

Sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda und Doktrin

Die nationalen Sicherheitsziele des Vereinigten Königreichs sind in der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) definiert: Schutz der Bevölkerung, Projektion des globalen Einflusses, Förderung des Wohlstands.

Der Nationale Sicherheitsrat (NSC) hat 2018 mit der National Security Capability Review (NSCR) die ursprünglich bis 2020 gültige NSS und die Strategic Defence and Security Review (SDSR) 2015 überprüft und dabei die gesamtstaatliche Ambition von 2015 bestätigt. Zur Klärung der langfristigen

Finanzierung im Bereich Verteidigung wurde ein Defence Modernisation Programme (DMP) angekündigt.

Neu im NSCR ist die Vorgabe für Ministerien, Themenbereiche, die außerhalb ihres Einflussbereichs im privaten oder anderen Sektoren liegen, jedoch als Einflussgrößen auf die drei wichtigsten Ziele der NSS identifiziert wurden, noch systematischer zu bearbeiten bzw. national zu steuern (Fusionsdoktrin).

Militärstrategische Lage

Die Streitkräfte des Vereinigten Königreiches sind neben denen Frankreichs die einzigen Expeditionsstreitkräfte innerhalb der EU, denen das Fähigkeitsziel der globalen Machtprojektion zugrunde liegt, um den Anspruch auf den permanenten Sitz im VN-Sicherheitsrat zu unterstreichen.

Die britischen Streitkräfte sind in keiner Teilstreitkraft mehr zu einer längeren eigenständigen Operation befähigt, da die Durchhaltefähigkeit bei wesentlichen strategischen Fähigkeiten fehlt. Die Streitkräfte unterhalten deshalb eine strategische Partnerschaft mit den US-Streitkräften und zahlreiche bilaterale Partnerschaften, etwa mit Frankreich, Norwegen, Deutschland oder im Rahmen der Joint Expeditionary Force.

Die Einsatzgebiete der britischen Streitkräfte sind auf das Gebiet des Mittleren Ostens und Afrika beschränkt. Die Streitkräfte werden darüber hinaus intensiv als Instrument der globalen Einflussnahme und zur Unterstützung der nationalen Rüstungsindustrie verwendet.

Verteidigungsbudget

Das Verteidigungsbudget wurde für die Regierungsperiode bis 2022 in der Höhe von zwei Prozent des BIP politisch garantiert, plus eine jährliche Inflationsanpassung. Die Verteidigungsausgaben 2017/18 in der Höhe von 36,035 Mrd. Pfund Sterling (40,528 Mrd. Euro) sind das fünftgrößte Verteidigungsbudget der Welt und überschreiten mit einem Anteil von 21,5 % für Beschaffungen die vorgegebene NATO-Zielsetzung.

Eine Herausforderung bei den Beschaffungsvorhaben ist der Kursverfall des Pfundes. Das Verteidigungsbudget für 2018/19 soll zwar auf 36,835 Mrd. Pfund (41,428 Mrd. Euro) und 2019/20 auf 37,452 Mrd. Pfund (42,122 Mrd. Euro) angehoben werden, das UK kann damit jedoch die durch den Kursverfall entstehenden Mehrkosten nicht kompensieren.

Reformagenda/Streitkräfteentwicklung

Die Aufgaben der Streitkräfte umfassen die traditionellen Schutzaufgaben für das Territorium und die Bevölkerung des UK gegen Bedrohungen auf der Erde und in der Luft und eine Assistenzverpflichtung für Sicherheitsbehörden bei Katastrophenfällen außergewöhnlichen Umfangs sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit.

Die Expeditionsstreitkraft „Joint Force 2025“ umfasst bis zu 50 000 Soldaten. Dazu unterhalten die Streitkräfte einen Personalstand von ca. 140 000 Soldaten und ca. 56 000 Zivilpersonen. Alle Teilstreitkräfte haben derzeit Schwierigkeiten, die Rekrutierungsziele zu erreichen.

Brexit

Das Vereinigte Königreich bleibt auch nach dem EU-Austritt durch die Mitgliedschaft in der NATO der Sicherheit für Europa verpflichtet und ist bereit, auch mit der EU in Zukunft zusammenzuarbeiten. Dieses Angebot macht das Vereinigte Königreich aus einer Position der Stärke, da es innerhalb der EU über einen gewichtigen Anteil an allen wesentlichen militärischen Fähigkeiten verfügt und sich selbst als den größten nationalen Beitragsleister für die Sicherheit Europas sieht.

Für den britischen Verteidigungssektor werden keine großen negativen Auswirkungen des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs erwartet, da die Exporte der britischen Rüstungsindustrie zu fast 90 Prozent in Nicht-EU Ländern gehen. Eine Herausforderung für das Vereinigte Königreich wird jedoch der fehlende Zugang zu Forschungsmitteln der EU sein.

Kernpunkte

- Die britischen Streitkräfte werden als global einsetzbare Expeditionsstreitkräfte strukturiert.
- Die Streitkräfte werden als Instrument der globalen Einflussnahme und zur Unterstützung der nationalen Rüstungsindustrie verwendet.
- Das britische Verteidigungsbudget wurde für die Regierungsperiode bis 2022 in der Höhe von zwei Prozent des BIP politisch garantiert.
- Das Vereinigte Königreich bleibt auch nach dem EU-Austritt durch die Mitgliedschaft in der NATO der Sicherheit für Europa verpflichtet.



Anton Oschep

Deutschland hat seine sicherheits- und verteidigungspolitische Neuausrichtung nach den Vorgaben des Weißbuches 2016 eingeleitet. Die Grundlagen dazu wurden im Sommer 2018 abgeschlossen. Die Landes- und Bündnisverteidigung rückt wieder in den Vordergrund. Sie wird zukünftig als gleichwertige Aufgabe neben den Missionen im Ausland stehen. Das Prinzip der Einsatzführung und -Vorbereitung im Verbund mit Partnerstaaten wird fortgeführt. Die Mittel für die Bundeswehr werden 2019 deutlich erhöht, das Erreichen des NATO-Ziels von zwei Prozent des BIP wird mittelfristig aber nicht angestrebt.

Bedrohungsbild

Das sicherheitspolitische Handeln Deutschlands wird von Kooperation und dem Agieren in internationalen Organisationen bestimmt. Das Weißbuch 2016 hält fest, dass das „eigene Territorium und die offene Gesellschaftsform“ nur im Verbund geschützt werden können.

Deutschland sieht aktuell die bestehende Ordnung durch eine wiederentstandene „klassische“ Machtpolitik, durch breit gestreute Nutzung neuer Technologien (Cyber, Robotik, Weltraum) und durch den international agierenden Terrorismus gefährdet.

Eine glaubwürdige und vorausschauende Sicherheitspolitik muss nach deutscher Auffassung primär die Konfliktverhütung und die Krisenbewältigung forcieren. Eine engere Verflechtung von Diplomatie, Entwicklungshilfe und Aufbau von militärischen Fähigkeiten soll den angestrebten Effekt besser unterstützen.

Krisenbögen

Die militärischen Beiträge Deutschlands konzentrieren sich auch 2019 auf den weiteren Krisenbogen von Afghanistan über den Nahen Osten und das Horn von Afrika bis nach Zentralafrika. Im näheren Bereich werden Truppenstellungen im Baltikum (Litauen), am Westbalkan (mit deutlich abnehmender Stärke) und an den europäischen Außengrenzen im Mittelmeer fortgeführt.

Verstärktes Augenmerk wird 2019 den Fähigkeiten der Landes- und Bündnisverteidigung und dem Heimatschutz gewidmet werden. Alle Aufgaben für die Bundeswehr sind dabei gleichrangig zu betrachten und vorzubereiten. Die Größenordnung für Einsätze und Reaktionskräfte wird bei bis zu 20 000 Soldaten unverändert bleiben.

Das Jahr 2019 ist für Deutschland von einer Mitverantwortung in internationalen Organisationen geprägt. In den Vereinten Nationen kann Deutschland als nicht ständiges Mitglied im Sicherheitsrat verstärkte Impulse geben. Im Rahmen der NATO sind wesentliche Teile der „Very High Readiness Joint Task Force“ (VJTF) der Landstreitkräfte bereit zu stellen. Ebenso werden die Vorbereitungen für den deutschen EU-Ratsvorsitz in der zweiten Jahreshälfte 2020 bereits Ansätze für den Gestaltungswillen einer weiterentwickelten Sicherheitspolitik erkennen lassen.

Weißbuch und Konzepte

Nach der Beschlussfassung zum Weißbuch der Bundesregierung 2016 wurden die angepassten und weiterführenden Konzepte für die kommenden Jahre verfügt. Daraus abgeleitet sind die Richtlinien für die Streitkräfte und die nunmehr auf- oder auszubauenden Fähigkeiten definiert worden.

Im Wesentlichen baut man die bestehenden Bundeswehr-Strukturen weiter aus. Diese sollen allerdings verstärkt zur Führung einer Verteidigungsoperation befähigt werden. Eine Vollausrüstung der Verbände erhält höchste Priorität. Ergänzt wird sie durch eine Stärkung der Logistik und den Aufbau von Reserven. Der geplanten Bereitstellungen von einsatzbereiten

Kräften zu den Reaktionskräften der NATO und der EU wird absoluter Vorrang eingeräumt.

Die eingeleiteten Trendwenden beim Personalstand, bei schneller verfügbarem Material und bei den Verteidigungsausgaben zeigen erste Auswirkungen. Insbesondere für 2019 ist ein deutlicher Anstieg des Budgets zu erwarten. Das Ministerium kann voraussichtlich über 42,9 Milliarden Euro und somit über einen Zuwachs von 11,4 Prozent zum Vorjahr verfügen. Damit ergibt sich ein größerer Spielraum für Beschaffung und Wehrforschung. Eine schwerpunktmäßige und zukunftsorientierte Verwendung bietet gute Chancen für eine Modernisierung der Bundeswehr. In der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes ist ein Beibehalten der Größenordnung von 2019 eingeplant. Eine Annäherung an das vereinbarte Ziel der NATO-Staaten von zwei Prozent des BIP ist vorerst nicht zu erwarten.

Reaktionskräfte verstärken

Deutschland wird 2019 die eingegangenen Verpflichtungen bei Missionen im Ausland aller Voraussicht nach aufrechterhalten. Die Beiträge zu den Reaktionskräften der NATO werden in qualitativer Hinsicht verstärkt. Dies ist als Zwischenschritt für die Übernahme der Führung der VJTF der NATO im Jahr 2023 zu werten. Eine grundsätzliche Neuausrichtung der Organisation der Bundeswehr ist nicht geplant. Die Strukturen sollen an die Aufgaben im oberen Spektrum der militärischen Fähigkeiten herangeführt werden.

Führung aus der Mitte

Die Sicherheit- und Verteidigungspolitik wird sich weiterhin auf eine „Führung aus der Mitte“ konzentrieren. Dabei werden die bestehenden Instrumente des Konzepts einer Rahmennation der NATO oder als Partnerstaat in der EU verstärkt genutzt werden. Die sich bietenden Möglichkeiten einer europäischen Weiterentwicklung wie bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit werden von Deutschland genutzt. Nationale Alleingänge sind allenfalls bei Evakuierungen oder beim Schutz eigener Bürger zu erwarten.

Zeitgleich werden verstärkte Ambitionen zur Verbesserung der Fähigkeit zur „klassischen“ Verteidigung eingeleitet. Deutschland sieht die eigene Position im Zentrum von Europa als Drehscheibe für einen Aufmarsch, die Verschiebung von Kräften und Reserven und als logistische Basis. Die Aufstellung eines NATO „Joint Support and Enabling Commands“ (JSEC) in

Süddeutschland wird 2019 intensiv vorangetrieben werden. Die Verknüpfung der oft gleichlautenden Anforderungen an NATO- und EU-Operationen sieht Deutschland als Chance für eine intensivere Kooperation und Abstimmung. Ein weiterer Beitrag zur Harmonisierung der strategischen Kooperation zwischen NATO und EU ist vorstellbar.

Europa und Österreich

Besonderes Engagement wird von Deutschland im Bereich einer verstärkten Abstimmung bei europäischen Rüstungsprojekten – über die enge bilateralen Kooperation mit Frankreich hinaus – zu erwarten sein. Ebenso bei den weiterführenden Überlegungen zu einer verbesserten Führungsfähigkeit der Europäischen Union, konzentriert auf einen vernetzten zivil-militärischen Ansatz.

Für das Österreichische Bundesheer ergeben sich auch 2019 ausgezeichnete Möglichkeiten zur Kooperation mit Deutschland. Die Bandbreite möglicher Zusammenarbeitsfelder reicht von Ausbildung über Einsätze bis hin zu konkreten bilateralen Projekten. In all diesen Bereichen kann die Zusammenarbeit zu beidseitigem Nutzen und Gewinn gestaltet werden.

Kernpunkte

- Für 2019 wurde ein höheres Verteidigungsbudget beschlossen, dieses bleibt aber deutlich unter zwei Prozent des BIP.
- Die Landes- und Bündnisverteidigung hat wieder Priorität und ist gleichwertig mit Auslandsmissionen vorzubereiten.
- Kooperationen mit Partnern werden forciert, das Fernziel einer „Armee der Europäer“ bleibt aufrecht.
- Beteiligungen an Auslandsmissionen und Reaktionskräften werden in Qualität und Umfang fortgeführt.



Peter Grünwald

Als Antwort auf seine sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen strebt Frankreich sowohl die Bewahrung der nationalen strategischen Autonomie als auch eine verstärkte europäische Kooperation an. Seit rund drei Jahren befindet sich Frankreich im Krieg gegen den Terror. Zur Bewältigung der umfangreichen Einsatzverpflichtungen ist Frankreich auf der Suche nach zusätzlichen Partnern. Auf Basis eines erhöhten Budgetrahmens wird die Modernisierung der Streitkräfte mit Nachdruck betrieben.

Sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda

Die Weiterentwicklung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Frankreichs ist im Kontext einer umfangreichen gesamtstaatlichen Reformagenda zu betrachten, die von Staatspräsident Emmanuel Macron 2017 eingeleitet wurde.

2019 wird es aus Sicht der französischen Staatsführung darum gehen, diesen Neuansatz auch gegen gesellschaftliche Widerstände (vor allem im innenpolitischen Bereich) und angesichts personeller Rochaden in der Regierung konsequent weiter fortzusetzen.

Eine wesentliche Leitlinie für die Außen- und Sicherheitspolitik ist das deutliche Bekenntnis zu koordiniertem europäischen Handeln und zu multilateralen Ansätzen, in klarer Abgrenzung zu nationalen Alleingängen. Die Eckpunkte der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind in der Revue Strategique 2017 (RS 2017) festgeschrieben. Diese basiert auf einer tiefen Bedrohungsanalyse (Terrorismus als höchste Priorität) und bildet die Grundlage für das „Loi de la programmation militaire“ (LPM). Darin ist für den Zeitraum 2019 bis 2025 eine schrittweise Anhebung des Verteidigungsbudgets von derzeit 34,2 Mrd. auf 40 Mrd. Euro vorgesehen. Die neue Verteidigungsstrategie verfolgt zwei miteinander verbundene Ziele. Zum einen die Bewahrung der „nationalen strategischen Autonomie“, zum anderen die Absicherung derselben Autonomie für Europa. Die französische Nukleardoktrin bleibt nach wie vor ein Grundpfeiler der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Neu in der RS 2017 ist auch der geschärfte Blick auf den Balkan, der als mögliche Risikozone identifiziert wird.

Im Bereich der GSVP setzt Frankreich laufend konstruktive Impulse, besonders im Bereich der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit. Darüber hinaus hat Frankreich eine mögliche Stärkung des Art. 42.7 des Vertrags über die Europäische Union als strategische Vision für eine zukünftige Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ins Spiel gebracht. Dies wäre als Antwort auf eine allfällige Schwächung des Artikels 5 des NATO-Vertrages zu interpretieren.

Die von Staatspräsident Macron außerhalb der GSVP initiierte „European Intervention Initiative“ (EI2), an der derzeit neun Staaten teilnehmen, soll Europa in die Lage versetzen, auf Krisen militärisch rasch reagieren zu können. Dabei stützt sich EI2 auf die bereits vorhandenen Reaktionskräfte der teilnehmenden Staaten ab.

Militärstrategische Lage

Seit den Anschlägen von 2015 befindet sich Frankreich im Krieg gegen den Terror. War man noch Anfang Jänner 2015 von einer Reduktion des Streitkräfteumfangs ausgegangen, so kam es nach den Anschlägen von Charlie Hebdo zu einer „Schubumkehr“. Der Streitkräfteumfang wurde auf vorerst ca.

206 000 Soldaten ausgebaut. Derzeit werden die französischen Streitkräfte an drei Fronten gleichzeitig herausgefordert. In Frankreich mit der Operation Sentinelle, außerhalb Frankreichs in der Subsahara Region (Operation Barkhane) sowie in Syrien und im Irak (Operation Chammal).

Zusätzlich zu diesen drei Operationen sind die französischen Streitkräfte durch eine Vielzahl weiterer multinationaler und nationaler Operationen sowie durch die permanente Bereitstellung von militärischen Kräften in den französischen Überseegebieten („Forces de Souveraineté“) und in befreundeten Staaten („Forces de Présence“, vor allem in Afrika) gefordert. Mit Stand Oktober 2018 befinden sich mehr als 18 000 Angehörige der Streitkräfte in Einsätzen und einsatzgleichen Verpflichtungen. Die hohe Auslastung der französischen Ressourcen, besonders im personellen Bereich, wird auch 2019 anhalten. Um diesen Druck zu reduzieren, wird Frankreich daher auf verstärkte multinationale Zusammenarbeit setzen und versuchen, zusätzliche Partner für seine Einsätze zu gewinnen. Zur Konfliktlösung in der Subsahara-Region setzt Frankreich – neben MINUSMA und EUTM Mali – vor allem auf die brigadestarken Kräfte der „Force conjointe G5 Sahel“.

Entwicklungstrends der Streitkräfte

Die im Jänner 2015 begonnene strukturelle Neuausrichtung der Streitkräfte ist mittlerweile weitgehend abgeschlossen. Die im LPM vorgesehene Steigerung des Budgets wird die Modernisierung der Streitkräfte unter Beibehaltung einer „kompletten Armee“ ermöglichen.

Bedeutende Geldmittel (mehr als zehn Prozent des Verteidigungsbudgets) werden in die Instandhaltung und Modernisierung der in die Luftstreitkräfte und Marine eingegliederten Nuklearkomponente fließen.

Im Bereich der Landstreitkräfte werden 2019 erste konkrete Schritte zur Implementierung des Systems „Scorpion“ gesetzt. Mit diesem Projekt sollen die Fähigkeiten der Einsatzverbände zur vernetzten Einsatzführung im vollen Aufgabenspektrum bis zum Jahr 2025 wesentlich verbessert werden. Investitionen bei den Luftstreitkräften bezwecken eine Erhöhung der Aufklärungs- und Durchsetzungsfähigkeit sowie eine Steigerung der Transportkapazität. Modernisierungen in der Marine zielen auf den Erhalt und Ausbau der Projektionsfähigkeit ab. Der Cyber-Sicherheit und der Weiterentwicklung von künstlicher Intelligenz bzw. Robotik wird hohe Bedeutung beigemessen.

Bei ihren Rüstungsprojekten werden sich die Streitkräfte weiterhin stark auf die französische Rüstungsindustrie abstützen und auch nach dem BREXIT eng mit Großbritannien kooperieren.

Kernpunkte

- Zur Erreichung seiner strategischen Ziele setzt Frankreich einerseits auf strategische Autonomie, andererseits auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit seinen Partnern.
- Frankreich befindet sich seit 2015 in drei Haupteinsatzgebieten im Kampf gegen den Terror: französisches Festland, Subsahara-Afrika und Region Syrien/Irak.
- Einsätze und einsatzgleiche Verpflichtungen führen zu einer hohen Auslastung der Ressourcen. Frankreich strebt daher eine verstärkte multinationale Zusammenarbeit an und ist auf der Suche nach zusätzlichen Partnern zur Abdeckung der Einsatzerfordernisse.
- Die Verteidigungsaufwendungen werden auf rund 40 Mrd. Euro oder zwei Prozent des BIP anwachsen.
- Die vorgesehenen Budgeterhöhungen ermöglichen die Modernisierung der Streitkräfte und die Beibehaltung einer „kompletten Armee“ mit einer nuklearen Komponente als integralem Bestandteil.



Nikolaus Rottenberger

Die Ausrichtung der italienischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik war über Jahrzehnte vom Selbstverständnis der Einbettung Italiens in die NATO und die EU (bzw. deren Vorläufer) sowie von seiner Rolle als mediterrane, südeuropäische Führungsmacht mit Blick auf die nordafrikanische Küste, den Balkan und den Nahen und Mittleren Osten geprägt. Innenpolitische, soziale und wirtschaftliche Herausforderungen haben zu einer scheinbaren Änderung dieser Konstanten im Jahr 2018 geführt.

Sicherheits- und verteidigungspolitische Agenda der Regierung Conte

Im März 2018 wählte Italien ein neues Parlament und erhielt nach schwierigen Koalitionsverhandlungen eine neue Regierung. Sie besteht aus einer Koalition

von Lega und MoVimento 5 Stelle (M5S) und muss als eher EU-kritisch eingeschätzt werden.

Die sicherheitspolitischen Aktivitäten Italiens bleiben 2019 die Stabilisierung Libyens und des Nahen Ostens, was sich in umfassenden Auslandseinsätzen im Libanon und im Irak sowie in der umfassenden Unterstützung für die libysche Übergangsregierung niederschlägt. Italien ist traditionell am Westbalkan aktiv und wird weiterhin die euroatlantische Integration der Westbalkanstaaten unterstützen.

Durch seine geografische Lage ist Italien zudem ein wichtiger NATO-Bündnispartner. Die strategische Allianz mit den USA hat weiterhin große Bedeutung, was sich neben der Stationierung von US-Streitkräften auch an der Fertigung der F-35 in Italien festmachen lässt.

Italien bemüht sich seit langem, die Aufmerksamkeit und Aktivitäten der EU auf den Mittelmeerraum und hier im Besonderen auf die Migrationsproblematik zu lenken. Seit 2018 setzt Italien vermehrt auch unilateral Maßnahmen, sowohl innenpolitisch, u.a. mit der Sperrung der Häfen für NGO-Rettungsschiffe oder dem Beschluss eines verschärften Migrations- und Sicherheitspaktes im September 2018, als auch außenpolitisch, z.B. beim Kapazitäten- und Fähigkeitenaufbau für die libyschen Sicherheitskräfte.

Italien wird sich weiter gegenüber Russland öffnen, das nicht als Bedrohung, sondern als Handelspartner wahrgenommen wird. Die italienische Regierung drängt darauf, die Sanktionen gegenüber Russland zu beenden, wie wohl sich Italien an den präventiven Maßnahmen der NATO in Osteuropa beteiligt.

Militärstrategische Lage

Im Weißbuch 2015 beschreibt Italien die Sicherheit des Landes, eine sichere euroatlantische Region, eine sichere Europa-Mittelmeer-Region und insgesamt ein stabiles globales System als den Kern seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Italien bekennt sich zur solidarischen Beitragsleistung und Einhaltung aller Verträge und Verpflichtungen gegenüber den UN, der NATO und der EU, und es versteht sich als wichtiger Akteur im Mittelmeerraum. Die militärischen Fähigkeiten sollten die dafür erforderliche Bandbreite abdecken.

Im November 2018 trat der italienische Generalsstabschef, General Claudio Graziano, den Vorsitz des EU Militärrates (EUMC) an. Italien ist damit in

der GASP/GSVP weiter hochrangig und prominent vertreten. Für die NATO stellt Italien derzeit das Multinationale Divisionskommando Süd, kurz MND (S), auf.

Die italienischen Streitkräfte werden gezielt für die strategischen Ziele des Landes als sicherheitspolitisches Mittel verwendet. Dies gilt insbesondere für die umfassenden Auslandseinsätze. 2018 waren rund 5500 Soldaten in insgesamt 36 Missionen und Operationen im Einsatz. Obwohl die budgetären Restriktionen massiv sind, dürfte sich trotz gegenteiliger Aussagen des Regierungsprogramms am Umfang der internationalen Missionen und Operationen auch 2019 nichts wesentlich ändern.

Der sicherheitspolizeiliche Assistenzeinsatz „Strade Sicure“ im Inneren findet allgemein Anerkennung, wird aber weiterhin eine große Belastung für die Streitkräfte bleiben. 2018 waren permanent rund 7000 Soldaten im Einsatz.

Verteidigungsbudget

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Italiens und die Finanzkrise im Euroraum haben dazu geführt, dass für Verteidigung weniger Mittel zur Verfügung standen.

Die Verteidigungsbudgets der 2010er Jahre befanden sich jeweils in der Größenordnung von 1,1 Prozent des BIP. Es soll 2018 bei 1,2 Prozent liegen und sich bis 2020 Richtung 1,4 Prozent entwickeln. Auch wenn das Budget damit unter der zuletzt so oft zitierten NATO-Zielsetzung von zwei Prozent liegen wird, ist Italien in absoluten Zahlen in der oberen Liga.

Reformagenda und Streitkräfteentwicklung

Zentrale Anliegen der Streitkräfteentwicklung in Italien sind streitkräfteübergreifende Zusammenarbeit und der Abbau von Redundanzen in der Ausbildung, Verwaltung, Logistik und Territorialstruktur. Wie andere europäische NATO-Länder muss auch Italien die Personalstruktur seiner Streitkräfte verbessern, insbesondere gegen ihre Überalterung.

Ein erfolgversprechendes Projekt ist „Forza NEC“ (Network Enabled Capabilities Force Initiative) mit dem Ziel der Aufstellung einsatzbereiter Kräfte, bestehend aus einem Divisions-Hauptquartier, drei Heeresbrigaden, einer amphibischen Brigade und einer entsprechenden Anzahl an Logistik- und Unterstützungseinheiten. Auch wenn aus budgetären Gründen die Zielerreichung gestreckt werden musste, hat Italien ein zukunftsweisendes

Projekt aufgestellt, das sich auf die gesamte Entwicklung der Streitkräfte positiv auswirken wird.

Kernpunkte

- Die Positionierung Italiens in der NATO und in der EU bleibt relevant für Europa.
- Sicherheitspolitische Prioritäten bleiben auch unter der neuen italienischen Regierung u.a. die Stabilisierung Libyens und des Nahen Ostens sowie die euroatlantische Integration der Staaten des Westbalkans.
- Italiens Europapolitik kann 2019 sowohl zu Brüchen im europäischen System als auch zu neuen Synergien führen.
- Italien bleibt aufgrund seiner neuen Migrations- und Flüchtlingspolitik 2019 ein gewichtiger Akteur in diesem Politikfeld.
- Italien wird weiterhin durch budgetäre Zwänge sicherheits- und verteidigungspolitische Einschränkungen erfahren.
- Leicht steigende Verteidigungsausgaben zeigen das Bemühen zur Erreichung des NATO-Ziels von zwei Prozent, ob und wann das gelingt, bleibt jedoch abzuwarten.
- Die Reform der Streitkräfte wird engagiert betrieben.



Franz Berndorfer

Die Schweizer Verteidigungspolitik ist im Kontext der globalen Bedrohungsszenarien sichtbar in Bewegung geraten. Aufgrund der weiterhin mehrheitlich positiven Einstellung der Schweizer Bevölkerung zur Landesverteidigung und zur Schweizer Armee, der im Vergleich mit anderen Staaten relativ hohen Verteidigungsausgaben und des pragmatischen, verteidigungspolitischen Ansatzes im Rahmen des internationalen Engagements bleibt die Schweiz ein international und regional angesehener und verlässlicher, für Österreich zudem strategischer Partner in verteidigungspolitischen Angelegenheiten.

Sicherheitspolitik

Der Sicherheitspolitische Bericht 2016, verabschiedet durch den Bundesrat und gemäß dem föderalen System der Schweiz in enger Zusammenarbeit zwischen der Regierung, den Ministerien und den Kantonen ausgearbeitet, beschreibt die wesentlichen Absichten der Regierung für die aktuelle Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Schweiz. Die Änderung der internationalen Bedrohungslage auch für die Schweiz u.a. durch das massiv verschlechterte Verhältnis des Westens mit Russland aufgrund der Ukraine-Krise und der

Ereignisse rund um die „Skripal-Affäre“, die erhöhte Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus und die wachsenden Cyber-Risiken beeinflussen sowohl die nationale Sicherheitsvorsorge als auch das internationale sicherheits- und verteidigungspolitische Engagement der Schweiz.

Ergebnisse der Studie „Sicherheit 2018“, durchgeführt wie jedes Jahr von der ETH Zürich, sprechen zusammengefasst von einer „sicheren, vertrauensvollen, auf Sicherheit bedachten, neutralen, wenig öffenungsbereiten und armeefreundlichen Schweiz“. Demnach fühlt sich die Schweizer Bevölkerung sehr sicher, sie hat überdurchschnittliches Vertrauen in die staatlichen Behörden sowie eine positive Einstellung zur Landesverteidigung und zur Schweizer Armee. Trotzdem stellt der verstärkte Zulauf junger Schweizer zum Zivildienst die Schweizer Armee vor große Probleme. Die große Mehrheit der Schweizer spricht sich weiterhin für die Beibehaltung der Neutralität und gegen einen Beitritt zur NATO und EU aus.

Die Verhandlungen der Schweiz mit der EU zu einem Institutionellen Rahmenabkommen stecken seit Monaten in einer Sackgasse. In der Schweiz finden im September 2019 Parlamentswahlen statt, bei der fast alle Parteien einen kritischen EU-Kurs einschlagen dürften. Eine 2022 im Raum stehende Kandidatur der Schweiz für einen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat (für 2023/24) hat nationale Diskussionen über eine Vereinbarkeit mit der Neutralität ausgelöst.

Verteidigungspolitik

Welchen Einfluss haben diese sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und die Gefühlslage der Schweizer Bevölkerung auf die aktuelle und künftige Schweizer Verteidigungspolitik?

Im September 2017 ist nach einem Referendum im Jahr davor ein neues Nachrichtendienstgesetz in Kraft getreten. Dem Nachrichtendienst des Bundes werden dadurch weitreichendere Kompetenzen und Ressourcen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zugeordnet.

Der Bundesrat hat im April 2018 die Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) 2018 bis 2022 verabschiedet. Die Strategie bildet den Rahmen für die Verbesserung von Prävention, Früherkennung, Reaktion und Resilienzstärkung u.a. durch die Etablierung eines nationalen Kompetenzzentrums Cyber. Die Schweizer Armee hat, basierend auf den vorläufigen Ergebnissen der NCS, bereits 2017 den Aktionsplan für Cyber-

Defence verabschiedet. Im Sommer 2018 wurde nun der erste Cyber-Lehrgang im Rahmen einer Rekrutenschule begonnen.

Die Schweizer Armee befindet sich seit Anfang 2018 in der Umsetzungsphase des Projekts „Weiterentwicklung der Armee“ (WEA). Die WEA dient dazu, die Bereitschaft der Armee zu erhöhen, die Ausbildung und Ausrüstung zu verbessern sowie die regionale Verankerung der Streitkräfte zu stärken. Die Schweizer Armee soll den vollen Leistungsumfang stufenweise bis Ende 2022 erreicht haben.

Der Schweizer Bundesrat hat Anfang November 2017 Grundsatzentscheide zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Schweizer Luftraumes getroffen. Die Schweiz soll mit 2025 beginnend neue Kampfflugzeuge und ein neues System für die bodengestützte Luftverteidigung beschaffen. Dafür sollen maximal acht Mrd. Schweizer Franken (CHF) eingesetzt werden, die grundsätzlich aus dem laufenden Budget bedeckt werden sollen. Für diese und weitere Investitionen wird das Armeebudget ab 2021 um jährlich jeweils 1,4 Prozent wachsen. Insgesamt wären bis 2032 im Rahmen des normalen Verteidigungsbudgets von fünf Mrd. CHF ca. 16 Mrd. CHF für Rüstungsbeschaffungen (Heer und Luftwaffe) aufzubringen.

Internationale Agenda

Die Schweiz hat derzeit ca. 250 Soldaten bei VN-mandatierten Missionen im Auslandseinsatz, mit Masse am Balkan. Für die Entsendung von neuen Kontingenten – z.B. für Afrika – wird es immer schwieriger, die politische Zustimmung im Parlament zu erhalten. Die angestrebte Zahl von maximal 500 Schweizer Soldaten in Auslandseinsätzen wird auch künftig nur schwer zu erreichen sein.

Die Schweiz hat mit der Erweiterung des Verteidigungsattaché-Netzes von 17 auf 20 residente Büros begonnen. Das Büro in Kiew wurde im Sommer 2018 aktiviert. Das Büro in Singapur soll 2019, jenes in Subsahara-Afrika 2020/2021 eröffnet werden.

Neben dem neutralitätskonformen internationalen Engagement der Schweiz im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden (u.a. Truppenstellung zu KFOR im Kosovo), der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (u.a. Truppenstellung zu EUFOR Althea in Bosnien und Herzegowina) sowie der VN (Stellung von Experten) wird der regionalen und bilateralen Kooperation vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Schweiz war und ist ein klarer Befürworter der 2017 erstmals abgehaltenen trilateralen Treffen der Verteidigungsminister Deutschlands, Österreichs und der Schweiz (D-A-CH-Format) und war 2018 Gastgeber. Mit Nachbarstaaten werden vermehrt bilaterale Abkommen zum Schutz des Schweizer Luftraumes abgeschlossen. So hat der Schweizer Nationalrat im September 2018 das bilaterale Luftpolizeiabkommen mit Österreich bereits ratifiziert.

Kernpunkte

- Der Fokus der Schweizer Armee bleibt klar auf das Inland ausgerichtet.
- Bei der Entsendung Schweizer Soldaten in das Ausland steigt die Zurückhaltung durch die Politik.
- Das neue Nachrichtendienstgesetz, die gesamtstaatliche Cyber-Strategie, die laufende Restrukturierung der Schweizer Armee und die Absicht zu notwendigen Rüstungsbeschaffungen garantieren weiterhin eine glaubwürdige Verteidigungspolitik der Schweiz.
- Die eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen der Schweizer Armee zielen vor allem auf die Erhöhung der Einsatzbereitschaft und auf die Verbesserung der Ausbildung und Ausrüstung ab.
- Im Rahmen der bilateralen Kooperation bleibt die Schweiz für Österreich ein verlässlicher Partner vor allem in den Bereichen Ausbildung, Einsatz und Luftraumüberwachung



Serbien 2019

Thomas Ahammer

Serbien hat im Jänner 2014 die EU-Beitrittsgespräche offiziell begonnen und nähert sich seitdem schrittweise der EU an. Gleichzeitig betont es seine militärische Neutralität und seine Partnerschaft mit Russland, was sich auch in der Überarbeitung der serbischen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie widerspiegelt. Das Verhältnis zu seinen Nachbarn hat sich in den letzten Jahren gebessert, aber die größte politische Herausforderung 2018 war das Verhältnis zum Kosovo; dieses wird aller Voraussicht nach auch das primäre politische Thema im Jahr 2019 sein.

Serbien und die Europäische Union

Die EU-Integration ist das prioritäre Ziel der Außenpolitik Serbiens. Die EU-Beitrittsverhandlungen wurden im Jänner 2014 offiziell begonnen, die Eröffnung der ersten Verhandlungskapitel erfolgte im Dezember 2015. Bis zum Oktober 2018 wurden zwölf Kapitel geöffnet, darunter das prioritäre Kapitel 35 zur Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo. Eine Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo seitens Serbiens wird nach wie vor ausgeschlossen.

Die im Sommer und Herbst 2018 intensiv geführte politische Diskussion in Belgrad, Prishtina und Brüssel über einen möglichen Gebietstausch bzw. eine neue Grenzziehung verlief bis dato ergebnislos und wird aller Voraussicht nach auch 2019 ein bestimmendes politisches Thema sein, insbesondere im Rahmen der laufenden EU-Beitrittsgespräche.

Die Beziehungen zur EU haben sich insgesamt positiv entwickelt. Serbien sieht vor allem jene fünf EU-Staaten, die die Unabhängigkeit des Kosovos nicht anerkannt haben, also Griechenland, Rumänien, Spanien, Slowakei und Zypern, sowie auch Deutschland und Österreich als prioritäre Partner und Fürsprecher in dieser Sache.

Das Verhältnis zur NATO

Serbien nimmt an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) der NATO teil. Im Frühjahr 2015 unterzeichnete Serbien den PfP Planning and Review Process (PARP), im Herbst 2015 ratifizierte das serbische Parlament das PfP Status of Forces Agreement (SOFA). Ende November 2015 wurde die seit 1999 an der serbisch-kosovarischen Grenze bestehende Air Safety Zone seitens der NATO aufgehoben. Eine NATO-Mitgliedschaft wird von Belgrad derzeit kategorisch ausgeschlossen, auch die Teilnahme an von der NATO geführten Operationen ist politisch kein Thema. Allerdings nimmt Serbien aktiv an den diversen Vorhaben und Übungen im Rahmen der PfP teil und war beispielsweise auch im Oktober 2018 Gastgeber für die jährliche Katastrophenschutzübung der NATO, an der rund 2000 Teilnehmer aus 35 Staaten mitwirkten.

Das Verhältnis zu Russland

Die Kooperation mit Russland fokussiert sich vor allem auf die russische Unterstützung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, um dort mit dem russischen Veto in der Kosovofrage eine Annäherung von Prishtina an die Vereinten Nationen zu verhindern.

Politisch befindet sich Serbien in der Zwickmühle zwischen Russland und der EU. Einerseits möchte Serbien seinen russischen Partner in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik nicht vergrämen, weswegen Serbien die Sanktionen der EU gegen Russland nicht unterstützt. Andererseits hat dies zur Folge, dass die Öffnung neuer Kapitel mit der EU langsamer als möglich voranschreitet, da einige EU-Mitgliedsstaaten die serbisch-russische Kooperation mit Argwohn verfolgen.

Im militärischen Bereich stützt sich Serbien bei der Folgebeschaffung von Luftfahrzeugen primär auf Russland ab, da bereits russische Luftfahrzeuge in den serbischen Streitkräften eingeführt sind. Gleichzeitig wird aber auch westliches Gerät beschafft.

Die serbische Sicherheits- und Verteidigungsstrategie

Im April 2018 wurden die Erstentwürfe einer neuen serbischen Sicherheitsstrategie und einer neuen serbischen Verteidigungsstrategie publiziert. Es ist vorgesehen, bis Ende 2018 die überarbeiteten Entwürfe dem Parlament zur politischen Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen, sodass die beiden überarbeiteten Strategien danach verabschiedet werden können. Der Entwurf zur Sicherheitsstrategie definiert die künftigen Bedrohungen für Serbien wie folgt:

- bewaffnete militärische Aggression gegen Serbien,
- die unilaterale Unabhängigkeitserklärung des Kosovo mit negativen Auswirkungen auf die regionale Stabilität, etwa durch eine Transformation der kosovarischen Sicherheitskräfte zu kosovarischen Streitkräften,
- separatistische Bewegungen und
- bewaffnete Rebellion der Zivilbevölkerung.

Die militärische Neutralität stellt weiterhin einen zentralen Bestandteil der serbischen Außen- und Verteidigungspolitik dar. Ein neuer Aspekt ist die „totale Verteidigung“, was aber im Wesentlichen nichts anderes meint als der österreichische Begriff einer „umfassenden Landesverteidigung“.

Während der NATO in den Entwürfen nur eine bescheidene Rolle zugeteilt wird, wird der künftige russische Einfluss auf die serbische Sicherheitspolitik oftmals prominent unterstrichen.

Ein weiterer interessanter Aspekt im Entwurf der serbischen Sicherheitsstrategie ist die Anmerkung, dass ein Überdenken der serbischen Nuklearpolitik angesprochen wird.

Kernpunkte

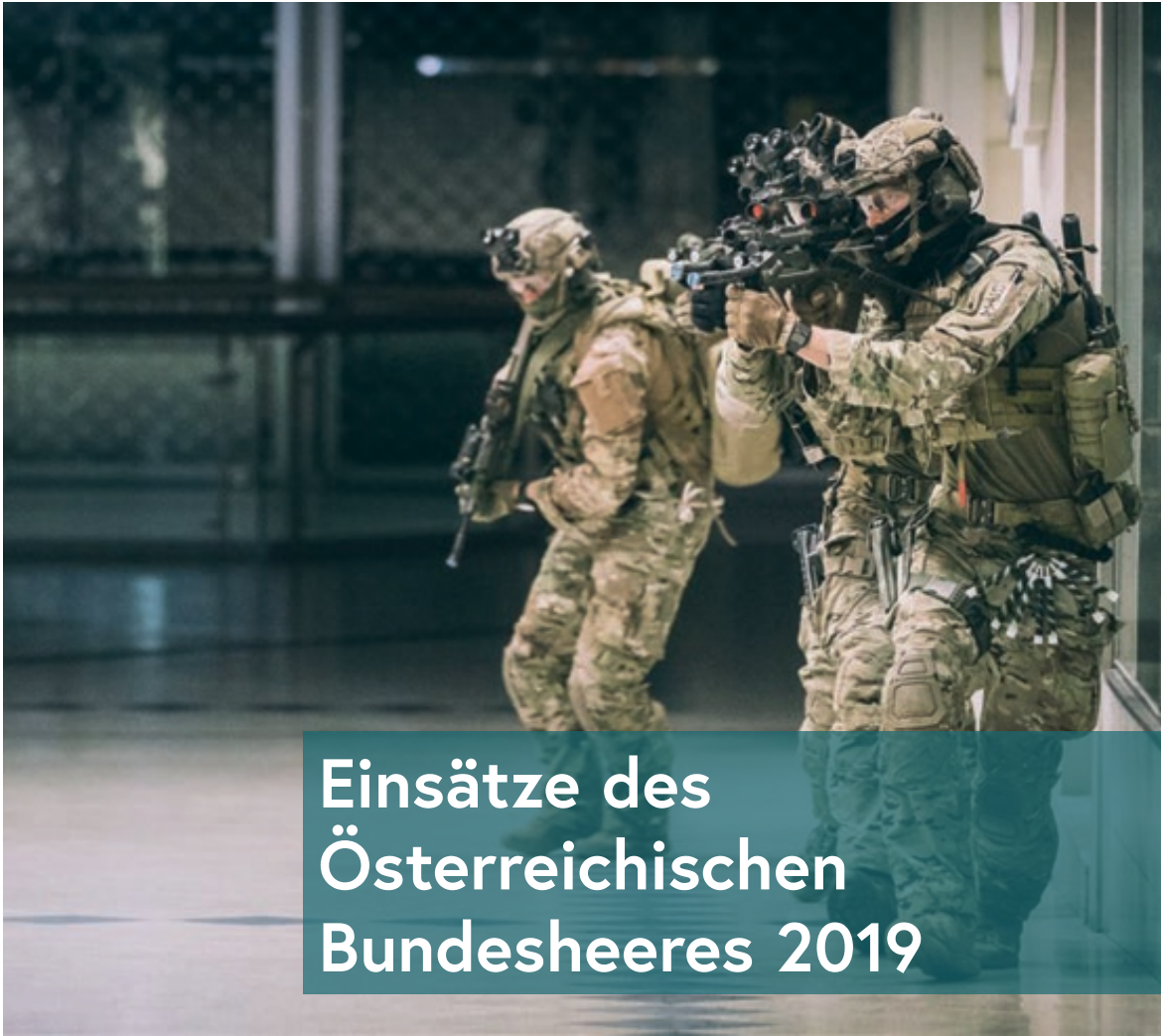
- Serbien sieht einen EU-Beitritt weiterhin als oberste außenpolitisch Priorität.
- Serbien sieht seine Zukunft in der Verfolgung einer militärisch neutralen Außen- und Sicherheitspolitik, was sich auch in der Überarbeitung der Sicherheits- und Verteidigungsstrategie abbildet.
- Russland bleibt neben China und den USA weiterhin ein wichtiger strategischer bilateraler Partner, weswegen Serbien bis auf Weiteres die Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland nicht unterstützen wird.
- Serbien kooperiert weiterhin mit der NATO im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“, wird aber in absehbarer Zeit an keinen NATO-Einsätzen teilnehmen.
- Die Beziehungen zum Kosovo werden auch 2019 das bestimmende innenpolitische Thema darstellen.

08

Das Österreichische Bundesheer 2019







Einsätze des Österreichischen Bundesheeres 2019

Max Löwenthal-Marovic

Den Vorgaben der österreichischen Sicherheitsstrategie und des Regierungsprogrammes folgend wird das Bundesheer auch 2019 einen wesentlichen Beitrag zum internationalen Krisen- und Konfliktmanagement leisten. Im Fokus stehen im Jahr 2019 weiterhin die vitalen Sicherheitsinteressen Österreichs: Die Bekämpfung der Ursachen von Migration und Terror sowie die Stabilisierung des Westbalkans.

Operationen/Missionen

Wie schon in den vergangenen Jahren liegt das Schwergewicht der österreichischen Beteiligungen weiterhin am Westbalkan. Österreich leistet nach wie vor einen substantiellen Beitrag zur EU-Mission EUFOR ALTHEA

sowie zur NATO-Mission KFOR im Kosovo. Dieses Engagement dient dem vitalen Sicherheitsinteresse Österreichs an einer stabilen Nachbarschaft und unterstützt gleichzeitig die Ambition, die gemeinsamen Herausforderungen am Westbalkan auch nach dem österreichischen EU-Ratsvorsitz in der zweiten Jahreshälfte 2018 hoch auf der Agenda der EU anzusetzen.

Aufgrund der sich wahrscheinlich mittelfristig bietenden sicherheitspolitischen Chancen in der Ukraine und in Syrien ist aber eine sanfte Reduktion des Beitrages ab Jahresende 2019 angedacht, um neue Handlungsspielräume zu schaffen. Österreich hat ein wesentliches sicherheitspolitisches Interesse an einem stabilen Nahen und Mittleren Osten. Daher wird die Beteiligung mit einer Logistikeinheit bei der VN-Mission UNIFIL fortgesetzt. Da sich auch mittelfristig keine Stabilisierung der Region abzeichnet, soll das derzeitige Beteiligungsniveau in der Region zumindest gehalten werden, wobei der Fokus auf VN-Missionen liegt.

Aufgrund der anhaltenden Instabilität an Europas Grenzen und insbesondere an der afrikanischen Gegenküste wird die Migration nach Europa auch im Jahr 2019 ein bestimmendes Thema bleiben. Ein Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderung liegt im sicherheitspolitischen Interesse Österreichs und begründet auch militärisches Engagement. Von besonderer Wichtigkeit ist hier ein Beitrag zur Stabilisierung der Lage vor Ort im Rahmen eines integrierten (zivil-militärischen) Ansatzes, da nur so langfristig ein Beitrag zur Bekämpfung der vielfältigen Fluchtursachen geleistet werden kann. Dies kann beispielsweise die Unterstützung des Aufbaus funktionierender Streitkräfte vor Ort oder eine eigene Truppenpräsenz beinhalten.

Im Rahmen der internationalen Gemeinschaft leistet Österreich einen wertvollen Beitrag in Form von Militärberatung und Ausbildungsunterstützung. Als wesentliche Beispiele sind hier die EU-Trainingsmission in Mali (EUTM MLI) und die NATO geführte RESOLUTE SUPPORT Mission (RSM) in Afghanistan genannt. Im Rahmen von RSM wird sich Österreich im Jahr 2019 weiterhin an der Ausbildung von Infanteriekräften und verstärkt an der von Spezialeinsatzkräften beteiligen.

Darüber hinaus engagieren sich international anerkannte österreichische Experten in Kleinmissionen wie zum Beispiel den VN-Missionen MINUSMA in Mali, UNTSO im Nahen Osten oder MINURSO in der Westsahara, in der EU-Beobachtermission in Georgien (EUMM GEO) oder in der OSZE-Mission in der Ukraine.

Auslandseinsätze

Österreich wird sich ab 2019 verstärkt bei EUTM MLI engagieren. Seit November 2018 stellt Österreich den stellvertretenden Kommandanten und ab Juni 2019 wird die Führung des Kontingents übernommen. Damit verbunden ist ein Aufwuchs auf bis zu 50 Soldaten. Kern der Mission ist die Ausbildung und Beratung der malischen Armee. Dies beginnt bei der Ausbildung der einfachen Infanterie-Soldaten und endet bei der Beratung auf ministerieller Ebene. Wie schon in den vergangenen Jahren kooperiert das Bundesheer bei EUTM MLI eng mit der deutschen Bundeswehr. Langfristiges Ziel ist eine funktionierende malische Armee, die selbständig für ein sicheres Umfeld in Mali sorgen und so zu einer nachhaltigen Reduktion von Fluchtursachen beitragen kann.

Zusätzlich wird sich Österreich verstärkt bei der maritimen EU-Operation EUNAVFOR MED SOPHIA beteiligen. Es ist geplant, in Kooperation mit der deutschen Marine „Boarding Teams“ zur Durchsuchung von Schiffen auf deutschen Plattformen zu stationieren, die die Umsetzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen auf Hoher See vor der Küste Libyens überwachen. Im Rahmen der Operation wird auch ein direkter Beitrag zur Bewältigung der Auswirkungen der Migration geleistet.

Assistenzeinsätze

Der laufende Einsatz an der Staatsgrenze zur Migrationskontrolle soll lageabhängig auf dem Niveau von rund 900 Soldaten weitergeführt werden. Eine Beendigung des Einsatzes ist derzeit noch nicht absehbar.

Ressourcen

Für das Jahr 2019 ist eine durchschnittliche Einsatzstärke von über 900 Soldaten im Auslandseinsatz sowie die Bedeckung der laufenden Beitragsleistung zum Assistenzeinsatz Migration gefordert. Der hohe Gleichzeitigkeitsbedarf von Personal und Material stellt eine besondere Herausforderung für die Ressourcenbereitstellung dar. Dies betrifft vor allem die Aufbringung und Ausbildung von Personal im notwendigen Umfang. Das Bundesheer war bisher in der Lage, alle Einsätze erfolgreich durchzuführen.

Hohe Beitragsleistung

Die Beitragsleistung zu EU-, NATO- und VN-Operationen betreffend ist Österreich immer in den vorderen Rängen der EU-Mitgliedsstaaten zu finden. Dies trägt auch maßgeblich zur guten Reputation des österreichischen Bundesheeres bei und unterstützt österreichische Bewerbungen um wichtige Funktion in internationalen Organisationen wie zum Beispiel einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Kernpunkte

- Österreich wird sich weiterhin maßgeblich am internationalen Krisen- und Konfliktmanagement beteiligen.
- Das Schwergewicht der Beteiligungen liegt weiterhin am Westbalkan.
- Herausforderung bleibt die Aufbringung notwendiger Ressourcen.
- Im Mittelpunkt steht der Kampf gegen die Ursachen der Migration.

Autoren

Oberst des Generalstabs MMag.iur. **Thomas Ahammer**, geboren 1966, ist der österreichische Verteidigungsattaché an der österreichischen Botschaft in Belgrad. Davor war er von 2011 bis 2013 Leiter des Referats EU/GSVP in der Abteilung Militärpolitik, Chef des Stabes und von 2006 bis 2011 stellvertretender Militärrepräsentant zur EU an der Militärvertretung in Brüssel.

Dr. **Rastislav Báchora**, geboren 1978, ist promovierter Politikwissenschaftler und derzeit in der Abteilung Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung für die Central European Defence Cooperation (CEDC) zuständig.

Brigadier MMag. Dr. **Franz Berndorfer**, geboren 1961, ist der österreichische Verteidigungsattaché in der Schweiz. Davor internationale Verwendungen im EU-Militärstab in Brüssel, als Verteidigungsattaché in Frankreich und als Militärberater in New York. Er ist Absolvent des 13. Generalstabskurses.

Prof. Dr. **Hal Brands**, geboren 1983, ist Henry A. Kissinger Distinguished Professor of Global Affairs an der Johns Hopkins School of Advanced International Studies (SAIS), Senior Fellow am Center for Strategic and Budgetary Assessments und Kolumnist von Bloomberg Opinion. Sein neuestes Buch, „The Lessons of Tragedy: Statecraft and World Order“, hat er gemeinsam mit Charles Edel verfasst.

Dr. **Mathew Burrows**, geboren 1953, ist ehemaliger CIA-Beamter und Autor von „US Global Trends“-Berichten. Derzeit ist er Direktor der Strategic Foresight Initiative beim Washingtoner Think Tank „Atlantic Council“. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen zählen „Global Risks 2035“ und ein gemeinsamer Bericht mit dem Moskauer Primakov Institute of World Economy and International Relations (IMEMO).

Oberst Mag. Dr. **Bernhard Christandl**, geboren 1961, ist seit 2010 Referatsleiter NATO in der Abteilung Militärpolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Von 2006 bis 2010 war er nationaler Verbindungsoffizier zum NATO Allied Command Transformation in Norfolk/USA. Er studierte Geschichte, promovierte in Politikwissenschaft und absolvierte mehrere internationale Ausbildungen in Genf, Rom, Hamburg und Stockholm.

Prof. Sir **Paul Collier**, geboren 1949, ist Professor für Wirtschaft und Politik an der Universität Oxford und Mitglied der „British Academy“. Collier war Berater am G20-Gipfel 2017 und gehörte laut „Foreign Policy“ zu den „Top 100 der einflussreichsten Menschen“ 2016. Er ist Autor zahlreicher Publikationen und Inhaber einer Vielzahl an Auszeichnungen, unter anderem der „President's Medal“. 2014 wurde er für seine wissenschaftlichen Verdienste geadelt.

Leyla Daskin, MLitt, geboren 1991, ist Mitarbeiterin der Direktion für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Sie ist Absolventin des französischen Institut d'Etudes Politiques und dem Centre for the Study of Terrorism and Political Violence der University of St Andrews.

Dr. **Alexander Dubowy**, geboren 1982, ist Senior Researcher in der Forschungsgruppe für Polemologie und Rechtsethik (Universität Wien/Landesverteidigungsakademie Wien), Koordinator der Forschungsstelle für Eurasische Studien (EURAS) an der Universität Wien, Mitglied der Wissenschaftskommission des Bundesministeriums für Landesverteidigung und wissenschaftlicher Direktor des Institutes für Sicherheitspolitik (ISP).

Brigadier Mag. **Günter Eisl**, geboren 1958, ist der österreichische Verteidigungsattaché für das Vereinigte Königreich und die Republik Irland mit Amtssitz in London seit 2015.

Dr. **Aude-Emmanuelle Fleurant**, geboren 1972, ist Direktorin des Programms für Waffen und Militärausgaben am Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) in Schweden. In dieser Funktion veröffentlichte sie mehrere akademische Arbeiten über die Determinanten der Rüstungserzeugung und ist regelmäßige Interviewpartnerin in internationalen Medien.

Sarah Fowler, geboren 1983, ist internationale Wirtschaftsanalystin bei Oxford Analytica, einem unabhängigen Forschungs- und Analyseunternehmen. Sie arbeitete zuvor bei Oxford Economics, wo sie wirtschaftliche Prognosen für die asiatischen Volkswirtschaften erstellte, sie hat einen BSc in Wirtschaftswissenschaften von der Bristol University und einen MSc in Wirtschaftswissenschaften von der University of Southampton.

Generalmajor Mag. Dr. **Johann Frank**, MAS, geboren 1969, ist Sicherheitspolitischer Direktor im Bundesministerium für Landesverteidigung in Wien und Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik. Seit 2014 ist er beratendes Mitglied im Nationalen Sicherheitsrat der Republik Österreich sowie Mitglied der Wissenschaftskommission. Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen zur europäischen und österreichischen Sicherheitspolitik.

Dr. **Bastian Giegerich**, geboren 1976, ist Director of Defence and Military Analysis am International Institute for Strategic Studies in London (IISS). Von 2010 bis 2015 war er in verschiedenen Funktionen für das Bundesministerium der Verteidigung in Berlin tätig.

Brigadier Mag. **Peter Grünwald**, geboren 1964, ist seit 2018 der österreichische Verteidigungsattaché in Frankreich. Mitakkreditierungen in Marokko und Mauretanien. Davor Verwendung als Kommandant der österreichischen Hochgebirgsbrigade.

Dr. **Gerald Hainzl**, geboren 1970, forscht seit 2004 am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Er beschäftigt sich mit Konflikten in Afrika, lokalen, regionalen und internationalen Konfliktlösungsmechanismen sowie afrikanischer Sicherheitspolitik und deren Institutionen. Zahlreiche Forschungsaufenthalte, unter anderem in Tansania, Südafrika, Botswana, Äthiopien, Somaliland, Eritrea und Ghana.

Sylvia Hartleif ist seit 2015 die Leiterin Außenpolitik des European Political Strategy Centre, dem internen Think Tank des Präsidenten der Europäischen Kommission. Zuvor war sie Beraterin des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages in Berlin und Leiterin des Sekretariats des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Von 2001 bis 2003 arbeitete sie als Beraterin des Bundestages im Europäischen Verfassungskonvent. Sie besitzt Abschlüsse der Harvard Kennedy School in den USA und der Universität Passau.

Generalmajor Mag. **Bruno Günter Hofbauer**, geboren 1967, ist Leiter der Gruppe Grundsatzplanung des Bundesministeriums für Landesverteidigung in Wien.

Dr. **Predrag Jureković**, geboren 1969, ist seit 2003 Leiter des Referats Konfliktanalyse im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Er ist außerdem österreichischer Co-Chair in der Studiengruppe Regional Stability in South East Europe des Partnership for Peace (PfP) Consortium of Defense Academies and Security Studies Institutes.

Mag. iur. **Michael Karnitschnig**, MA (Brügge), geboren 1974, ist seit 2014 Kabinettschef von EU-Kommissar Johannes Hahn, zuständig für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen. Zuvor war er Berater von Kommissionspräsident Barroso und Außenkommissarin Ferrero-Waldner. Vor seinem Wechsel in die EU-Kommission Anfang 2000 war er in den Bundesministerien für auswärtige Angelegenheiten und (im Rahmen seines Präsenzdienstes) Landesverteidigung tätig.

Prof. Sir **Ian Kershaw**, geboren 1943, Studien in Liverpool und Oxford. Er veröffentlichte Werke zur deutschen und europäischen Geschichte, er ist seit 2008 emeritierter Professor für Moderne Geschichte an der Universität Sheffield und lebt in Manchester. Sein letztes Buch trägt den Titel „Achterbahn. Europa, 1950-2017“ (DVA, München 2019).

Sir **Julian King**, geboren 1964, ist seit 2016 EU-Kommissar für die Sicherheitsunion. Seit seinem Eintritt in das britische Außenministerium 1985 bekleidete er diverse Posten, unter anderem den des britischen Botschafters in Frankreich, des Generaldirektors des Nordirland-Büros, des britischen Botschafters in Irland, Kabinettschef des Kommissars für Handel in der Europäischen Kommission, sowie des britischen Vertreters im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU. 2006 wurde ihm die Mitgliedschaft im britischen Orden St. Michael und St. Georg verliehen, 2011 wurde er zum Commander und 2014 zum Knight Commander des Royal Victorian Order. Er ist Absolvent der Universität Oxford.

Ivan Krastev, geboren 1965, ist Vorsitzender des Centre for Liberal Strategies in Sofia und ständiger Fellow am Institut für Humanwissenschaften in Wien. Er ist Gründungsmitglied des European Council on Foreign Relations (ECFR), Mitglied des Kuratoriums der International Crisis Group (ICG) und schreibt Beiträge für die New York Times. 2018 bis 2019 ist Ivan zum Henry A. Kissinger Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen am John W. Kluge

Center, Library of Congress, ernannt. Seine neuesten Bücher sind „After Europe“ (UPenn Press, Mai 2017), „Democracy Disrupted. The Global Politics on Protest“ (UPenn Press, Mai 2014), „In Mistrust We Trust: Can Democracy Survive When We Don't Trust Our Leaders? “ (TED Books, 2013). Er ist mit Stephen Holmes Co-Autor des bald erscheinenden Buches „The Light that Failed“ (Penguin Verlag) über die Gefahren der Politik der Nachahmung.

Stefan Lehne, geboren 1951, ist Visiting Scholar bei Carnegie Europe und Fellow am Institut für die Wissenschaft vom Menschen (IWM).

ObstltdG Mag. (FH) Max **Löwenthal-Marovicic**, geboren 1976, ist Referatsleiter in der Abteilung Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung in Wien, Absolvent des österreichischen Generalstabslehrganges und der französischen École de Guerre, zwei Auslandseinsätze am Balkan und zweieinhalb Jahre Stabsoffizier im europäischen Militärstab.

Oberst **Gottfried Malovits**, geboren 1958, ist der beigeordnete österreichische Verteidigungsattaché in den USA. Davor war er Stabsoffizier (S2/S3) Jägerregiment 11, Länderreferent/Abteilung Attachéwesen und Leiter Verbindungsdienst zu den in Österreich akkreditierten ausländischen Militärattachés/Abteilung Attachéwesen.

Alessandro Marrone, geboren 1982, ist Leiter des Verteidigungsprogramms am Istituto Affari Internazionali (IAI) in Rom. Er unterrichtet auch Strategische Studien im Masterstudiengang Internationale Beziehungen an der Universität Perugia, verfügt über einen PhD-Abschluss in europäischer Geschichte der Universität La Sapienza in Rom und ist Mitglied des Redaktionsausschusses des IAI-Magazins „AffariInternazionali“.

Prof. Dr. **Herfried Münkler**, geboren 1951, war bis Herbst 2018 Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Generalmajor MMag. **Jürgen Ortner**, geboren 1967, ist der österreichische Verteidigungsattaché in den USA. Davor war er Chef des Stabes Militärkommando Tirol, Chef des Stabes 6. Jägerbrigade, stellvertretender Leiter Abteilung

Militärpolitik, Stabschef des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport.

Generalmajor **Anton Oschep**, geboren 1956, ist seit 2014 der österreichische Verteidigungsattaché für Deutschland, Nebenakkreditierungen in den Niederlanden und Polen. Ausmusterung 1979 als Infanterieoffizier, diverse Kommandanten und Stabsverwendungen, Generalstabsausbildungen in Österreich und Italien.

Oberst Mag. **Nikolaus Rottenberger**, BA, MAIS, geboren 1970, ist der österreichische Verteidigungsattaché für Italien, sowie Albanien, Griechenland, Malta und Spanien mit Sitz in Rom. Zuvor war er Leiter des Rovingattachébüros Wien und Sicherheitspolitischer Berater im Kabinett des Bundesministers für Landesverteidigung.

Mag. **Jasmin Rupp**, BA, geboren 1986, ist Leiterin der MENA-Forschungsgruppe am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Sie beschäftigt sich mit Konflikten im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika, insbesondere Syrien, Irak und Libyen. Sie ist Mitglied im Forschungsnetzwerk für den euro-mediterranen Raum EUROMESCO, hat zahlreiche Publikationen verfasst, mehrere Forschungsaufenthalte in arabischen Ländern.

Dr. **Johann Schmid**, geboren 1966, ist Direktor der Community of Interest Strategy & Defence am European Center of Excellence for Countering Hybrid Threats in Helsinki, Finnland.

Dr. **Nicolas Stockhammer**, geboren 1975, ist Politikwissenschaftler (Forschungsaufenthalte u.a. in Berlin und an der Stanford University) und seit Juli 2014 im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit der Landesverteidigungsakademie als wissenschaftlicher Mitarbeiter (Senior Post-Doc Researcher) der Forschungsgruppe Polemologie und Rechtsethik der Universität Wien tätig.

Prof. Dr. **Michael Stürmer**, geboren 1938, ist Autor bei der Tageszeitung „WELT“, Schwerpunkt internationale Sicherheit und Verteidigung. Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes. Promotion 1965 und Habilitation 1971. 1973 bis 2003 Ordentlicher Professor an der Universität in Erlangen-Nürnberg,

Gastprofessor an der Harvard University und am Institute for Advanced Study (IAS) in Princeton, USA. Stürmer war Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, Kolumnist bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Neuen Zürcher Zeitung sowie Offizier der Ehrenlegion.

Brigadier Mag. **Christof Tatschl**, geboren 1966, ist der österreichische Verteidigungsattaché an der österreichischen Botschaft in Peking und Tokio.

Nathalie Tocci, geboren 1977, ist Direktorin des Istituto Affari Internazionali (IAI), Honorarprofessorin der Universität Tübingen und Sonderberaterin der HV Federica Mogherini, in deren Auftrag sie die Globalstrategie der EU (EUGS) verfasste. Zuvor hatte sie Forschungsstellen am Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel, an der Transatlantic Academy in Washington und am Robert Schuman Centre for Advanced Studies in Florenz.

Richard Weitz, geboren 1961, ist Senior Fellow und Direktor des Center for Political-Military Analysis am Hudson Institute. Seine aktuelle Forschung umfasst regionale Sicherheitsentwicklungen betreffend Europa, Eurasien und Ostasien sowie die Außen- und Verteidigungspolitik der USA.

